Mittwoch, 30. November 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 … Zentralredaktion Bonn (02 28) … 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347 … an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 279 - 48. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Anklage: Nach Aufhebung seiner Immunität wird gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff wegen Verdachts der Bestechlichkeit in Zusammenhang mit der Flick-Spendenaffäre Anklage erhoben. Angeklagt wegen Bestechung bzw. Bestechlichkeit wurden bereits gestern Hans Friderichs, Horst-Ludwig Riemer, Eberhard von Brauchitsch und Manfred Nemitz.

Reise verschoben: Wegen des bevorstehenden EG-Gipfels in Athen hat Frankreichs Außenminister Cheysson seinen für diese Woche geplanten „DDR"-Besuch abgesagt. – Auf einer Sondersitzung in Brüssel konnten sich die EG-Außen- und Finanzminister nicht auf eine gemeinsame Marschroute für den Gipfel einigen. (S. 10)

…ständnis: Israel und die USA wollen prüfen, ob das Libanon-Abkommen derart geändert werden kann, daß auch Syrien zustimmt. (S. 10)

Unterhaltsrecht: Die Bundesregierung wird das Unterhaltsrecht bei Scheidungen nächstes Jahr neu regeln. Überzogene Forderungen sollen verhindert werden.

Raketen: Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Waffen in Genf (START), werden trotz Abbruchs der INF-Gespräche planmäßig fortgesetzt. Gestern wurde eine weitere Gesprächsrunde für Donnerstag vereinbart.

Kennzeichen D: Die „DDR" setzt zur Kontrolle auf den Transitstrecken Autos mit gefälschten Kennzeichen aus der Bundesrepublik ein, teilte der CSU-Bundestagsabgeordnete Lintner mit.

Kein SPD-Kandidat? Der SPD-Vorsitzende Brandt und Fraktionschef Vogel wollen dem Parteivorstand empfehlen, gegen Richard von Weizsäcker (CDU) keinen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufzustellen. (S. 1)

Heute: Kabinett entscheidet über Nachfolger des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl. – Genscher empfängt Südafrikas Außenminister Roelof Botha. – Der tschechoslowakische Außenminister Chnoupek zu Gesprächen über Rüstungsfragen in Rom.

WIRTSCHAFT

BSP kräftig erhöht: Das Bruttosozialprodukt stieg im dritten Quartal um 1,7 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Bereits im zweiten Quartal hatte es um 0,7 Prozent zugenommen, nachdem es seit Anfang 1982 in jedem Vierteljahr rückläufig gewesen war. (S. 11)

Mehr Rendite: Der Bund bietet ab *Donnerstag* neue 8-Prozent-Obligationen mit fünfjähriger Laufzeit an. Bei einem Ausgabekurs von 99,80 (bisher 100,60) Prozent beläuft sich die Rendite auf 8,05 (7,85) Prozent.

Neue Aufgabe: Manfred Lennings (57), früher Generaldirektor der Gute-Hoffnungs-Hütte, soll Staatssekretär für den Bereich Rüstung im Verteidigungsministerium werden.

Rekord: Ihr bisher bestes weltweites Ergebnis erwartet die Bayer AG für 1983: Gewinn vor Steuern in den ersten neun Monaten 1,36 Milliarden DM – eine Zunahme von 77,1 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. (S. 15)

Neues Problemland: Die Finanzlage der Philippinen verschlechtert sich rapide. 1984 benötigt Manila mindestens 3,9 Milliarden Dollar an neuen Auslandskrediten. (S. 11)

Börse: Der weiter steigende Dollar und Gewinnmitnahmen bewirkten deutliche Kursverluste bei Aktien. WELT-Aktienindex 148,5 (149,4). Auch der Rentenmarkt tendierte schwäche. Dollar-Mittelkurs 2,7205 (2,7073) Mark. Goldpreis je Feinunze 391,25 (394,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Wir freuen uns über die Neigung der Deutschen, mit Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, denn damit wird die deutsche Wirtschaft weniger wettbewerbsfähig, und dies kann der britischen Wirtschaft nur nützen."

Walter Goldsmith, Generaldirektor der britischen Unternehmervereinigung Institute of Directors FOTO: CAMERA PRESS

KULTUR

Kultur in der EG: Für eine stärkere Einbeziehung der Kultur in die europäische Zusammenarbeit wollen sich die EG-Kultusminister einsetzen. Griechenlands Melina Mercouri fordert, die EG solle ein Prozent ihres Etats für kulturelle Zwecke ausgeben.

Franziskus-Oper: Triumphe feiert im Pariser Palais Garnier die Oper „Saint François d'Assise" von Olivier Messiaen. Sie gilt als eine der teuersten Produktionen der Welt. Erwogen wird eine Aufführung vor Papst Johannes Paul II. in Rom. (S. 21)

SPORT

Fernsehen: Harry Valerien will nicht Chef der Sportredaktion des ZDF werden. Favorit für den Posten ist jetzt Dieter Kürten. (S. 9)

Fußball: Likörfabrikant Günter Mast wurde zum Präsidenten von Eintracht Braunschweig gewählt. Einer seiner Berater: Paul Breitner.

AUS ALLER WELT

Columbia: Wenige Stunden nach dem Start der US-Raumfähre sind technische Probleme aufgetreten, die gestern wichtige Experimente in Frage stellten. Eine elektrische Verbindung zwischen einem Computer und fünf Versuchsanordnungen war ausgefallen. (S. 3)

„DDR"-Geburten: Die Zahl der unehelich Geborenen in der „DDR" lag im vergangenen Jahr bei fast 30 Prozent. In der Bundesrepublik waren es etwa 8,5 Prozent.

Wetter: Wechselnd bewölkt, vereinzelt Schneeschauer.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Fall Flick: Staatsanwaltschaft klagt Minister Lambsdorff an

Vorwurf: Bestechlichkeit – auch gegen Ex-Minister Friderichs und Riemer /Nemitz und v. Brauchitsch wegen Bestechung angeklagt / Genscher: Vertrauen für Lambsdorff

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Staatsanwaltschaft Bonn wird gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) Anklage wegen „Bestechlichkeit" erheben. Die Anklageschrift soll nach Aufhebung der Immunität, die der Minister als Bundestagsabgeordneter genießt, beim Landgericht Bonn eingereicht werden. Die Ermittlungsbehörde wirft Lambsdorff vor, er habe vom Flick-Konzern in der Zeit zwischen dem 6. Dezember 1977 und dem 7. Juli 1980 insgesamt 135 000 Mark bekommen.

Angeklagt wegen „fortgesetzter" Bestechung beziehungsweise wegen Bestechlichkeit wurden gestern der Vorstandssprecher der Dresdner Bank und frühere Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, der frühere nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer, der frühere geschäftsführende Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch sowie der Flick-Kaufmann Nemitz. Eingestellt wurde das Ermittlungsverfahren gegen die früheren Finanzminister Matthöfer und Lahnstein (beide SPD), Konzernchef Flick, die FDP-Politikerin Funcke und den Stuttgarter Wirtschaftsminister Eberle (CDU).

Der Leiter der Staatsanwaltschaft Bonn, Oberstaatsanwalt Eulencamp, und die Staatsanwälte, die den Fall bearbeiten, nahmen vor der Bundespressekonferenz zu den Ermittlungsergebnissen Stellung. Auch gegenüber Lambsdorff wird der „hinreichende Tatverdacht" damit begründet, die Vorteilsnehmer hätten den „Zweck der Bargeldzuwendungen erkannt und sich bereit gezeigt, den Zahlungen Einfluß auf ihre Ermessensentscheidungen einzuräumen". Eulencamp verwies darauf, daß es keinen Anhaltspunkt dafür gebe, daß Lambsdorff „eigennützig" gehandelt, sich also persönlich bereichert habe.

Bundewirtschaftsminister Lambsdorff, der gestern bei der EG in Brüssel über die Stahlkrise beriet, lehnte eine Stellungnahme zu diesen Vorwürfen ab. Er will zunächst die Anklageschrift studieren. Für die nächsten Tage plant der Minister ebenfalls eine Pressekonferenz. Nach Darstellung des sachbearbeitenden Staatsanwaltes Irsfeld soll Lambsdorff folgende Beträge von Flick erhalten haben: 30 000 Mark (6. 12. 1977), 40 000 Mark (30. 1. 1980), 40 000 (15. 4. 1980) und 25 000 Mark (7. 7. 1980).

SEITE 2: Es geht um mehr

Eulencamp begründete die Anklageschrift damit, für Amtsträger seien die Voraussetzungen für die Bestechungstatbestände anzunehmen, wenn „sie die Bereitschaft gezeigt haben, daß sie die Vorteile, die ihnen gewährt worden sind, Einfluß auf ihre Entscheidung nehmen können". Und er fügte hinzu, entscheidend sei nicht, daß „sie Einfluß genommen haben".

Eulencamp bestätigte, daß Aufzeichnungen des früheren Flick-Buchhalters Diehl „herausragenden" Beweiswert für die Staatsanwaltschaft habe. Sie messe dieser Liste sogar „sehr hohen Beweiswert" bei. Die Staatsanwaltschaft habe diese Liste, auf der angebliche Geldempfänger verzeichnet sind, „gründlich geprüft", und sie sei „durch viele Dinge bestätigt worden". Allein genommen, so betonte Eulencamp, wäre diese Liste „keine tragfähige Grundlage für hinreichenden Tatverdacht". Seine Behörde habe die „Meßlatte höher gelegt"; wesentliche „Indiztatsachen" hätten zum Entschluß, Anklage zu erheben, beigetragen. Die Angeschuldigten würden jedes Verschulden und Fehlverhalten bestreiten, daß sie Geld in Empfang genommen hätten. Die Möglichkeit, daß es zur Hauptverhandlung komme, liege bei „90 Prozent", meinte Eulencamp. Die Staatsanwaltschaft wolle auf 114 Zeugen zurückgreifen.

Zu den Namen der Zeugen wollte er sich ebensowenig äußern wie über Details der Ermittlungsergebnisse. Stumm blieb die Staatsanwaltschaft auch auf die Frage, auf welchem Wege Lambsdorff die einzelnen Beträge erhalten haben solle. Entscheidend widerspricht Eulencamp Vermutungen, die Generalstaatsanwaltschaft in Köln habe Bedenken geäußert oder weitere Ermittlungen angeregt. Es habe keine Meinungsverschiedenheiten gegeben. Jetzt, so meinte Eulencamp, sei das Gericht am Zuge.

In der vom Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Wilhelm, vorab verlesenen Er-

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

So wird verfahren

HERBERT KREMP

Nun liegt das Flick-Verfahren in den Händen der Gerichte. Die Anklage gegen drei Politiker und zwei Manager des Unternehmens lautet auf aktive beziehungsweise passive Bestechung. Die Staatsanwaltschaft erhob also nicht den Vorwurf der Vorteilsnahme beziehungsweise Vorteilsgewährung, sondern wählte höher bedrohte Tatbestände. Eine Begründung dafür liefert die kurze Erklärung des Oberstaatsanwalts nicht. Die Anklageschrift war entgegen dem Usus Beklagten und Anwälten zunächst nicht zugestellt worden. Dies ist ungewöhnlich – wie so vieles in diesem Verfahren.

Die Beschuldigten müssen erleichtert sein, daß die Staatsanwaltschaft sich endlich geäußert hat, nachdem eine Welle von Indiskretionen über Details der Ermittlungen für gründliche Vorverurteilung gesorgt hatte. Sie hat das Vertrauen in die rechtsstaatlichen Prinzipien des Gemeinwesens erschüttert, weil die Auslese aus den Unterlagen eine politische Absicht erkennen ließ.

Der „Maulwurf", wie man in der auf den Vorgang passenden Sprache der Geheimdienste sagt, handelte aus politischen Gründen. Die Auswahlkriterien der Indiskretion machen dies evident. Auch die Zielrichtung liegt auf der Hand, sie wurde in den Kommentaren der publizistischen Vorreiter offen angegeben: Nicht einfach der Staat, nein, das ihm zugrundeliegende System, das „Gesellschaftssystem" sollte ins Licht der Korruption, der Bestechung, des moralischen Verfalls gerückt werden.

Diese Absicht ist jedenfalls deutlicher erkennbar als der Inhalt des Verfahrens selbst. Jede Staatsanwaltschaft, die unter solchen Kesseldruck gebracht wird, ist überfordert und handelt selbst bei höchstem Pflichtbewußtsein zwanghaft. Sie sah sich in diesem Falle des bewußt gewährten Schutzes der Vertraulichkeit beraubt und in einen politischen Systemkampf gezogen, der ihr buchstäblich über den Kopf wuchs. Die Behauptung (beispielsweise des „Spiegel"), er habe mit dem Zitieren aus Ermittlungsakten bewußt Recht gebrochen, um die Politiker am Vertuschen zu hindern, enthält Anmaßung und Drohung zugleich. Sie will sagen, daß Kampf gegen dieses System mit allen Mitteln geboten sei.

Für ein objektives Urteil, das dem Gericht nicht vorgreifen will, ist es von Belang, daß natürlich auch Anklageerhebung noch kein Urteil bedeutet (anders als etwa in China). Das zuständige Landgericht prüft ex officio. Danach wird das Hauptverfahren eröffnet oder nicht. Die Unabhängigkeit der Gerichte ist dringend gefragt.

START-Gespräche gehen weiter

Schon morgen weiteres Treffen in Genf / Sowjets setzen Kritik an den USA fort

DW. Genf

Die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Verringerung der strategischen Rüstung (START) gehen nach dem Abbruch der INF-Gespräche planmäßig weiter. Die Delegationen der USA und der Sowjetunion vereinbarten nach der gestrigen Begegnung für morgen ein weiteres Zusammentreffen.

Das gestrige Treffen im Gebäude der amerikanischen Vertretung in Genf war das erste START-Gespräch seit dem Auszug der Sowjets aus den Verhandlungen beider Länder über den Abbau atomarer Mittelstreckenwaffen am vergangenen Mittwoch. In den vergangenen Tagen hatten die offiziellen Medien in Moskau verschiedentlich erklärt, die jetzt eingeleitete NATO-Nachrüstung werde auch die START-Runde „belasten". Von einem Abbruch dieser Gespräche, bei denen es um die Verringerung der Atomwaffen mit interkontinentaler Reichweite geht, war in den Kreml-Veröffentlichungen allerdings nicht die Rede.

Der sowjetische START-Delegationschef Wiktor Karpow bestätigte gestern ausdrücklich die Fortsetzung seiner Mission. Auf Fragen von Journalisten fügte Karpow hinzu, bisher gebe es keinen Fortschritt. „Die Position der amerikanischen Seite", so der Moskauer Delegierte, „ist für ein Abkommen nicht geeignet."

Aus diplomatischen Kreisen der NATO verlautete gestern, es scheine zunehmend wahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten einer Zusammenlegung der INF- und der START-Verhandlungen zustimmen würden, um die Sowjetunion zur Wiederaufnahme der Gespräche über die Reduzierung des Mittelstreckenraketen-Arsenals zu bewegen. In sowjetischen Kreisen in Genf hatte es geheißen, die UdSSR werde eine Verschmelzung beider Themenbereiche von sich aus nicht vorschlagen.

Der amerikanische Chefdelegierte bei den von den Sowjets einseitig abgebrochenen INF-Verhandlungen, Paul Nitze, ist am Montag in Rom von Ministerpräsident Craxi empfangen worden. In einer anschließend vom Büro des italienischen Regierungschefs veröffentlichten kurzen Erklärung hieß es, es sei nötig, „alle möglichen Wege zu sondieren, die Verhandlungsaussichten offenzuhalten". Das atlantische Bündnis müsse seine volle Verhandlungsbereitschaft sowie den Willen bekräftigen, Waffensysteme, die aufgestellt würden, auch wieder abzubauen. Um zu einer Übereinkunft darüber zu gelangen, müsse „ein besseres Vertrauensklima zwischen Ost und West geschaffen werden".

SPD: Kein Gegenkandidat zu Weizsäcker

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt und der Fraktionschef im Bundestag, Hans-Jochen Vogel, werden den sozialdemokratischen Spitzengremien empfehlen, gegen den von der Union benannten Richard von Weizsäcker keinen eigenen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten aufzustellen. Brandt und Vogel haben sich bereits in der Präsidiumssitzung am vergangenen Montagabend dafür ausgesprochen, auf einen Zählkandidaten zu verzichten. Begründung: Es solle deutlich werden, daß auch in Zeiten harter politischer Auseinandersetzungen Gemeinsamkeiten der Parteien in nicht unbedeutenden Fragen möglich sind.

Vogel argumentierte, Weizsäcker unterscheide sich von vielen seiner Parteifreunde dadurch, daß er aus politischen Gegnern nicht Feinde mache, in der Deutschland-, Friedens- und Ostpolitik gedanklich weit über das Spektrum seiner Partei hinausgehe, und daß er ein „Mann der Nachdenklichkeit, nicht der unerschütterlichen Selbstgewißheit" sei.

Die Sozialdemokraten wollen auf einer Vorstandssitzung am 12. Dezember über ihr Verhalten bei der Wahl des Bundespräsidenten am 23. Mai 1984 entscheiden. Die Nominierung eines sozialdemokratischen Bewerbers nannte Vogel „unwahrscheinlich". Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Berliner Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepken, werde es als möglicher Nachfolger Weizsäcker im Amt des Regierenden Bürgermeisters „schwer haben", meinte Vogel.

Seite 4: Prominente Berliner

Tokio: Kreml will 135 SS-20 stationieren

rtr/DW. Tokio

Die Sowjetunion will nach jüngsten japanischen Erkenntnissen insgesamt 135 nukleare Mittelstreckenwaffen vom Typ SS 20 im Fernen Osten stationieren. Wie der stellvertretende japanische Außenminister Toshijiro Nakajima dazu in Tokio mitteilte, hat Moskau die Zahl der im asiatischen Teil der UdSSR aufgestellten Raketen dieses Typs inzwischen von 108 auf 117 erhöht.

Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte gestern, Nakajima habe bei seinem Treffen mit dem sowjetischen Botschafter in Tokio, Wladimir Pawlow, die Regierung in Moskau aufgefordert, alle Mittelstreckenwaffen abzubauen. Gleichzeitig habe er an den Kreml appelliert, die abgebrochenen Genfer Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Der japanische Minister habe während seines Gespräches Pawlow auch auf die Anzahl der stationierten SS-20-Raketen angesprochen. Der Botschafter wollte sich dazu jedoch nicht äußern. Die japanische Tageszeitung „Yomiuri Shimbun" hatte berichtet, die UdSSR habe 117 SS-20-Raketen auf 13 Stützpunkte im asiatischen Teil der Sowjetunion stationiert. Die Raketen könnten Japan, Südkorea und die Philippinen angreifen.

Japan und die Volksrepublik China hatten wiederholt den Abbau der SS-20-Systeme gefordert. Bei dem Japan-Besuch des chinesischen Parteichefs Hu Yaobang Anfang dieser Woche konnten sich beide Seiten aber nicht auf eine gemeinsame Erklärung über die Raketen-Frage einigen.

Ankara will mit Bonn hart verhandeln

Ausländerpolitik der Bundesregierung wird von der Türkei skeptisch beobachtet

dpa, Ankara

Der Sieger der Parlamentswahl in der Türkei, Turgut Özal, wird kein bequemer Mann für die Regierung in Bonn. „Wir werden mit den Deutschen härter verhandeln als bisher", hatte der künftige Ministerpräsident bereits kurz nach seinem Wahlerfolg angekündigt. Den zuletzt durch die Türkei-Besuche von Bonner Regierungsmitgliedern etwas „aufgelokkerten und atmosphärisch verbesserten deutsch-türkischen Beziehungen", so ein Diplomat, drohen in den kommenden Monaten neue Belastungsproben.

Im neugewählten türkischen Parlament werden die drei Fraktionen voraussichtlich darum wetteifern, eine Politik „zum Schutz der Türken in der Bundesrepublik" zu fordern und zu verteidigen. Ein „demokratisches Exerzierfeld" für die Parteien kann nur die Außenpolitik sein, da die Generäle weiterhin eine innenpolitische Kontrolle ausüben werden. Neben dem griechisch-türkischen Konflikt um Zypern steht also die Ausländerpolitik Bonns mit an erster Stelle. Mit großer Skepsis verfolgten Medien und Politiker in der Türkei bisher die Politik der Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Besuche von Politikern wie Richard von Weizsäcker, Norbert Blüm, Otto Graf Lambsdorff und Friedrich Zimmermann haben nach Aussagen von Diplomaten allerdings entkrampfend gewirkt.

Aber die als sehr sensibel geltenden Türken betrachten den Visazwang und die Schwierigkeiten bei einer Integration der Türkei in die Europäische Gemeinschaft sowie die Kritik im Westen an Folter und Unterdrückung als zutiefst ehrverletzend. Ein beleidigter Unterton ist in Ankara gegenüber westlichen Besuchern nicht selten.

Die jüngst in Bonn verabschiedeten Rückkehrhilfen werden in Ankara scharf kritisiert. Özal bezeichnet sie ebenso wie der noch amtierende Ministerpräsident Bülent Ulusu als unzureichend und „ungerecht". Die 10 500 Mark „sind weniger als die Hälfte der Kosten, die jährlich ein Arbeitsloser in der Bundesrepublik kostet", bemängelt Ulusu.

Im Hintergrund steht die Furcht vor einer Rückkehr der Türken. Bei mehr als drei Millionen Arbeitslosen, etwa 500 000 neuen jungen Arbeitskräften jährlich und den einkalkulierten Milliardenbeträgen an Überweisungen von Türken in ihr Heimatland kann den Politikern in Ankara eine Massenrückkehr nicht wünschenswert erscheinen. Die Möglichkeit, Kinder und Jugendliche im Zuge der Familienzusammenführung in die Bundesrepublik reisen zu lassen, wird als Ventil deshalb dringend benötigt.

Warschauer Schikanen gegen Lieblingslektüre des Papstes

Der „Tygodnik Powszechny" soll an Auflage verlieren

JGG. Bonn

Nachdem Polens offizielle Medien seit mehreren Monaten nahezu pausenlos die oppositionelle Zeitung „Tygodnik Powszechny", die polnische Lieblingslektüre von Papst Johannes Paul II., kritisiert hatten und der Rotstift des Zensors im Blatt immer sichtbarer durch willkürliche und unverständliche Kürzungen wird, hat jetzt der staatliche Verlagskonzern RSW-Prasa-Ruch der Chefredaktion weitere Schwierigkeiten signalisiert: Vom 1. Januar kommenden Jahres an solle die Papierzuteilung so reduziert werden, daß dies auf Auflage und Umfang Einfluß haben werde. Und das, obwohl die Auflage dieser allerseits gefragten Wochenzeitung, die seinerzeit einen Nachruf auf Josef Stalin verweigerte, nur 7L P00 Exemplare beträgt und nur nach langer Wartezeit auf dem Abonnementwege zu erhalten ist.

Zur gleichen Zeit läuft unter der Leserschaft des „Tygodnik" und unter dem polnischen Landvolk eine intensive Werbekampagne seitens des Organs der polnischen Atheisten-Gesellschaft „Argumenty". Es wird dabei mit Preisen und Warenbons gelockt. Gleichzeitig wurde bekannt, daß vielerorts die Abbestellung von parteitreuen Publikationen bis zu 50 Prozent betrage.

Das Vorgehen gegen den kulturpolitisch und theologisch einflußreichen „Tygodnik" kommt nicht von ungefähr. Unter den Mitherausgebern befinden sich neben Chefredakteur Jerzy Turowicz der katholische Politiker Professor Stanislaw Stomma (mit guten Verbindungen in die Bundesrepublik Deutschland), der Komponist Stefan Kisielewski und nicht zuletzt Professor Wladyslaw Bartoszewski von der katholischen Universität Lublin, der gegenwärtig eine Gastprofessur an der Münchner Universität innehat. Bartoszewski hat erst kürzlich durch eine Rede in Bonn Aufsehen erregt, in der er auch das Unrecht der Vertreibung der Deutschen erwähnte. Schließlich redigieren Pater Adam Boniecki, der weiterhin im Impressum dieser Wochenzeitung steht, und einige Redaktionsmitglieder die polnische Ausgabe des „Osservatore Romano" in Rom.

Wörner holt sich einen Manager

Lennings soll vakanten Staatssekretärposten im Verteidigungsministerium übernehmen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner will die seit mehr als einem halben Jahr freie Stelle des Staatssekretärs, der sich mit der Rüstungsplanung beschäftigt, möglichst schnell neu besetzen. Sein Kandidat für den Posten, der frühere Vorstandsvorsitzende der Gutehoffnungshütte in Oberhausen, Manfred Lennings, hat noch nicht endgültig zugesagt. Dem Vernehmen nach ist aber damit zu rechnen, daß Lennings die Aufgabe übernehmen wird. Ein dafür entscheidendes Gespräch zwischen dem Minister und dem Manager ist für das kommende Wochenende anberaumt.

Nach der Bildung der CDU/CSU/FDP-Regierung im Herbst 1982 wurde die Rüstungsplanung von dem Parlamentarischen Staatssekretär Kurt Jung (FDP) betreut. Jung kehrte am 6. März nicht mehr in den Bundestag zurück, es entfielen also die Voraussetzungen zur Rückkehr auf die Hardthöhe. Seitdem suchte der Minister intensiv nach einem geeigneten Nachfolger. Er hat sich, wie zu hören war, dabei eine Reihe von Absagen eingehandelt. Wörner suchte in erster Linie einen Mann mit Erfahrung im Industriemanagement. Er fand ihn schließlich in Manfred Lennings, der vor wenigen Wochen als Vorstandsvorsitzender der Gutehoffnungshütte – seit 1975 war er in dieser Position tätig – zurückgetreten war.

Die besoldungsrechtlichen Voraussetzungen für Lennings Berufung, die Umwandlung der Stelle des Parlamentarischen Staatssekretärs in die eines beamteten, hatte der Haushaltsausschuß des Bundestages in der vergangenen Woche geschaffen. Erst damit war für Wörner endgültig der Weg frei, einen Industriemanager zu holen. Lange hatte auch die CDU/CSU-Fraktion dagegen Widerstand geleistet. Die Parlamentarier wollten einen Abgeordneten auf dem Posten sehen.

Der künftig für die Rüstungsplanung verantwortliche Staatssekretär steht vor der schwierigen Aufgabe, die äußerst knappen Finanzmittel so zu nutzen, daß die Ausrüstung der Bundeswehr im nächsten Jahrzehnt dem ihr dann gestellten Verteidigungsauftrag angemessen ist. Fachleute des Ministeriums nennen das eine der schwierigsten Aufgaben, zumal die neuen Waffen mit weniger Personal bemannt werden können.

Seite 2: Hoffnung für Hardthöhe

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Autogrammwissenschaft

Von Rüdiger Moniac

Der Diskurs, den der Verteidigungsausschuß des Bundestages seit Tagen über die Bedeutung der NATO-Strategie in Gestalt der Anhörung von Fachleuten abhält und in der nächsten Woche fortsetzt, entwickelt sich immer mehr zu einem Gespräch, nicht zwischen Falken und Tauben, sondern zwischen Hörenden und Tauben. Auf der einen Seite des Tisches sitzen solche, die die Verteidigungsaufwendungen des Bündnisses mehr und mehr ablehnen, auf der anderen die Verteidiger der Verteidigung. Ein Austausch von Argumenten, der geeignet wäre, Überzeugungen zu verändern, ist zwischen den verhärteten Fronten kaum mehr möglich. Sozialdemokraten haben die Hoffnung, sie könnten mit „alternativen Verteidigungsstrategien" eine neue Sicherheitspolitik machen. Freudig folgen ihnen dabei die Grünen. Union und FDP müssen das Alte vertreten, das bekanntlich den Nachteil hat, nicht das Neue zu sein.

Beide Koalitionspartner überlassen es den Fachleuten, bestimmte Einsichten über die Schieflage des öffentlichen Bewußtseins auf dem Gebiet der Verteidigungspolitik zu erläutern. Etwa wenn ein Wissenschaftler über die „Massenpsychose" der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Stationierung neuer Atomwaffen in der Bundesrepublik konstatierte, sie sei von einer „überschaubaren Gruppe von Personen, die leicht namhaft zu machen sind", ausgelöst worden. Im Auge hatte er dabei eine Reihe von Politikern, Geistlichen, aber auch Medienverantwortliche in Magazinen und Fernsehredaktionen, die mitgeholfen haben, über sicherheitspolitische und strategische Zusammenhänge Desinformationen zu verbreiten.

Wie diese Methode selbst in der Anhörung von Wissenschaftlern genutzt werden kann, zeigte der Berliner Professor Theodor Ebert, ein Verfechter der „sozialen Verteidigung". Diese Lehre vertritt die Vorstellung, man könne einen mit Panzern einrollenden Angreifer aufhalten, indem man ihm die Zusammenarbeit verweigert. Ebert brachte zu seiner Anhörung eine Liste von 28 000 Unterschriften mit, bildwirksam in einen dicken Band gebunden. Was soll das beweisen? – außer, daß es Leuten, die auf solche Requisiten zurückgreifen müssen, an ernsthaften Argumenten fehlt? Dabei ist die Sache ernst genug.

Hölle der Lauen

Von Jürgen Liminski

Präsident Reagan und Israels Premier Shamir haben wohl einiges zu besprechen. Die Region, in der Shamir der stärkste Mann ist und in der Washington viele Männer und Schiffe hat, ist seit der Schlacht um Tripoli und seit den Gerüchten um Assad von Ungewißheit gekennzeichnet. Zwei Problembereiche gilt es zu unterscheiden, auch wenn sie miteinander verbunden sind: der Niedergang der PLO als autonomer Faktor im Kräftespiel des Nahen Ostens und die Folgen, die sich daraus ergeben, sowie das Vordringen der Sowjets durch den Machtzuwachs der Syrer.

Beim ersten Thema haben sich Reagan und Shamir auf die Formel „Hoffen auf Hussein" geeinigt. Hussein aber wird warten. Ohne offizielles Mandat, übertragen von einer arabischen Gipfelkonferenz, wird er keine Gespräche beginnen. Schon gar nicht, nachdem ihm die Friedensgegner mit mehreren Mordattentaten auf seine Diplomaten signalisiert haben, was passieren könnte, sollte er das Verhandlungsangebot aus Jerusalem oder aus Washington aufgreifen. Und die Gipfelkonferenz wird erst stattfinden, wenn die Zukunft der PLO und Arafats geklärt ist.

Mit dem zweiten Thema verhält es sich wie mit den Insassen in der „Hölle der Lauen" von Dante. Dort sitzen jene, die sich nicht entscheiden konnten. Das jahrelange Zögern der Amerikaner gegenüber Syrien hat den Westen in diese keineswegs beneidenswerte Lage gebracht. Reagan und sein Team aber wollen nun immerhin aus dieser unangenehmen Situation heraus.

Es wird Zeit. Eine neue Entscheidung drängt sich auf, denn Moskau hat offenbar den Pakt mit Damaskus auch auf das libanesische Territorium ausgeweitet. Dafür liegen seit einigen Tagen Anzeichen vor. Das mag mit den Gerüchten um Assad zu tun haben. Fest steht, daß Moskau seine Haltung in Libanon verhärtet und der syrischen Besatzung Rückendeckung gibt.

Der Ost-West-Gegensatz in Libanon wird plötzlich in aller Deutlichkeit erkennbar. Das geht nicht nur die Amerikaner an, sondern auch die Europäer. Für die Friedenstruppe in Beirut verheißt diese Entwicklung nichts Gutes.

Unbürokraten

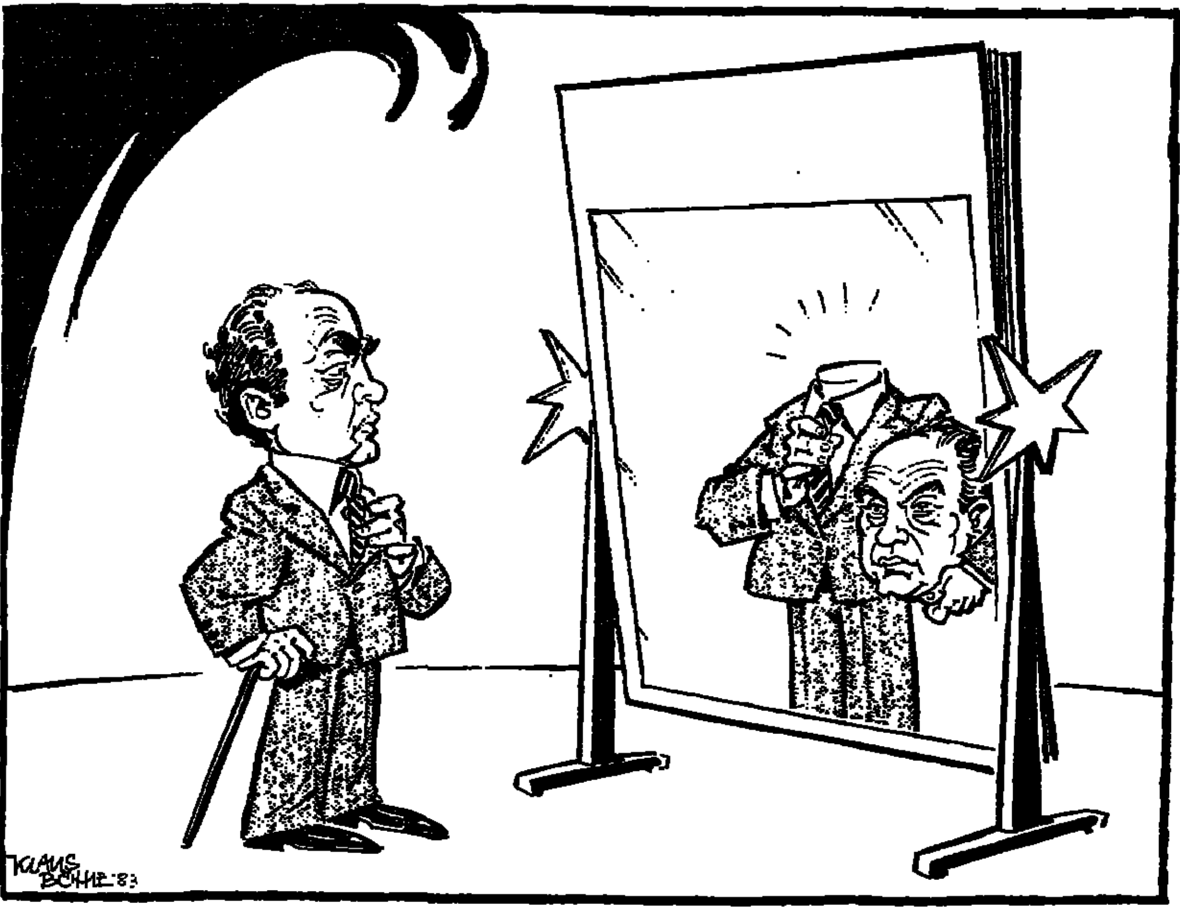
Von Peter Dittmar

Ein verräterisches Wort macht in jüngster Zeit Karriere. Der Familienminister gebraucht es, wenn von der Hilfe für schwangere Frauen die Rede ist, die Lokalmatadoren und die Bundesprominenz führen es im Mund, wenn Hochwassergeschädigten Trost zugesprochen wird, und selbst bei den als Minigegenleistung für den Milliardenkredit ausgehandelten „*Reiseerleichterungen bei besonderen Familienangelegenheiten*" fehlt es nicht. Dieses Wort heißt „unbürokratisch".

In den Ohren der Politiker klingt es offenbar wie eine Verheißung. Es erinnert sie an jene schönen Zeiten, in denen den Bedürftigen einfach gegeben wurde – ohne daß Formulare in mindestens dreifacher Ausfertigung nebst Anlagen und die Benennung von Zeugen oder Bürgen vonnöten waren. Doch so einfach sind die Verhältnisse heute nicht mehr. Der Almosenempfänger gehört nicht zu einer kleinen überschaubaren Gemeinde, der Wohltäter ist kein reicher Privatmann. Der Staat muß sich deshalb versichern, daß er dem Richtigen gibt. Verwaltung muß also sein.

Bürokratie, eine Form sich selbst befriedigender Verwaltungszeremonien, muß dagegen nicht sein. Das gebieten schon die Grundsätze über die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung. Wer also die „unbürokratische Hilfe" seines Ressorts verspricht, verrät damit, daß eine wirksame und schnelle Verwaltungsarbeit in seinem Hause normalerweise nicht zu erwarten ist.

Die neuerdings in Bonn arbeitende Kommission zur Entbürokratisierung hätte also einen interessanten Ansatzpunkt: Sie braucht nur bei jedem Amtsleiter nachzufragen, der diesem oder jenem Opfer tragischer Umstände eine „unbürokratische" Hilfe versprochen hat, wie er es denn in diesem Fall machen wird und wie er es sonst macht. Die 235. Sentenz des Publius Syrus „bis dat, qui cito dat" (doppelt gibt, wer schnell gibt) könnte die Kommission durch solcherart unbürokratisches Vorgehen gleich für sich selber in Anspruch nehmen.



Spiegel-Bild ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Besseres Klima im Süden

Von Heinz Pentzlin

Seit Jahren schon driftet die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer auseinander. Man spricht vom „Süd-Nord-Gefälle"; den besseren wirtschaftlichen Verhältnissen der Länder im Süden und den schlechteren im Norden, mit einer herausragenden Spitzenstellung Bayerns im Süden und einer extrem schlechten Stellung Bremens im Norden.

Während des wirtschaftlichen Rückganges 1981 und 1982 hat sich das Gefälle verstärkt, und es besteht wenig Aussicht, daß es sich mit der Fortsetzung der seit der Jahreswende 1982/83 eingetretenen Aufwärtsentwicklung verringern wird. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern können sich sogar noch weiter vergrößern, weil in den besser gestellten die Erholung eher eingesetzt hat und sie von ihnen aufgrund der unterschiedlichen Ausgangslage besser genutzt werden kann als von den notleidenden.

Nimmt man für den Vergleich die wirtschaftliche Leistung – das heißt die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche: Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, Bergbau, Bauwirtschaft und Warenproduktion, Verkehr, Handel und Dienstleistungen – als Maßstab, so standen 1982 bei einem Rückgang dieser Leistung von 1,2 Prozent in der gesamten Bundesrepublik (nach Ausschaltung der Preissteigerungen) Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin und Rheinland-Pfalz günstiger da; die Leistung von Hamburg und Schleswig-Holstein entsprach dem Bundesstand, während der Rückgang in Niedersachsen, Saarland, Nordrhein-Westfalen und Bremen stärker war. Allein Bayern hatte 1982 eine Zunahme seiner wirtschaftlichen Leistung zu verzeichnen (um 0,3 Prozent). Der Rückgang in Bremen stellte sich auf 4 Prozent, in Nordrhein-Westfalen auf 2,0 Prozent.

Die Verschiedenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Ländern haben mehrfache Ursachen: naturgegebene, durch die Wirtschaftsstruktur; konjunkturbedingte; aber nicht zuletzt spielt auch gute oder schlechte wirtschafts- und finanzpolitische Leistung eine Rolle.

Kohle- und Erzvorkommen, die einstmals dem Ruhrgebiet und dem Saarland wirtschaftliche Stärke gaben, haben sich in eine Belastung verwandelt. Die Verbindung zum Meer, die in Hamburg und Bremen aufstrebende Reedereien, eine große Werftindustrie und eine ertragreiche Fischerei mit zahlreichen Arbeitsplätzen in der fischverarbeitenden Industrie hatte entstehen lassen, bürdet gegenwärtig den Hansestädten gerade mit diesen Wirtschaftszweigen die größten Probleme auf. Die Erdöl- und Erdgasvorkommen Niedersachsens, die lange nur mit Mühe und wenig Ertrag ausgenutzt werden konnten, haben mit den Preissteigerungen für diese Energiestoffe dem Land eine neue Finanzquelle erschlossen, die aber, wenn sie im Finanzausgleich zwischen den Ländern mitgerechnet wird, erheblich an Bedeutung verlieren kann.

Sehr unterschiedlich sind die Erfolge der einzelnen Länder mit ihrer Wirtschaftspolitik gewesen, vor allem mit ihren Bemühungen, aussichtsreiche Unternehmen in ihrem Bereich anzusiedeln. Schleswig-Holstein, wenig begünstigt durch seine Lage, fern vom einstmals kraftspendenden Kohle- und Stahlrevier, an der Grenze der Bundesrepublik und an der Grenze der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelegen, abgeschnitten von einem früheren Hinterland in Mitteldeutschland, hat den großen Zustrom von Flüchtlingen – den weitaus größten von allen Bundesländern – nur langsam in seine Wirtschaft eingliedern können; das Land hat bis zum Jahre 1982 gebraucht, um den durchschnittlichen Leistungsstand der Bundesrepublik zu erreichen.

Besser hat Bayern den Nachteil der Revierferne durch den Aufbau von Raffinerien in Ingolstadt überwunden. Man hat es dort verstanden, in und um München ein Wirtschaftszentrum mit Industrien zu schaffen, die gegenwärtig wohl die günstigsten Zukunftsaussichten aufweisen. Der starke, aber nicht übermäßig starke Zustrom von Flüchtlingen hat die Wirtschaftskraft des Landes vorteilhaft ergänzt.

Ist der Rückgang der einst Wirtschaftskraft verleihenden Wirtschaftszweige in Nordrhein-Westfalen, in Hamburg und in Bremen die eigentliche Ursache für die Schwierigkeiten dieser Länder? Liegt es daran, daß man nicht rechtzeitig für einen Ausgleich sorgte; hat ein Klima dazu beigetragen, das der Leistung und dem Ertrag nicht immer wohlgesonnen war? Schwer zu sagen. Jedenfalls wirkt es sich heute verhängnisvoll aus, daß die Länder, die in ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zurückgefallen sind, dadurch auch in ihrer Finanzkraft geschwächt sind. Sie haben weit höhere Schuldenlasten zu tragen als die leistungsfähigeren; in Bremen ist die Last besonders hoch. Neue Kredite, die sie aufnehmen, reichen knapp aus, die Zinsen für die Altschulden zu zahlen. Sie geben ihnen keinen Spielraum für neue Investitionen. Gerade die Diskussion dieser Tage über den Hamburger Haushalt bietet ein abschreckendes Beispiel.

Hier einen Wandel herbeizuführen, ist gewiß nicht einfach. Änderungen im Finanzausgleich zwischen den Ländern können bestenfalls einen weiteren Abstieg der schwachen Länder etwas mildern. Der Bund kann wohl in einzelnen Fällen wie etwa mit seiner Hilfe für die Arbed, das wichtigste Unternehmen des Saarlandes, oder mit der von Bremen geforderten Finanzhilfe einspringen, aber das kann nicht zur Gewohnheit werden. Die notleidenden Länder müssen selber größte Anstrengungen machen. Es wäre zu einfach, zu fordern, daß die Tüchtigen für die Fehler der Träumer einstehen sollen.



Was alles versäumt wurde: Protestierende Werftarbeiter FOTO: AP

IM GESPRÄCH Manfred Lennings

Hoffnung für die Hardthöhe

Von Peter Gillies

Manfred Lennings ist ein Mann ohne Schnörkel, die schiere Verbindlichkeit ist nicht seine Sache. Der mit einem Paukenschlag aus der Gutehoffnungshütte (GHH) geschiedene Bilderbuchunternehmer steht vor einer schnörkellosen Entscheidung: zurück in ein Unternehmen oder – pardon – in den Staatsdienst?

Der noch nicht Fünfzigjährige, der in der Rekordzeit von zehn Jahren von der Pike in die Spitze eines Großunternehmens gelangte, focht stets für den Blutaustausch zwischen Wirtschaft und Politik: Beide brauchen den Sachverstand des jeweils anderen, wobei die Politik wohl mehr auf die Hilfe der Ökonomie angewiesen ist.

Deutschbankier Christians gab dem Bundesverteidigungsminister angelegentlich den „Tip Lennings". Wörner sucht einen Staatssekretär für Rüstungsplanung. Die Produktionsvorgabe lautet „Erfüllung des Verteidigungsauftrags", also die Planung jener Waffensysteme, die sicherheitstechnisch erforderlich und finanziell erfüllbar sind. Die Aufgabe soll auch Bauchlandungen à la Tornado ausschließen.

Ist ein erfahrener Manager und Betriebswirt im Staatsdienst ein bequemer Partner der liefernden Industrie? *Gewiß nicht, denn er kennt ihre Kalkulationen*. Gerade deswegen hat Wörner ein Auge auf ihn geworfen, denn der neue „Großaktionär" des Manfred Lennings – mit manchen alten hat er schräge Erfahrungen gemacht – wäre der Steuerzahler.

Dem Gespann der beiden Staatssekretäre Lennings-Hiehle auf der Hardthöhe wäre es zuzutrauen, jene Rationalisierungsreserven auszumachen, ohne die eine moderne Armee nicht modern bleiben kann. Lennings steht nicht in Verdacht, den Fehler mancher Manager zu wiederholen, die das Beharrungsvermögen von Bürokratien unterschätzen. Andererseits wissen Wörners Vorgänger auch, daß die Erfahrungen mit Spitzenleuten der Wirtschaft auf der Hardthöhe nicht immer überzeugen.



Als Staatssekretär erwünscht: Lennings FOTO: JUPP DARCHINGER

Nun hat sich Lennings noch nicht endgültig entschieden, aber ihn reizt die Sache wohl doch (wobei man die Besoldungsgruppe wohl ausnehmen darf). Die Bundeswehr ist ein Konzern, dessen „Umsatz" und „Belegschaft" den GHH-Maschinenbaukonzern bei weitem übersteigt. Die Entscheidungsmechanismen sind andere, *ihre Zähigkeit stellt eine Herausforderung dar.*

Nähme er sie an, blieben ihm mutmaßlich alte Erfahrungen bei GHH – man erinnert sich noch an das peinliche Gezänk und die lancierten Indiskretionen – auch in dem neuen Apparat nicht erspart. Aber seine Art, die Analyse an die Stelle des Plauschs zu stellen, rational und rationell zu entscheiden, wären gewiß eine Bereicherung für das Ministerium. Lennings wurde stets ein „Senkrechtstarter" genannt. Dieser Begriff erschiene in einem neuen, ziemlich ungewohnten Licht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

DIE PRESSE

Zur Krankheit Andropows und des syrischen Präsidenten Assad schreibt das Wiener Blatt:

In Damaskus war's der Blinddarm, in Moskau sollen es die Nieren sein. Da es weder in Syrien noch in der Sowjetunion Usus ist, mittels hofärztlicher Bulletins Volk und Welt über den Gesundheitszustand des obersten Machthabers zu informieren, nehmen Mutmaßungen wie politische Spekulationen kein Ende... Immerhin gibt es Genesungssignale: Bundeskanzler Kohl schätzt sich seit Freitag glücklich, einen neuen Brief Andropows erhalten zu haben. Dessen Unterschrift auf Echtheit zu testen, müßte möglich sein. Und was Hafez es-Assad angeht, so saß er einer Baath-Sitzung vor, auf der er, via Fernsehen, obwohl ohne Blinddarm, ungeschädigt, ja sogar gesund wirkte. Geunke freilich aus Jerusalem: Der TV-Bericht könnte nicht live gewesen sein. Geduld also, immerwährend kann die doppelte Ungewißheit ja nicht sein.

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

Zur Nominierung von Weizsäckers für das Amt des Bundespräsidenten heißt es hier:

Obwohl er sich mit öffentlichen Äußerungen vornehm zurückhielt, ließ der gebürtige Württemberger keinen Zweifel darüber, daß er zu diesem „Opfergang" nicht bereit war und mit aller Hartnäckigkeit nach der Villa Hammerschmidt in Bonn, dem Sitz des Bundespräsidenten, strebte... Bei allem Ansehen, das er genießt, dürfte der scheidende Berliner Bürgermeister bis zu seiner Wahl als Staatsoberhaupt freilich noch oft mit seinen früheren Beteuerungen konfrontiert werden, daß er unbedingt in der geteilten Stadt bleiben und keine anderen politischen Aufgaben mehr übernehmen werde. In diesem Punkt ist Weizsäcker den eigenen hohen Ansprüchen, die er an die Glaubwürdigkeit des Politikers stellt, nicht unbedingt gerecht geworden.

THE NEW YORK TIMES

Zur Lage in Nicaragua schreibt das Blatt:

Die sandinistischen Linken in Nicaragua sind bankrott und werden von Rebellenkräften belagert, die von den Vereinigten Staaten versorgt werden. Indem es Versprechen Angebote folgen läßt, scheint das Regime in Managua darum zu bitten, daß man es fortbestehen läßt. Welche Bedingungen könnte somit Washington für eine Absage des „geheimen" Krieges der Rebellen stellen? Echte Blockfreiheit. Kein regionaler Export der Revolution. Eine anständige Achtung der Menschenrechte im Lande. Da es sich dabei um Grundsätze handelt, zu denen sich die Sandinisten einst bekannten, würde ihre Einhaltung die Beendigung – nicht weniger als die Führung – eines illegalen Krieges rechtfertigen.

The Daily Telegraph

Zur sowjetischen Reaktion auf die Raketen-Nachrüstung der NATO schreibt die britische Zeitung:

Mit harten Worten verbunden ist die Andeutung, daß die bestehende Lage nicht „unumkehrbar" sein müsse. Helmut Kohl betont offensichtlich am meisten die Möglichkeit, daß Rußland seinen Beschluß überdenkt, sich von den Genfer Gesprächen zurückzuziehen... Es ist nicht das erste Mal, daß westdeutsche Politiker zum Überoptimismus im Zusammenhang mit Abrüstungsgesprächen neigten. Bezeichnend ist, daß Andropow den drei Politikern geschrieben hat, die der Stationierung der neuen Raketen zugestimmt haben, und daß diese Briefe nach dem Auszug in Genf abgeschickt wurden.

Die Funkhäuser säbeln wieder am Werbekuchen herum

Wie man das freie Fernsehen weiter zu behindern sucht / Von Franz Barsig

In der Medienpolitik – man hört es vielfach, aber glaubt es kaum – soll sich die SPD bewegen. Dafür gibt es auch zwei überprüfbare Indizien. Der amtierende Ministerpräsident Holger Börner hat in einem Interview am 17. November auf die Vielzahl von Satellitenkanälen hingewiesen, die uns bis 1987 zur Verfügung stehen werden; in diesem Zusamenhang lehnte er private Interessenten für das Satellitenfernsehen nicht rundweg ab, sondern knüpfte daran eine Reihe von Bedingungen.

Der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi hat im November auf eine Kleine Anfrage des Abgeordneten Gert Boysen (CDU) ebenfalls von neuen Rundfunkveranstaltern gesprochen – man nennt die möglichen privaten Veranstalter auch die „Dritten" –, die selbständig und eigenverantwortlich unterhalb eines öffentlich-rechtlichen Daches Programme anbieten könnten.

Nun machen auch zwei Schwalben noch keinen Sommer, aber bis zum 15./16. Dezember, der Schlußkonferenz der Ministerpräsidenten in diesem Jahr werden wir es ja wissen, ob die SPD nur Köder ausgelegt oder ob mit ihr ein Konsens zu finden ist. Vielleicht weiß man es schon am 2. Dezember, denn an diesem Tage tritt die Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten in Mainz zusammen, und kaum ein Regierungschef wird fehlen.

Es gibt Gedankenspiele für den Konsens, von denen man allerdings schon heute sagen kann, daß sie nicht einigungsfähig sind.

Börner beispielsweise will dann privaten Interessenten einen Satellitenkanal überlassen, wenn ARD und ZDF und die sogenannten Dritten gleiche Startbedingungen bei den Werbezeiten haben. Hier will man auf den listigen Vorschlag des ZDF-Intendanten zurückgreifen, den später auch die ARD übernommen hat, nämlich die Werbezeit des erdgebundenen Fernsehens um fünf Minuten auszuweiten. Private Fernsehunternehmer dürften dann natürlich auch 25 Minuten werben. Wäre das Gleichberechtigung, wären das gleiche Startchancen? Mitnichten. Die letzte Gebührenerhöhung für ARD und ZDF ist am 1. Juli 1983 in Kraft getreten. Fünf Minuten mehr Werbezeit, die ohne jede Anstrengung voll zu verkaufen sind, brächten 400 Millionen DM brutto oder 300 Millionen DM netto in die Kassen, obwohl doch schon bei der Gebührenerhöhung ein bestimmer Anteil für „Innovationen", also auch Satellitenfernsehen, bestimmt war.

Die Dritten, die vielleicht mit hunderttausend Zuschauern an den Start gehen müssen, wären dann nicht gleichberechtigt. Sie würden die Wettbewerbsunfähigkeit sozusagen als Geburtsnachteil auf den Weg mitbekommen. Die Schere des Wettbewerbsnachteils würde auch von Jahr zu Jahr weiter aufgehen, denn der Zuschauerkreis der sogenannten Dritten steigt ganz langsam, aber ARD und ZDF können jedes Jahr ihre Einschaltpreise für die Werbung ohne viel Risiko erhöhen. Außerdem muß es bei einem solchen geballten Zuwachs der Werbung für ARD und ZDF zwangsläufig zu Verwerfungen, vor allem bei der Zeitschriftenwerbung, kommen. Börners gleiche Ausgangschancen sind also eine Chimäre.

Der ECS-Satellit, der im nächsten Jahr sendefähig sein wird, hat zwei Ausbreitungsgebiete (Beams), einen Ost- und einen Westbeam. Der Westbeam kann mit Bodenempfangsanlagen mittlerer Art in der gesamten Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) empfangen werden. Der Ostbeam nicht. Er nimmt, je weiter man nach Westen geht, an Empfangsfähigkeit ab, es sei denn, daß man die Bodenempfangsanlagen an den Kabelstationen noch größer dimensioniert. Das kann die Deutsche Bundespost zur Zeit nicht. Sie wird es auch nicht tun, denn sie hat das niemandem versprochen. Irritationen auf diesem Gebiet rühren aus der schweren Verständlichkeit dieser Materie, oder sie sind gewollt.

Aber da gleiche Startbedingungen zwischen ARD und ZDF und den sogenannten Dritten ohnehin nicht vorliegen, kann für die „öffentlich-rechtlichen" nur der Ostbeam in Frage kommen. Die beiden Anstalten werden es doch wohl ein oder zwei Jahre aushalten können, wenn ihre Programme über Satelliten nicht gleich in der gesamten Bundesrepublik zu sehen sind. Ihre anderen Vorteile gegenüber den Dritten sind ja ohnehin fast himmelhoch überragend.

Auch ein Drittes wird nicht laufen, nämlich die Belegung der ECS-Kanäle und vielleicht auch der dann folgenden Kanäle des Intelsat-Satelliten für Fernsehen (über Intelsat kommen 1985 sechs hinzu) durch einen Staatsvertrag zu regeln. Einmal ist das nicht nötig, und zum anderen weiß man doch, daß ein Staatsvertrag unter zwei Jahren nicht unter Dach und Fach zu bringen ist. Der ECS steht aber im Frühjahr 1984 zur Verfügung, und bis Mai wird es 71 Bodenempfangsstationen geben.

Weltraumraketen kann man nur starten, wenn sich ein sogenanntes Startfenster öffnet. Im übertragenen Sinne ist für die Lösung der Satellitenprobleme bis Dezember ein solches Fenster offen. Dann wird lange nichts mehr laufen. Vielleicht denken die Länderchefs auch daran, daß sie eine politische Aufgabe zu lösen haben und daß es nicht nur um den „hehren Föderalismus" geht.

Es geht um mehr als den Kopf des Grafen

Die Bonner Staatsanwaltschaft hat die wohl brisantesten Ermittlungen in der Justizgeschichte der Bundesrepublik abgeschlossen. In der sogenannten „Flick-Affäre" wird sie Anklage erheben gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff; gegen weitere vier Beschuldigte ist Anklage erhoben. Die Diskussion um die politischen Folgen hat bereits begonnen.

Von MANFRED SCHELL

Ist es nun immer noch ein grandioses Schmierenstück mit „dunklen" Souffleuren, das jetzt den dritten Akt erreicht hat? Oder steht ein Polit-Krimi vor der Auflösung, in dem es um den Kopf des Bundeswirtschaftsministers, um Geld und Macht, um Bestechung und vielleicht auch um die Stabilität der jungen christlich-liberalen Bundesregierung geht?

Die Bonner Staatsanwälte mögen solche Fragen nicht. Sie haben nach fast zweijährigen Ermittlungen ihre Anklageschrift abgefaßt und nunmehr vorgelegt. Das sollte ihnen niemand zum Vorwurf machen. Graf Lambsdorff selbst hat erst vor zwei Tagen die Überzeugung geäußert, daß die Justiz ihre Entscheidung „unbeeinflußt von Indiskretionen und Verurteilungen treffen" werde.

Das nächste Wort haben jetzt unabhängige Richter, die – wie Lambsdorff es will – die Zulässigkeit der Anklage prüfen werden. Bis dahin bleibt der Minister im Amt. Bundeskanzler Helmut Kohl und die FDP, die Lambsdorff erst vor kurzem auf dem Parteitag in Karlsruhe stürmisch gefeiert hat, geben ihm dafür die politische Rückendeckung.

Lambsdorff hat seinen Parteifreunden und dem Kanzler versichert: „Ich habe nichts zu verbergen." Der FDP-Vorsitzende Genscher sagte auf dem Parteitag: „Otto Graf Lambsdorff hat mir versichert, daß der Vorwurf der Vorteilsannahme unbegründet ist. Das bedeutet für mich als Freund und als Parteivorsitzender: Ich habe keinen Zweifel an seiner Unschuld, ich bin von ihr überzeugt."

Wie wird sich die CSU verhalten?

Diese Flanke ist also gedeckt. Ob freilich die CSU, der dritte Koalitionspartner, auf Dauer Zurückhaltung zeigen wird, ist – zumindest was ihren Münchner Teil betrifft – noch ungewiß.

Der Kanzler hat einen Riegel vorgeschoben. Die Vorgänge um Lambsdorff eigneten sich nicht, so hatte Kohl gesagt, um „andere Probleme" zu lösen. Gemeint hat der Kanzler damit die von den CSU-Politikern Tandler und Stoiber lautstark erhobene Forderung, Franz Josef Strauß müsse Minister in Bonn werden.

Hinzu kommt, daß er zumindest zur Zeit für die Koalition unentbehrlich ist. Lambsdorff war es hauptsächlich, der die „Wende" zur CDU/CSU in der FDP durchgesetzt hat. Das „Lambsdorff"-Papier war es schließlich, das die FDP von der zerstrittenen SPD und ihrem handlungsunfähig gewordenen Kanzler Helmut Schmidt absprengte. Er war es dann auch, der mit Genscher die verlogene „Verrats-Kampagne" durchstand. Der Name Lambsdorff steht für die Wende in Bonn.

Graf Lambsdorff ist zugleich für die FDP unentbehrlich geworden. Er gibt ihr neben Genscher Farbe und Profil. Beides braucht sie, um bei der Wählerschaft zu überleben.

Der Kanzler, der eine langfristige Partnerschaft mit der FDP anstrebt, kennt den Stellenwert des Ministers. Für Helmut Kohl aber kommt ein weiterer Gesichtspunkt hinzu: Ohne Lambsdorff hätte er dem Ansturm der CSU auf den Stuhl des Bundeswirtschaftsministers kaum noch etwas entgegenzusetzen, denn die FDP hätte keinen überragenden Mann für diesen Posten. Dies ist der politische, der parteipolitische Rahmen, der sich um den Justizfall legt.

Einmalig aber ist dieser Fall nicht nur wegen seines politischen Gehalts. Im Vorfeld der Entscheidung der Bonner Staatsanwaltschaft hat es Verdächtigungen und Durchstechereien gegeben. „Spiegel" und „Stern" wollten sich im Enthüllungsjournalismus überbieten, wobei allerdings der „Stern" zweiter Sieger blieb. Die Bauchlandung mit den gefälschten Tagebüchern Hitlers zeigt Wirkungen.

Wo die Lecks sind, aus denen Aktenteile an „Spiegel" und „Stern" gelangt sind, konnte nicht mit Gewißheit festgestellt werden. Aber ein starker Verdacht richtet sich gegen das Justizministerium in Düsseldorf. Schließlich hat ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß des Düsseldorfer Landtages im Zusammenhang mit Indiskretionen in der Parteispendenaffäre festgestellt, daß schwerwiegende Amtspflichtverletzungen im Bereich des nordrhein-westfälischen Justizministeriums 1981 zu einer Reihe von Presseveröffentlichungen geführt hätten. Als Täter wurden hochrangige Beamte und das Sekretariat der Justizministerin Donnepp genannt.

In der konkreten Anschuldigung gegen Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und andere geht es um die Frage, ob der Flick-Konzern enorme Geldsummen an Politiker und Parteien gezahlt hat, um wirtschaftliche Interessen des Unternehmens durchzusetzen.



Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff — FOTO: J. PEPERHOWE

Hinter diesem Verdacht, den die Staatsanwaltschaft ins Zentrum ihrer Anklage gestellt hat, steht ein Jahrhundertgeschäft. Der Flick-Konzern hatte 1975 29 Prozent der Daimler-Benz-Anteile an die Deutsche Bank verkauft; Erlös: 1,9 Milliarden Mark.

Auf diese Summe hätte der Konzern bis zu 56 Prozent Körperschaftssteuer zahlen müssen. Aber nach Paragraph 6 b des Einkommensteuergesetzes kombiniert mit Paragraph 4 des Auslandsinvestitionsgesetzes kann die Steuerbefreiung erfolgen, wenn die Bundesregierung die Transaktion als „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig" anerkennt.

Apel und Matthöfer genehmigten den „Deal"

460 Millionen Mark aus dem Aktienkauf flossen in Tochterfirmen des Konzerns beziehungsweise wurden für den Mehrheitserwerb beim Versicherungsunternehmen Gerling verwendet. Mit 830 Millionen Mark kaufte sich Flick in das New Yorker Unternehmen W. R. Grace & Co. ein.

Die Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs – heute Vorstandssprecher der Dresdner Bank – und Graf Lambsdorff hatten die Steuerbefreiung empfohlen, und die Bundesfinanzminister Hans Apel (SPD) und Hans Matthöfer (SPD) stellten die Genehmigungen aus. Auch die zuständigen Landesminister Horst-Ludwig Riemer (FDP) und Rudolf Eberle (CDU) hatten ihr Einverständnis gegeben.

Riemer war damals Wirtschaftsminister in Düsseldorf, dem Sitz des Flick-Konzerns. Eberle ist Wirtschaftsminister in Stuttgart, der Zentrale von Daimler-Benz.

Im Zusammenhang mit den seit Mitte der siebziger Jahre laufenden Ermittlungen mehrerer Staatsanwaltschaften wegen illegaler Spendenpraxis der Parteien kamen im Februar 1982 der Flick-Konzern und die Politiker in Verdacht, mit Schmiergeldern und trickreichen Absprachen den Weg für die Steuererleichterung geebnet zu haben.

Unterlagen, die beim Flick-Konzern beschlagnahmt wurden, wurden für diesen Verdacht angeführt. Rund 100 Leitz-Ordner, Spendenhefte, handschriftliche Vermerke waren darunter. In einem Bankschließfach verwahrte Flick-Hauptbuchhalter Rudolf Diehl ein handgeschriebenes Kassenjournal über die Jahre 1974 bis 1981 mit rund 80 Eintragungen. Darin sind Namen von 40 Politikern aller Parteien verzeichnet, mit den Geldsummen, die sie angeblich erhalten haben sollen. Selbst Erhard Eppler war als „Geldempfänger" aufgelistet.

Die Staatsanwaltschaft glaubte, den schwarzen Spendentopf des Konzerns entdeckt zu haben. So heißt es auf der Liste unter dem 30. Januar 1980: „an v. B. wg. Lambsdorff – 40 000 Mark." Oder Anfang des Jahres sollen „wg" Matthöfer gleichfalls 40 000 Mark der Kasse entnommen worden sein. Der 7. Juli 1980 soll der Tag gewesen sein, an dem „wg" Lahnstein und Lambsdorff jeweils 35 000 Mark gezahlt worden seien. Die Eintragungen in Diehls Kassenbuch „wg. Brandt" addierten sich in den Jahren 1975 bis 1980 zu insgesamt 190 000 Mark.

Diese Liste des früheren Flick-Buchhalters ist als „Beweisstück" mehr als brüchig geworden. Der Konzern selbst hat Brandt und anderen, wie zum Beispiel Kurt Biedenkopf, schriftlich versichert, daß ihnen zu keiner Zeit vom Unternehmen oder dessen Beauftragten Zahlungen gemacht wurden. Andere Politiker, die auf der Liste genannt wurden, haben als Zeugen gegenüber der Staatsanwaltschaft freimütig erklärt, sie hätten Geld als „normale Parteispenden" von Flick erhalten und an ihre Parteien oder Wahlkreise weitergegeben. Ein solches Verfahren ist weder strafrechtlich relevant noch ehrenrührig.

Inzwischen sind die Staatsanwälte auf ein geheimes Konto des im Mai 1982 ermordeten FDP-Schatzmeisters Karry bei der Internationalen Genossenschaftsbank in Basel gestoßen. Darauf sollen Parteispenden eingezahlt worden sein. Zum Schluß habe das Konto einen Stand von rund 5,5 Millionen Mark aufgewiesen. Entdeckungen sollen die Staatsanwälte auch über Finanzgeschäfte der SPD gemacht haben.

Die Hauptakten, die bei der Staatsanwaltschaft angefallen sind, betragen 20 Bände. Dazu kommen noch 35 Ordner mit Beweisunterlagen. Die Richter haben jetzt die Möglichkeit, dieses Material zu durchforsten und eigene Ermittlungen anzustellen. Ihre Entscheidung dürfte Monate dauern.

Amerika feiert Spacelab und die Deutschen

Mit einem Bilderbuchstart brachte die amerikanische Raumfähre Columbia das von MBB/Erno gebaute europäische Weltraumlabor „Spacelab" und den deutschen Wissenschaftler Ulf Merbold ins All.

Von W. WESSENDORF

„Good luck and godspeed." Mit diesen Wünschen schoß der Raumtransporter „Columbia" mit dem europäischen Spacelab an Bord in den silbernen Himmel. Pünktlich um 11 Uhr Ortszeit zündeten die Raketen am Kennedy Space Center (KSC) in Florida. Mit lautem Knattern verschwand der Raumtransporter mit sechs Männern an Bord, unter ihnen der deutsche Wissenschafts-Astronaut Ulf Merbold, in 5000 Meter Höhe in der Wolkendecke. „Es war ein Start ohne große Probleme", sagte Tom Utsman, der Direktor für den Start und Flug.

Um 7 Uhr früh hatte Merbold in der Astronauten-Unterkunft im KSC guter Laune gefrühstückt. Um 8 Uhr 10 stieg er in den kleinen Nasa-Bus ein, der ihn mit dem Team unter Kommandant John Young (53) an die Startrampe brachte. Keck streckte der Schwabe seinen Daumen in die Luft.

Schon zwei Stunden und 32 Minuten nach dem Start begann die Arbeit im Spacelab. „Die Crew fühlt sich wohl", meldeten die Lautsprecher im KSC. Der Stuttgarter Nutzlastspezialist schlief allerdings nicht wie geplant. Auf dem Fernsehbildschirm der Nasa schwebte er unerwartet durch den Tunnel in das Spacelab ein. Seine nachdrücklichen Proteste bei der Nasa hatten das bewirkt. Der Nasa-Chef, James Beggs, hatte vor dem Start gesagt: „Dr. Merbold ist mit Sicherheit einer der fähigsten Männer der Welt auf diesem Posten." So durfte er den ganzen Start miterleben.

Nur zwei kleine Probleme gefährdeten den Flug. Ein Kompaßkreisel an der linken Feststoffrakete taumelte. Der Schaden konnte während des Schusses behoben werden. Auch das Stellwerk der Manövrier-Triebwerke spielte nicht richtig mit. Auch das brachte die Bodenmannschaften nicht aus der Ruhe. Utsman: „Wenn wir den Shuttle vom Boden hochgebracht haben, nennen wir es einen perfekten Start."

Begeisterung in Bremen über glatten Start

73 Bremer Mitarbeiter von MBB/Erno verfolgten mit zitternden Knien, Tränen in den Augen und Begeisterungsschreien den glatten Start der „Columbia" mit „ihrem" 13 Tonnen schweren Wissenschafts-Baby im Bauch. Sie hatten dafür extra Urlaub genommen. Ihr Chef Hans E. W. Hoffmann befand sich unterdessen als Gast der Nasa im sogenannten „fireroom". Stolz trug er den dunkelblauen Astronautenblouson, der ihm vom Management der Nasa geschenkt worden war.

Der Erno-Chef, der schon 1969 erste Pläne für wiederverwendbare Raumfahrzeuge mit den Nasa-Partnern diskutierte und das Spacelab-Team bei Erno leitete, freute sich besonders, daß entgegen allen Missionsplanungen Ulf Merbold mit im Labor war, als die „blaue Mannschaft" mit Byron K. Lichtenberg und Owen Garriott die ersten Geräte einschalteten.

Der Weltraumschwabe tat sich anfänglich etwas schwer und wurde vom Missionskontrollzentrum aufgefordert: „Ulf, du speak laut und deutlich."

Millionen von Schaulustigen, die zum Teil schon am Sonntag mit Wohnmobilen angereist waren, säumten die Ufer an Banana- und Indian River, um die Weltpremiere mitzuerleben. Alle hundert Meter waren blaue und weiße Toilettenhäuschen aufgestellt. Leuchtplakate in Cocoa Beach und an den Zufahrtstraßen zum Kennedy Space Center verkündeten: „Wir grüßen das Shuttle- und Spacelab-Team". Florida feierte eine riesige Fete. Und die Deutschen standen im Mittelpunkt.

Reibungslosester Countdown aller Shuttle-Flüge

44 Stunden vor dem Start hatte der Countdown begonnen. „Es war der reibungsloseste Countdown, den wir je bei einem Shuttle-Start hatten", betonte General James Abrahamson, Chef des Shuttle-Programms der Nasa.

Unterdessen versicherten die Projekt-Manager der amerikanischen Weltraumbehörde, daß die Fehler an den Zusatzraketen behoben sind. Die Düsen hatten bei der achten Mission des Weltraumtransporters im August nicht einwandfrei funktioniert. Ihre Schutzschicht war abgeschmolzen.

Wenige Stunden vor Beginn des Countdowns im Kennedy Space Center war die „Columbia"-Crew aus Houston, ihrem Trainingszentrum, eingeflogen. Der deutsche wissenschaftliche Astronaut Ulf Merbold kletterte selbstsicher von Bord der Gulfstream. Seine Frau Birgit begrüßte „ihren" Raumfahrer im hellblauen Astronauten-Overall mit einem Kuß. Merbold sagte auf der Landebahn des KSC zu wartenden Journalisten: „Das wird ein großartiger Flug, und ich bin sicher, daß wir den Wissenschaftlern gute Resultate liefern werden. Ich bin sehr stolz darauf, der erste Europäer bei einer amerikanischen Mission zu sein."

24 Stunden vor dem Schuß ins All sprach die WELT mit Ulf Merbold, der im „Orbiter- und Checkout-Gebäude" hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen war. „Ich fühle mit hundertprozentig fit und muß wohl nicht betonen, wie sehr ich mich auf den Flug freue", sagte er. Merbolds Stimme vermittelte das Glücksempfinden. Jung und frisch, mit großer Begeisterung erzählte er: „Wir dürfen noch einmal am Tag mit unseren Frauen zusammen essen und dann Abschied nehmen."

Es wird ein langer Abschied für den europäischen Nutzlastspezialisten. „Die Mediziner haben mich verhaftet. Es ist ein mörderisches, ja unmenschliches Programm." Das VersuchskanincKen aus Stuttgart hat nach den Tagesschlafzeiten jeden Abend auf dem Test gestanden. Immer wieder wurde er untersucht. „Das alles aber war nichts gegenüber dem, was auf mich noch zukommt, den Tagen nach der Landung", berichtete der Physiker der WELT. „Am Tag der Landung muß ich 22 Stunden auf den Beinen sein. Zwölf Stunden Schicht im Spacelab und nach der Landung und der kurzen Begrüßung geht es weiter. Zehn Stunden lang wollen mich die Mediziner untersuchen."

In den ersten vier Tagen nach dem neuntägigen Ritt durchs Weltall – vom 7. bis 12. Dezember – muß Merbold in Kalifornien den Ärzten bis zu 13 Stunden täglich zur Verfügung stehen. Am 13. Dezember darf er an einer kurzen Pressekonferenz teilnehmen und zum ersten Mal über seine Erlebnisse berichten. Dann geht die Quarantäne in Houston weiter, haben wieder die Mediziner das Sagen. Merbold: „Erst am 22. Dezember darf ich nach Hause zu meiner Familie. Wir werden, um Ruhe zu haben, Weihnachten in unserem Haus in Huntsville/Alabama verbringen. Danach möchte ich gern zum Skifahren, wenn ich noch irgendwo etwas finde."

Als erster Europäer im Spacelab und bei einer Nasa-Mission kann Merbold dann immer noch nicht Privatperson sein. Auf ihn und seine Kollegen, die mit der „Columbia" neun Tage unterwegs waren, wartet eine Europa-Tournee. „Stuttgart ist nach Köln-Porz die zweite Station, da treffe ich dann Freunde", erläutert Merbold.

„Dies ist eine ganz wichtige Woche für uns", unterstrich Nasa-Chef James Beggs die Bedeutung der Mission zwölf Stunden vor dem Start. Und der Generaldirektor der Esa, Erik Quistgaard, ergänzte: „Unsere Hauptaufgabe ist es, alle 74 Experimente an Bord des Spacelab mehr oder weniger gleichzeitig in Gang zu bringen." Die wissenschaftlichen Versuche stammen aus zehn europäischen Ländern, aus USA, Kanada und Japan.

Nasa bestellte ein zweites Weltraumlabor

Außerdem soll in erster Linie das Bremer Weltraumlabor auf seinem Jungfernflug auf seine Funktionstüchtigkeit geprüft werden. Quistgaard: „Eine technische Herausforderung an uns alle. Das Spacelab gehört mit zu den technischen Wundern unserer Zeit."

Mit dem gelungenen Start hat MBB/Erno in Bremen seine Bedeutung als bemanntes Raumfahrtzentrum in Europa verstärkt. Große Aufgaben warten auf die rund 1000 Mitarbeiter in der Hansestadt, die sie zusammen mit ihren europäischen Kollegen erfüllen wollen. Rund zwei Milliarden Mark haben Entwicklung und Bau des Spacelab gekostet. 10 Jahre schwere Arbeit stecken in dem hochqualifizierten technischen Baukasten.

Die Nasa hat ein zweites Spacelab bestellt, das schon zur Hälfte fertig ist. Es kostet rund 450 Millionen Mark, die auf diese Weise wieder in die Kassen der europäischen Raumfahrt zurückfließen. Schließlich wurde das erste Spacelab gratis in die USA geliefert. „Damit haben wir eine hervorragende Basis der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen den USA und Europa geschaffen", werden Raumfahrt-Vertreter beiderseits des Atlantiks nicht müde zu versichern.

Schon gibt es Pläne hüben und drüben, eine Raumstation im All einzurichten. Allerdings sind sie noch nicht ganz ausgegoren. Immerhin hat MBB/Erno schon einen Namen dafür: „Columbus". Die Entdeckungsfahrt ins All geht weiter. Und damit die Zusammenarbeit zwischen Alter und Neuer Welt.

Polizisten-Kritik an Teilen der Kirche

F. D. Berlin

Scharfe Kritik am politischen Engagement kirchlicher Kreise hat der Bundesvorstand der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund geäußert. In den vom PDB veröffentlichten „Thesen zur inneren Sicherheit" werfen die Polizeigewerkschaftler kirchlichen Amtsträgern vor, sie entfernten sich mit zunehmendem politischen Engagement von ihrem ursprünglichen Auftrag christlicher Verkündung. Hingegen könnte ihr Einfluß „wesentlich zur Wiederherstellung des inneren Friedens in unserem Lande beitragen", so die PDB.

„DDR-Kontrolleure fälschen Kennzeichen"

ms. Bonn

Die „DDR" setzt zur Kontrolle auf den Transitstrecken Autos mit gefälschten Kennzeichen aus der Bundesrepublik Deutschland ein. Darauf hat gestern der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Eduard Lintner (CSU), in parlamentarischen Anfragen an die Bundesregierung aufmerksam gemacht. Lintner verwies darauf, daß in Berlin ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Urkundenfälschung laufe. „DDR"-Behörden hätten demnach einen BMW mit gefälschtem Amberger Kennzeichen zur Überwachung des Transitverkehrs eingesetzt. Lintner erklärte, die „DDR" schrecke selbst vor dem Einsatz „krimineller Mittel" auf den Transitwegen nicht zurück, um die Reisenden lückenlos überwachen zu können. Solche Praktiken gingen über die der „DDR" im Transitabkommen zugestandenen Kontrollen „weit hinaus". Die Bundesregierung solle daher bei der nächsten Sitzung der Transitkommission die sofortige Einstellung solcher Methoden verlangen.

Vorstoß zur weiteren Stärkung Berlins

dpa. Berlin

Berlin sollte nach Auffassung einer Gruppe von amerikanischen Kongreßabgeordneten im eigenen Interesse über einen Abbau der Zolltarife für elektronische Bestandteile nachdenken. Die Stadt könnte dadurch zum Experimentierfeld für fortgeschrittene elektronische Technologien werden. Der Zolltarif für derartige Teile beträgt zur Zeit 17 Prozent.

Die fünf US-Politiker, die sich zu einem zweitägigen Besuch in Berlin aufhielten, verwiesen darauf, daß in den USA auf Wunsch der Elektronik-Industrie von 1984 an keine Zölle mehr für die in aller Welt hergestellten elektronischen Bauteile erhoben würden. Ähnliche Bestrebungen seien in Japan im Gange. Ein Abbau der Zolltarife sei sinnvoll, weil die hochentwickelten Industrien in aller Welt produzierten, die Einzelteile aber an einem Ort zum Endprodukt montierten. Berlin sollte deshalb den Wunsch nach Einführung des Nulltarifs für elektronische Bestandteile sowohl in Bonn als auch in Brüssel vortragen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Bürgermeister Dohnanyi sitzt jetzt zwischen allen Stühlen

Streichungen im Etat in der SPD umstritten / CDU macht mit Verfassungsklage ernst

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der sozialdemokratische Senat unter Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und die SPD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg müssen sich endgültig auf einen Verfassungsstreit mit der christdemokratischen Opposition einrichten. Das ist das Fazit der Lage nach den massiven Auseinandersetzungen, die zwischen dem linken und dem rechten Flügel der sozialdemokratischen Regierungspartei über die anstehenden Streichungen im Etat für 1984 entbrannt sind.

Der CDU-Fraktionschef Hartmut Perschau und der Haushaltssprecher der Opposition, Wolfgang Peiner, ließen am Montag in geharnischten Erklärungen keinen Zweifel daran, daß die CDU nach der für Mitte Dezember vorgesehenen Verabschiedung des Etats 1984 das Verfassungsgericht anrufen wird, wenn die SPD mit ihrer absoluten Mehrheit im Landesparlament ihre Pläne durchsetzt: Es geht vor allem um die Umstellung der Kreditfinanzierung vom Brutto- auf das Nettosystem mit der Folge, daß künftig alte Kredite durch neue Schulden getilgt werden, praktisch also nicht mehr zurückgezahlt werden. Die CDU hält das für verfassungswidrig – führende SPD-Juristen übrigens auch.

Die Position der Landesregierung und der SPD-Bürgerschaftsfraktion auf der einen und der Opposition auf der anderen Seite sind nach Lage der Dinge nicht mehr zu überbrücken. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und SPD-Fraktionschef Hennig Voscherau hatten sich auf folgende Linie verständigt:

Die Kreditfinanzierung wird durch eine Änderung der Landeshaushaltsordnung umgestellt. Dafür genügt die absolute Mehrheit der SPD in der Bürgerschaft. Da die CDU aber in dieser Sache mit einem Verfassungsprozeß droht, ist die SPD bereit, die Verfassung zu ändern, wozu die Zustimmung der Opposition erforderlich ist, und wird einen entsprechenden Antrag einbringen. Dohnanyi: „Die CDU hat dann Gelegenheit, ihrer Verantwortung für Hamburg gerecht zu werden." Finanzpolitische Konzessionen an die Union aber, das erklärten der Regierungschef und Voscherau unterdessen mehrfach, kämen nicht in Frage; die SPD werde selbst die erforderlichen Einsparungen im Volumen von 250 Millionen Mark beschließen. Eine Korrektur des Wahlergebnisses vom 19. Dezember „durch die Hintertür" werde es nicht geben.

Nachdem sich auf der Etatklausur in Timmendorf jedoch gezeigt hat, wie schwierig das Streichen für die Genossen ist, hat sich die Situation für die CDU drastisch verbessert. Oppositionsführer Perschau kühl: „Wir



sollen also durch unsere Zustimmung zur Verfassungsänderung die Mitverantwortung für eine Haushaltspolitik übernehmen, auf die wir in der Sache nicht den geringsten Einfluß haben sollen. Das kommt nicht in Frage. Wir werden nicht die Schuldenpolitik der SPD legitimieren. Uns geht es nicht primär um einen Verfassungsprozeß, sondern um die Sanierung des Haushalts. Bodenloses Schuldenmachen ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Wer sich daran beteiligt, handelt gegen geltendes Recht und muß sich dann den Richtern stellen."

Für Bürgermeister Klaus von Dohnanyi ist nun eine äußerst schwierige und auch gefährliche Situation entstanden: Der Regierungschef sitzt zwischen allen politischen Stühlen. Die CDU wird ihn vor dem Verfassungsgericht verklagen. Dohnanyi will der Opposition nicht nur keine Konzessionen im Etat für 1984 machen – er kann es auch nicht, weil vor allem der linke Flügel der SPD dann den gesamten Haushalt im Parlament ablehnen würde. Das Mitte-Rechts-Lager der Partei ist vom Bürgermeister tief enttäuscht, weil er sich nicht einmal in der Timmendorfer Klausur, geschweige denn in der Öffentlichkeit an die Spitze dieses Flügels gesetzt habe, der ein ausgewogenes Sparkonzept über 250 Millionen Mark vorgelegt hat. Dieser Parteiflügel kreidet Dohnanyi überhaupt an, daß der Senat nicht mit einer eigenen Einsparungsliste die haushaltspolitische Führung übernommen, sondern statt dessen dieses undankbare Geschäft sieben „alten Fuhrleuten" der Fraktion unter Voscheraus Leitung überlassen habe.

Noch schärfer fällt das Urteil der Linken unter der strategischen Leitung des früheren Pastors und jetzigen Gesamtschullehrers Bodo Schümann aus. Ihre Wortführer attackierten Dohnanyi in Timmendorf und davor im Fraktionsvorstand in einer Schärfe, die kaum zu überbieten war, weil er zu Einsparungen auch in bisherigen Tabu-Bereichen der SPD-Haushaltspolitik aufgerufen und damit die Fraktion übergangen habe. Die massiven Auseinandersetzungen über die notwendigen Einsparungen zwischen dem linken und dem rechten Parteiflügel gehen, das räumen führende SPD-Politiker in der Hansestadt unumwunden ein, gesamtpolitisch eindeutig zu Lasten des Bürgermeisters, dessen Führungsfähigkeit dadurch in Zweifel gezogen werde. Dohnanyi versuchte in Timmendorf, zwischen beiden Flügeln zu vermitteln – vergeblich.

Vor zwei Jahren, im September 1981, konnte er den Linken auf einem Landesparteitag noch schneidend zurufen: „Wer die finanziellen Grenzen der Politik nicht sachverständig akzeptiert, der taugt nicht für die Politik!" Damals „zog" das. In Timmendorf aber konnten die Linken es sich erlauben, mit dem Abbruch der Tagung und der Ablehnung des gesamten Haushalts zu drohen. Nichts illustriert besser, wo Dohnanyi heute steht.

Prominente Berliner für Laurien als „Regierende"

Appell an Koalition / FDP enttäuscht über v. Weizsäcker

hrk. Berlin

Berliner Prominenz aus Wissenschaft, Bildung und Kultur hat jetzt – wenige Tage vor dem vorentscheidenden CDU-Parteitag in Berlin – einen dringenden Appell an die Koalition gerichtet, Senatorin Hanna-Renate Laurien zum Regierenden Bürgermeister zu wählen. Dies sei im „wohlverstandenen Interesse" der Stadt. Dem Vorstoß der 17 hochkarätigen Namen werden jedoch keine ernsthaften Chancen eingeräumt. Allerdings beginnt in der Berliner CDU offenkundig ein Überlegungsprozeß, ob Fraktionschef Eberhard Diepgen oder Frau Laurien der am gesten geeignete Nachfolge-Kandidat Weizsäckers ist.

Der Aufruf ist von dem Politikwissenschaftler an der Freien Universität, Professor Alexander Schwan, inszeniert. Er hatte im Wahlkampf 1981 eine Bürgerinitiative für Weizsäcker ins Leben gerufen. Zu den weiteren Unterzeichnern gehören der Historiker Arnulf Baring, der frühere FU-Vizepräsident Professor Jorge Carvós-Navarro, der Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken in Berlin, Jürgen Meyer-Wilmes, der Chef der Staatlichen Schlösser und Gärten, Professor Martin Sperlich, sowie der frühere Generaldirektor der Staatlichen Museen, Professor Stephan Waetzold.

In dem Aufruf heißt es: „Der bevorstehende Weggang Richard von Weizsäckers versetzt Berlin erneut in eine höchst unsichere Lage. Die Regierungskoalition, insbesondere die CDU, muß die größten Anstrengungen unternehmen, um die in der Berliner Bevölkerung zu erwartende Enttäuschung aufzufangen und der Stadt die in den letzten zwei Jahren vermittelten hoffnungsvollen Perspektiven zu erhalten."

Dies sei nur durch eine „starke Persönlichkeit mit geistiger und politischer Ausstrahlungskraft" möglich. Unter den in Berlin wirkenden Politikern sei dies Frau Laurien. Sie besitze „Kompetenz, politisches Geschick, konzeptionelle Stärke, Mut und beispielhaftes Berlin-Engagement und langjährige politische Erfahrung über den engen Rahmen der Stadtpolitik hinaus". Auf Anfrage der WELT erklärte Frau Lauriens Sprecher zu der Aktion: „Frau Laurien respektiert den Wunsch von Bürgern, die sie als Regierenden Bürgermeister vorgeschlagen haben. Sie kann jedoch nur zur Verfügung stehen, wenn auch die CDU sie wünscht."

Gestern nahm der vorgesehene Zeitplan für die Übergabe der Geschäfte von Weizsäcker an Diepgen oder Frau Laurien konkrete Formen an: Auf dem CDU-Parteitag am kommenden Wochenende soll – so lautet die Regieanweisung – jede Nachfolge-Debatte für das Amt des „Regierenden" strikt vermieden werden.

In der routinemäßigen Senatssitzung nahm gestern der regelmäßig teilnehmende FDP-Fraktionschef und Landesvorsitzende Walter Rasch nach Angaben von CDU-Senatoren in „rhetorisch eindrucksvoller Weise und mit sehr ernsten Worten" zu Weizsäckers Entscheidung kritisch Stellung. Er habe ihm, so berichteten Teilnehmer, vor Augen geführt, daß die Hilfe der fünf FDP-Abgeordneten, die 1981 den CDU-Senat überhaupt erst ins Amt brachten, in erster Linie Weizsäcker als Person gegolten habe. Nach Raschs Beitrag habe „Betroffenheit und Totenstille" am Senatstisch geherrscht.

In der Nachfolge-Frage hatte Weizsäcker seinem Parteivorsitzenden Kohl dringend von irgendwelchen Ratschlägen in die Berliner CDU hinein abgeraten. Kohl selbst tendiert zu der Ansicht, die Enttäuschung der Berliner sei durch das Naturell Frau Lauriens schneller abzubauen. Dagegen hält die breite CDU-Mehrheit in den Kreisverbänden offensichtlich zu Diepgen und sieht in ihm den fachlich-sachlich geeigneteren Bewerber. Die FDP andererseits ließe die Koalition vermutlich nicht an der Frage „Diepgen oder Laurien?" scheitern.

Wieder Gespräche über Elbe-Grenze?

H. KAMPHAUSEN, Würzburg

Heute und morgen tagt die gemeinsame Grenzkommission in Würzburg. Es ist die 67. Sitzung seit dem 31. Januar 1973. Die Aufgabe dieser Kommission, die 1393 Kilometer lange Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland festzustellen und zu markieren, ist bis auf den Elbe-Abschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg in einer Länge von 93,7 Kilometern und einem etwa 1,5 Kilometer langen Stück im Harz abgeschlossen.

„In der gemeinsamen Grenzkommission wird über diese Frage seit 1976 nicht zur Sache verhandelt." So heißt es in einer Antwort der Bundesregierung vom 24. November auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Claus Jäger (Wangen). Daß die Gespräche zur Feststellung des Grenzverlaufs in diesen Abschnitten heute in Würzburg nach sieben Jahren Unterbrechung wieder aufgenommen werden, ist zu erwarten; denn die Bundesregierung hat den bisher von der „DDR" vorgetragenen Standpunkt, die Grenze liege in der Flußmitte, deutlich zurückgewiesen.

In der Antwort auf die Frage des Abgeordneten Jäger heißt es nämlich an anderer Stelle: „Nach Auffassung der Bundesregierung ist aus den vorhandenen Unterlagen und der früheren Praxis der Besatzungsmächte nicht zu entnehmen, daß diese die für den Verlauf der innerdeutschen Grenze maßgebliche Grenze zwischen der britischen und sowjetischen Besatzungszone in der Mitte der Elbe festgelegt haben. Die Bundesregierung stimmt hierin mit dem Land Niedersachsen überein ..."

Die niedersächsische Landesregierung vertritt die Auffassung, daß die Grenze im Elbe-Abschnitt am Nordostufer des Flusses in Höhe der Buhnenköpfe verläuft. Das entspricht auch der alliierten Praxis von 1945 bis 1951, als allein die Engländer die Kontrolle über die gesamte Breite der Elbe von Schnackenburg flußabwärts ausgeübt haben.

Auch sowjetische Schiffe und Boote, die diesen Abschnitt befahren wollten, mußten damals um eine Genehmigung beim britischen Frontier Service in Schnackenburg nachsuchen. Erst nach Übernahme der Kontrolle durch den Zoll der Bundesrepublik Deutschland weigerten sich die Schiffsführer der NVA-Grenztruppe, eine Durchfahrgenehmigung einzuholen. Unverständlicherweise hat die damalige Bundesregierung diese Verletzung eigenen Territoriums zugelassen. In der gemeinsamen Grenzkommission hat die Ostberliner Delegation bisher keinerlei Unterlagen vorweisen können, die ihre Forderung nach Feststellung der Grenze in der Flußmitte unterstützt.

Demgegenüber verfügte die Delegation der Bundesrepublik Deutschland über umfangreiches Material, das die Grenze am Nordostufer feststellt. Die eindeutige Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Carl-Dietrich Spranger, auf die Frage des Abgeordneten Jäger dürfte für die Leiterin der Bonner Delegation, Irmgard von Rottenburg, bei der heutigen und bei späteren Sitzungen der gemeinsamen Grenzkommission hilfreich sein.

SPD und Grüne vor der Nagelprobe

Beim Thema Kernkraft sehen beide hessischen Parteien ihre politische Identität berührt

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die Verhandlungen zwischen der SPD und den Grünen über eine vierjährige Zusammenarbeit in Hessen sind an einem „Knackpunkt" angekommen. Während die Grünen in der zweiten Verhandlungsrunde in Wiesbaden den Ausstieg aus der Atomkraft und damit auch Schritte zur Abschaltung der Kernkraftwerke Biblis A und Biblis B forderten, erklärte der geschäftsführende Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzende Holger Börner „die Grundsatzfrage, ob wir ein Kernkraftwerk abschalten oder zwei", für „nicht verhandlungsfähig".

Bis zur nächsten Verhandlung am kommenden Montag wollen Börner und der grüne Landtagsabgeordnete Karl Kerschgens die Diskussion über kompromißfähige Formulierungen zu diesem Punkt fortführen. Unter Hinweis auf ihre parteipolitische „Identität", die in dieser Frage berührt werde, halten beide Seiten ein Scheitern der Verhandlungen nach wie vor für möglich.

Wie schon die erste Verhandlungsrunde vor zwei Wochen, tagten die Kommissionen auch diesmal „öffentlich" vor etwa 150 Zuhörern, die meisten aus dem Lager der Grünen. Anders als beim ersten Treffen hielten sich die grünen „Fundamentalisten" unter den Zuhörern allerdings mit Unmutsäußerungen und Zwischenrufen zurück. Dazu hatte unter anderem ein Brief des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) beigetragen, in dem die „Radikalökologen" vor weiteren Störversuchen gewarnt worden waren. Derartige Störungen, so hatte der BUND argumentiert, könnten dazu führen, die Grünen von einer „ernstgenommenen politischen Kraft wieder zu einer sprücheklopfenden Politsekte degenerieren zu lassen".

In der Diskussion über die künftige Energiepolitik in Hessen verlangten die Grünen den „Ausstieg aus der großtechnischen Versorgung", konzedierten jedoch den Weiterbetrieb von Kohlekraftwerken als „Überbrückung bis ins nächste Jahrtausend". Freilich müßten bestehende bundesgesetzliche Regelungen über die Verminderung der Emissionen restriktiv und streng ausgelegt werden. Bis Ende 1984 solle die Landesregierung die Betriebsgenehmigungen für Altanlagen überprüfen und Maßnahmen festlegen, die das einzelne Werk zur Luftreinhaltung zu treffen habe. Neue Atomanlagen dürften in Hessen nicht gebaut werden. Für die bestehenden Atomkraftwerke gebe es einen „Katalog ungeklärter Sicherheitsprobleme". Sie dürften deshalb „nicht einfach weiterlaufen".

Ministerpräsident Börner räumte ein, daß seine Partei „auf dem Gebiet der Energiepolitik große Übereinstimmungen" mit den Grünen verzeichnen könne. Aber die friedliche Nutzung der Atomenergie stehe für die SPD „heute nicht zur Disposition". In den neunziger Jahren könne das durchaus anders sein. Bis dahin, so Börner, werde er bei den bestehenden Anlagen für „jede Vervollkommnung der Sicherheit nach dem Stand der Technik" eintreten.

FDP-Spitze verärgert

Bestimmen ehemalige Mitglieder in der Heuss-Akademie?

STEFAN HEYDECK, Bonn

In der FDP-Führung herrscht deutlicher Unmut über die der Partei nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung und ihre Theodor-Heuss-Akademie. Auf einer Klausursitzung des FDP-Präsidiums am 14. November wurde insbesondere die Akademie als „Anlaufstation" für linke und aus der Partei nach dem Bonner Koalitionswechsel ausgetretene Liberale sowie für die damals gegründete Gegen-FDP, die Liberalen Demokraten (LD), bezeichnet. Auf einer Sitzung der Bundestagsfraktion in der vergangenen Woche wurde außerdem die „negative Entwicklung" der Einrichtungen kritisiert. Dabei ging es vor allem um den bei der Theodor-Heuss-Akademie angesiedelten Gummersbacher Kreis, einen Zusammenschluß von fast 200 liberal denkenden Journalisten.

Dieser Kreis hat für Anfang Dezember zu einem Seminar mit dem Thema Politik und Politiker eingeladen. Dabei hat in der FDP-Spitze besondere Verärgerung ausgelöst, daß dort neben dem wegen des Wechsels bei den Neuwahlen nicht wieder angetretenen früheren Abgeordneten Schmidt-Kempten der parlamentarische Geschäftsführer der Grünen im Bundestag, Joschka Fischer, referieren soll.

Noch größere Verärgerung besteht im Bonner Thomas-Dehler-Haus über die jüngsten Wahlen der Sprecher des Gummersbacher Kreises. Einer von ihnen wurde Volker Hummel. Der frühere Pressereferent der FDP und Redakteur des Hessischen Rundfunks war nach seinem Parteiaustritt Mitglied der LD geworden.

Dazu wurde in der FDP-Führung, in der die Akademie bereits als „Geschäftsstelle der Liberalen Demokraten" bezeichnet wurde, darauf hingewiesen, daß nach der Satzung „die Mitgliedschaft in einer anderen Partei als der FDP" die zum Gummersbacher Kreis ausschließt. Auch wenn es inzwischen zu einer scharfen Trennung zwischen FDP und der Stiftung gekommen ist, sehen man diese Probleme sehr deutlich.

DGB: Wir nähern uns den Verhältnissen von Weimar

Untersuchung über finanzielle Lage von Arbeitslosen

GISELA REINERS, Düsseldorf

Ein 52jähriger Maurer, der 30 Jahre lang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt hat, erhält nur ein Jahr lang Arbeitslosenunterstützung. Weil seine Frau 1300 Mark im Monat verdient, gilt er als nicht bedürftig; damit erlischt sein Anspruch auf die anschließende Arbeitslosenhilfe. Das Ehepaar, das noch vor einem Jahr 3500 Mark zur Verfügung hatte, muß nun von 1300 leben.

Eine Diplompädagogin findet nach ihrem Examen keine Stelle. Nach einem halben Jahr muß sie Sozialhilfe beantragen, weil sie keinen Anspruch auf Leistungen des Arbeitsamtes erwerben konnte. Zum Leben hat sie 338 Mark monatlich; um den Anspruch nicht zu verlieren, muß sie für 1,25 Mark pro Stunde im Archiv der Sporthochschule Zeitungsartikel ausschneiden, sortieren und einordnen.

Ein junger Mann verliert seinen Arbeitsplatz in der Textilspinnerei durch Konkurs des Gronauer Van-Delden-Konzerns. Da er erst seit zwei Monaten arbeitete, hatte er noch keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung erworben. Er begann zu trinken, zu gammeln und schließlich zu stehlen, bis er durch eine berufliche Eingliederungsmaßnahme des Arbeitsamtes eine Chance erhielt.

Dies sind Beispiele für die „neuen Armen", wie sie in einer Untersuchung von Volkswirten und Soziologen im Auftrag des Deutschen Gewerkschaftsbundes genannt werden. Es handelt sich um die Arbeitslosen, die keine Ansprüche auf Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit haben. Nach der Untersuchung über „Die Ausgrenzung der Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung" haben im September 1982 schon 28 Prozent der damals registrierten 1,8 Millionen Arbeitslosen kein Arbeitslosengeld mehr bezogen, das sind eine halbe Million Menschen. Für 1984 wird laut Haushaltsplan der Bundesanstalt in Nürnberg damit gerechnet, daß nicht einmal mehr die Hälfte, nämlich nur noch 46 Prozent aller arbeitslos Gemeldeten, Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung haben werden. Nach Ansicht des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Gerd Muhr ist das ein „gesellschaftspolitischer Skandal". Man nähere sich, so Muhr, „bedenklich" den Verhältnissen in der Weimarer Republik.

Seit 1929 sei, so Muhr, mit steigender Massenarbeitslosigkeit den Finanzproblemen dadurch begegnet worden, daß „Jahr für Jahr die Anwartschaftszeiten verlängert, die Leistungsdauer gekürzt und die Leistungssätze gesenkt wurden". 1932 hätten nur noch 30 Prozent der Erwerbslosen die Hauptunterstützung (vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld) bezogen. Heute werde die soziale Demontage über das Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) von 1982 und das Haushaltsbegleitgesetz von 1983 betrieben. Ein neuer Höhepunkt werde 1984 durch die Kürzung der Leistungsansätze erreicht.

1982 wurden Zahlungen, wie z. B. 13. Gehalt, Überstunden und Zulagen für Feiertagsarbeit aus dem Nettolohn, nach dem sich das Arbeitslosengeld bemißt (68 Prozent), herausgerechnet. 1983 wurde festgesetzt, daß nur noch der Anspruch auf ein Jahr Unterstützung hat, wer in fünf Jahren 36 Monatsbeiträge geleistet hat. Wer diese Voraussetzung nicht erfüllt, bekommt nur noch für sechs Monate oder weniger Unterstützung. Von 1984 an wird das Arbeitslosengeld für Alleinstehende und Kinderlose von 68 auf 63 Prozent vom Nettolohn gekürzt.

Um eine Ausbreitung der „neuen Armut" zu verhindern, fordert der DGB eine Arbeitsmarktabgabe in Höhe von 4,6 Prozent von allen, also auch von Selbständigen und Beamten. Nach Schätzungen des Bundesarbeitsministeriums erbrächte das vier bis fünf Milliarden mehr für Nürnberg. Das würde nach DGB-Auffassung erlauben, die Leistungsdauer zu verlängern, auch unter der Berücksichtigung, daß dann auch neue Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung begründet würden.

Um das Argument zu entkräften, die Verfassung decke nicht die Zahlung von Beiträgen durch Beamte, wird ein rechtswissenschaftliches Gutachten im DGB-Auftrag erstellt, das Anfang 1984 vorliegen soll. Unterstützung in dem Bemühen um Arbeitsmarktabgaben auch von Beamten und Selbständigen ist von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) zu erwarten.

Umwelt-Experten aus Kiel: „DDR" hält sich an Absprachen

Ortstermin auf der Sondermüll-Deponie in Schönberg / Bürgerinitiative weiter skeptisch

GRIT BEER, Lübeck

Ein Häuflein Frauen stand vor dem Schlagbaum am nördlichsten Zonengrenzübergang der Bundesrepublik bei Lübeck-Schlutrup. Sie hielten Transparente hoch mit der Aufschrift „Müll für Schönberg ist Gift für Lübecks Trinkwasser". Dieser Protest sollte die Aufmerksamkeit verantwortlicher Westdeutscher Umweltschützer-Experten erregen, die zu einem entscheidenden Fachgespräch mit „DDR"-Kollegen die Grenze passierten. Es ging, praktisch in letzter Instanz, um das Schicksal der von der „DDR" für Westtransporte geschaffenen Sondermülldeponie Schönberg, die – so die Forderung der „Vereinigten Bürgerinitiativen Lübecks gegen die Giftmülldeponie Schönberg" – gestoppt werden soll. Mit 13 500 Unterschriften waren die hanseatischen Bürgerrechtler vor kurzem für ein Verbot der grenzüberschreitenden Mülltransporte eingetreten.

Als Hauptgründe gegen die mitten im „DDR"-Sperrkreis der Zonengrenze gelegene Deponie (Entfernung von Lübeck: fünf Kilometer) waren u. a. ins Feld geführt worden:

- Gefahren für Grund- und Oberflächenwasser und damit für die Trinkwasserversorgung der benachbarten Hansestadt.
- Ungenügende Kontrolle der Sondermülltransporte nach dem Motto: „Für hartes Westgeld nehmen die ja jedes Dreckszeug"; außerdem würden die technischen Einrichtungen „vorn und hinten" nicht ausreichen.

„Vollkommen gefahrfrei"

Tatsächlich stand die mecklenburgische Deponie lange unter dem fatalen Verdacht, das Versteck der berüchtigten Seveso-Giftfässer zu sein. Die Fässer tauchten dann zwar in Frankreich auf, aber der Ruf Schönbergs schien schon ruiniert. Mit dem Besuch von Experten aus der Bundesrepublik – es ist seit März 1981 der dritte – konnten jetzt Zweifel und Vorwürfe weitgehend abgebaut werden.

Der Delegation gehörten u. a. an: Staatssekretär Sönke Traulsen vom schleswig-holsteinischen Landwirtschaftsministerium, der Abteilungsleiter für Umweltschutz dieses Ministeriums, Peter-Uwe Conrad, Geologen und Abfallchemiker aus Kiel und Hamburg sowie zwei Referenten des Bundesinnenministeriums. Auch Journalisten konnten – diesmal sogar ohne Zwangsumtausch – die Zonengrenze passieren.

Die Fahrt war nur kurz; sie endete nach wenigen Minuten auf einem leicht welligen Gelände neben der nach der mecklenburgischen Landeshauptstadt Schwerin führenden Chaussee. Für im Hinterland lebende „DDR"-Bürger ist ein Sonderausweis nötig, um hierher zu gelangen. Das für die Abfall-Lagerung bestimmte Terrain umfaßt 170 Hektar, von denen bisher neun Hektar belegt sind. Insgesamt können hier 40 Millionen Tonnen Müll gelagert werden. 600 000 Tonnen Sonder- und Hausmüll wurden schon seit März 1981 deponiert.

Die Ostseite, angeführt von dem „DDR"-Delegationsleiter der deutsch-deutschen Grenzkommission Volkmar Fenzlein, gab sich überaus beflissen und kooperativ. Sie versuchte, ihren Kollegen von der anderen Seite vor Augen zu führen, daß die Deponie nunmehr „vollkommen gefahrfrei" sei. So hätten etwa 50 Bohrungen, die bis auf 158 Meter Tiefe niedergebracht wurden, den Beweis erbracht, daß kein Tropfen Sickerwasser die Pleistozän-Schicht (Geschiebe-Mergel, Lehm) durchdringt und kein Tropfen davon eventuell in den benachbarten Westen gelangen könne. Dazu der führende „DDR"-Geologe Horst Sander: „Deponie-signifikante Stoffe (Giftstoffe) waren während des dreijährigen Bestehens dieser Deponie weder im Grund- noch im Oberflächenwasser vorhanden und werden es auch in hundert Jahren nicht sein."

Ein „DDR"-Geologe, mit dem ich auf einem kleinen Hügel der Deponie stehe, von dem man die Türme von Lübecks uralter Ratskirche Sankt Marien sehen kann, machte mich aufmerksam, daß die gesamte technische Ausstattung (modernste Geräte, wie etwa Planierraupen, Bagger und Laboreinrichtung) in der Bundesrepublik gekauft wurden. „Außerdem machen die Ausgaben für die Sicherheit 30 Prozent unserer Betriebskosten aus", sagte der „DDR"-Geologe. Diese Sicherheit sei, so hören wir weiter, inzwischen auf westlichen Standard gebracht worden. So ist zum Beispiel auf Kieler Anforderung ein Schnell-Labor in Betrieb genommen worden, in dem in Schönberg jede Lkw-Ladung geprüft wird, ob sie den Abfallbeseitigungsrichtlinien der Bundesländer entspreche. Zwölf schwere Transporter, deren Ladung den Richtlinien zuwider lief, wurden in diesem Jahr zurückgeschickt. Auch während der Entladung werden weitere Kontrollen durchgeführt.

Wieder auf schleswig-holsteinischem Boden, zog Staatssekretär Traulsen sichtlich erleichtert Bilanz der vierstündigen Gespräche und Begehungen auf der anderen Seite: „Die DDR wird uns noch einige Unterlagen, um die wir sie noch gebeten haben, und die wir überprüfen werden, zuschicken. Unter diesem Vorbehalt bin ich nach der heutigen Besichtigung der Auffassung, daß die DDR entschlossen ist, in Schönberg grundsätzlich dem Standard vergleichbarer Deponien in der Bundesrepublik zu entsprechen." Peter-Uwe Conrad sekundiert: „Es wurde alles verwirklicht, was wir gefordert haben."

Trinkwasser gefährdet

Vollkommen unbefriedigt aber reagiert der Lübecker Arzt Klaus Ciba: Der 46jährige Radiologe, ein maßgeblicher Sprecher der Anti-Schönberg-Kampagne der Bürgerinitiative, sagt: „Wir wollen anerkennen, daß es drüben inzwischen einige technische Verbesserungen gibt. Aber bedeutet das nicht auch, daß vorher mit unzureichenden technischen Mitteln kontrolliert wurde? Nach unserem Wissensstand ist die Gefahr durch giftige Abwässer und damit die Gefährdung unseres Trinkwassers nicht beseitigt." Ciba und seine Freunde wollen den Kampf gegen Schönberg noch lange nicht aufgeben. Ihr erstes Ziel ist zunächst, einen Besuch der Deponie zu erreichen. Diesmal gelang es noch nicht.

Ein Übel aber wird die Bewohner des alten Fischerdorfes Schlutrup noch lange belästigen: Mitten durch den Ort rollen die schweren Mülltransporter gen Osten; im Durchschnitt weit über einhundert am Tage. Eine längst fällige Umgehungsstraße könnte die Plage beseitigen. Sie ist ins Auge gefaßt, aber wird sicher noch lange Zukunftsmusik bleiben.

Europa-Liste bereitet der CSU Kopfzerbrechen

Bekommt Graf Stauffenberg einen sicheren Listenplatz?

PETER SCHMALZ, München

Die CSU-Liste für die Europawahl am 17. Juni nächsten Jahres birgt für die bayerische Mehrheitspartei erheblichen Sprengstoff, der bei der Listenaufstellung am Samstag in einem Münchner Hotel zu heftigen Auseinandersetzungen führen kann. Ein CSU-Politiker meinte gestern gar, unter den 180 Delegierten könnte es zu einem Abstimmungs-Gemetzel kommen. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob der von einem Teil der Parteiführung hochfavorisierte Bundestagsabgeordnete Graf Stauffenberg auf einem aussichtsreichen Platz kandidieren kann.

Die Spitze der Liste bereitet keine Sorgen, nachdem Ex-Ministerpräsident Alfons Goppel als Listenführer von 1979 mit nunmehr 78 Jahren den Platz räumt für den bayerischen Sozialminister Fritz Pirkl, der als Vorsitzender der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung vielfache Erfahrung im Ausland sammeln konnte. Den zweiten Platz wird Ursula Schleicher als Vertreterin der Frauen-Union ebenso halten können wie Otto von Habsburg, der vor fünf Jahren noch als Parteiloser auf der CSU-Liste kandidierte, inzwischen aber Parteimitglied geworden ist.

Doch ab Platz 4 beginnen die CSU-Nöte, die weitgehend von einem simplen Rechenexempel abhängen: Konnte die weißblaue Regierungspartei bei der ersten Europawahl noch acht Abgeordnete ins Straßburger Parlament schicken, so gelten diesmal nur noch die ersten sieben Plätze als sicher. Das aber heißt: Hinter dem Spitzen-Trio folgen nur noch vier sichere Listenplätze.

Die Oberfranken, die bei der letzten Wahl mit einem Kandidaten auf Platz 9 leer ausgegangen sind, setzen nun ihre Hoffnung auf eine Prominenten-Lösung und nominierten im Bezirksvorstand knapp mit zwölf zu zehn Stimmen Graf Stauffenberg zu ihrem Kandidaten, obwohl dieser eigentlich den oberbayerischen Wahlkreis Starnberg und Miesbach im Bundestag vertritt.

Doch Stauffenberg, dessen außenpolitische Hoffnungen auch unter der neuen Regierung keine Erfüllung fanden, zeigte sich von der Aussicht, nach Straßburg zu wechseln, angetan. Seine künftige Arbeit im Europa-Parlament sei eine „logische Konsequenz meines bisherigen Engagements für die Einigung Europas", begründete er seinen Entschluß.

Ob er dort allerdings mit der Arbeit beginnen kann, steht noch in den Sternen. Wohl macht Staatssekretär Edmund Stoiber intern Stimmung für den Abgeordneten und will ihn auf Platz vier wissen. Ihm machte aber Finanzminister Max Streibl als mächtiger Bezirksvorsitzender von Oberbayern dieser Tage in einem vertraulichen Gespräch klar: „Edi, wir sind uns einig: Vor Platz 7 läuft nichts für Stauffenberg." Stoiber schwieg betroffen. Ihm war zu diesem Zeitpunkt die Linie der CSU-Bezirksfürsten bekannt, wonach auf den Plätzen vier bis sechs im Block drei Europa-Abgeordnete abgesichert werden, die sich als fleißige und sachkundige EG-Parlamentarier erwiesen haben: Heinrich Aigner, Reinhold Bocklet und Ingo Friedrich.

Inzwischen munkelt die Partei über Hintergründe des Stoiber-Engagements für Stauffenberg. Danach könnte Stoiber den Bundestagswahlkreis übernehmen und sein Landtagsmandat freimachen für den Miesbacher Landrat Wolfgang Gröbl, der als künftiger CSU-Generalsekretär unter anderem im Gespräch ist. Diese Gerüchte können Stauffenberg am Samstag schaden. Schon warnt ein Europa-Abgeordneter: „Unsere Liste darf nicht zum Verschiebebahnhof für andere Interessen werden."

Aber selbst die Nominierung für Platz 7 wäre für Stauffenberg nicht sicher, muß er hier doch mit dem Vertreter der Jungen Union als Gegenkandidat rechnen. Der JU-Mann Gerd Müller ist zwar erst 29 Jahre alt, hat sich aber als Europa-Referent der Hanns-Seidel-Stiftung bereits tief in die Materie der EG-Politik eingearbeitet. Strauß, der sich vor fünf Jahren mit einer Wortmeldung für den JU-Kandidaten – damals Bocklet – einsetzte, wird auch diesmal die Jugend nicht übergehen können.

In diesem Gemenge um die sicheren sieben Plätze wird auch der Bundestagsabgeordnete Günther Müller als Kandidat der Niederbayern einen schweren Stand haben, der zudem geäußert hat, er wolle bei einer Wahl ins Europaparlament sein Bundestagsmandat behalten. Diesem Ansinnen hat allerdings die Partei per Beschluß einen Riegel vorgeschoben.

Neuer Anschlag auf Minister in Kabul?

AP, Islamabad

Der afghanische Verteidigungsminister Abdul Kader soll nach Angaben eines westlichen Diplomaten knapp einem Mordanschlag entkommen sein. Unter Berufung auf „glaubwürdige Berichte" aus Kabul berichtete der Diplomat gestern in Islamabad, zwei Unbekannte hätten am 10. November aus einem vorbeifahrenden Auto heraus auf Kader geschossen, als dieser nahe seinem Haus aus dem Wagen stieg. Der Minister sei unverletzt geblieben, zwei seiner Leibwächter seien jedoch leicht verletzt worden.

Es war bereits das dritte Mal in diesem Jahr, daß sich Kader – nach bisher unbestätigten Berichten – in Lebensgefahr befand. Der Minister soll sich eine Reihe von Feinden gemacht haben, unter anderem durch die Bombardierung von Herat, die er angeordnet haben soll. Dabei seien 40 Prozent der Gebäude zerstört worden und Hunderte von Zivilisten umgekommen, hieß es.

Genscher spricht mit Botha über Namibia

Co. Bonn

Der südafrikanische Außenminister Roelof Botha wird heute mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zu einem zweistündigen Gespräch zusammenkommen. Dabei will Genscher mit Botha vor allem die Fortsetzung des Namibia-Dialogs erörtern.

Botha, der gestern in Bonn eintraf, war am Abend mit dem bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Köln zu einem privaten Essen zusammengetroffen. Strauß hatte sich in der Vergangenheit mehrfach für ein größeres Verständnis Bonns für die politische Haltung Südafrikas, auch in der Auseinandersetzung um Namibia, ausgesprochen.

Entscheidendes Hindernis für eine Namibia-Lösung auf der Grundlage der UNO-Resolution 435 ist derzeit die von Südafrika zur Bedingung gemachte und von den USA unterstützte Forderung nach einem Rückzug der kubanischen Truppen aus Angola. Genscher steht dieser Forderung skeptisch gegenüber. Er sieht seine Gespräche als „flankierende Bemühungen" mit dem Ziel, das von der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Bundesrepublik) in der Namibia-Frage Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen.

Provisorische Freiheit für einen Terroristen

Aufsehenerregende Urteile im Mailänder Prozeß

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Von der Publikumstribüne ertönen Pfiffe, Beifall, „Pfui"-Rufe. „Schämt euch", ruft jemand den Geschworenen mit der Trikoloreschärpe zu. Im „Bunker"-Gerichtssaal an der Mailänder Piazza Filangieri hat Antonio Cusumano, Präsident des Schwurgerichts, soeben die Verlesung eines der umstrittensten Urteile der italienischen Justizgeschichte beendet. Als das augenfälligste Ergebnis des Mammutprozesses, in dem nicht weniger als 152 Linksterroristen des Mordes, der Bildung bewaffneter Banden, des Mordversuchs, zahlreicher Raubüberfälle und anderer Delikte angeklagt waren, ergab sich nach 28tägiger Urteilsberatung: Der Hauptangeklagte Marco Barbone, geständiger Mörder des „Corriere della Sera"-Redakteurs Walter Tobagi, kommt nach nur dreijähriger Untersuchungshaft auf freien Fuß, Francesco Giordano aber, der bei dem Verbrechen nur Schmiere gestanden hatte, muß 30 Jahre und 8 Monate ins Gefängnis.

Zum ersten Mal hat ein italienisches Gericht mit letzter Konsequenz ein Gesetz angewandt, das nach Überzeugung des christdemokratischen Senators und Ex-Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes, Francesco Bonifacio, „einen großen Bruch in der Rechtsordnung" des Landes darstellt. Es ist das sogenannte „Gesetz über die reumütigen Terroristen". Es wurde auf dem Höhepunkt der Terrorkampagne vom Parlament auf Vorschlag des Carabinieri-Generals Dalla Chiesa verabschiedet und sieht – je nach dem Ausmaß der „tätigen Reue", also der Zusammenarbeit mit der Justiz – zum Teil beträchtliche Strafnachlässe für solche Terroristen vor, die ihre Genossen namhaft machen und zur Zerschlagung von Terrorgruppen beitragen. Mit Hilfe dieses Gesetzes war es der zunächst völlig desorientierten und hilflos wirkenden Polizei schließlich gelungen, des Terrorismus Herr zu werden. Viele potentielle Terroropfer, wie unter anderem auch der amerikanische NATO-General Dozier, verdanken ihm das Leben.

Auf Grund der Aussagen Barbones konnten über 50 Terroristen identifiziert und verhaftet, eine ganze Reihe von Terrorgruppen zerschlagen werden. Das Gericht verurteilte ihn deshalb nicht zu der seinem Delikt angemessenen Strafe von mindestens dreißig Jahren, sondern unter Berücksichtigung aller gesetzlich vorgesehenen mildernden Umstände nur zu acht Jahren, neun Monaten. Und es machte von seinem ganzen, ebenfalls gesetzlich fixierten Ermessensspielraum Gebrauch, indem es ihm sogar, wie vom Staatsanwalt angeregt, die „provisorische Freiheit" gewährte.

Der 25jährige Barbone mit dem Engelsgesicht eines Musterschülers ist Sohn eines leitenden Mailänder Verlagsangestellten. Als er am 24. September 1980 unter dem Verdacht relativ geringfügiger Delikte verhaftet wurde, konnte er schon auf eine mehr als sechsjährige Terroristenkarriere zurückblicken. Sie begann damit, daß er das Auto seines Gymnasiumsdirektors in Brand steckte. Es folgten „proletarische Einkäufe" – sprich: Diebstähle – in Supermärkten, Bombenanschläge auf ein sozialdemokratisches Parteibüro, Autosalons und auf den Sitz des Mailänder Unternehmerverbandes, ein Bankraub und schließlich Schießüberfälle auf „Klassenfeinde". Im März 1980 schoß er dem „Repubblica"-Redakteur Passalacqua in die Beine, und im Mai desselben Jahres kam es auf sein Drängen hin dann zur Ermordung Walter Tobagis, des Terrorismus-Spezialisten in der Redaktion des „Corriere della Sera".

Gemeinsam mit einem anderen Killer – Mario Marano, dessen „tätige Reue" vom Gericht weit geringer bewertet wurde und der jetzt zwanzig Jahre und sechs Monate Gefängnis erhielt – streckte er den Journalisten auf offener Straße nieder. Als man ihn im September verhaftete, lautete die Anklage auf Bankraub. Für seine Beteiligung am Tobagi-Mord gab es nur schwache Verdachtsmomente, keinerlei Beweise.

Diese Beweise lieferte Barbone selbst. Er legte vor dem ermittelnden Staatsanwalt sofort ein umfassendes Geständnis ab und deckte alles auf, was er über den Terrorismus wußte. Ob seine „tätige Reue" einer inneren Einstellung oder kalten Berechnung entsprang, konnte das Gericht nicht feststellen. Der Vater des ermordeten Tobagi nahm ihm vor Gericht die innere Reue nicht ab. Er sagte verbittert: „Hier ist mein Sohn zum zweiten Mal ermordet worden."

Todesurteil für Mörder im Dienste Syriens

PETER M. RANKE, Beirut

Das Beiruter Militär-Tribunal hat zwei Terroristen zum Tode verurteilt, die am 23. Februar 1980 einen Sprengstoffanschlag gegen den christlichen Politiker Beschir Gemayel unternommen hatten. Ihre Opfer wurden aber nicht der später gewählte Präsident, sondern seine anderthalbjährige Tochter Maya, ihre Kinderschwester Therese und drei Leibwächter.

Das Gericht billigte den Mördern Nazih Chaya, Joseph Kazazian und Jussef Mussa keine politischen Beweggründe zu, sondern sah in der Tat einen reinen Terrorakt. Mussa wurde zu lebenslänglicher Strafarbeit verurteilt, weil er der Anklage Hinweise gegeben hatte. Bei politischen Beweggründen gibt es in Libanon keine Todesstrafe.

Staatsanwalt Wafik Hussami wies im Verlauf der Verhandlungen darauf hin, daß die drei Verurteilten für die Geheimdienste der Syrer und der Fatah-Gruppe der Palästinenser militärische Stellungen ausgekundschaftet hätten. Fünf gestohlene Wagen wurden in einem Stützpunkt der Palästinenser in Damour für das Attentat gegen Beschir Gemayel vorbereitet und mit Sprengstoff und Zündern geladen.

Ein mit Sprengstoff vollgepacktes Auto wurde dann in der Nähe des Außenministeriums im christlichen Ost-Beirut geparkt und von Nazih Chaya und Joseph Kazazian gezündet, als sich der Mercedes von Beschir Gemayel näherte. In ihm wurde jedoch nur die kleine Maya wegen einer Erkältung ins Krankenhaus und in den Tod gefahren, Scheich Beschir war zu Hause geblieben. Er fiel dann zwei Jahre später im September 1982 einem Sprengstoffattentat desselben Täterkreises zum Opfer.

In den Vernehmungen und auch im Prozeß gaben die Terroristen die Namen ihrer Hintermänner bei der PLO und im syrischen Geheimdienst preis, so nannten sie den PLO-Vertreter in Beirut, Abu el Hol (Vater des Schreckens), der einen Diplomaten-Paß besitzt. Auch dem Mörder von Beschir Gemayel wird in Kürze der Prozeß vor dem Militärtribunal gemacht. Es ist der geständige Habib Chartouni. Er war von syrischen Geheimdienstlern mit dem Sprengstoff (50 Kilo) und dem Zünder ausgerüstet worden. (SAD)

Moskau verstärkt sein Engagement in Nahost

Realpolitik mit Bagdad, Damaskus und der PLO

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Die sowjetische Presse reduziert die Vorgänge in Libanon, dem Brennpunkt der Nahostkonflikte, auf ein schlichtes Gemälde. Demnach hätten „die Zionisten" dieses Land am Mittelmeer im vorigen Jahr überfallen, die Hauptstadt Beirut zerstört und unter der Zivilbevölkerung ein Blutbad angerichtet.

Als sich „die israelischen Okkupanten" in den Süden des Landes zurückzogen, hätten Streitkräfte der USA und anderer NATO-Staaten die „Militärherrschaft" fortgesetzt. Ihnen würden national-patriotische Kräfte in Libanon heftigen Widerstand leisten. Sie würden von Syrien unterstützt, dessen Truppen als arabische Friedensmacht in das Land entsandt worden seien. „Zionisten und NATO-Imperialisten" würden jetzt gemeinsam zu einem militärischen Schlag gegen Syrien ausholen, wobei sie „Libanon als Aufmarschgebiet benutzen".

Nur an der auffälligen Häufung arabischer Besuche im Kreml können interessierte Sowjetmenschen erkennen, daß sich ihre Führung zunehmend in dieser Region engagiert. Seit Außenminister Gromyko Mitte November seinen syrischen Amtskollegen Khaddam mit einer Zusage weiterer Unterstützung verabschiedete, hat er nacheinander den Außenminister Iraks, Tarik Azis, und den außenpolitischen Sprecher der PLO, Kaddumi, empfangen. Zuletzt war vorige Woche eine Gruppe libanesischer Kommunisten bei Politbüromitglied Tschernenko.

Die Tass-Berichte über diese Treffen verschleiern die jeweiligen Gesprächsthemen, kehren aber fast gleichlautend zwei Punkte hervor: Angesichts amerikanisch-israelischer Aggressionsabsichten sei „ein abgestimmtes Vorgehen der arabischen Staaten und aller national-patriotischen Kräfte der arabischen Welt dringend erforderlich". Und die Zwietracht in der PLO, die „im Raum der Stadt Tripoli" zu brudermörderischen Kämpfen unter den Palästinensern geführt habe, müsse rasch überwunden werden.

Moskau hält an der PLO fest. Das zeigt auch das Telegramm des Obersten Sowjets an Arafat zum „Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk". Die Mitteilungen unterstreichen, daß die Palästinenser-Organisation in Zusammenarbeit mit Damaskus „auch künftig ein aktiver Faktor im antiimperialistischen Kampf bleiben muß". Da es dem Kreml nicht gelungen ist, den Palästinenserkampf zu beenden und Syrien von seiner Mitwirkung abzubringen, verhält er sich realpolitisch kühl: „Unabhängig von seinen Ursachen", heißt es stereotyp, sei der PLO-Konflikt bedauerlich und schädlich. Er arbeite den Amerikanern und Israelis in die Hände.

Die Auslieferung der Palästinenser an Syrien wird nur von der Verlautbarung taktvoll ausgeklammert, die über die Begegnung Gromykos mit dem irakischen Außenminister Azis berichtet. Bagdad ist mit Damaskus verfeindet. Obwohl mit beiden über Freundschaftsverträge verbunden, hegt Moskau offenbar keine Hoffnung, diesen Zustand beenden zu können. Allerdings ist auch Irak auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, sich in die arabische Einheitsfront gegen „Imperialisten und Zionisten" einzureihen.

Die sonst übliche sowjetische Forderung nach einer internationalen Nahost-Konferenz im Rahmen der Vereinten Nationen, die dem Kreml unmittelbare Mitwirkung verschaffen würde, taucht in den Tass-Berichten über die arabischen Besuche nicht auf. Sie ist gegenwärtig offenbar nicht zweckmäßig. Geblieben ist der Ruf nach dem Rückzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten und nach einem „eigenen unabhängigen Staat" der Palästinenser.

Hinsichtlich Libanons läßt sich Moskau nicht auf eine Bewertung ein. Die gegenwärtige Regierung wird ignoriert. Unmittelbares Ziel ist der „bedingungslose Abzug" der israelischen, amerikanischen und anderen Truppenkontingente. Gegen einen Abzug der Syrer hat sich Moskau allerdings jetzt indirekt im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausgesprochen. Das bedeutet eine Festigung des Bündnisses mit Damaskus, von der man jedoch noch nicht weiß, ob sie nicht aus taktischen Gründen vorgenommen worden ist wegen des ungeklärten Gesundheitszustandes des syrischen Präsidenten Assad.

London: Druckereien weiter belagert

fu. London

Die Situation im britischen Zeitungsstreik hat sich noch nicht verschärft. Zwar sind gestern alle regionalen Tageszeitungen mit Ausnahme der dem australischen Verleger Robert Murdoch gehörenden Blätter „Times" und „Sun" erschienen. Doch am eigentlichen Kern der Auseinandersetzungen, dem Ausstand der Mitglieder der Druckergewerkschaft NGA (National Graphical Association) in den kleinen Druckbetrieben des nordenglischen Verlegers Eddie Shah, hat sich nichts geändert.

Im Gegenteil: Mitglieder der Druckergewerkschaft haben ein Angebot des Kleinverlegers in Warrington zu weiteren Gesprächen abgelehnt und die Massenbelagerung der Druckbetriebe fortgesetzt. Bei dieser Auseinandersetzung geht es um die Einstellung von einigen Mitarbeitern, die nicht der Druckergewerkschaft angehören. Die NGA besteht auf dem sogenannten „Closed shop"-Prinzip und belagert daher nicht nur den direkt betroffenen Betrieb, sondern auch einen Schwesterbetrieb. Dies ist nach der neuen Gewerkschafts-Gesetzgebung der Regierung Thatcher illegal.

Seite 11: Falsch verstandene Rolle

PLO kritisiert Syrien und Libyen

dpa, Bonn

Der Vertreter der Palästinensischen Befreiungs-Organisation (PLO) in Bonn, Abdallah Frangi, hat gestern wieder scharfe Angriffe gegen Syrien und Libyen gerichtet: Beide Länder ermordeten mit Unterstützung palästinensischer „Dissidenten" in Tripoli wehrlose Flüchtlinge und beabsichtigten die militärische Vernichtung der PLO.

In einer Erklärung zum „Tag der internationalen Solidarität mit dem palästinensischen Volk" (29. November) schrieb Frangi, sein Volk könne von der Welt keine Solidarität erwarten, wenn „palästinensische Flüchtlingslager und arabische Städte mit arabischen Waffen in Schutt und Asche gelegt werden". Frangi verglich das Sterben von Kindern unter den Kugeln syrischer und libyscher Angreifer in den Lagern in Tripoli mit dem Massaker an den Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Shatila.

Moskau verschärft Strafgesetze

AFP, Moskau

Die Strafgesetzgebung in der Sowjetunion ist mit Wirkung vom 1. Oktober um verschiedene Artikel erweitert worden, die eine Verschärfung der Lage für politische Häftlinge bedeutet. Die Änderungen wurden im offiziellen Bulletin des Obersten Sowjet veröffentlicht.

Der Zusatz zum Paragraphen 188 (Thema Flucht) sieht vor, daß künftig auf „Widerspenstigkeit gegen die Lagerdisziplin" drei bis fünf Jahre Strafverlängerung stehen. Ein zweiter Zusatz (innere Verbannung) sieht einen zusätzlichen Freiheitsentzug von einem bis zu drei Jahren im Falle eines längeren Verlassens des überwachten Aufenthaltsortes vor. Nach Ansicht politischer Beobachter sind diese Neuerungen insbesondere gegen politische Gefangene gerichtet, deren Strafdauer danach ohne Gerichtsurteil verlängert werden kann.

Künstler-Appell für Sacharow

AFP, Paris

Fünf französische Intellektuelle haben in einem offenen Brief an den sowjetischen Staats- und Parteichef Jurij Andropow die Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Andrej Sacharow und seiner Frau Elena Bonner gefordert. Der Gesundheitszustand des Wissenschaftlers, der seit fast vier Jahren in Gorki in der Verbannung lebt, hatte sich in jüngster Zeit bedenklich verschlechtert.

Eine Delegation, der die Filmschaffenden Nadine Trintignant und Joris Ivens sowie die Schriftsteller Pierre Emmanuel, Olivier Todd und Jacques Juliard angehören, war am Montag mit ihrer Petition von der sowjetischen Botschaft in Paris nicht vorgelassen worden. Die Botschaft hatte am 22. November in einem Kommuniqué erklärt, Sacharow habe nicht um eine Ausreisebewilligung nachgesucht. Außerdem sei er im Besitz von militärischen Geheimnissen. Er werde die Sowjetunion niemals verlassen.

Frau Elena Bonner hatte am 12. Juni in einem Brief an die norwegische Regierung erklärt, ihr Mann nehme die Einladung zur Übersiedlung nach Norwegen an.

Ausreisewillige in Rumänien unter Druck

AP, Frankfurt

52 Lehrer deutscher Herkunft us Rumänien haben sich an das Auswärtige Amt in Bonn, den Bundestag und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt mit der Bitte um Hilfe gewandt. Die Pädagogen aus Hermannstadt in Siebenbürgen waren zwischen November 1981 und September 1983 aus dem Schuldienst entlassen worden, weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten.

In ihrem Schreiben berichten sie von großem psychischem Druck auf Ausreisebewerber. Wegen ihrer Antragstellung würden sie pauschal zu „Verrätern" gestempelt. In einigen Fällen sei es deswegen bereits zu Selbstmorden gekommen. Die Ausreisewilligen würden auch materiell unter Druck gesetzt. Nicht nur sie selbst verlören ihre Arbeit, sondern auch der Ehepartner werde entlassen oder in der Gehaltsstufe herabgesetzt.

Joseph Luns oder Ein Grandseigneur tritt ab

Was der Generalsekretär für die Allianz bedeutete

Von C. GRAF BROCKDORFF

In Joseph Luns' Arbeitszimmer hängt ein Jan Steen, auf dem der niederländische Meister des 17. Jahrhunderts eine wilde Dorfszene festgehalten hat. Einem Mann wird offenbar ein Zahn gezogen, Zecher halten ihre Becher hoch, ein Gaukler redet zum Publikum. „Das ist die NATO", sagt Luns. „Einer sieht eigentlich aus wie ein Russe", erwidert der Berichterstatter in Anspielung auf das ständige Bemühen der Sowjetunion, sich ein Mitspracherecht bei Entscheidungen der Allianz zu sichern. „Ja, der da hinten mit dem roten Bart", meint Luns, offenbar erfreut, daß der Besucher seinen Faden aufgenommen hat.

Joseph Marie Antoine Hubert Luns, Doktor der Rechte, ist der ungewöhnlichste Mann, den die NATO bisher an ihrer Spitze hatte. Nun, nach zwölf Jahren Amtszeit als Generalsekretär der Atlantischen Allianz, strebt der 72jährige den Ruhestand an. Wer nach ihm kommt, wird an ihm gemessen werden. Der Niederländer hat das Bündnis mit seinem Stil geprägt wie kaum einer seiner Vorgänger. Sein scharfer politischer Verstand, gekoppelt mit einer 17jährigen Erfahrung als niederländischer Außenminister, hat stets dafür gesorgt, daß Krisen und Klippen sicher umschifft wurden, wenn in den Beziehungen der Allianz-Mitglieder Spannungen auftraten.

Das will viel heißen. Die NATO ist keine supra-nationale Organisation, sondern der Zusammenschluß souveräner Staaten in einem Bündnis. Konsens und Einstimmigkeit regieren die Allianz. Die Stimme Washingtons wiegt formal nicht mehr als die Luxemburgs. Wenn Luxemburg sich querlegen würde, wären die Vereinigten Staaten im ständigen Nordatlantikrat machtlos. Nur der Generalsekretär hat die Kraft, die Krisen durch Vermittlung zu umschiffen. Seine formale Macht ist gering. Luns ist nur Vorsitzender der Versammlung. Die Persönlichkeit ist alles. Davon hatte Luns viel beizutragen. Er ist in den Augen mancher NATO-Kenner der letzte Grandseigneur. Wenn er geht, ist das das Ende einer Generation überragender Persönlichkeiten.

Wenn Luns den Außenministern auf der Wintertagung der NATO in der nächsten Woche (8. und 9. Dezember) seine Rücktrittsabsichten mitteilen wird, hat er das wichtigste Ziel seiner Amtszeit, wie es sich in den letzten Jahren herausgestellt hat, erreicht: den Beginn der NATO-Nachrüstung, nachdem die Verhandlungen zur Vermeidung dieses Schrittes fehlgeschlagen sind. Luns war und ist der Auffassung, daß von dieser Entscheidung und ihrer Verwirklichung das Schicksal Westeuropas in den kommenden Jahrzehnten abhängig ist. Die Bundesrepublik Deutschland nimmt für ihn die Schlüsselstellung ein. Wäre sie umgefallen, so hätte dies unabwendbar zu einer grundlegenden Neuorientierung der Politik der Staaten Westeuropas führen müssen. Der Sowjetunion wäre es dann gelungen, was sie 1945 nicht erreichte: den Stiefel ihres Einflusses über die Elbe nach Westen zu setzen. Europa wäre dann nicht mehr, was es einmal war. Das sah Joseph Luns. Deshalb blieb er im Amt, bis die Entscheidung getroffen war.

Die Weitsicht, die Luns mit seinem feinen Gespür für die Realitäten der Politik immer bewies, ist unter anderem wohl auch das Ergebnis eines langen Diplomatenlebens. Den Beginn des Zweiten Weltkrieges erlebte er in Bern, danach ging er nach Lissabon. In zweimotorigen Flugzeugen der *KLM* flog er viel als Kurier zwischen Lissabon und dem Sitz der niederländischen Exilregierung in London hin und her, oft verfolgt von deutschen Jägern, die den Kurierflug über dem offenen Meer gerne abgeschossen hätten. Als geschichtslose, linksorientierte Journalisten ihn



Joseph Marie Luns (72): Wer nach ihm kommt, wird an ihm gemessen werden. FOTO: SVEN SIMON

einst in die Nähe der Nazi-Partei rükken wollten, mußten sie daran erinnert werden, daß Luns schon auf seiten der Anti-Hitler-Koalition sein Leben riskierte, als die Sowjetunion noch mit dem Dritten Reich paktierte.

Luns ist in den Jahren seiner Amtszeit so selbstsicher geworden, daß er mögliche Krisen und Probleme in der Allianz oft vor vielen anderen erkannt hat. Es kümmert ihn, der die Allianz souverän zu führen versteht, nicht, daß er manchmal schläfrig oder desinteressiert erscheint. Es kann vorkommen, daß er in der hellen Mittagssonne ein Publikum mit den Worten begrüßt: „Ich freue mich, sie hier heute abend alle zu sehen." Den NATO-Oberbefehlshaber Rogers hat er auch schon als General Haig vorgestellt. Ihm nimmt das keiner übel, denn jeder weiß, daß er das Wesentliche mit schlafwandlerischer Sicherheit erkennt.

Mit seiner zielbewußten Beständigkeit hat Luns in seinen Amtsjahren einen fundamentalen Einfluß auf die Geschicke der NATO genommen. Nicht er machte ihre Politik – dies gilt es deutlich zu erkennen. Die NATO-Politik wird von ihren Mitgliedsregierungen bestimmt. Luns aber hat sie zusammengefaßt und mit seinem Willen das Beschlossene vorangetrieben. Er war Stimme und Gewissen der Allianz. (SAD)

Moskaus Schreckens-Kampagne schlägt jetzt in Osteuropa durch

Die Rückwirkungen der sowjetischen Fehleinschätzung erfassen Volk und Funktionäre

CARL G. STRÖHM, Wien

Er müsse zugeben, daß die Bevölkerung die Aufstellung der neuen (sowjetischen) Raketen nicht mit Begeisterung betrachte. Mit diesen Worten reagierte ein Prager Regierungssprecher auf die Raketendiskussion, die nun in der Tschechoslowakei ebenso wie in anderen Staaten des Warschauer Paktes sowohl im Volk wie unter den Parteifunktionären ausgebrochen ist. Der tschechoslowakische Außenminister Bohuslav Chnoupek gab gleichfalls beruhigende Erklärungen ab – so als wolle er seine Landsleute davon überzeugen, daß nun keineswegs das Ende der Welt gekommen sei.

Besorgte Leser schreiben

Wie von unterrichteter Seite verlautet, sollen in der CSSR Zehntausende von Staatsbürgern besorgte Briefe an die Regierung und an Präsident Husak gerichtet haben, nachdem das Abkommen vom 24. Oktober zwischen Sowjets und Prager Führung über die Stationierung zusätzlicher Kurzstreckenraketen auf dem Territorium der Republik bekannt geworden war. Das Parteiorgan „Rude Pravo" sprach von zahllosen Briefen besorgter Leser an die Redaktion. Ministerpräsident Lubomir Strougal versuchte abzuwiegeln. Die neue sowjetische Maßnahme 1 „berühre jeden von uns zutiefst", meinte er, man „jubele nicht über diese Entscheidung". Fast entschuldigend fügte er in einer Rede hinzu, die Sicherheit der Tschechoslowakei sei durch die Nachrüstung der NATO gefährdet. Wörtlich: „Das ist der Grund, warum wir getan haben, was wir taten. Wir waren dazu gezwungen im Interesse der Verteidigungsfähigkeit des Landes."

Im offenen Gegensatz zum sowjetischen Verteidigungsminister Marschall Ustinow, der eine unversöhnliche Haltung gegenüber dem Westen und den USA an den Tag legt, versuchte Strougal einerseits Zustimmung zu den sowjetischen „Gegenmaßnahmen" zu signalisieren, andererseits aber auch zu betonen, daß die Tür keineswegs zugeschlagen sei.

Schon im Oktober war dem tschechoslowakischen Parlament eine seltsame Abweichung von der sowjetischen Generallinie unterlaufen. Zur gleichen Zeit, da Generalsekretär Andropow erklären ließ, die Verhandlungen in Genf könnten unter keinen Umständen fortgesetzt werden, falls es zur Stationierung der US-Mittelstreckenraketen komme, rief die Prager Föderativversammlung zu einer Fortsetzung eben dieser Verhandlungen über das Ende des Jahres hinaus auf. Dieser Appell der Prager Parlamentarier, der bereits über die Nachrichtenagentur CTK verbreitet worden war, mußte später zurückgezogen werden – offensichtlich um die Synchronisierung mit Moskau wiederherzustellen.

Auch in den anderen Vorfeld-Staaten des Warschauer Paktes herrscht offen oder verdeckt Sorge über eine neue „Eiszeit". Der ungarische ZK-Sekretär Gyula Horn konnte mit spürbarer Erleichterung bekanntgeben, daß sein Land von neuen Stationierungen sowjetischer Raketen nicht betroffen sei. Das kommunistische Rumänien feuerte gleichzeitig eine Breitseite sowohl gegen die Raketenpläne der Amerikaner wie gegen jene der Sowjets ab. Das Regime Jaruzelski in Polen schließlich hat genug damit zu tun, den Unmut der eigenen Bevölkerung über die materielle Lage des Landes im Zaum zu halten. Die Sowjets wissen genau, daß eine Ausbreitung der Raketendiskussion auf Polen oder gar eine Stationierung sowjetischer Lenkwaffen auf dem Territorium dieses Landes zu großen innenpolitischen Komplikationen und vielleicht sogar zu Unruhen führen müßten.

Unbehagen und Angst

Politische Beobachter sind der Meinung, daß Moskau in doppelter Hinsicht mit seiner Raketenpolitik – besonders mit der Stationierung der SS 20 und ähnlicher Waffen – schwere psychologische Fehler begangen hat und gleichzeitig erheblichen Fehleinschätzungen zum Opfer gefallen ist. Die von den Sowjets in Richtung Westeuropa geschürte und angestachelte Kampagne der Angst und des Schreckens konnte im Zeitalter der Massenkommunikation nicht auf das Gebiet westlich des Eisernen Vorhangs und der Mauer beschränkt bleiben. Im westlichen Vorfeld der UdSSR reagieren die kommunistisch regierten Völker nun gleichfalls mit Angst und Unbehagen – der „Friedenskampf" zeigt einen Rückstoß-Effekt, der von den Sowjets nicht einkalkuliert worden war.

Angst hat dabei nicht nur die Bevölkerung, die sich als wehrlose Zielscheibe eines amerikanisch-sowjetischen Schlagabtausches sieht; Unbehagen spüren auch die Funktionäre, weil die politische und wirtschaftliche Stabilität und damit die eigene Machtbasis gefährdet würden, falls im Zuge eines Rüstungswettlaufs der Lebensstandard drastisch gekürzt werden müßte. Fast könnte man von einer erstmals spürbaren Interessendifferenz zwischen den Führungsschichten in Moskau und jenen in den osteuropäischen Hauptstädten sprechen.

Venezuela steht wieder vor einer Wende

Opposition für die Wahlen favorisiert / Regierungspartei über Grenada zerstritten

MANFRED NEUBER, Bonn

In Venezuela ist die christlich-soziale Regierungspartei (Copei) kurz vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 4. Dezember über die US-Intervention auf Grenada hoffnungslos zerstritten. Das könnte den Ausschlag für einen Wahlsieg der sozialdemokratischen Opposition in Caracas geben.

Präsident Luis Herrera Campins begrüßte das amerikanische Vorgehen gegen die „marxistische Bedrohung" in der Karibik. Seine Regierung ging schon vor geraumer Zeit auf Distanz zu Kuba und unterhält sehr freundschaftliche Beziehungen zu Barbados und Jamaica, die gemeinsam mit den USA auf der Nachbarinsel Grenada eingriffen.

Mit ungewöhnlicher Schärfe nahm jedoch seine Partei gegen die Invasion Stellung. In einer zweiten Erklärung warnte sie sogar vor einer Friedenstruppe des Commonwealth, die für Venezuela und andere Staaten des karibischen Raumes unannehmbar sei.

Dieser Kurs wurde offenbar von dem Kalkül des christlich-sozialen Präsidentschaftsbewerbers, Expräsident Rafael Caldera, diktiert, mit einer „Anti-Yanqui-Haltung" möglichst viele Stimmen von links zu gewinnen, um den oppositionellen Kanidaten Jaime Lusinchi, der in allen Meinungsumfragen führt, noch überholen zu können.

Auf dieser Linie bewegte sich anfangs sogar das Außenministerium, als es die US-Landung auf Grenada als Einmischung in innere Angelegenheiten kritisierte und die zeitweise Stationierung von fremden Truppen auf der Gewürzinsel mißbilligte. Doch Außenminister José Alberto Zambrano wurde vom Präsidenten zurückgepfiffen.

Auf einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates setzte sich Verteidigungsminister General Humberto Alcade Alvarez mit der Einschätzung durch, das prosowjetische Regime auf Grenada sei eine Gefahr für die Sicherheit Venezuelas gewesen. Dem Außenminister wurde vorgeworfen, die Rolle seines Landes als karibische Regionalmacht vernachlässigt zu haben.

Die Aufgabe, Venezuelas Einfluß wieder zu stärken, übernahm sofort der Verteidigungsminister, der zu Konsultationen nach Trinidad und Tobago flog. Caracas will sich nun aktiv an regionalen Sicherheitsabsprachen beteiligen und Grenada bei der Ausbildung von Offizieren für eine neue Armee unterstützen.

An den Wahlen am nächsten Sonntag in Venezuela nehmen zwölf Parteien teil, aber die Entscheidung fällt nur zwischen Lusinchi und Caldera, zwischen Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen. In allen freien Wahlen der vergangenen 25 Jahre siegte immer die jeweilige Opposition, vermutlich wird es auch diesmal so ausgehen.

Beide Präsidentschaftskandidaten versprechen eine Begrenzung des staatlichen Sektors zugunsten der Privatwirtschaft, ohne konkrete Angaben zu machen. Die großen Staatsunternehmen haben einen hohen Anteil an den 33 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden und an der Korruption im Lande.

Einer Verschärfung der sozialen Lage der unteren Schichten will die christlich-soziale Partei mit der Einführung einer Arbeitslosen-Versicherung und Lebensmittel-Gutscheinen für Bedürftige Rechnung tragen. Die Sozialdemokraten, mehr am kapitalistischen Wettbewerb orientiert, reden nur „sozialen Löhnen" das Wort.

Kardinal Meisner protestiert gegen Wehrerziehung

hrk. Berlin

In einem Spitzengespräch mit dem Ostberliner Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (SED), kritisierte Joachim Kardinal Meisner als Oberhaupt der Katholiken im Ost- und Westteil des Bistums am Montag die staatlichen Pressionen im Bereich der Wehrerziehung. Zugleich berührte Meisner auch Probleme der kommunistischen Schulerziehung, die christliche Schüler benachteiligt.

Weder der in West-Berlin residierende Sprecher des Bistums noch andere Insider waren über die bevorstehende Begegnung zwischen Meisner und Gysi informiert. Seit dem Friedens-Hirtenbrief der katholischen Bischöfe in Mitteldeutschland von Anfang Januar, der massive Vorwürfe gegen die staatliche Wehrerziehung enthielt, waren die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und dem Episkopat gespannt. Als neuer Vorsitzender der Bischofskonferenz in der „DDR" hatte sich Meisner beispielsweise – anders als sein Vorgänger Gerhard Schaffran – geweigert, mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zusammenzutreffen. Der Friedens-Hirtenbrief führte denn auch zu drohenden Tönen von staatlicher Seite. In einem ADN-Kommentar war die Rede von „bestimmten Würdenträgern in der DDR, die von Rom gelenkt werden". Sie gäben westlichen Massenmedien, die den „DDR"-Wehrunterricht „madig" machten, „ihren Segen".

Daraufhin trat eine erst mit der jüngsten Begegnung beendete Gesprächspause ein. Wie es im „Neuen Deutschland" heißt, sei das Gespräch in einer „offenen und freimütigen Atmosphäre" verlaufen. Hinter dieser Formulierung verbergen sich in der Regel starke Meinungsverschiedenheiten. In der Unterredung spielte auch das Danktelegramm des Papstes an Honecker eine Rolle, in dem Johannes Paul II. den SED-Chef indirekt aufforderte, eigene Beiträge zum Frieden zu leisten und „ehrliche, unvoreingenommene Gesprächs- und Verhandlungsbereitschaft" zu zeigen.

Warschau: Pershing bedroht auch Polen

dpa, Warschau

Die Warschauer Propaganda bemüht sich, die polnische Bevölkerung für die These zu gewinnen, daß auch Polen durch die Aufstellung amerikanischer Raketen in Westeuropa unmittelbar bedroht werde. Die amtliche Nachrichtenagentur PAP trat der in Polen weitverbreiteten Ansicht entgegen, das Land könnte von einem künftigen Krieg verschont werden. Solche Meinungen seien das Ergebnis der nach dem August 1980 (der Zeit des Erstarkens der Gewerkschaft „Solidarität") unternommenen Versuche, die – wie es heißt – wirklichen Bedrohungen des Landes im Bewußtsein der Bevölkerung zu verwischen.

Verschiedene angebliche Erneuerer hätten den verständlichen Schock der Bevölkerung über das Ausmaß der Krise ausgenutzt, um vor der Nation das wahre Gesicht des Westens zu verbergen. Man habe sich bemüht, den Westen als Freund Polens darzustellen. Dabei habe das „verdeckte, perfide Spiel mit der sogenannten polnischen Karte" die mit ihren eigenen Problemen beschäftigten Polen noch weiter verwirrt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Bedrängte Landsleute

„Deutsche unter Warschaus Druck": WELT vom 11. November

In den letzten Jahren ist jeden Tag über die Leiden der polnischen Bevölkerung in der Volksrepublik geschrieben worden. Das ist gut so. Über die Schlesier und Ostpreußen im heutigen polnischen Machtbereich, die nach wie vor deutsche Staatsangehörige im Sinne des Grundgesetzes sind, ist in der westdeutschen Presse weitgehend geschwiegen worden.

Um so erfreulicher ist es, das die WELT in ihrer Ausgabe vom 11. November das Thema der Menschenrechtsverletzungen an Deutschen in Schlesien aufgegriffen hat. Wir müssen unsere Stimme gegen alle Verletzungen – wo auch immer – der Menschenrechte erheben, wenn Menschen wegen ihrer Religion, sozialer Herkunft, politischer Überzeugung oder Volkszugehörigkeit verfolgt werden.

Mario Lanczik, Würzburg

*

Leider fällt mir auf, daß einige Leser Ihrer Zeitung einiges aus der Geschichte nicht verstanden haben oder nicht verstehen wollen.

So schreibt Herr D. Müller zum Artikel „Deutsche unter Warschaus Druck"; WELT vom 11. November, die Worte „... unter denen die Deutschen in den ehemaligen deutschen Ostgebieten ...". Lassen Sie es mich einmal in aller Deutlichkeit sagen: Es gibt keine ehemaligen deutschen Ostgebiete. Es gibt Deutschland. Deutschland umfaßt völkerrechtlich das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. 12. 1937 mit einer Größe von 471 021 km² und gliedert sich gegenwärtig in vier Teile mit unterschiedlichem Status:

- Bundesrepublik Deutschland (einschl. des Landes Berlin) 248 999 km²,
- Berlin davon Berlin (West) 480 km²,
- Berlin (Ost) 403 km²,
- Deutsche Demokratische Republik (sowjetische Besatzungszone) ohne Berlin (Ost) 107 775 km²,
- Ostprovinzen des Deutschen Reiches 114 247 km², davon polnisch verwaltet 101 045 km², sowjetisch verwaltet 13 2o2 km².

Lassen Sie mich meinen Brief mit einer Feststellung der Staats- und Regierungschefs von Großbritannien (Churchill bzw. Attlee), den Vereinigten Staaten (Truman) und der Sowjetunion (Stalin) aus dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 beenden: „Die Häupter der drei Regierungen bekräftigen ihre Auffassung, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll."

Mit freundlichem Gruß
G. Schuckar, Nortorf

*

Es war höchste Zeit, daß hier einmal Klartext geredet wurde, und ich halte es für notwendig, dieses Thema weiterzubehandeln.

In einer Zeit, da deutsche humanitäre und kirchliche Organisationen sich förmlich überschlagen, in diesen polnischen Machtbereich tonnenweise lebenswichtige Güter zu senden, d. h. zu spenden, noch genauer unter Opfern zu schenken, werden verbliebene Deutsche in ihrem Geburtsland Schlesien von eben jenen beschenkten Polen daran gehindert, öffentlich ihre Muttersprache zu sprechen und sie ihren Kindern zu lehren.

Hunderttausend Bundesbürger können von ihren Verwandten in Schlesien, aber auch anderen deutschen Gebieten, über Menschenrechtsverletzungen, Schikanen und Verfolgung erzählen.

Berichten Sie mehr über die dortigen Verhältnisse, in keiner anderen Zeitung las ich bisher darüber.

Hochachtungsvoll
Eugen Wenske, Forchheim

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Das Biographische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933 liegt jetzt in einem zweiten Band vor. In der Bayerischen Landesvertretung in Bonn wurde das umfangreiche Werk gestern der Öffentlichkeit präsentiert. Das Handbuch, das im K. G. Saur Verlag München, New York, Paris erscheint, fand erneut viel Beachtung. Vorgestellt hat es Ministerialdirektor Dr. **Oskar Klemmert**, der Staatsminister **Peter Schmidhuber** vertrat. Das Werk geht auf ein gemeinsames Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte München und der Research Foundation for Jewish Immigration, New York zurück. Band zwei, mit mehr als 4600 Lebensläufen, unternimmt den Versuch, den Bereich Wissenschaft- und Kulturemigration an ihren Einzelschicksalen darzustellen. Auf die Folgen der Emigration während der nationalsozialistischen Ära hinweisend erinnerte Dr. Klemmert daran, daß die deutsche Wissenschaft allein in ihren Spitzenstellungen mehr als 225 Gelehrte und 112 Nobelpreisträger seinerzeit an die USA und an Großbritannien abgegeben hat. Es sind Verluste, die bis heute nicht wieder rückgängig gemacht werden konnten. Hinter all den Tausenden von Einzelbiographien aber stecken auch viele erschütternde Einzelschicksale. Die Emigranten haben es trotz großer Schwierigkeiten geschafft, in zahlreichen Disziplinen wieder Großes zu leisten. Mit an der Spitze stehen, so Klemmert, die Naturwissenschaften mit dem Bereich Kernforschung, die in der Öffentlichkeit besonders bekannt wurden.

In Bonn zu Gast waren auch die Mitherausgeber **Herbert A. Strauss**, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, und Dr. **Werner Röder** vom Institut für Zeitgeschichte München.

*

„Trotz Schwierigkeiten im Bundeshaushalt: Die Arbeit mit Spätaussiedlern wird weiter wie bisher unterstützt." Dies versprach Bundesverkehrsminister **Werner Dollinger** als Schirmherr des zwölften traditionellen Ausstellungsbasars des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschlands. Wie in den Vorjahren findet die Ausstellung in den Clubräumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn statt. In 112 Jugenddörfern der Organisation leben zur Zeit 77 000 Jugendliche. Seit Gründung im Jahr 1947 sind 8100 Spätaussiedlerkinder hier ausgebildet, geschult und gefördert worden. Der Basar, der in Bonn jährlich eine große Beachtung findet, bietet 2400 Gegenstände, meist hervorragend gearbeitetes Spielzeug, an. Zur Eröffnung kamen auch **Heinrich Windelen**, der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, und **Georg Gallus**, Parlamentarischer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium.

*

Dr. **Mildred Scheel**, Gründerin und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe, wird Ehrenoffizier der Duisburger Prinzengarde. Die Duisburger Karnevalisten verleihen diesen Titel zum ersten Mal einer Frau. Während des närrischen Treibens im Rheinland wird Frau Scheel am 25. Februar ihre neuen Würden auf sich nehmen. Die Laudatio will Duisburgs Oberbürgermeister **Josef Krings** halten.

EHRUNG

Dr. **Hans Hochgürtel**, Generalbevollmächtigter der Gesellschafter der Firma Hülskens in Wesel und Vorsitzender des Fachverbandes Kies und Sand, Mörtel und Transportbeton in Nordrhein-Westfalen, erhielt von Bundespräsident **Karl Carstens** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Dr. Hochgürtel hat auch den Vorsitz im Bundesverband der Deutschen Kies- und Sandindustrie und ist im Präsidium des Bundesverbandes Steine und Erden, den er auch im Bundesverband der Deutschen Industrie vertritt.

Die bewegte Vita Heinrich Heines – Ein TV-Film von Karl Fruchtmann

Der Poet im doppelten Gefängnis

Nach den vielen, allzu vielen Jubiläumsstücken in Gala und Kostüm ist der „Heinrich Heine" des Autors und Regisseurs Karl Fruchtmann wie eine Erlösung. Fruchtmann sucht die darstellende Wahrheit „nicht mit Statistenmassen, großen Bauten, vielen Kostümen, Außenaufnahmen und interessanten Motiven". Seine Stilmittel sind nach eigener Bekundung und nach dem Charakter der abgelieferten Arbeit Großaufnahme, Montage und ein Realismus der symbolischen Einbindung. Damit unterscheidet sich diese Produktion schon rein formal von dem handelsüblichen Angebot. Aber auch in der Auswahl der Möglichkeiten, die eine so bewegte Vita wie die des Heinrich Heine enthält, geht Fruchtmann eigene Wege. Er gaukelt nicht vor, das Leben des großen deutschen Poeten in Anekdoten nachzuerzählen, er traf die Auswahl des notwendigerweise Erzähltwerden-Müssens.

Die zweite Vertreibung aus dem Paradies – ARD, 20.15 Uhr



Heine (Wolfgang Hinze) verliebt sich auf einem Ball in Mathilde (Donata Höffer), die seine erste Frau wird FOTO: ANGELA PANNEK

Und ein Drittes: Der Autor verzichtete darauf, sich ein bewährtes (und verschlissenes) Gesicht vor die Kamera zu holen. Die Rolle Heines übergab er dem Düsseldorfer Bühnenschauspieler und Fernseh-Neuling Wolfgang Hinze, einem Mann, der mit dem gründlichen Hineinwachsen in eine Rolle vertraut ist. „Das Körpergedächtnis braucht wochenlange Proben" (Hinze).

So gelang es dem Regisseur, die schillernde Figur des Poeten erkennbar zu machen: Heinrich Heine, der im doppelten Gefängnis, dem seiner jüdischen Abkunft und dem seiner dichterischen Ansprüche, lebte. Der Autor verzichtete dabei weitgehend auf eigene verbale Aussageversuche, er ließ den Poeten sprechen, immer dessen bewußt, daß die Natürlichkeit sich am besten mittels poetischer Sprache herstellen läßt. So sind wichtige Passagen aus der „Harzreise", den „Bädern von Lucca", dem „Wintermärchen" und den „Memoiren" in den Spielablauf des Stückes eingeflochten, eine gelungene „Authentisierung" des Films.

Man sah: Heinrich Heine in Hamburg, seine Taufe, seine Reaktion auf die Pariser Juli-Revolution 1830, seine Dispute mit Karl Marx und den Saint-Simonisten. Schlüsselszene indes war das Gespräch mit seinem Hamburger Onkel Salomon, dem Bankier, der ihn mit seinen Geldmitteln unterhielt. Hier war indes nicht mehr nur von Heine und seinem Onkel die Rede, sondern von der unauflösbaren Problematik des Hölderlinschen Postulats „Dichterisch wohne der Mensch" in einer Welt der bezahlten Leistung. Salomon: „Du hast kein Recht, von denen zu fordern, die du verachtest, damit du dich nicht selber verachten mußt."

Dem Gespräch mit Karl Marx und dessen Frau Jenny im ersten Teil entspricht in der zweiten Folge der Disput zwischen Heine und Lassalle, und der auf sinnliche Weise eindimensionalen Liebe zu der ersten Frau, genannt Mathilde, im ersten Teil, die große letzte Liebe zu Mouche im zweiten. Die dramaturgischen Weichen sind dabei wie von selbst gestellt, und Heines Unart, „mit dem Herzen, statt mit dem Kopf zu denken" (Marx), scheint durch alle Begegnungen hindurch.

Fruchtmann, dem es, wie sein Protagonist Hinze sagte, unumgänglich erscheint, manchmal „um des Echten willen spielen zu müssen", hat die artifizielle Art seines Stücks sehr deutlich von den zahlreichen naturalistischen Kostümierungen der Geschichte abgehoben. Er ließ gleich in den ersten Sequenzen ahnen, daß dieser Film über einen Poeten poetisch sein werde. Und er hielt diese Absichtserklärung durch.

Freilich ist es nicht allein die Verwendung der lyrischen Sprache Heines, die das Stück so deutlich poetisiert. Es sind die Bilder und ihre poetische Optik (womit eigentlich die Gesichter gemeint sind).

Im übrigen: Es ist sehr schön, mal einen Blick in unser aller Vergangenheit zu werfen, ohne das runde Datum eines Jubiläums im Nacken zu spüren. Heine nämlich wurde vor 186 Jahren geboren, er starb vor 127 Jahren.

VALENTIN POLCUCH

KRITIK

Parforceritt durch 70 Jahre

„Wie kam es zum Ersten Weltkrieg?" – „Was waren die Kriegsziele?" – „Welche Rolle spielte Wilhelm II.?" – „Woran ist Weimar letztlich gescheitert?" Mit solchen und ähnlichen Fragen – deren Erörterung wissenschaftliche Konvolute erfordert – jagte Peter Kustermann den 79jährigen Historiker und Politologen Theodor Eschenburg als **„Zeugen des Jahrhunderts"** (ZDF) 55 Minuten lang in einem Parforceritt durch 70 Jahre deutscher Geschichte. Und Eschenburg mußte jedesmal mit der Knappheit eines Volkslexikons Auskunft erteilen. Dabei bezogen sich die Fragen noch nicht einmal auf die Schwerpunkte der wissenschaftlichen Arbeit Eschenburgs, der als Tübinger Ordinarius seit 1949, als Mitherausgeber der „Vierteljahreshefte der Zeitgeschichte" und als Verfasser von Publikationen wie „Staat und Gesellschaft in Deutschland", „Herrschaft der Verbände", „Ämterpatronage" zum Nestor der politischen Wissenschaft und der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland wurde.

Ein politischer Klippschulkurs war's, zu dem man den bedauernswerten Wissenschaftler einvernahm.

GISELHER SCHMIDT

Sehnsucht nach mehr Mut?

Hätte es zur Zeit der nationalsozialistischen Machtergreifung das (echte) Fernsehen schon gegeben – wieviel Zeit wäre einem deutschen TV-Magazin wohl geblieben, um sich vom kritischen Kulturforum in ein Instrument der Propaganda zu verwandeln? Gewiß eine ganz kurze bloß, und wohl nur Kulturmagazinäre von heute können sich ein schrittweises Umfunktionieren vorstellen, das sogar noch Spielraum läßt für beißenden Spott und saftige Veralberung des pathetischen Blut- und Schollenkults. Schwingt in all der Anti-Kultur nicht doch auch die Sehnsucht nach dem Mut mit, der uns in der demokratischen Gesellschaft nur noch spärlich abverlangt wird?

Aber gerade mit dem Mut der deutschen Kulturgrößen hat es miserabel ausgesehen, erinnert uns Reinhart Hoffmeister in seinem fiktiven Spiel **„Die große Kapitulation"** (ZDF) über die Wandlungen eines Kulturmagazins. Der Druck auf die geistig Schaffenden wächst sich zur vollendeten Barbarei aus, die mit der Bücherverbrennung keineswegs den Höhepunkt erreicht hatte. In der Mitte ein souveräner Moderator in der Gestalt des populären Ernst Stankowski – eine einsame Siegerfigur auf dem Feld der Kapitulation.

Auch ein Held für heute und morgen, der uns in seiner Vereinsamung als nicht Angepaßter tragisch stimmt? Sähe man's so, wäre freilich zu bedenken, daß der Druck auf die Kultur von heute nicht mehr in erster Linie von oben kommt, sondern von unten, von der Konformität der Gruppen, der sich gerade unsere heutigen Fernsehmagazine so oft ausgeliefert zeigen.

HERMANN A. GRIESSER





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 New York, New York
11.10 Vorsicht – Musik!
11.55 Umschau
12.10 Report
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Unter dem Chapiteau
2. Artisten
Aus Gefälligkeit hat noch keiner gelacht
Film von Henryk M. Broder und Frans van der Meulen
Mit den Artisten: Tino Zacchini, „Schweinehoppe", Barmo, Curtini, Freddy und Zippo, Tünneff und anderen
17.00 Die Spielbude
Freizeit mit Gina Stephan
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Heinrich Heine
Die zweite Vertreibung aus dem Paradies (1)
2teiliger Fernsehfilm von Karl Fruchtmann
Mit Wolfgang Hinze, Donata Höffer, Kurt Sobotka u. a.
Regie: Karl Fruchtmann
22.00 Rheuma – eine mögliche Therapie
Bald jeder sechste Bundesbürger leidet unter einer rheumatischen Erkrankung. Das Leiden geht von den Knochen, den Muskeln oder dem Bindegewebe aus. Die Ursachen können äußerst unterschiedlich sein: Entzündungen, Fehlstellungen, Abnutzungserscheinungen, Stoffwechselleiden, Störungen im Immun- oder Hormonsystem.
Männer und Frauen in den besten Jahren werden oft als unheilbar abgeschrieben oder zur Schmerzbekämpfung mit Medikamenten behandelt, die bei längerer Anwendung oftmals schwerste Nebenwirkungen haben. Die Dokumentation berichtet ausführlich über die Bedeutung der Nahrung und über die angewandten naturkundlichen Methoden.
Dokumentation
Hoffnung durch naturheilkundliche Methoden?
22.30 Tagesthemen
23.00 Arafats Schwarzer November
Der PLO-Chef vor dem Abzug aus Tripoli
0.00 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Letzte Folge: *Ich war's nicht*
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Affe im Haus
Alice im Showgeschäft
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das geht Sie an
18.00 Wildes weites Land
2. Der neue Siedler
18.45 Ein Wort aus Musik
Gewinnerbekanntgabe
19.00 heute
19.30 Der Sport-Spiegel
Kicken und fröhlich sein
Damenfußball
Bericht von Michael Palme
20.15 ZDF Magazin
Themen: Politische Häftlinge von drüben berichten / Vier Jahre Krieg in Afghanistan / Freie Gewerkschaft in Polen kämpft weiter / Ist Bio-Nahrung wirklich gesünder?
Moderator: Gerhard Löwenthal
21.00 heute-journal
21.10 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
Kurzschluß
22.10 Zwischen Bhagwan und Jesus
Indische Gurus und der Rabbi aus N.
Film von Gerhard Müller, Franz Tartarotti
22.55 Personenbeschreibung
John Lilly – Delphine und Denkmodelle
Film von Georg Stefan Troller
Der fast 70jährige amerikanische Arzt Dr. John Lilly gilt als einer der Urväter einer heute wieder aktuellen Wissenschaftlichkeit, die sich nicht auf ein Spezialgebiet beschränkt, sondern die verschiedensten Wissenszweige und Selbsterfahrung einbezieht, um dadurch zu einer ganzheitlichen Auffassung des Kosmos zu gelangen.
23.25 heute
Anschl.: Horst Eberhard Richter liest einen Bibeltext

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Wesel
21.45 Auslandsreporter
22.15 Kino 83
22.45 Mein ganzes Leben
Chines. Spielfilm, 1950

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Natur und Freizeit (6)
19.15 Die Bühne ist nicht ein anderes Land
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
22.05 Der Film-Club:
Herr Lucky Night
US-Spielfilm, 1945
23.05 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Norwich now (6)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 Die Spur des Fremden
US-Spielfilm, 1946

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg
19.25 Nachrichten
19.30 Alma und Thérèse
20.15 Reisewege zur Kunst
21.00 Im Kittchen ist kein Zimmer frei
Franz.-ital. Spielfilm, 1959
22.15 Theater-Talk
22.40 Wege zum Frieden

BAYERN
18.15 Tele-Ski (11)
18.45 Rundschau
19.00 Wagner (4)
20.00 Erfolgserlebnis – Fehlanzeige
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Z. E. N.
21.50 Teleclub
Arzt und Dämon
Amerik. Spielfilm, 1941
23.50 Rundschau

TRABRENNEN

Wewering ist Weltrekordler

dpa/sid, Recklinghausen

Zum Feiern blieb ihm keine Zeit: Heinz Wewering nahm Lorbeer und Blumen – und begab sich sogleich wieder an den Start, um die Rekordmarke zu verbessern. Der 33jährige aus Recklinghausen hatte am Montagabend, exakt 18.38 Uhr, auf der Trabrennbahn in Dinslaken neue Maßstäbe gesetzt: 639 Jahressiege im Sulky – die seit zehn Jahren bestehende Bestmarke des Kanadiers Herve Filion (637) gehörte damit der Vergangenheit an.

„Unglaublich, so etwas hätte ich nie für möglich gehalten", staunte Altmeister Hans Frömming über die Leistung Wewerings, der in diesem Jahr sogar auf den Urlaub verzichtete, um mit den von ihm trainierten rund 170 Trabrennpferden den Rekord zu brechen.

„Wann schläft der eigentlich?" fragt sich die düpierte Konkurrenz nicht erst seit gestern. Die Antwort ist simpel: Wie viele andere Bürger auch, von Mitternacht bis sieben Uhr morgens. Doch was dazwischenliegt, sind 17 Stunden Arbeit, im Sommer und Winter, ob es stürmt oder schneit. Getrabt wird in Deutschland das Jahr über ohne Pause, nur der Heiligabend und der erste Weihnachtsfeiertag sind dienstfrei. In Westdeutschland manchmal auch der Mittwoch, doch dann sind in Hamburg-Bahrenfeld oder München-Daglfing Rennen, und Wewering ist oft dabei.

Während der 44jährige Kanadier Herve Filion 3001 Fahrten benötigte, um 1974 auf 637 Jahressiege zu kommen, brauchte Wewering, der ursprünglich Jockey bei den Galoppern werden sollte, wegen Gewichtsproblemen dann jedoch zu den Trabern ging, weniger als 2200 Rennen, um diesen Rekord zu erreichen.

Die Leistung des Recklinghäusers ist sogar noch höher zu bewerten, denn Herve Filion fuhr seinen Rekord nicht nur mit Trabern, sondern auch in Rennen mit sogenannten Paßgangpferden, die in Deutschland nicht gezüchtet werden. Außerdem konnte Wewering nur ganz selten wie Filion mit einem Privatjet reisen, um an einem Tag bei verschiedenen Veranstaltungen seine Chancen zu suchen.

FUSSBALL / Likörfabrikant neuer Präsident von Eintracht Braunschweig

Mast-Kur für Schuldenklub: „Wir sind jetzt ein Wirtschaftsunternehmen . . ."

MARCUS BERG, Braunschweig

Hennes Jäcker, einst einer der besten Torwarte der Fußball-Bundesliga und drei Jahre Präsident von Eintracht Braunschweig, verließ um 23.28 Uhr resigniert das Schützenhaus der Stadt. „Ich habe viel gelernt", sagte er. Jetzt werden die Bundesliga und der Deutsche Fußball-Bund (DFB) wohl lernen müssen. Was im Schützenhaus in der Nacht zum Dienstag geschah, war Blattschuß, Beginn einer Mast-Kur und stand unter dem Motto: Wer Sorgen hat, braucht auch Likör.

Günter Mast (57), Likörfabrikant aus Wolfenbüttel, bisher Sponsor des Klubs mit Spenden in Höhe von 20 Millionen Mark in zehn Jahren, hat in Personalunion auch noch den Sessel des Präsidenten übernommen. Nach der Wahl – nur *elf Gegenstimmen* bei 546 wahlberechtigten Mitgliedern (13 Enthaltungen) – verkündete Mast: „Wir sind jetzt ein Wirtschaftsbetrieb." Jäcker, der nicht mehr kandidierte („berufliche Überlastung"), hatte das vorher noch anders gesehen: „Uns stellt sich nur noch die Wahl zwischen Konkurs und totaler Abhängigkeit."

Die Versammlung wählte den finanzkräftigen Sponsor, der dann auch gleich konterte: „Konkurs und Illiquidität werden schon in Kürze Fremdwörter für uns sein." Nun sind beide Wörter ja wirklich Fremdworte, doch noch fremder ist, was dem Deutschen Fußball-Bund jetzt ins Haus steht.

Zwar behauptet Mast, er werde ein loyales Verhältnis zum DFB suchen („Konfrontation kommt nicht in Frage"), doch der Verband hatte bereits auf seinem letzten Bundestag so etwas wie eine „Lex Mast" verabschiedet. Er verbot seinen Klubs, Werbung im Vereinsnamen zu führen. Genau diese direkte Werbung ist aber das erklärte Ziel von Mast und sein Lohn dafür, daß er den mit rund 4,3 Millionen Mark verschuldeten Verein saniert: Der Likörfabrikant, als Retter in der Not gefeiert, vergatterte die stimmberechtigten Mitglieder, bei der außerordentlichen Versammlung am 14. Dezember für eine Umbenennung des Klubs in „Jägermeister Braunschweig" zu stimmen. Mast: „Die Bundesliga krankt daran, daß sie keine kaufmännische Spitze hat. Wir werden weiter gegen den DFB-Beschluß angehen."

Die Motive verschweigt Mast nicht, er ist ein Mann, der sagt, was er denkt: „*Ich rechne und hoffe auf einen jahrelangen Streit,* so daß die Medien immer etwas zu berichten haben."

Die profihafte Mast-Kur soll schon heute mit allen Konsequenzen beginnen:

- Bildung eines Beraterstabs mit Experten für Repräsentation, Zuschauerwerbung, Ordnungsdienst (Mast: „Aufgabengebiete, die für die Bundesliga zwingend sind") – sowie für den sportlichen Bereich. Und dieser sportliche Berater wird Paul Breitner. Mast: „Er erhält dafür keinen Pfennig vom Verein. Da haben wir beide eine andere Regelung getroffen."
- Übernahme der Geschäftsstelle durch Mast selbst: „Da werden die Ärmel hochgekrempelt, und mit einem Team meines Unternehmens erst einmal die Bücher durchforstet."

Gerade das erscheint notwendig in Braunschweig. Jäcker mußte nach seinem Rechenschaftsbericht (Mast: „Eine Märchenstunde") um die Entlastung (179 Nein-Stimmen) kämpfen. Der scheidende Präsident mußte zugestehen, daß in seiner Amtszeit 3,2 Millionen Mark Schulden gemacht wurden. Mit Verblüffung vernahm die Versammlung, daß Jäcker die Gehälter der Spieler erhöht hatte, der Verein noch immer monatlich 8000 Mark für den vor eineinhalb Jahren entlassenen Geschäftsführer hinblättert, weil es einen Fünfjahres-Vertrag gab. Buh-Rufe gab es, als über das Gehalt von Trainer Aleksandar Ristic gesprochen wurde: 270 000 Mark im Jahr, damit gehört der ehemalige Assistent von Branko Zebec und Ernst Happel zu den Großverdienern in der Bundesliga . . .

Jäcker konnte sich denn auch *nur* noch so verteidigen: „Ich habe mein Haus mit 200 000 Mark für den Verein belastet, habe Spielerprämien bezahlt und bin 170 000 Kilometer während meiner Amtszeit nur für die Eintracht gefahren."

Das, so Mast, soll nun alles anders werden: „Das erledige ich selbst mit meiner Kolonne. Jetzt weht ein frischer Wind. Mein Konzept sieht eine Entschuldung innerhalb von drei Jahren vor. Die Probleme der Amateurabteilungen sind kleine Fische. Sie werden bis Weihnachten erledigt sein. Bei den Profis dauert das bei dem Schuldenstand sicherlich etwas länger."

Jägermeisters Blattschuß im Schützenhaus? Mast-Kur? Wer Sorgen hat, braucht auch Likör . . .

SPORT-NACHRICHTEN

Frauensegeln olympisch?

Hamburg (IG) – Frauensegeln soll in das Programm der Olympischen Spiele 1988 in Seoul aufgenommen werden. Bepe Croce, der Präsident des Welt-Seglerverbandes (IYRU), hat dem IOC den Beschluß der Segler-Jahrestagung unterbreitet, sieben olympische Bootsklassen beizubehalten und in der 470er Klasse zusätzlich einen Wettkampf auszuschreiben. Eine endgültige Entscheidung fällt im August 1984 in Los Angeles.

Cendic beim SCC Berlin

Berlin (sid) – Der SC Charlottenburg (2. Fußball-Bundesliga) entband Trainer Erdmann von seinem Posten und verpflichtete Slobodan Cendic (44). Der Jugoslawe war zuletzt bei Alemannia Aachen tätig.

Einen Punkt Vorsprung

London (UPI) – Die vierte Partei zwischen Kortschnoi (Schweiz) und Kasparow (UdSSR) im Halbfinale des Kandidatenturniers zur Schach-Weltmeisterschaft in London endete Remis. Kortschnoi führt nun mit 2,5:1,5 Punkten. Auch Smyslow (UdSSR) und Ribli (Ungarn) trennten sich Unentschieden. Es steht 2,0:2,0.

Claudia Kohde weiter

Melbourne (sid) – Claudia Kohde (Saarbrücken) erreichte durch ein 6:3, 6:1 gegen Kim Staunton (Australien) die zweite Runde der internationalen Tennismeisterschaften von Australien in Melbourne.

Weller: Keine Verteidigung

München (sid) – Boxprofi René Weller (30) wird seinen WAA-Titel im Super-Federgewicht nicht verteidigen. Weller will statt dessen um die Europameisterschaft boxen und einen Titelkampf bei einem der beiden etablierten Verbände WBC oder WBA anstreben.

Zweiter Sieg für Frühmann

Brüssel (sid) – Der Österreicher Thomas Frühmann gewann beim Brüsseler Hallenreitturnier auch das Mächtigkeitsspringen. Es war Frühmanns zweiter Erfolg in Brüssel.

USA: Porsche-Doppelsieg

Daytona Beach (sid) – Mit einem Doppelsieg für Porsche ging in Daytona (Florida) die amerikanische IMSA-Meisterschaft zu Ende. Das Rennen gewann Le-Mans-Sieger Al Holbert (USA) vor seinem Landsmann Bob Akin.

Dill-Bundi Europameister

Zürich (sid) – Der Schweizer Robert Dill-Bundi gewann in Zürich die Profi-Europameisterschaft der Radsprinter gegen den Italiener Gappancelli.

Riedl entlastet

München (sid) – Der ehemalige Präsident des TSV 1860 München, Erich Riedl, und dessen früherer Vize-Präsident Müller, wurden nachträglich entlastet. Ihnen war die hohe Verschuldung und der Zwangsabstieg des Klubs aus dem bezahlten Fußball angelastet worden.

GEWINNZAHLEN

Lotto: Klasse 1: 1 136 614,20, 2: 97 983,90, 3: 6375,90, 4: 99,40, 5: 8,20. – **Toto, Elferwette:** Klasse 1: 146,60, 2: 12,50, 3: 2,50. – **Auswahlwette „6 aus 45":** Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 1 852 743,40, 2: 33 616,60, 3: 3108,30, 4: 75,20, 5: 7,30. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1262,00, 2: 123,60. – Rennen B: Klasse 1: 5,50, 2: 2,80. – Kombination: unbesetzt, Jackpot: 87 108,80.
(Ohne Gewähr).

FERNSEHEN

Dieter Kürten neuer Chef?

DW. Wiesbaden

Eine wichtige Vorentscheidung im wochenlangen Gerangel um den Chefsessel in der Hauptredaktion Sport des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) ist gefallen: Harry Valérien (60), beliebtester Moderator des „Aktuellen Sportstudios" am Samstagabend, Experte für alpinen Skisport, Schwimmen und Golf, wird nicht Nachfolger von Alfons Spiegel (55), der drei Jahre im Amt war und nach drei Herzinfarkten wohl nicht mehr in die Redaktion zurückkehrt. Valérien, erklärter Favorit von Chefredakteur Reinhold Appel („Er ist mein Mann"), hat selbst abgesagt.

Einen Teil der Gründe für diesen Rückzieher nannte Valérien selbst in der „Hörzu". Diese Position, schrieb er, verlange nicht nur „täglichen, harten redaktionellen Einsatz und ein Gespür für interessante Themen, sondern auch zusätzlich die Bemühungen, die verschiedenen Meinungen der einzelnen Kollegen so unter einen Hut zu bringen, daß letztlich das Teamwork stimmt". Valérien („Ich bin mit Leib und Seele Reporter und Moderator") schreckte offensichtlich vor der mühsamen Verwaltungsarbeit in der total zerstrittenen, 54 Mann starken ZDF-Sportredaktion zurück. Oder aber er sah keine Möglichkeit, seine Pläne (zum Beispiel Aufbau einer neuen Reportermannschaft) in dieser Atmosphäre zu verwirklichen.

Favorit ist jetzt Dieter Kürten (48); Karl Senne (49), auch einer der Kandidaten, soll sein zweiter Mann werden. Kürten zur WELT: „Man hat an mich das Ansinnen gestellt, aber es gibt noch keine Entscheidung von mir." Kürten ist lediglich freier Mitarbeiter beim ZDF, Showmaster der Sendung „Ganz schön mutig" und vielgefragter Ansager bei Veranstaltungen, bei denen er fünfstellige Summen kassiert. Die Übernahme des mit etwa 12 000 Mark monatlich dotierten Chefpostens im ZDF-Sport bedeutete für ihn wohl eine finanzielle Einbuße. Schließlich besitzt er auch Werbeverträge, unter anderem mit der Bekleidungsfirma Boss, die er als fest angestellter Mann der öffentlich-rechtlichen Anstalt nicht mehr erfüllen könnte.

STANDPUNKT / *Ein Fachmann, Bildersturm und die Vertrauensfrage*

Seit 16 Jahren ist Philipp Fürst hauptamtlich beim Deutschen Turner-Bund (DTB) beschäftigt, seit 1983 als Cheftrainer der Herren. Skandale und saftige Niederlagen gab es unter seiner Ägide nie. Es wurde sorgfältig und solide gearbeitet. Bei den Weltmeisterschaften in Budapest belegte die ersatzgeschwächte deutsche Riege Platz acht und qualifizierte sich damit für die Olympischen Spiele.

Nun aber hat Fürst seine Tätigkeit – nicht sein Amt – zur Vertrauensfrage gemacht, über die bis zum Montag geheim abgestimmt werden soll.

Eduard Friedrich, Direktor beim Bundesausschuß Leistungssport (BAL), hatte in der WELT vom 1. November die Vorstellungen der deutschen Männer in Budapest als „Frechheit" bezeichnet und gefordert: „Die Kerle müssen jetzt endlich einmal arbeiten." Als es darauf keine Resonanz gab, hat Friedrich dem deutschen Meister Jürgen Geiger als Aktivensprecher der Riege einen Brief geschrieben. Inhalt: Als „mündige und denkbereite" Athleten sollten sie gefälligst gegen Fürst aufmucken. Daran hatte bisher keiner gedacht, weil es keinen Grund dafür gab . . .

Nun aber hat der frühere Turner Friedrich in seiner Eigenschaft als untadeliger Fachmann zum Bildersturm gegen Fürst aufgerufen. Warum? Fachmann Friedrich hat zum Beispiel am Barren bei den deutschen Männern keine einzige Riesenfelge gesehen. Richtig! Denn die deutschen Turner sind nun mal größer als die Chinesen und würden deshalb prompt am Gerät hängenbleiben. Bei den Reckabgängen wiederum sah Friedrich nur Doppelsalti. Waren ihm die Zusatzteile, wie Winklers Schraube, etwa so neu, daß er sie übersah? Die Reihe der kritischen Aufrechnungen gegenüber dem, was wirklich geturnt wurde, läßt sich beliebig fortsetzen.

Noch etwas: Es geht nicht um ein Fürst-Programm, es geht um eines, das von Heimtrainern und Ausschüssen abgesegnet wurde. Aber Eduard Friedrich ist ja Fachmann. Deshalb hat er für sich die Vertrauensfrage (noch) nicht gestellt. Oder?

K. Bl.

Engelhard gegen mehr Freiräume für die Polizei

hey, Bonn

Zwischen Bundesjustizminister Hans Engelhard und Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann sowie dessen Amtskollegen in den Bundesländern bahnt sich offenbar ein neuer Konflikt an. Engelhard widersetzt sich ausdrücklich Bestrebungen der Innenminister, zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens der Polizei generell mehr Freiräume zu geben und Beamte als Untergrundagenten in Banden einzuschleusen. Der FDP-Politiker hat gegen eine entsprechende Vorlage aus der Innenministerkonferenz bereits „sehr deutlich Bedenken" erhoben. Denn nach dem Gesetz, so der Minister, dürfen Mitglieder der Sicherheitsorgane zur Verbrechensbekämpfung nur dann zum Beispiel Straftaten verüben, in konspirative Wohnungen eindringen oder Telefone abhören, wenn ein Staatsnotstand oder verfassungsrechtlicher Ausnahmezustand wie während der Schleyer-Entführung besteht. Im organisierten Verbrechen sieht der Minister jedoch eine derartige Ausnahmesituation nicht, auch wenn sich hier eine „sehr bedrohliche" Entwicklung abzeichne.

Wien schiebt zwei Neonazis ab

AFP, Wien

Der Gründer und Chef des neonazistischen „Aktionsbundes nationale Sozialisten/nationale Aktivisten" (ANS/NA), Michael Kühnen, und sein Stellvertreter Thomas Brehl wurden nach Angaben des Wiener Innenministeriums gestern aus Österreich abgeschoben und deutschen Grenzbeamten übergeben. Der in Stade wohnhafte 28jährige Kühnen und der 26jährige Brehl aus Fulda waren am vergangenen Donnerstag nach ihrer Einreise in Österreich als international bekannte Neonazis festgenommen worden. Über die beiden Rechtsradikalen wurde ein unbefristetes Aufenthaltsverbot für Österreich verhängt.

Am Montag war bereits der 59jährige deutsche Staatsbürger Egon Rieder aus Memmingen ausgewiesen worden, der trotz eines bereits wegen seiner rechtsradikalen Tätigkeit gegen ihn erlassenen Aufenthaltsverbotes nach Österreich gekommen war.

Wie westliche Staaten ihre Sicherheit sehen

Umfrage in Industrieländern / Vertrauen in USA schwächer

dpa/DW. Bonn

Das Vertrauen der Westeuropäer in die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten im Sicherheitsbereich hat, wie eine gestern veröffentlichte Umfrage ergab, in den vergangenen Monaten stark nachgelassen. Gleichzeitig, so das Resultat der Befragung, habe sich die Tendenz verstärkt, den Dialog mit der Sowjetunion stärker als noch vor einem Jahr als Mittel der Friedenssicherung anzusehen.

Die Umfrage im Auftrag des privaten „Atlantischen Forschungsinstitutes für internationale Angelegenheiten" in Paris wurde zwischen dem 10. September und dem 4. November in der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Norwegen, Spanien, den Niederlanden, Italien, Japan und den USA unternommen.

Als stärkste persönliche Bedrohung wurde von der Mehrheit der Befragten wieder die Arbeitslosigkeit genannt, wobei allerdings die Zahlen in sechs der neun Länder gegenüber der Vergleichs-Umfrage im März leicht zurückgingen. Bei 73 Prozent (im März: 82) der Befragten in der Bundesrepublik Deutschland und bei 76 Prozent (im März: 70) in Frankreich stand die Arbeitslosigkeit an der Spitze, während sich in den USA nur 46 (52) und in Japan nur 22 (23) davon bedroht fühlten.

Nur 28 Prozent der Deutschen hielten einen Krieg für die größte Gefahr (Italiener 55 Prozent, USA 45). 46 Prozent der Befragten in der Bundesrepublik Deutschland befürworteten den Einsatz nuklearer Waffen im Verteidigungsfall oder um einen nichtnuklearen Konflikt schnell zu beenden.

Gleichzeitig zeigten 38 Prozent der Deutschen am meisten Angst vor Atomwaffen. Mit Abstand die meiste Furcht vor unzureichender Verteidigung äußerten die Amerikaner (24).

42 Prozent der Deutschen (1982: 31) hielten einen stärkeren Dialog mit der Sowjetunion für sinnvoll, während nur noch 34 Prozent (1982: 53) von ihnen die Sicherheit des Westens durch die militärische Zusammenarbeit Westeuropas mit den USA garantiert sahen.

Die Zunahme des sowjetischen Rüstungspotentials wurde überall und mit 55 Prozent am stärksten in der Bundesrepublik Deutschland als Hauptursache der derzeitigen internationalen Spannungen angesehen. Dagegen nannten 41 Prozent der Deutschen die amerikanische Nachrüstung als Grund für die politische Krise.

Stationierung noch offen

Den Haag: Entscheidung über Marschflugkörper erst 1984

AP, Den Haag

Die niederländische Regierung hat ihr Verteidigungs-Weißbuch für 1984 vorgelegt, in dem die Notwendigkeit atomarer Waffen grundsätzlich bejaht wird. Die Frage, ob im Zuge des Nachrüstungsbeschlusses, wie vorgesehen, amerikanische Marschflugkörper auf niederländischem Boden stationiert werden sollen, ist in dem Weißbuch nicht geklärt.

In Den Haag wird erwartet, daß in einem gesonderten Dokument im kommenden Frühjahr die endgültige Entscheidung des Kabinetts veröffentlicht wird, ob in den Niederlanden im Jahre 1986 insgesamt 48 Marschflugkörper stationiert werden sollen. Vier Regierungen in Den Haag haben nacheinander angesichts des Widerstands in der Bevölkerung eine Entscheidung darüber aufgeschoben.

Die Haager Regierung gab in dem Weißbuch bekannt, sie werde bis 1986 die jährlichen Verteidigungsausgaben nur um zwei Prozent und nicht, wie von der NATO als Ziel gesetzt, um drei Prozent erhöhen können. Eine solche Steigerung sei erst für den Zeitraum von 1987 bis 1993 ins Auge gefaßt.

Der Inhalt des Weißbuchs war der NATO schon vorab zur Kenntnis gebracht worden. Er veranlaßte NATO-Generalsekretär Joseph Luns zu einem Protest gegen die Absicht seiner Landsleute, den Verteidigungshaushalt vorerst nicht zu erhöhen und eine Reihe von Kriegsschiffen außer Dienst zu stellen.

Pöhl: Erst Etat sanieren, dann Steuern senken

HEINZ HECK, Bonn

Die Haushaltskonsolidierung und damit die Rückführung der Neuverschuldung des Bundes haben Vorrang vor einer Steuersenkung. Diese Auffassung hat Bundesbankpräsident Pöhl in der Kanzlerrunde mit Spitzenvertretern der deutschen Wirtschaft am Montagabend in Bonn vertreten. Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff hat unter Hinweis auf die starke Steuerbelastung auch schon mittlerer Einkommen für eine gleichgewichtige Strategie plädiert.

In der Runde beim Kanzler, an der unter anderem die Präsidenten des BDI und des DIHT, Rodenstock und Wolff von Amerongen, teilnahmen, ging es auch um die 35-Stunden-Woche. Selbst wenn die Gewerkschaften auf einen Lohnausgleich verzichten sollten, wird mit Schwierigkeiten und Verteuerungen des Produktionsprozesses gerechnet, zugleich aber gesehen, daß das Selbstverständnis der Gewerkschaften mit dieser Frage eng verknüpft ist. Die Regierung müsse beim Subventionsabbau deutlichere Zeichen setzen, hieß es in der Runde, zumal da die Bevölkerung in dieser Frage sehr sensibilisiert sei.

Paris: Absage an Ost-Berlin

AP, Ost-Berlin

Die französische Regierung hat die für Freitag vorgesehene Eröffnung eines Kulturzentrums in Ost-Berlin auf unbestimmte Zeit verschoben. Ursprünglich wollte Außenminister Claude Cheysson die Eröffnung während eines zweitägigen offiziellen Besuchs in der „DDR" vornehmen. Diese Reise wurde aber wegen der Vorbereitungen auf den Athener EG-Gipfel von den Franzosen bereits vorher abgesagt.

Das „Centre Culturel Français" wäre das erste derartige Zentrum eines westlichen Landes in der „DDR" gewesen. Ost-Berlin hatte deshalb auch eine neue „Verordnung über die Tätigkeit von Kulturzentren anderer Staaten in der DDR" erlassen, die vor zwei Monaten im „DDR"-Gesetzblatt veröffentlicht worden war. Danach dürfen die Einwohner in der „DDR" nur an Veranstaltungen teilnehmen, wenn sie vorher die Zustimmung des Büros für Kulturfragen eingeholt haben.

Fall Flick: Staatsanwaltschaft klagt Minister Lambsdorff an

● Fortsetzung von Seite 1

klärung heißt es, von Brauchitsch werde zur Last gelegt, von Dezember 1975 bis Mitte 1977 dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Friderichs Bargeldbeträge in Höhe von 375 000 Mark „zugewendet" zu haben. In der danach folgenden Zeit, Friderichs war durch Lambsdorff abgelöst worden, seien dann die 135 000 Mark an Lambsdorff geflossen, „um hierdurch auf die im Ermessen der Minister stehenden Entscheidungen über Anträge des Flick-Konzerns auf Steuerbegünstigung für die Reinvestition eines möglichst großen Teiles des Gewinns in Höhe von 1,9 Milliarden DM Einfluß zu nehmen, den die Gesellschaft durch die Veräußerung von Daimler-Benz-Aktien erzielt hatte". Nemitz wird vorgeworfen, teilweise unter Mitwirkung von Brauchitsch, Bargeld in Höhe von „etwa 145 000 DM" an Riemer gezahlt zu haben, um dadurch den Flick-Konzern „begünstigende Entscheidungen bei der Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Energiesektor zu erreichen". Nicht hinreichend sei der Verdacht, so betonte die Staatsanwaltschaft, daß Konzernchef Flick „an den von Brauchitsch und Nemitz zur Last gelegten Vorgängen beteiligt war".

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität von Graf Lambsdorff wurde gestern gegen 13 Uhr bei Bundestagspräsident Rainer Barzel gestellt. Die Aufhebung der Immunität erfolgt durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß des Parlaments. Die FDP-Bundestagsfraktion befaßte sich gestern nachmittag mit den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft. Bundesjustizminister Engelhard (FDP) trat für eine Gesetzesinitiative ein, um Veröffentlichungen aus amtlichen Ermittlungsakten künftig besser zu unterbinden. Damit sollen – wie im Fall Lambsdorff – Vorverurteilungen verhindert und der Rechtsgrundsatz der Unschuldsvermutung bis zur rechtskräftigen Verurteilung durchgesetzt werden.

Der FDP-Vorsitzende Genscher erklärte nach Bekanntwerden der gegen Lambsdorff erhobenen Vorwürfe vor der FDP-Bundestagsfraktion, er habe weiterhin keinen Anlaß, von der von ihm vom Karlsruher Parteitag am 17. November gegenüber dem Minister eingenommenen Haltung abzugehen. Genscher sprach Lambsdorff erneut sein Vertrauen aus.

Eine Presseerklärung der Staatsanwaltschaft zu dem Fall, die gestern in Bonn verbreitet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„In dem sogenannten Flick-Verfahren hat die Staatsanwaltschaft nach Durchführung der außerordentlich umfangreichen und schwierigen Ermittlungen heute bei dem Landgericht Bonn gegen den früheren persönlich haftenden Gesellschafter des Flick-Konzerns von Brauchitsch, den für die Unternehmensgruppe Flick tätig gewesenen Kaufmann Nemitz, den ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs und den früheren Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Riemer Anklage wegen fortgesetzter Bestechung beziehungsweise Bestechlichkeit erhoben. Die Staatsanwaltschaft beabsichtigt, gegen den Bundestagsabgeordneten Dr. Graf Lambsdorff Anklage wegen Bestechlichkeit zu erheben. Sie hat deshalb den Präsidenten des Deutschen Bundestages gebeten, eine Entschließung des Deutschen Bundestages über die Aufhebung der Immunität herbeizuführen.

Hinsichtlich der Beschuldigten Dr. Flick, Dr. Eberle, Funcke, Lahnstein und Matthöfer ist das Verfahren eingestellt worden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen wird dem Angeschuldigten von Brauchitsch zur Last gelegt, von Dezember 1975 bis Mitte 1977 dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs Bargeldbeträge in Höhe von insgesamt 375 000 Mark und dessen Nachfolger Dr. Graf Lambsdorff im Dezember 1977 und im Jahre 1980 Bargeld in Höhe von insgesamt 135 000 Mark zugewendet zu haben, um hierdurch auf die im Ermessen der Minister stehenden Entscheidungen über Anträge des Flick-Konzerns auf Steuerbegünstigung für die Reinvestition eines möglichst großen Teiles des Gewinns in Höhe von 1,9 Milliarden Mark Einfluß zu nehmen, den die Gesellschaft durch die Veräußerung von Daimler-Benz-Aktien erzielt hatte.

Dem Angeschuldigten Nemitz wird vorgeworfen, in den Jahren 1974 bis 1977 – teilweise unter Mitwirkung des Angeschuldigten von Brauchitsch – an den früheren Wirtschaftsminister des Landes Nordrhein-Westfalen Dr. Riemer Bargeld in Höhe von insgesamt etwa 145 000 Mark gezahlt zu haben, um dadurch den Flick-Konzern begünstigende Entscheidungen bei der Bewilligung öffentlicher Mittel zur Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf dem Energiesektor zu erreichen.

Es besteht der hinreichende Verdacht, daß die Vorteilsnehmer den Zweck der Bargeldzuwendungen erkannt und sich bereit gezeigt haben, den Zahlungen Einfluß auf ihre Ermessensentscheidungen einzuräumen.

Gegen die Beschuldigten Dr. Eberle, Funcke, Lahnstein und Matthöfer hat sich der für eine Anklage erforderliche Verdacht, daß sie Vorteile erhalten haben, nicht ergeben.

Ebensowenig konnte hinreichend sicher festgestellt werden, daß Dr. Flick an den von Brauchitsch und Nemitz zur Last gelegten Vorgängen beteiligt war."

*

Im Strafgesetzbuch (StGB) heißt es in Paragraph 332 (Bestechlichkeit): „Ein Amtsträger oder ein für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter, der einen Vorteil als Gegenleistung dafür fordert, sich versprechen läßt oder annimmt, daß er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar."

In Paragraph 334 StGB (Bestechung) heißt es: „Wer einem Amtsträger, einem für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten oder einem Soldaten der Bundeswehr einen Vorteil als Gegenleistung dafür anbietet, verspricht oder gewährt, daß er eine Diensthandlung vorgenommen hat oder künftig vornehme und dadurch seine Dienstpflichten verletzt hat oder verletzen würde, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren, in minder schweren Fällen mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft."

DW. Bonn

Schon gestern nachmittag hat einer der Beschuldigten, der frühere geschäftsführende Gesellschafter des Flick-Konzerns, Eberhard von Brauchitsch, die gegen ihn erhobene Anklage wegen Bestechung als „nicht gerechtfertigt" bezeichnet. Die erhobenen Beschuldigungen seien nach wie vor unbegründet.

In einer Presseerklärung von Brauchitschs heißt es weiter, die Anklage sei für jeden, der den Inhalt der Ermittlungsakten kenne, „unverständlich". Trotz jahrelanger Recherchen habe die Staatsanwaltschaft keinerlei Beweise für die Richtigkeit des von ihr angenommenen Anfangsverdachts gefunden. „Sie hat im Gegenteil die tatsächlich vorliegenden Sachverhalte aufgedeckt, auf die ich mich von Anfang an berufen habe und die die Haltlosigkeit der gegen mich erhobenen Vorwürfe beweisen", heißt es in der Erklärung. Ganz unverständlich sei es auch, „wieso die Staatsanwaltschaft sich veranlaßt gesehen hat, den bisher erhobenen Vorwurf einer angeblichen Vorteilsgewährung auszuweiten auf den Vorwurf einer angeblichen Bestechung".

Die Anklageschrift sei ihm, so von Brauchitsch, noch nicht zugestellt worden. Er wisse deshalb nicht, „mit welchen gedanklichen Konstruktionen" die Staatsanwaltschaft die Anklage zu stützen versuche. Wörtlich heißt es dann in der Erklärung: „Sie hat diese Konstruktionen bislang auch meinem Verteidiger vorenthalten, dem sie ausdrücklich jedes Rechtsgespräch verweigert hat. Sie hat ihm übrigens auch vorenthalten, daß sie mich wegen angeblicher Bestechung beschuldigt. Dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft zeugt nicht gerade davon, daß sie ihrer Sache sicher ist."

Von Brauchitsch erklärte weiter, mit der Erhebung der Anklage habe die Staatswaltschaft einem für sie „unerträglich gewordenen Druck" nachgeben, der durch die laufenden Veröffentlichungen „von tendenziös aus dem Zusammenhang gerissenen Ermittlungsdetails erzeugt worden ist. Im übrigen fällt es schwer daran zu glauben, daß die Anklageerhebung frei von politischer Motivation sei."

Er sei sicher, so von Brauchitsch, daß es die vorliegende Anklage nicht gegeben hätte, „wenn die weit überwiegende Medienöffentlichkeit mich und die anderen beschuldigten Herren nicht seit langem vorverurteilt hätte. Aufgrund schon jetzt vorliegender konkreter Erfahrungen weiß ich, daß diese Vorverurteilung die Unvoreingenommenheit und Objektivität jedes mit der Angelegenheit zu befassenden Gerichts in hohem Maße gefährdet."

Gleichwohl geht von Brauchitsch, wie er erklärt, davon aus, daß es dem zur Entscheidung über die Anklage berufenen Gericht gelingt, „sich von der schweren Vorbelastung seiner Entscheidungsfreiheit durch die öffentliche Vorverurteilung freizumachen". Und: „Ich bin überzeugt, daß es bei einer objektiven Würdigung des Ergebnisses der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft die Anklage verwerfen und die Eröffnung des Hauptverfahrens ablehnen wird."

Wird Libanon-Abkommen für Syrien modifiziert?

Shamir in USA: Arbeitsgruppe prüft Abzugs-Modalitäten

AP/AFP, Washington

Die Vereinigten Staaten und Israel sind übereingekommen, das von Syrien kategorisch abgelehnte israelisch-libanesische Abkommen vom 17. Mai zu prüfen, um zu sehen, ob eine für Damaskus annehmbare Formel ausgearbeitet werden kann. Das enthüllte am Montag ein Beamter des State Departments, der nicht genannt werden möchte.

US-Außenminister George Shultz hatte zuvor nach einer Unterredung mit dem israelischen Regierungschef Yitzhak Shamir die Gründung einer amerikanisch-israelischen „Arbeitsgruppe" bekanntgegeben, über die er nichts Näheres mitteilen wollte. Er wie auch Shamir bezeichneten ihre ersten, fast vierstündigen Unterredungen als „sehr nützlich und konstruktiv". Bei „gewissen wichtigen Fragen" seien Fortschritte erzielt worden.

Die Arbeitsgruppe, die am Montag abend in Washington zusammentrat, soll nach Angaben aus dem State Department „alle Aspekte" des Abkommens über den Abzug der ausländischen Truppen aus Libanon durchleuchten. „Es ist nicht die Rede davon, das Abkommen zu annullieren oder es so zu verwässern, daß es zwecklos wird, sondern einfach davon, ob wir eine Formel finden können, die Syrien zur Änderung seiner unnachgiebigen Haltung bringen kann."

Aus israelischen Diplomatenkreisen in Washington hieß es, die Regierung Shamir würde unter keinen Umständen zulassen, daß das Abkommen als solches in Frage gestellt werde.

Syrien hatte das Abkommen sofort „unwiderruflich" zurückgewiesen und geltend gemacht, es handle sich um eine unannehmbare Verletzung der Souveränität Beiruts.

Seite 2: Hölle der Lauen

Vor Athener Gipfel kein Konsens Paris–Bonn

Agrarpolitik bleibt Streitpunkt / Partner enttäuscht

ULRICH LÜKE, Brüssel

Ohne erkennbare Annäherung in den Grundpositionen ist gestern in Brüssel das letzte Sondertreffen der Außen- und Finanzminister der Europäischen Gemeinschaft vor der Gipfelkonferenz in Athen zu Ende gegangen. Vergeblich hatten sich die 20 Minister in ihrer 7. Sonderratssitzung seit dem Sommer bemüht, Kompromisse in den zentralen Problempunkten der Gemeinschaft zu finden. Als besonders enttäuschend werteten es diplomatische Beobachter dabei, daß es nicht zu einem Konsens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gekommen ist. Somit können die Außen- und Finanzminister, die in den Vorwochen auch von den Agrarministern unterstützt worden waren, ihren Regierungschefs in keinem Punkt des Reformpakets, das in Stuttgart geschnürt worden war, einen einvernehmlichen Lösungsvorschlag präsentieren.

Bundesfinanzminister Stoltenberg hat am Montagabend noch einmal darauf verwiesen, daß es bei der Bonner Marschroute bleiben werde: „Erst wird gespart, dann gibt's mehr Geld." Beobachtern in Brüssel fiel auf, daß sich Bundesaußenminister Genscher, der im Gegensatz zu Stoltenberg am Athener Gipfel Anfang kommender Woche teilnimmt, in der letzten Verhandlungsrunde merklich zurückhielt. Von ihm ist bekannt, daß er um der europäischen Einigung willen zu größeren Kompromissen bereit ist als der Finanzminister.

Zum Sparteil des Problempakets von Stuttgart, das nach den Vorstellungen der Regierungschefs in Athen Lösungen zumindest sehr nahegebracht werden soll, zählt vor allem eine Reform der Agrarpolitik. Hier scheint es nach den jüngsten Beratungen bereits eine Bereitschaft der Mehrheit der Mitgliedsländer zu geben, die Preisgarantien für Milch auf feste Produktionsmengen einzuschränken. Gestritten wird aber unverändert heftig über die Höhe dieser Grenze.

Frankreich machte auch zum Wochenanfang in Brüssel wieder deutlich, daß sein Interesse einer möglichst unveränderten Weiterführung der gemeinsamen Agrarpolitik gilt. Wenn gespart werden müsse, dann in allen Bereichen. Einkommenseinbußen ausschließlich auf Kosten der Landwirte könne Paris seinen Bauern nicht zumuten. Auch ein jüngster französischer Vorschlag, der Elemente für einen Sparkurs wie für die finanzielle Entlastung Großbritanniens enthält, stieß sofort auf energischen Widerstand aus Bonn und London.

Mittwoch, 30. November 1983
Nr. 279

WELT DER WIRTSCHAFT

Idee mit Pferdefuß

ed. – Der bayerische Landesbankchef Huber hat noch einmal einen Stein ins Wasser geworfen, bevor die Novelle zum Kreditwesengesetz in Kürze endgültige Gestalt annimmt. Er will, daß die deutschen Kreditinstitute ihr Eigenkapital durch Aufnahme nachrangiger Hafteinlagen verstärken können, was übrigens auch dem Kreditgewerbe in vielen anderen Ländern möglich ist. Der Landesbankier bringt eine Reihe von Argumenten, die seinen Vorschlag auch für andere Gruppen des Kreditgewerbes akzeptabel erscheinen lassen können. Ihr Echo wird wohl in erster Linie davon bestimmt werden, wie sie dieses Instrument wettbewerbspolitisch beurteilen.

Aus Sicht des Sparkassengewerbes, dessen Präsident Geiger viel zu lange auf verlorenem Posten für den Haftungszuschlag für öffentliche Banken focht, also für die Anerkennung eines fiktiven Eigenkapitals mit wettbewerbsverzerrendem Charakter, ist Hubers Vorschlag zweifellos ein Schritt zur Vorwärtsstrategie, wenn auch ein später. Die Sparkassen kämen, ohne daß ihre finanzschwachen kommunalen Eigner zur Kasse gebeten würden, nicht nur zu zusätzlichem Kapital, sie hätten auch in der Vermögensbildung etwas anzubieten, was Sparers Geld im eigenen Hause läßt.

Grundsätzlich haben nachrangige Hafteinlagen jedoch einen Pferdefuß: Sie müssen immer wieder erneuert werden. Und das kann, wenn die Zinsen hoch und die Bankgewinne schlecht sind, zum Problem werden, also dann, wenn Banken Kapital brauchen. Das nimmt der Huber-Idee den Charme, ganz abgesehen davon, daß echte Bürgerbeteiligungen auch an öffentlichen Banken gesellschaftspolitisch besser in die Landschaft paßten.

Konkurrenz

Wb. – Als erster reinrassiger japanischer Unterhaltungselektronik-Hersteller hat jetzt die Victor Company of Japan (JVC) die Einführung eines Heimcomputers auch auf dem deutschen Markt angekündigt. Zwar wird betont, daß es bei diesem Gerät vorerst ausschließlich um die Erweiterung der Konsumelektronik-Palette geht. Und diese Strategie, die sowohl technisch als auch unter Marketing-Aspekten sinnvoll erscheint, wird auch von europäischen Konkurrenten (zum Beispiel Thomson-Brandt) bereits verfolgt. Daß die Japaner jedoch fast gleichzeitig auf die Suche nach Kunden für eine neue Produktlinie professioneller Computer-Peripherie (Floppy- und Festplattenspeicher) gehen, könnte zu denken geben. Denn der Einstieg in einen dicht besetzten Teilmarkt der EDV macht unter kurzfristigen Erwägungen kaum Sinn. Langfristig aber könnte es hier darum gehen, Erfahrungen auch im Profi-Bereich zu sammeln. Es scheint, daß die Computerbauer sich allmählich auch auf Konkurrenz aus der „Lust-Elektronik" einstellen dürfen.

SCHULDENKRISE / Neue Sorgen beim IWF: Philippinen nun Problemland

Manila verhandelt in New York über vier Milliarden Dollar Zusatzkredite

H.-A. SIEBERT, Washington

Kaum ist Brasiliens Schuldenkrise halbwegs eingegrenzt, muß sich der Internationale Währungsfonds (IWF) in Washington mit einem anderen Problemland befassen: Am Rande der Zahlungsunfähigkeit operieren die Philippinen, die seit der Ermordung des Oppositionsführers Benigno Aquino von heftigen Unruhen und Kapitalflucht geschüttelt werden. Für 1984 benötigt Manila 3,9 Milliarden Dollar an neuen Auslandskrediten; erste Verhandlungen mit Privatbanken beginnen heute in New York.

Beim IWF wird die sich rapide verschlechternde Finanzlage des südostasiatischen Inselreiches unter Präsident Ferdinand E. Markos als „brenzlig" beschrieben. Konfrontiert werde das Land mit politischen Problemen, die schwerer zu lösen seien als wirtschaftliche, wurde gegenüber der WELT betont. Akuten Alarm hat auch schon die Reagan-Administration gegeben. Immerhin gehörten die Philippinen von 1898 bis 1946 zu den USA, die seit der Unabhängigkeit Manila mit 3,1 Milliarden Dollar (bis 1982) Wirtschafts- und Militärhilfe unterstützt haben. Davon brauchten 2,6 Milliarden Dollar nicht zurückgezahlt zu werden.

Im Ausland verschuldet sind die Philippinen mit rund 24 Milliarden Dollar. Dieser Betrag schließt 18,7 Milliarden Dollar an Verpflichtungen der Notenbank und etwa fünf Milliarden Dollar IWF-Kredite und Einlagen in ausländischen Valuten bei philippinischen Banken ein. Aus den Unterlagen des Fonds geht hervor, daß Manila 300,2 Prozent seiner gegenwärtigen Quote in Höhe von 315 Millionen Sonderziehungsrechten (332 Millionen Dollar) gezogen hat. Das sind umgerechnet 996,5 Millionen Dollar. Theoretisch kann Manila maximal 625 Prozent seiner Quote, also 1,97 Milliarden Dollar, in harten Devisen ausleihen. Davon entfallen 450 Prozent auf die Kredittranchen, 125 Prozent auf die kompensatorische und 50 Prozent auf die Bufferstock-Fazilität für die Rohstoff-Lagerhaltung.

Wenn alle Stricke reißen und die Großaktionäre der „Weltnotenbank" die Augen zudrücken, stehen den Philippinen mithin noch rund eine Milliarde Dollar an IWF-Geldern zur Verfügung. Die Regierung in Manila hat dem Fonds bereits ein Programm vorgelegt, das auf neue Bereitschaftskredite über 630 Millionen Dollar zielt. Das Exekutivdirektorium des IWF hat dem Antrag jedoch noch nicht zugestimmt. Bis Ende Juni hatte die Weltbank, die hauptsächlich Entwicklungsprojekte finanziert, den Philippinen 3,21 Milliarden Dollar zugesagt. Nicht ausgezahlt waren zu diesem Zeitpunkt 1,68 Milliarden Dollar; die ausstehenden Darleben schlugen mit 1,46 Milliarden Dollar zu Buche.

Die Verhandlungen mit den Geschäftsbanken werden von dem philippinischen Ministerpräsidenten Cesar Virata und dem Notenbankchef Jaime Laya geführt. Nach den Vorstellungen der Regierung in Manila sollen von den benötigten 3,9 Milliarden Dollar die privaten Institute 1,65 Milliarden Dollar aufbringen, und zwar spätestens bis Anfang Februar. Die Weltbank, die Asiatische Entwicklungsbank und andere Länder werden um den gleichen Betrag gebeten. Fest einkalkuliert hat Virata offensichtlich den IWF-Kredit, der die Lücke schließen würde.

Schon Mitte Oktober hat Manila von den Banken ein 90tägiges Moratorium für die Schuldenrückzahlung verlangt mit der Folge, daß ausländische Hersteller und Banken keine Lieferkredite mehr gewähren. Damit ist praktisch der gesamte Import zusammengebrochen. Verschärft worden ist diese Situation noch durch die kürzliche Beschlagnahme aller Devisen, die für die dringendsten Einfuhren wie Öl verwendet werden. Weil wichtige Rohstoffe und Halbfertigwaren fehlen, müssen in den Philippinen immer mehr Betriebe die Produktion drosseln oder schließen.

Folgt man Virata, dann sollen die Privatbanken 700 Millionen Dollar kurz- und 950 Millionen Dollar mittel- und langfristig bereitstellen. Weiterhin soll die Rückzahlung der längerfristigen Schulden bis frühestens 1986 ausgesetzt werden. Der Premier rechnet ferner mit 430 bis 500 Millionen Dollar aus US-Regierungsquellen.

KREDITGEWERBE

Ludwig Huber plädiert für nachrangiges Haftungskapital

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Für die Einführung nachrangigen Haftkapitals als Instrument zur Stärkung der Eigenmittelbasis der deutschen Kreditwirtschaft setzt sich Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank und derzeit Vorsitzender der Girozentralen-Leiter-Konferenz im Sparkassenverband ein. Nachrangiges Haftkapital, das im neuen Regierungsentwurf für eine Novelle des Kreditwesengesetzes im Gegensatz zum ersten nicht mehr vorgesehen ist, verbessere die vom Gesetzgeber im Rahmen der „Konsolidierung" der Bankkonzerne angestrebte Eigenkapitalverstärkung und erleichtere es den Banken, an internationalen Umschuldungen teilzunehmen. Einen weiteren Vorteil sieht Huber in der Nutzung dieses Instruments für die Vermögensbildung, wenn es in den Katalog der begünstigten Anlagen des 936-DM-Gesetzes aufgenommen würde.

Nach den Vorstellungen des Landesbankiers läßt sich nachrangiges Haftkapital wettbewerbsneutral gestalten, so daß es für alle Gruppen des Kreditgewerbes akzeptabel sei. Bei den öffentlichen Banken sollte deshalb die Haftung dieses Kapitals vor derjenigen der Gewährträger rangieren. Durch gesetzliche Regelung oder eine entsprechende Ausgestaltung der schuldrechtlichen Bedingungen könnte vermieden werden, daß Sparkassen oder Landesbanken gegenüber Instituten anderer Gruppen bevorzugt werden.

Huber stellt sich die Aufnahme nachrangigen Haftkapitals durch Begebung von Gewinnschuldverschreibungen vor. Als Äquivalent für das erhöhte Risiko sollte der Zins über den Marktsätzen für normale Schuldverschreibungen liegen. Auch dann sei diese Art von Kapitalaufnahme aus steuerlichen Gründen immer noch kostengünstiger als die Ausgabe echter Gesellschaftsanteile, die Huber für Sparkassen und Landesbanken wegen des entschiedenen Widerstands der Kommunen für politisch nicht durchsetzbar hält. Für den Fall, daß ein Kreditinstitut wegen schlechter Ertragslage keinen Gewinn ausschütten kann, sollen auch die Gewinnobligationäre leer ausgehen. Mit einer solchen Konstruktion will Huber dem Einwand begegnen, Gesellschaftsanteile wie zum Beispiel Aktien hätten für ein Kreditinstitut in Zeiten einer Ertragsschwäche den Vorteil, nicht mit Dividende oder Zinsen bedient werden zu müssen.

Nachrangiges Haftkapital sei im Gegensatz zu der von der Sparkassenorganisation vergeblich geforderten Quantifizierung der Gewährträgerhaftung in Form eines Haftungszuschlages kein fiktives Kapital, sondern Kapital, das dauerhaft zur Verfügung stünde, auch wenn es als zeitlich befristete Einlage, zum Beispiel für fünf Jahre, konstruiert würde. Huber glaubt, daß die Plazierung keine Schwierigkeiten bereiten dürfte. Er hofft, daß sich der Gesetzgeber und auch die Spitzenverbände des Kreditwesens für seine Idee erwärmen werden.

Falsch verstandene Rolle

Von WILHELM FURLER, London

Es waren in erster Linie konservative Regierungen, die das Gewerkschaftsrecht in Großbritannien reformieren und verschärfen wollten, oder besser gesagt: ein bislang nicht existierendes Rahmenwerk zur Einbindung gewerkschaftlichen Handelns und gewerkschaftlicher Macht schaffen wollten. Immer wurde diese Aufgabe als gefährlicher politischer Stolperstein angesehen, vor allem weil die britische Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Entstehung einem eigenen Kodex folgte, der in erster Linie auf dem Prinzip der Macht einer Massenorganisation sowie der Immunität der Gewerkschaften selbst und ihrer Führer beruhte.

In ihrem Wahl-Manifest von 1979, also vor dem Amtsantritt der jetzigen Regierung Thatcher, hatte die heutige Premierministerin der Gewerkschaftsreform höchste Priorität eingeräumt. Nach der Amtsübernahme der Konservativen packte der damalige Arbeitsminister Prior gleich eins der Hauptprobleme im britischen Gewerkschaftssystem an, das jetzt bezeichnenderweise den großen Konflikt im britischen Pressewesen auslöste: Er setzte Einschränkungen beim sogenannten „Closed shop" durch. In britischen „Closed-shop"-Unternehmen besteht ein Zwang für alle Mitarbeiter zur Gewerkschaftsmitgliedschaft.

Doch den „Closed shop" einfach abzuschaffen war auch für die Regierung Thatcher ein zu heißes Eisen. So wurde in der ersten Reform des Gewerkschaftsrechts von 1980 unter Minister Prior verfügt, daß Mitarbeiter, die sich nicht dem Zwang zur Gewerkschaftsmitgliedschaft unterwerfen und deshalb auf ihren Arbeitsplatz verzichten müssen, auf jeden Fall Entschädigungszahlungen zustehen.

Die zweite Gesetzesreform unter Minister Tebbit, die im vergangenen Jahr verabschiedet wurde, verschärfte diese Regelung nicht unerheblich. Danach sind „Closed-shop"-Vereinbarungen nur noch dann gültig, wenn sich mindestens 80 Prozent der Arbeitnehmer in regelmäßig wiederkehrenden Geheimabstimmungen dafür aussprechen.

Die Eskalation der Auseinandersetzungen um den „Closed shop" zwischen Management und beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern bei einer nordenglischen Provinzzeitung zu der jüngsten landesweiten Aktion entzündete sich an einem weiteren Reformpunkt: Bereits im „Employment Act" von Minister Prior setzte die Regierung Thatcher durch, daß das sogenannte „Picketing", also die Aufstellung von Streikposten in großer Zahl, unter Strafandrohung untersagt ist. Erlaubt sind heute nur noch maximal sechs Streikposten an jedem Fabriktor. Vollends in Konflikt mit dem neuen Gewerkschaftsrecht stellten sich Führung und Mitglieder der Druckergewerkschaft NGA bei der Provinzzeitung in Warrington bei Manchester dadurch, daß sie auch bei einem Betrieb Streikposten in hoher Zahl aufstellten, der direkt gar nicht in den Konflikt verwickelt ist. Dieses sogenannte „Secondary Picketing" ist unter Androhung saftiger Strafen ebenfalls untersagt.

Der landesweite Sympathie-Ausstand der Mitglieder der Druckergewerkschaft NGA, der schließlich zum Stillstand der Rotationen aller nationalen britischen Zeitungen am letzten Wochenende und einiger Zeitungen wie der „Times" bis heute führte, ist dem neuen Gewerkschaftsrecht zufolge schließlich ebenso unzulässig. Sind nicht direkt Lohnverhandlungen und Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen betroffen, dann können Gewerkschaften und deren Führer zu erheblichen Schadensersatz-Zahlungen verklagt werden; die bislang geltende Immunität der Gewerkschaften und ihrer Führer wurde nämlich aufgehoben.

Wie ein roter Faden zieht sich das gesetzwidrige Verhalten der NGA durch die letzten Tage und Wochen. Doch der permanente Gesetzesbruch der Drucker, bei dem es um nichts anderes als eine Machtprobe um die neuen Arbeitsgesetze geht, zeigt andererseits genauso deutlich auf, daß die Gewerkschaftsreform der Regierung Thatcher an den richtigen Stellen ansetzt.

Dem britischen Gewerkschafts-Dachverband TUC war und ist es bei der ganzen Aktion der Druckergewerkschaft gar nicht wohl. Auf der einen Seite verurteilt er natürlich die neue Gesetzgebung, weil er um den gewerkschaftlichen Einfluß fürchtet. Andererseits geht ihm Rechtsbruch doch zu weit. Hier zeichnet sich ab, wie wichtig ein gesetzgeberischer Rahmen wie der von der Regierung Thatcher geschaffene ist.

Auch wenn es künftig noch zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie der jetzigen kommen wird: Die überwältigende Mehrheit der Briten versteht, daß der viel zu lange falsch verstandenen Rolle der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre, Eigeninteressen mit undemokratischer Macht durchzusetzen, nur durch geschriebene Gesetze beizukommen ist.

AUF EIN WORT



„Ich will nicht das Japan-Syndrom an die Wand malen. Aber wenn die Bundesrepublik die Jahrtausendwende noch als konkurrenzfähige Nation erleben will, müssen wir die technologische Herausforderung annehmen."

Otto Wolff von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT)
FOTO: JUPP DARCHINGER

BDI: Sparpolitik fortsetzen

AP, Köln

Die deutsche Industrie sieht zwar „gute Chancen" für eine weitere Konjunkturverbesserung, macht aber die künftige Entwicklung entscheidend abhängig vom Exportgeschäft. Als Voraussetzung für eine anhaltende Aufwärtsbewegung nannten Präsidium und Vorstand des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) ferner eine „unbeirrte Fortsetzung der Konsolidierungsanstrengungen" in den öffentlichen Haushalten und eine entsprechende Umstrukturierung zugunsten von staatlichen Investitionen. Angesichts jahrelanger Fehlentwicklungen sei es unrealistisch, eine grundsätzliche Änderung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen innerhalb kürzester Zeit und in einem Schritt zu erwarten. Mit Nachdruck warnte der BDI vor einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

SOZIALPRODUKT

Reales Wachstum höher als zum Jahresanfang erhofft

HEINZ HECK/DW. Bonn

Die Angaben des Statistischen Bundesamtes belegen, daß ein sich verbreiternder wirtschaftlicher Erholungsprozeß in Gang gekommen ist: Das Bruttosozialprodukt, also der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung, ist nach vorläufigen Berechnungen im dritten Quartal 1983 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum real, also preisbereinigt, um 1,7 Prozent gestiegen. Im zweiten Quartal war, wie das Amt am Dienstag mitteilte, ein Anstieg von 0,7 Prozent vorausgegangen. Zuvor war das Bruttosozialprodukt real zurückgegangen: 1981 um 0,3 und 1982 um 1,1 Prozent. Nach rechnerischer Ausschaltung der saisonalen Einflüsse, so das Amt weiter, war die wirtschaftliche Leistung im dritten Quartal etwa gleich hoch wie im zweiten Quartal 1983.

War zum Jahresbeginn 1983 für dieses Jahr noch mit wirtschaftlicher Stagnation (Wachstumsrate Null) gerechnet worden, so zeichnet sich jetzt ein reales Wachstum von mindestens einem Prozent ab, das sich unter anderem in höheren Steuereinnahmen (gegenüber den Schätzungen) und in einer stärkeren Rückführung der Neuverschuldung niederschlägt. Hinter der einprozentigen Wachstumsrate steht mehr Dynamik, als die Zahl vermuten läßt, denn die Jahresverlaufsrate 1983 erreicht drei Prozent gegenüber minus zwei Prozent 1982.

In jeweiligen Preisen nahm das Bruttosozialprodukt nach den Angaben aus Wiesbaden im dritten Quartal um 4,5, in den beiden Vorquartalen um jeweils rund 3,5 Prozent zu. Die Preisentwicklung sei mit plus 2,8 Prozent etwa so hoch gewesen wie im zweiten Quartal. Die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen hat im Berichtszeitraum gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit um 1,8 Prozent auf 25,18 Millionen abgenommen. Gleichzeitig ging die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen um 23 Prozent oder 413 000 auf 2,18 Millionen hinauf.

VEREINIGTE STAATEN

Währungsexperten erwarten weiter stabilen Dollarkurs

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Federal Reserve Bank in St. Louis, die wissenschaftlich als ausgezeichnet besetzt gilt, hat davor gewarnt, vom 1983 zu erwartenden Rekorddefizit in der US-Leistungsbilanz auf eine baldige Dollar-Abwertung zu schließen. Der Passivsaldo betrug 1982 rund elf Milliarden Dollar und wird vom Schatzamt und Handelsministerium in Washington für dieses und das kommende Jahr übereinstimmend auf etwa 30 bis 40 Milliarden Dollar veranschlagt. 1980 und 1981 war die US-Leistungsbilanz mit 0,4 und 4,6 Milliarden Dollar im Plus.

Nach Ansicht der Federal Reserve Bank in St. Louis, die zu dem Kreis der zwölf regionalen Notenbanken in den Vereinigten Staaten gehört, sind die Zahlen, aus denen sich das Leistungsbilanzdefizit ergibt, so fehlerhaft, daß „der von vielen deswegen vermutete scharfe Rückgang des Dollarkurses reine Spekulation ist". Der Grund seien weitverbreitete Unzulänglichkeiten bei der gesetzlich vorgeschriebenen Meldung internationaler Transaktionen. Stark verschlechtert habe sich die statistische Erfassung in den USA.

Die Notenbank weist darauf hin, daß die Welt-Leistungsbilanz, wenn 100prozentig akkurat, völlig ausgeglichen sein müßte. In Wahrheit sei 1981 und 1982 jedoch ein Gesamtdefizit von 50 und 80 Milliarden Dollar ausgewiesen worden.

Die Differenzen führt die Federal Reserve Bank in St. Louis in der Hauptsache auf die Unterbewertung der Dienstleistungsexporte und hier wiederum vor allem der Transport- und Investitionseinkommen zurück. Wenn man davon ausgehe, daß nur ein kleiner Teil der amerikanischen Dienstleistungseinnahmen nicht erfaßt worden sei, müsse das 82er Defizit erheblich reduziert oder sogar eliminiert werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bund erhöht Zins

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit Wirkung von heute erhöht der Bund die Zinsen für einige Daueremissionen, gab die Bundesbank bekannt. Für die neuen Bundesobligationeh gelten von heute an folgende Konditionen: Nominalzins unverändert acht Prozent, Ausgabekurs 99,80 (100,60). Die Rendite erhöht sich damit auf 8,05 (7,85) Prozent. Für Finanzierungsschätze mit einjähriger Laufzeit erhöht sich der Verkaufszinssatz auf 5,70 (5,50) Prozent und die Rendite auf 6,04 (5,82) Prozent. Für zweijährige Laufzeit wird der Verkaufszinssatz auf 6,60 (6,45) und die Rendite auf 7,33 (7,15) Prozent festgesetzt.

Fristverlängerung

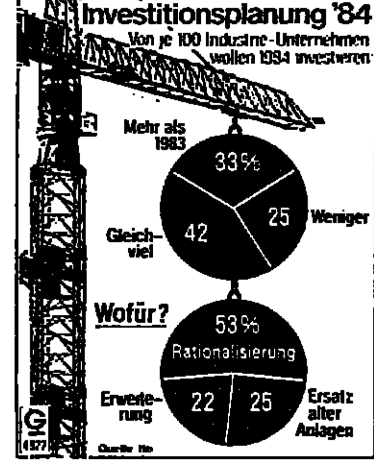
Brüssel (VWD) – Die Europäische Gemeinschaft hat am Dienstag in letzter Minute eine Zuspitzung des Edelstahlstreits mit den USA vermieden: Der EG-Ministerrat hat die ursprünglich am 30. November ablaufende Gatt-Frist für eine Entscheidung über Gegenmaßnahmen auf den 15. Januar 1984 ausgedehnt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß in den USA in den nächsten Tagen eine Liste der Erzeugnisse überreicht wird, bei denen die EG eine Herabsetzung der US-Einfuhrzölle fordert.

NRW-Anleihe

Düsseldorf (Py.) – Das Land Nordrhein-Westfalen kommt mit einer 800-Millionen-Mark-Anleihe auf den Kapitalmarkt. Sie ist mit einem Nominalzins von 8,25 Prozent bei einer Laufzeit von zehn Jahren ausgestattet. Der Ausgabekurs wurde auf 99 Prozent festgelegt, so daß die Rendite 8,4 Prozent beträgt. Ein Betrag von 600 Millionen Mark wird von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank übernommen und in der Zeit vom 30. 11. bis 2. 12. 1983 den Anlegern börsenumsatzsteuer- und spesenfrei angeboten, 200 Millionen Mark stehen dem Land für Interventionszwecke zur Verfügung.

Schlechte Geschäfte

Köln (dpa/VWD) – Die Geschäftsentwicklung des Einzelhandels war – nach der beachtlichen Belebung im September – im Oktober wieder schlechter. Nach Angaben der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) stagnierte das Verkaufsergebnis auf der Vorjahreshöhe. Preisbereinigt bedeutete das eine Absatzeinbuße von zwei Prozent.



Rationalisierung bleibt Trumpf. Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Ifo-Instituts bei rund 3000 Industrieunternehmen. Über die Hälfte aller geplanten Investitionen dient der Rationalisierung. Es besteht somit wenig Hoffnung, daß 1984 im Bereich der Industrie neue Arbeitsplätze entstehen.
QUELLE: GLOBUS

Ölsorgen

Washington (Sbt.) – Kalt kann es in diesem Winter nicht nur in den Staaten werden, falls die arabischen Öllieferanten einen neuen Lieferboykott ausrufen. Am 31. Dezember läuft das US-Gesetz aus, wonach die Mineralölgesellschaften die Förderung, den Transport und die Lagerhaltung von Rohöl, Heizöl und Benzin poolen dürfen. Die Ausnahme von den Antitrustvorschriften erlaubt es amerikanischen Unternehmen, die notwendigen Daten an die Internationale Energie-Agentur in Paris weiterzugeben. Bevor der Kongreß bis zum 23. Januar in die Ferien ging, scheiterte eine Verlängerung im republikanischen Senat.

Arbeitgeber lenken ein

Paris (J. Sch.) – Wegen der verschärften Verlängerung der behördlichen Preisreglementierung wird es in Frankreich nicht zu einer Kraftprobe zwischen der Regierung und den Arbeitgebern kommen. Der Spitzenverband der Unternehmer (CNPF) spricht zwar weiterhin von einem „Diktat". Jedoch stellt er es seinen Mitgliedern frei, mit dem Wirtschaftsministerium neue Preisstabilisierungsverträge (auf der Basis von plus 4 bis 4,5 Prozent in 1984) auszuhandeln. Mit diesem Ergebnis endete eine Sondersitzung des CNPF.

FRANKREICH / Neue Konjunkturprognose

Aussichten bleiben düster

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Während es in den meisten anderen westlichen Industriestaaten wieder aufwärts geht, ist die französische Wirtschaft in eine Abschwungphase eingetreten, deren Ende sich noch nicht absehen läßt. Diese düstere Prognose stellt das mit dem staatlichen Forschungszentrum CNRS liierte Universitätsinstitut Gama. Seine Konjunkturberichte gelten als besonders zuverlässig.

Bereits seit dem Sommer befindet sich Frankreich nach den Feststellungen des Instituts in der Rezession. Dank der verhältnismäßig starken Expansion zu Jahresbeginn dürfte das Bruttosozialprodukt 1983 aber immer noch um 0,4 Prozent wachsen. Für 1984 sei jedoch ein Rückgang um 0,8 Prozent zu erwarten. Die Folge davon wäre, daß sich der Schrumpfungsprozeß bei den Unternehmensinvestitionen von real 1,8 auf 2,7 Prozent verstärkt. *Die gesamte Investitionstätigkeit* dürfte um 3,3 (minus 2,3) Prozent zurückgehen. Die privaten Haushalte würden 4,9 Prozent weniger investieren, nach minus 6,8 Prozent in diesem Jahr.

Wegen der schwachen Binnennachfrage erwartet das Institut eine weitere Verbesserung der französischen *Handelsbilanz. Nach Defiziten* von 93 Milliarden Franc 1982 und voraussichtlich 46 Milliarden Franc 1983 könnte sie 1984 praktisch ins Gleichgewicht gebracht werden. Aber dieses Gleichgewicht sei außerordentlich „prekär", da es sich nicht genügend auf die Steigerung der Exporte stützt.

Sehr pessimistisch äußert sich das Institut zu den Preisstabilisierungsplänen der Regierung. Das für 1984 gesetzte Ziel von fünf Prozent sei „sehr unrealistisch". Die Inflationsrate dürfte knapp zehn Prozent erreichen. Für dle Löhne werden durchschnittlich 10,5 Prozent erwartet. Die Arbeitslosenzahl veranschlagt das In*stitut für Ende 1984 auf 2,3 Millionen.* Gegenwärtig sind es 2,04 Millionen.

DUB-Schultheiss wieder zufrieden

HANS BAUMANN, Essen

Das Investitionsvolumen von 117 (107) Mill. DM in 1983, wird voraussichtlich voll ausgeschöpft, schreibt die Dortmunder Union-Schultheiss Brauerei AG (DUS), Dortmund-Berlin, in einem Aktionärsbrief für die ersten neun Monate 1983. Zur Ertragslage sagt die Verwaltung, daß die Erhöhung der Umsatzerlöse und die Rationalisierungsmaßnahmen zu einer erneuten *Verbesserung des* Betriebsergebnisses geführt haben. Für 1982 zahlte die DUS 14 Prozent Dividende auf 151 Mill. DM Grundkapital. Die Aktionäre werden gut beraten sein, nicht mit einer weiteren Erhöhung der Ausschüttung zu rechnen.

Verkauft wurden in der Berichtszeit fast 7,5 Mill. Hektoliter Bier und alkoholfreie Getränke, das sind 5670 Hektoliter mehr als in der Vergleichzeit des Vorjahres. Die AG ist daran mit 3,2 Mill. Hektoliter beteiligt. Die Umsatzerlöse bis einschließlich September stiegen bei der AG auf 501 (491) Mill. DM. Der Bierexport ist daran mit 14,4 Mill. DM beteiligt. Die Tochter Apollinaris erhöhte den Umsatz um 7,2 auf 121,7 Mill. DM. Die AG *beschäftigte* Ende September 3395 Mitarbeiter. Ende 1982 waren es 3471 und Ende 1978 noch 4552.

Haushaltsmittel für Bremen bewilligt

HH. Bonn

Besondere Fusionshilfen des Bundes für den Schiffbau in Bremer Großwerften wird es nicht mehr geben. Darin stimmen Bund und Länder überein, nachdem gestern im Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" für die Arbeitsmarktregion Bremen zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 160 Mil*lionen Mark für 1984* bis 1987 bewilligt wurden. Der Bund teilt sich mit Bremen in die Finanzierung. Bereits am 14. Oktober war eine regionale Investitionszulage von 8,75 Prozent beschlossen worden.

In der Arbeitsmarktregion Bremen, zu der auch angrenzende Teile Niedersachsens gehören, können ab 1984 arbeitsplatzschaffende Betriebsansiedlungen oder -erweiterungen mit bis zu 15 Prozent der Investitionskosten gefördert werden. Der weitergehenden Auffassung des Bundes, die Haushaltsmittel auch zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen außerhalb der Krisenbranchen einzusetzen, fand nicht die Zustimmung der Länder*mehrheit. Dem jetzt verabschiedeten* Programm stimmten der Bund und acht Länder zu. Es bedarf noch der Genehmigung der EG-Kommission.

EG / Interessengegensätze verhindern gemeinsame Umweltpolitik

Kontroverse mit der Bundesregierung

WILHELM HADLER, Brüssel

Gewichtige Interessengegensätze zwischen den EG-Staaten erschweren noch immer die Formulierung einer europäischen Umweltpolitik. Dies wurde bei einem Treffen der zuständigen Fachminister in Brüssel deutlich. Nur bei einem der zahlreichen Tagesordnungspunkte konnte in der Sache Einigung erzielt werden: Eine Richtlinie über die Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben. Auch hier gibt es jedoch nach wie vor eine grundsätzliche politische Reserve Dänemarks.

Im Mittelpunkt der langwierigen und zähen Verhandlungen stand der Vorschlag der EG-Kommission für ein gemeinschaftliches Überwachungs- und Kontrollsystem für grenzüberschreitende Transporte von gefährlichen Abfällen. Bei diesem Problem, das durch die „Odyssee" der 43 Giftfässer von Seveso Aktualität gewonnen hat, kam es zu einer Konfrontation zwischen Bonn und der Mehrzahl der EG-Partner.

Der Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Spranger, bezeichnete den Vorschlag als für die Bundesregierung völlig unakzeptabel. Statt den Transport giftiger Stoffe einzuschränken und einer strengeren Kontrolle und Überwachung zu unterwerfen. sähe der Richtlinienentwurf das Problem vorwiegend unter dem Gesichtspunkt des freien Warenverkehrs. So reiche nach dem Vorschlag ein einfaches Notifizierungsverfahren aus, um den Transit von Giftstoffen durch die Bundesrepublik (in die Mülldeponie Schönberg/„DDR") zu ermöglichen.

Für einen möglichst ungehinderten Transport trat dagegen Holland ein, das selbst über keine Anlagen zur Vernichtung oder Einlagerung gefährlicher Stoffe verfügt. Während Frankreich in die EG-Richtlinie das Prinzip der ausschließlichen Produzentenhaftung einführen möchte, wollen andere Mitgliedsländer auch die Transporteure und Beseitiger der Giftsubstanzen mit in die Verantwortung einbeziehen.

Wenig Fortschritte gab es auch bei dem Richtlinienentwurf zur Bekämpfung von Luftverunreinigungen durch Industrieanlagen. Hier wollte Bonn ebenfalls eine härtere Regelung durchsetzen als Frankreich. Streitpunkt war vor allem, inwieweit bei der Genehmigung von Industrieanlagen Kriterien der Wirtschaftlichkeit Berücksichtigung finden sollen. Auch Großbritannien, das noch immer rund 80 Prozent seiner Elektrizitätsversorgung aus Steinkohle bestreitet, will sich keinen strengeren Bedingungen unterwerfen.

Die Bundesregierung drängte die EG-Partner erneut, die Beratungen über die Schaffung bleifreien Benzins voranzutreiben. Außerdem regte sie an, auch die Schadstoffe im Abgas von Kraftfahrzeugen durch Übernahme der in den USA geltenden Grenzwerte und Testverfahren von 1986 an EG-weit zu vermindern. Entsprechende Regelungen sind im nationalen Bereich bereits beschlossen.

Etwa 45 Prozent der in der Bundesrepublik emittierten Stickoxyde und 37 Prozent der Kohlenwasserstoffe stammen – wie Spranger erläuterte – aus den Abgasen von Kraftwagen. „Wir können es uns im dicht besiedelten Europa nicht länger leisten, auf diesem wichtigen Gebiet weniger für den Umweltschutz zu tun als die USA oder Japan."

Die Umweltminister wollen sich bereits am 16. Dezember wieder treffen, um die magere Bilanz ihrer Beratungen aufzubessern. Zu rechnen ist bei dieser Gelegenheit mit der Verabschiedung einer Richtlinie über die Begrenzung von Quecksilberableitungen.

VERKABELUNG / Ausschuß wünscht Gutachten

Sorge um Rentabilität

GISELA REINERS, Bonn

„Die Breitband-Verkabelung darf nicht zum zweiten ‚Tornado' werden." Mit diesen Worten begründete der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundestages, Bernhard Friedmann (CDU), gegenüber der WELT *seinen Wunsch nach* einem Gutachten des Bundesrechnungshofes zur Wirtschaftlichkeit der Verkabelung. Der „Tornado" hatte den früheren Verteidigungsminister Apel (SPD) in Bedrängnis gebracht, weil die Entwicklung dieses hochmodernen Kampfflugzeuges enorme Gelder gekostet hatte, die dann in anderen Bereichen der Bundeswehr fehlten.

Friedmann sorgt sich darum, ob die für eine flächendeckende Verkabelung nach Angaben von Postminister Schwarz-Schilling (CDU) benötigten 20 bis 30 Milliarden Mark sich auch in angemessener Zeit rentieren. Dabei solle vermieden werden, daß die investierten Gelder anderswo, vor allem in den defizitären Brief- und Paketdiensten fehlen und vom (noch) florierenden Fernmeldedienst subventioniert werden müssen. Schwarz-Schilling hat zugesichert, dem Bundesrechnungshof im Februar die neuesten Zahlen von 1983 zur Verfügung zu stellen, damit noch im Frühjahr das Gutachten fertig werden kann.

Unter anderem möchte Friedmann wissen, wie der Postminister die Akzeptanz der neuen Medien bei den *Benutzern einschätzt*, welche Realisierungschancen er sieht, auf welche anderen Investitionen er verzichten muß und welche anderen Post-Dienstleistungen berührt werden.

Genährt wird die Skepsis des Rechnungsprüfers, der durchaus der Ansicht ist, daß die Post Vorlaufkosten tragen muß – er war bis Ende 1970 Ministerialrat im Postministerium –, durch ein sich ausbreitendes Unbehagen bei den Medienpolitikern, auch innerhalb der Union. Es werden Zweifel wach, ob nicht das billigere und flexiblere Videosystem den Bedarf nach mehr Programmen deckt. Die Befürchtungen der „Postler" in der Fraktion, Schwarz-Schilling vernachlässige über der Verkabelung andere Postbereiche, scheint nicht unbegründet. So sollten im Oktober 25 Referate des Ministeriums Argumente zur Entkräftung des Vorwurfs liefern, doch etwa 20 hatten keine.

DEGUSSA / Plus überwiegend im Metall-Bereich

Umsatz um ein Viertel höher

dpa/VWD, Frankfurt

Für den Chemie- und Edelmetall-Konzern Degussa AG, Frankfurt, verlief das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) „recht erfolgreich". Nach dem gestern vorgelegten Aktionärsbrief fiel das Ergebnis besser aus als zu Beginn des Geschäftsjahres erwartet. Der Umsatz des Degussa-Konzerns erhöhte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 25 Prozent auf 11,1 Mrd. DM. Der Zuwachs wurde überwiegend im Metall-Bereich erzielt, wo die höheren Edelmetallpreise bei lebhaftem Handelsgeschäft zu einem Plus von 37 Prozent auf 5,65 Mrd. DM führten.

Der Chemie-Bereich konnte mit 3,36 Mrd. DM dagegen nur 4 Prozent zulegen. Der Auslandsumsatz insgesamt zeigt sogar eine Ausweitung um 41,8 Prozent auf 7,69 Mrd. DM, und *zwar ebenfalls* wegen der überdurchschnittlichen Zunahme des Edelmetallhandels mit dem Ausland. Das bessere Ergebnis bei der AG mit einem Umsatzanstieg um 24,5 Prozent auf 9,18 Mrd. DM, wird unter anderem darauf zurückgeführt, daß das Sommertief 1983 weniger stark ausgeprägt war als in den Vorjahren.

Bessere Erträge erzielten auch die wichtigsten Degussa-Töchter. Im Beteiligungsbereich hat Degussa zum 1. Oktober 1983 die bisher noch im Familienbesitz befindlichen rund 28 Prozent der Aktien bei der Asta-Werke AG, Bielefeld, übernommen. Die Mitarbeiterzahl im Konzern blieb mit 21 369 praktisch unverändert, ging allerdings bei der AG leicht um 0,9 Prozent auf 12 842 zurück.

Eine Dividendenaussage macht die Verwaltung noch nicht, nachdem die Ausschüttung für 1981/82 von 9 auf 8 DM je 50-DM-Aktie zurückgenommen worden war. Die Entscheidung darüber wird von der Aufsichtsratssitzung am 1. Februar erwartet. Groß*aktionär ist die GFC Gesellschaft für* Chemiewerte (Henkel, Dresdner Bank, Münchener Rück) mit über 25 Prozent.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neuer Vorstand

Bremen (dos) – Gebhard Dirksen, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Norddeutschen Landesbank, übernimmt am 1. Januar *1984* in Personalunion für die Dauer von drei Jahren den Vorstandsvorsitz bei der Bremer Landesbank Kreditanstalt Oldenburg. Zu seinem Stellvertreter berief der Aufsichtsrat Heinrich Bergmann, der der Bank noch bis Ende 1984 zur Verfügung steht. Reinhard Entholt dagegen scheidet aus Altersgründen Ende 1983 aus dem Vorstand aus, ebenso wie Klaus Franzen, der auf eigenen Wunsch die Bank verläßt.

Kurzarbeit bei Stiebel Eltron

Holzminden (dos) – Die Stiebel Eltron GmbH & Co KG, Holzminden, Gerätehersteller für die Warmwasseraufbereitung, hat „vorsorglich" acht Tage *Kurzarbeit für die Monate Januar* und Februar 1984 angemeldet. Im Stammwerk Holzminden sind davon 850 der insgesamt 1700 Beschäftigten betroffen. Innerhalb der Gruppe zählt das Unternehmen noch 2500 Mitarbeiter, nachdem vor Jahresfrist noch gut 3200 Personen beschäftigt wurden. Die Kurzarbeit *werde erforderlich*, weil im Hausgerätebereich die konjunkturelle Belebung noch nicht wirksam geworden sei. Insgesamt ist die Entwicklung in 1983 mit einem Umsatz in Vorjahreshöhe (400 Mill. DM) und einem nicht „unbefriedigenden" Ergebnis positiv.

Direktflug nach Hongkong

Frankfurt (HL) – Am 3. April 1984 wird die Fluggesellschaft Cathay Pacific Airways den direkten Linienverkehr zwischen Hongkong und Frankfurt aufnehmen. Die Strecke wird dreimal in der Woche bei einer Zwischenlandung in Abu Dhabi bedient. Mit der Aufnahme des Passagier-Direktflugs *will Cathay Pacific der wachsenden* Kundenzahl in Deutschland und Österreich Rechnung tragen, die bisher über London zusteigen mußten.

Mauser-Waldeck mit Verlust

Waldeck (VWD) – Einen Verlustausweis für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) kündigt die Verwaltung des Büromöbelherstellers Mauser-Waldeck AG an. Der Gesamtumsatz ist im Berichtsjahr um 5,9 Prozent auf 81,4 Mill. DM zurückgegangen, wobei die leichte Steigerung im Ausland die kräftige Einbuße im Inland nicht ausgleichen konnte. Negativ wirkte sich vor allem die schwache Konjunktur im ersten Geschäfts-Halbjahr aus. Beschäftigt werden 820 Mitarbeiter.

Einbußen im Röhrenlager

Mannheim (VWD) – Bei der Röhren- und Stahlhandelsgesellschaft Röhrenlager Mannheim, Mannheim, ist im Geschäftsjahr 1982/83 (30. Juni) der Umsatz auf 161,1 (197,0) Mill. DM zurückgegangen. Dennoch konnte *das Ergebnis in etwa gehalten werden.* Aus 0,89 (1,0) Mill. DM Bilanzgewinn wurden wieder 16 Prozent Dividende auf 6,0 Mill. DM Grundkapital gezahlt.

Warum wir es nicht mehr nötig haben, nur um Sekundenbruchteile zu kämpfen?

Weil wir um Jahre voraus sind.

BMW M 635 CSi. Sonderausstattung: Scheinwerfer-Wisch-Wasch-Anlage

Einen exklusiven Automobilhersteller erkennt man nicht allein daran, daß er in der Lage ist, besonders leistungsfähige Automobile zu bauen – wie z.B. den BMW M 635 CSi*.
Sondern vor allem auch daran, wieviel Technik zum Vorteil der Umwelt er bereits heute bereithält – wie z.B. modernste Elektronik für die Triebwerkssteuerung.
BMW baut traditionsgemäß leistungsfähige, schnelle Automobile.
Aber keiner kann so schnell fahren, daß ihn das Umweltbewußtsein nicht einholen würde. Deswegen setzen wir modernste Technologien ein.
Nicht nur, um Automobile besonders stark und beweglich, sondern auch, um sie ganz besonders effektiv und – was noch wichtiger ist – so umweltfreundlich wie möglich zu machen.
Hier und da versucht man noch, Automobile so sportlich wie einen BMW zu machen, nochmals eine Zehntelsekunde oder ein paar km/h mehr herauszuholen.

BMW dagegen ist inzwischen einen großen Schritt voraus – BMW Automobiltechnik ist heute nicht selten um Jahre weiter als der Standard der Entwicklung.

Die Einführung von bleifreiem Benzin ist ein Schritt für die Zukunft.
Ganz entscheidende Verbesserungen lassen sich allerdings schon heute realisieren: durch entsprechende technische Intelligenz.
Nutzen Sie diese Möglichkeit – durch die Wahl des richtigen Automobils.
Automobile arbeiten erheblich umweltfreundlicher, wenn sie mit elektronischen Steuerungen und Regelungen ausgestattet sind. BMW hat deshalb frühzeitig und konsequent in diese Technik der Zukunft investiert.

BMW hat als erster computergesteuerte Triebwerke entwickelt – für den Betrieb mit magersten Kraftstoff-Luft-Gemischen und optimalem Verhältnis von Leistung, Verbrauch und Abgas.
35% der BMW Modelle sind bereits mit dieser Digitalen Motor-Elektronik ausgerüstet.
Fast 90% der BMW Automobile besitzen die umweltfreundliche elektronische Einspritzanlage.
Und schon die BMW 316 und 518 arbeiten mit einem elektronisch gesteuerten Vergaser, der dafür sorgt, daß in vielen Fahrsituationen – vor allen Dingen in Ballungszentren – so wenig wie möglich Kraftstoff zu so wenig wie möglich Abgas verbrannt wird.

Elektronik kann menschlichen Fehlleistungen ebenso entgegenwirken wie der Tendenz herkömmlicher Technik, sich zum Schlechten hin zu verändern.
Falsche Einstellungen am Vergaser, Veränderungen am Zündsystem im Laufe der Fahrzeit können erfahrungsgemäß bis zu 50% mehr Verbrauch und damit auch mehr Abgas bedeuten.
Elektronik schließt solche Fehlleistungen ein für alle Male aus.

Mit Bewußtsein fahren: BMW fahren.
Es ist ein Ausdruck von persönlicher Freiheit, schnell fahren zu dürfen.
Dazu gehört aber auch die Verantwortung, das so bewußt wie möglich zu tun.
Was heute heißt: mit der intelligentesten Technik.

Fahren Sie BMW.
Dann ist die technologische Kompetenz Ihres Automobils so groß wie Ihr Verantwortungsbewußtsein.

*lieferbar ab Frühjahr 1984



STRABAG

Bauleistung zurückgefallen

J. G. Düsseldorf

Einen um 18,5 Prozent auf 2,08 Mrd. DM gestiegenen Auftragseingang meldet die Kölner Strabag Bau-AG für die ersten drei Quartale von 1983 – dies jedoch als bisher einziges Signal einer Besserung der Baukonjunktur. In seiner Gesamtleistung kam das Unternehmen in der Berichtszeit nur noch auf 1,88 (2,04) Mrd. DM mit 18 200 (19 900) Beschäftigten.

Der Rückschlag stammte aber allein aus dem Auslandsbau mit nur noch *0,56 (0,74) Mrd. DM Leistung*. Wesentlichster Grund dafür waren verzögerte Finanzierungsverhandlungen um Irak-Aufträge. Wegen der „allgemein unbefriedigenden" Entwicklung von Baupreisen und Kosten lagen die im Inland bei konstanter Bauleistung erzielten Ergebnisse bis Ende September niedriger als vor Jahresfrist, doch weiterhin auf der positiven Seite. Im Auslandsgeschäft werde das 1983er Ergebnis von weiterer Risikovorsorge beeinflußt. Eine Dividendenprognose (bisher 10 DM) wird nicht gegeben.

GERLING GLOBALE RÜCK / Bemerkenswerte Stärkung der Reserven – Klage über Prämienschleuderei

Sinkende Zinsen erzwingen einen Verlustausgleich

HARALD POSNY, Köln

Im Vergleich zu führenden Mitbewerbern hat die Gerling Konzern Globale Rückversicherungs-AG (GKR), Köln, im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) am entschiedensten für sich Folgerungen aus dem konjunkturbedingt geringen Neugeschäft der mit dem verschärften Wettbewerb einhergehenden Prämienschleuderei und der teilweise katastrophalen Schadenentwicklung gezogen. Das gilt vor allem für das Nettoprämienvolumen (siehe Tabelle), das – während andere noch *zulegten* – leicht sank. Im Gespräch mit der WELT macht GKR-Vorstandssprecher Richard Woltereck die Schwierigkeiten deutlich, die mit dem Hinweis auf eine „bewußt selektive Zeichnungspolitik beim Neugeschäft" gemeinhin allzu leicht von der Zunge gehen.

Diese Schwierigkeiten sind besonders deutlich im Feuergeschäft, dessen Verlustquote mit 15 Prozent der Nettoprämie zwar gehalten werden konnte, aber im Branchenvergleich noch herausragt. Woltereck weist in diesem Zusammenhang auf das schlechte Feuer-Jahr beim Erstversicherer Gerling Allgemeine und auf die Konzernverbindungen hin. Etwa 30 Prozent des Geschäfts beim zweitgrößten deutschen Rückversicherer stammen aus dem Gerling-Konzern. Das führe jedoch, so Woltereck, nicht zu einer unangemessenen Risikokumulierung, „andere Sparten gehen vom Volumen her unter, akzentuierten allenfalls das Gesamtergebnis".

Auf die Feuer-Verluste schlägt auch die berichtigte Spartenzuordnung des US-Transportgeschäfts auf die Feuersparte durch. Der Transportverlust nach 20 Prozent Prämienminus verringerte sich aber auch durch die „Fast-Sanierung" des deutschen Geschäfts um ein Drittel; dagegen wurden jedoch dem Feuerbereich (566 nach 500 Mill. DM Brutto-Prämie) Verluste zugeordnet. Im Kraftfahrt-Bereich lag der Verlust *weit (1,6 nach 7,2 Prozent) unter dem* Durchschnitt der Wettbewerber. Sprunghaft gestiegen sind die Verluste im Haftpflichtgeschäft.

Viel Freude bereitet Woltereck das Rückversicherungsgeschäft nicht. Von ausgeglichenen technischen Ergebnissen mag er mittelfristig gar nicht reden, eher von *„tolerablen"* 4 (derzeit 11) Prozent: „Aber dahin müssen wir kommen, schon unter dem Druck geringerer Zinsen, die für den Verlustausgleich sorgen müssen."

Unter diesen Umständen ist die Reservestärkung, einmal durch Zuführung von 5 Mill. DM zur Schwankungsrückstellung, zum anderen *durch 10 Mill. DM* Sonderrückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle bemerkenswert, wo bei anderen aufgelöst oder die Dotierung gekürzt wurde. Die Steigerung der Netto-Kapitalerträge (s. Tabelle) fällt nur deshalb so bescheiden aus, weil die Erträge aus Wertpapierverkäufen (fällig geworden oder kursrealisiert) und der stark gestiegene technische Zins *in der Nettorechnung* nicht berücksichtigt werden.

Der allgemeine Teil der Gewinn- und Verlustrechnung weist einen Überschuß vor Steuern von 155,6 (139,2) Mill. DM aus. Aus dem Jahresüberschuß von 2,3 (2,1) Mill. DM und dem Gewinnvortrag von 1,7 Mill. DM *werden 3,3 Mill. DM (erneut 12 Prozent)* Dividende auf 27,5 Mill. DM eingezahltes Grundkapital ausgeschüttet.

Gerling Globale Rück	1982/83	+/–%
Bruttoprämie (Mill. DM)	2081	+ 1,9
Auslandsanteil (%)	44,4	(43,2)
Nettoprämie[1]	1311	– 0,4
Selbstbehalt (%)	63,0	(64,5)
Aufw. f. Vers.-Fälle	890	+ 4,3
vers.-techn. Ergebn.[2]	–148,1	(–131,2)
Kapitalanlagen[3]	1675	+ 8,9
Kapitalerträge[4]	160	+ 2,0
in % d. Nettoprämie	**1982/83**	**1981/82**
vers.-techn. Ergebnisse	–11,3	–10,0
vers.-techn. Rückstell.	181,5	–170,7
Eigenkapital	10,8	9,8

[1] Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2] nach Zuführung von 5,1 (2,0) zur Schwankungsrückstellung; [3] ohne Depotford.; [4] netto.

EUROPA CARTON / Mit dem Absatz nicht zufrieden

Deutlich besserer Ertrag

DANKWARD SEITZ, München

Einen für die Wellpappen-Industrie sicherlich ungewöhnlich steilen Aufwärtstrend beim Ertrag verzeichnete die Europa Carton AG (ECA), Hamburg, *in den ersten zehn Monaten* 1983. Und Vorstandsvorsitzender Werner Woitas zeigte sich vor der Presse in München sicher, daß sich bis zum Jahresende daran auch nichts ändern wird. Er geht davon aus, daß der Jahresüberschuß des Teilkonzerns gegenüber 1982 (4,5 nach 1,7 Mill. DM) verdoppelt werden kann. In vollem Umfang soll daran auch der kanadische Mutterkonzern, die Consolidated-Bathurst Inc., die das ECA-Grundkapital von 75 Mill. DM voll hält, partizipieren. Schon für 1982 war an sie eine auf 2,9 (1,7) Mill. DM aufgestockte Dividende ausgeschüttet werden.

Die erneut kräftige Ertragssteigerung begründete Woitas damit, daß die „erheblichen Produktionsverbes*serungen der letzten Jahre nun* Früchte tragen". Seit 1979 habe man dafür fast 100 Mill. DM an Investitionen aufgewandt; ebenso würden 1983 und 1984 wiederum jeweils rund 26 Mill. DM bereitgestellt. Zum anderen hätte sich die ertragsorientierte Absatzpolitik des Jahres 1982 als richtig erwiesen, mit der eine Straffung der *Produktpalette* und ein *Ausbau* von Spezialprogrammen einherging. Lediglich die Papierfabrik Viersen werde noch mit roten Zahlen abschließen.

Insgesamt bezeichnete Woitas das Jahr 1983 als „sehr zufriedenstellend, wenngleich nicht frei von Problemen". Von der zum Jahresanfang verkündeten Wende habe man mehr erwartet als ein Absatzplus je nach Unternehmenssparte zwischen 1,6 Prozent (Papier) und 3,8 Prozent (Verpackungen aus Wellpappe). Der Wettbewerb sei unverändert hart und habe nur Preiserhöhungen von 2,5 bis 4 Prozent statt der erforderlichen 9 Prozent zugelassen. Dies zeige auch die Umsatzentwicklung, die zwischen minus 3,5 Prozent und plus 2,5 *Prozent schwanke. Insgesamt* erwarte man daher 1983 nur eine geringfügige Umsatzausweitung auf etwas über 630 Mill. DM.

VERSICHERUNGEN

Neuanlagen im Wohnungsbau höher

HARALD POSNY, Düsseldorf

- Die deutschen Versicherungsunternehmen haben in jüngster Zeit ihr Engagement im Mietwohnungsbau deutlich verstärkt. So haben sie im 1. Halbjahr 1983 ihre Aufwendungen für selbst errichtete Wohnungen auf 400 Mill. DM verdoppelt. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit erhöhte sich der Anlagebestand auf 13,2 (12,5) Mrd. DM. Der Brutto-Zugang in Wohngebäuden ist zur Jahresmitte bereits dem Zugang des gesamten Vorjahres (512 Mill. DM) nahegekommen. Gleichzeitig hat sich aber auch der Erwerb von Grundstücken ohne oder mit unfertigen Bauten auf 825 (444) annähernd verdoppelt. Ihr Bestand hat 3,2 (2,8) Mrd. DM während der ersten sechs Monate dieses Jahres erreicht.

Nach Angaben des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) hat sich auch die Vergabe von Realkrediten, die die Versicherer im wesentlichen für den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern zur Verfügung stellen, im 1. Halbjahr 1983 auf knapp 4,4 (2,7) Mrd. DM erhöht. Bis Jahresende kann sie leicht 8 Mrd. DM (wie 1981) erreichen. Darüber hinaus haben die Versicherungsunternehmen für 7,3 Mrd. DM Pfandbriefe der Realkreditinstitute erworben, die gleiche Summe wie im Vorjahr.

Nachdem in den zurückliegenden Jahren die deutschen Versicherer geringere Mittel im Wohnungsbau unterbrachten, haben die Reform des Mietrechts und die ergänzenden Maßnahmen der Bundesregierung zur Förderung des Wohnungsbaus dazu beigetragen, daß die Versicherer sich wieder verstärkt engagierten.

BAYER / Belebung auf fast allen Chemiemärkten – Prächtige Gewinnsteigerung – Hoher Forschungsaufwand

Dem Dividendensturz folgt Wiedergutmachung

J. GEHLHOFF, Leverkusen

Die alten Superlative kehren wieder. Die Bayer AG, Leverkusen, im Dreigestirn der deuschen Großchemie-Konzerne 1982 mit Dividendensturz auf 4 (7) DM das traurige Schlußlicht, meldet für ihr Weltgeschäft aus den ersten drei Quartalen im Vergleich zu BASF und Hoechst den größten Umsatz und den höchsten Gewinn. Das vierte Quartal soll in Umsatz und Gewinn sogar noch besser als der bisher schon positive Jahresverlauf werden.

Seine Dividendenprognose beschränkt Vorstandsvorsitzender Prof. Herbert Grünewald zwar noch auf die knappe Auskunft: „Gewinn besser – Dividende besser". Aber die 350 000 Eigentümer dieser mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft haben *offensichtlich gute Aussicht, daß* der Dividendensturz komplett wiedergutgemacht wird.

Im AG-Bereich hat Bayer bis Ende September den Umsatz um 7,1 Prozent auf 11 Mrd. DM mit 63,3 (63,5) Prozent Exportanteil und den Gewinn vor Steuern um 52,1 Prozent auf 747 (im vollen Vorjahr 735) Mill. DM verbessert. Im Weltabschluß des Konzerns stieg der Umsatz bisher um 4,7 Prozent auf 27,7 Mrd. DM, woraus bis Jahresende eine Plusrate von 6 Prozent werden könnte. Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich hier um 77,1 Prozent auf 1,36 Mrd. DM. Bis Jahresende dürfte er bei gut 1,8 Mrd. DM liegen, die bislang höchste Summe der Bayer-Geschichte, wobei freilich die Umsatzrelation von 5 Prozent beileibe noch keine Spitze dieser Bruttorendite bedeutet.

Den Wiederaufstieg des Chemiegeschäfts, im AG-Bereich bei nur 0,3 Prozent durchschnittlicher Preissteigerung praktisch voll mit entsprechender Mehrproduktion identisch, erklärt Grünewald damit, daß sich auf den Märkten dieses „von allen Chemieunternehmen der Welt am breitesten diversifizierten Konzerns" fast durchweg die ansonsten noch weithin fehlende Belebung der Weltwirtschaft eingestellt hat. Ausnahmen bilden nach Regionen nur einige Länder Lateinmamerikas und nach Bayer-Sparten allein das Farbengeschäft. Für eine weitere Belebung der Weltwirtschaft, für Bayer mit rund 77 Prozent Auslandsanteil am Weltumsatz der entscheidende Faktor, sieht Grünewald in 1984 „durchaus Chancen".

Neben der verbesserten Kapazitätsauslastung (bei der AG nun 80 Prozent) nennt der Bayer-Chef folgende Hauptgründe der Ergebnisverbesserung: Erfolge bei der innerbetrieblichen Kostensenkung (nebst Abbau von Vorräten und Außenständen), relativ *konstante Rohstoff-* und Energiekosten, sinkende Zinsbelastung, drastische Reduzierung der 1982 sehr hohen Strukturbereinigungskosten. Letzteres zumal bei den großen USA-Töchtern, deren Bruttoergebnis sich bis Ende September um 400 Mill. DM verbessert habe.

Sinnfälliges Indiz der Wende auch beim Personal: Der 1983 bisher vollzogene Abbau der AG-Belegschaft um 2,4 Prozent auf 61 760 Leute (nur durch Fluktuation) kommt zum Stillstand, aus der nochmals erhöhten Lehrlingszahl wurde nun allen 1300 Fertigen ein Arbeitsplatz angeboten.

Vorsichtig auf Abschreibungshöhe sollen auch in Zukunft die geplanten Sachinvestitionen mit weltweit 1,8 Mrd. DM (nach 2,1 in 1982 und sogar 2,7 in 1980) bleiben. Um so mehr aber wird „in Geist investiert": Der Forschungsaufwand wächst 1983 auf 1,7 (1,55) Mrd. DM und soll 1984 – auch dies eine *sinnfällige Zahl* – mit 1,8 Mrd. DM erstmals die Höhe der Sachinvestitionen erreichen.

TAYLORIX / Branchen-Programm für Kleinbetriebe

Schub durch Bürocomputer

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die seit Beginn dieses Jahres spürbare Belebung der Investitionsbereitschaft für Rationalisierungszwecke, die sich auch in einer starken Zunahme des Auftragseingangs bei Taylorix Organisation Stiegler, Haußer GmbH & Co., Stuttgart, niederschlägt, hält mit ihren positiven Tendenzen nach Angaben des Unternehmens weiter an.

Die Schwerpunkte lägen – so die geschäftsführenden Gesellschafter Karl Lang und Rainer Zwiesele – bei Mikrocomputer-Lösungen für Klein- und Mittelbetriebe. Einem verwirrenden Angebot von Hardware am Markt stehe vergleichsweise wenig Software-Hilfe gegenüber. Auf diesem Felde nutzt Taylorix, die mit Erfolg mit ganzen Branchen-Programmen für Steuerberater, Druckereigewerbe, Bauhandwerk, Heime und Institutionen aufwarten kann, ihre Chance.

Im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) ist der Gesamtumsatz der Taylorix Organisation um 6,4 Prozent auf 144,8 Mill. DM angestiegen. Im laufenden Geschäftsjahr wolle man auf dieser Wachstumskurve weiterfahren. Der Aufschwung der Branche sei so rasant, daß man bereits mit einer gewissen Knappheit bei Elektronikbauteilen am Markt konfrontiert sei. Verbessert habe sich bei Taylorix auch die Ertragslage. Die Umsatzrendite (vor Steuern) ist von 3 auf 4 Prozent angestiegen.

Den kräftigsten Umsatzschub brachten für Taylorix die Bürocomputer (um 15 Prozent auf knapp 50 Mill. DM). Allein von der im eigenen Hause entwickelten und montierten Mikrocomputer-Reihe System 4 seien im Berichtsjahr 1700 Systeme im Gesamtwert von 27,7 Mill. DM gefertigt worden. Das weitere Hardware-Angebot stammt von Triumph-Adler und von Digital Equipment (Mehrplatz-Anlagen). Rechenzentrums-Dienstleistungen brachten einen Umsatz von 52,2 (51,9) Mill. DM, auf die Sparte Arbeitsmittel entfallen 22,5 Mill. DM Umsatz und auf sonstige Dienstleistungen 30,3 Mill. DM.

Georg Schulhoff wird 85

Georg Schulhoff, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf und des Rheinisch-Westfälischen Handwerkerbundes, wird am 1. Dezember 85 Jahre. Mit 35 Jahren an der Spitze der größten Handwerkskammer ist er nicht nur bei weitem dienstältester Präsident sondern wohl auch an Jahren ältester Präses eines Wirtschaftsverbandes. Dipl.-Ing. Schulhoff gehört zum „politischen Urgestein" des Nachkriegsparlamentarismus. Als CDU-Landtags- und Bundestagsabgeordneter (1962 bis 1972) machte er sich als Mitgestalter der Handwerksordnung einen Namen. (Py.)

NAMEN

Dr. **Anton Heimes**, früheres geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bundesverbandes des deutschen Güterfernverkehrs (BDF), vollendete am 29. November das 75. Lebensjahr.

Prof. Dr. **Gerhard W. Seulen**, Gründungsmitglied und langjähriger Geschäftsführer der AEG-Elotherm, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Hermann Schoppe, Mitinhaber der Schoppe & Faeser GmbH, Minden, scheidet zum Jahresende nach Erreichen der Altersgrenze als Geschäftsführer aus. Ab 1. Januar besteht die Geschäftsführung aus Dr. **Walter Strohmaier** und den stellvertretenden Mitgliedern **Udo Galinski** und **Rudolf Mulch**.

Dr. **Georg Hauptfeld** scheidet zum Jahresende aus der Geschäftsführung der Alcan Aluminiumwerke GmbH, Frankfurt, aus und tritt in den Ruhestand.

Don Walker, bisher Vice President Exploration & Operations, der Mobil Alternative Energy, Denver, Colorado, ist per 1. Januar 1984 zum Vorstandsmitglied der Mobil Oil AG, Hamburg, ernannt worden. Er ist Nachfolger von **Byron O. Sims**, der General Manager Producing, Mobil Exploration & Producing Services Inc., Dallas/Texas, wird.

Hans-Jens Treide, stellvertretendes Mitglied der Geschäftsleitung des Bankhauses Hermann Lampe KG, Düsseldorf, ist zum Generalsekretär der Association Cambiste Internationale (ACI), Paris, dem Weltverband von über 10 000 Devisenhändlern aus Banken in 46 Ländern gewählt worden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alzey: Schumacher Betonstahl- u. Verlegebetrieb GmbH; **Detmold:** Rudolf Frickemeier GmbH & Co, Bad Salzuflen; **Dortmund:** Ursula Rümenapp, Lünen; Nachl. d. Johanna Ruth Ast; Schrava Ges. f. Schrottverwertung u. Rohstoff-Rückgewinnung mbH; **Düsseldorf:** Grafimex Formularmaschinen GmbH; IFC Produktions-Ges. f. Werbe-, Spiel- u. Unterhaltungsfilme mbH; **Frankfurt/M:** Nachl. d. Günter Peschke, Hofheim; **Freiburg i. Breisgau:** Nachl. d. Wilhelmina Staiger, Bollschweil; **Gummersbach:** Lischke GmbH u. Co. KG, Lindlar 2, Friclingsdorf; **Lingen:** Falbe-Fleisch GmbH; **Neuss:** Armand Carrel GmbH; Nachl. d. Gertrud Marges geb. Pauli, Inh. d. Alfred Merges; **Seligenstadt:** Alfred Gerull, Inh. e. Fa. f. Wärme-, Kälte- u. Schallschutz, Rodgau 2; **Wuppertal:** Siegfried Wallrafen GmbH, Erkrath 1.

Vergleich beantragt: Baden-Baden: Hans Scherer, Werkzeugbau, Achern-Oberachern; **Bocholt:** Essing GmbH, Rhede; Gebr. Essing GmbH & Co. KG, Rhede; **Siegburg:** Panplast GmbH, Hennef.

Verstimmung am Aktienmarkt

Auf ermäßigter Basis verstärkte Anlagekäufe

DW. – Der weiter steigende Dollar wie die Schwäche am Rentenmarkt sorgten an der Dienstagbörse bei den Aktien für eine Verstimmung und damit für eine Zurückhaltung der Käufer. Gleichzeitig häuften sich in den bisherigen Spitzenpapieren die Gewinnmitnahmen, so daß es verbreitet rückläufige Notierungen gab. Relativ gut behaupten konnten sich die Autoaktien bis auf VW, wo der Kurs um 4 DM zurückgenommen werden mußte. Auf ermäßigter Basis nahm in der zweiten Börsenstunde das Anlageinteresse institutioneller Gruppen wieder zu. Sie sorgten schließlich für eine Kursstabilisierung.

Mit Abschlägen bis zu 0,50 DM konnten sich die Großchemiewerte relativ gut behaupten. Degussa profitierte von dem im abgelaufenen Geschäftsjahr erwirtschafteten Umsatz- und Ertragsanstieg. Der Kurs zog um 2,50 DM an. Zu einer Kurserholung um 1,50 DM kam es bei Mannesmann, da nunmehr festzustehen scheint, daß zwar mit einer Dividendenkürzung, aber nicht mit einem Ausschüttungsausfall gerechnet werden muß.

Düsseldorf: Diedier St. gaben um 2,50 DM auf 147,50 DM nach, Leffers verminderten sich um 5 DM auf 390 DM und Hagen Batterie sanken um 4 DM auf 126 DM. Keramag verbesserten sich um 3 DM auf 152 DM, Dyckerhoff St. erhöhten sich um 3 DM auf 228 DM und Stinnes schlossen mit einem Plus von 12 DM auf 580 DM.

Frankfurt: An der Frankfurter Aktienbörse war die Tendenz etwas leichter, im Verlauf Erholungstendenzen. Bei mittleren Umsätzen gaben die meisten Standardwerte leicht nach. Mit Plusankündigung konnten sich Wibau um 2 DM auf 27 DM erholen. Versicherungen waren wieder fester. Besonders Allianz-Leben stiegen um 150 DM auf 3450 DM. Bei Stahl- und Maschinenaktien waren Thyssen mit 75,50 DM (minus 2,30 DM). Bauaktien schwach.

Hamburg: NWK-Vz. konnten sich mit 171 DM plus 0,80 DM gut behaupten. Phoenix Gummi begannen zu 157,50 DM und lagen nach Schwankungen bei 156,50 DM minus 1 DM. Beiersdorf fielen auf 350,50 DM minus 1 DM. Je 2 DM verloren Markt- und Kühlhallen bei 318 DM sowie Reichelt bei 85 DM.

München: Agrob Vz. ermäßigten sich um 11 DM auf 310 DM, Dywidag sanken um 1 DM auf 179 DM, Gehe fielen um 4 DM auf 240 DM und Süd Chemie gaben um 5 DM auf 320 DM nach. Flachglas erhöhten sich um 4 DM auf 275 DM und Grünzweig befestigten sich um 2 DM auf 175 DM.

Berlin: DeTeWe konnten sich um 4 DM und Berliner Kindl um 2 DM erholen. Orenstein lagen um 0,50 DM geringfügig freundlicher. Herlitz Stämme gaben um 1,50 DM, Bergmann und Herlitz Vorzüge um je 1 DM nach. Bekula und Berthold bröckelten um je 0,50 DM ab.

Nachbörse: abwartend

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Freiverkehr

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 29. 11.: 740 Optionen = 37 400 (54 600) Aktien, davon 91 Verkaufsoptionen = 4650 Aktien. Kaufoptionen: AEG 1-75/6, 1-80/3, 1-90/1,40, 4-75/10, 4-85/5,85, 4-90/3, 7-80/10, 7-85/7,80, 7-90/5, Siemens 1-370/17,40, 1-380/12,40, 7-400/21,20, Veba 1-172,50/3, 4-170/8,15, 7-170/14,45, 7-180/7,90, BASF 1-144,30/25, 1-170/8, 4-160/17,35, 4-170/11,60, 4-180/6,70, Bayer 1-146/25, 1-150/22, 1-160/13, 1-170/5,30, 4-160/16,50, 4-170/13, 4-180/6,60, 4-190/4,40, 7-160/22, 7-170/15,35, 7-180/11,60, 7-200/4,40, Hoechst 1-150/30,80, 1-160/20, 4-150/37, 4-170/20, 4-190/9, 7-180/18, 7-190/14,80, BMW 7-480/25, VW 1-180/30, 1-200/13,90, 1-210/8,15, 1-220/4,50, 4-190/38, 4-200/29,90, 4-210/29, 4-220/15, 4-230/11,50, 4-250/5, 7-220/26,80, 7-230/20,20, 7-240/15, 7-260/9, Conti Gummi 1-110/12, 1-120/5, 1-130/2,80, 1-140/1,80, 4-100/30, 4-110/22,80, 4-120/9, 4-130/8, 7-120/18, 7-130/11,40, 7-140/9,25, 7-150/5,50, Lufthansa St. 1-130/10,60, Commerzbank 1-170/6,50, 1-180/2,50, 4-160/30, 4-170/14,90, 4-180/10, 4-190/5,50, 4-200/3,20, 7-170/21,50, 7-180/15, 7-190/9,85, 7-200/6,60, 7-210/4,20, Deutsche Bank 4-320/19, 4-330/16,50, 4-350/8, Dresdner Bank 1-170/8, 1-180/4,80, 4-170/19,50, 4-180/11,60, 4-190/7,60, 4-200/5,40, 7-170/23, Hoesch 1-90/5,20, 1-95/2,90, 1-100/1,40, 4-90/11,90, 4-95/7,50, 4-100/8, 7-100/11,20, Mannesmann 1-130/4, 1-140/1,80, 4-140/5,70, 4-150/3,90, 7-140/10,60, Thyssen 1-70/10,85, 1-75/6,65, 1-85/1,50, 4-80/7,95, 7-85/7, BHF 4-270/30, Bekula 1-100/6, Daimler 1-600/109,95, 4-730/20,60, Degussa 1-350/15, 1-380/13,95, Kali und Salz 1-200/9,60, Karstadt 4-300/15, Klöckner 4-40/4,10, 7-45/3,10, RWE VZ 7-170/15,95, Varta 4-180/15, VEW 4-130/4,50, 7-130/8, Chrysler 1-90/2, 4-70/12,50, 4-75/7,40, Xerox 1-120/11, Elf 4-55/6,80. Verkaufsoptionen: Siemens 4-350/4,40, BASF 1-170/3, 7-170/5,40, Bayer 4-160/2,50, 4-170/4,90, Hoechst 1-180/4,90, 4-180/5,50, 7-170/3,50, 7-180/6,50, BMW 4-390/8, VW 1-200/3,50, 4-200/6, Conti Gummi 1-120/5, 4-120/5,60, 7-120/5,80, Lufthansa VZ 1-130/3, Commerzbank 1-170/4, 4-170/6, 7-170/7,50, Deutsche Bank 1-310/3,10, 4-310/6,60, Dresdner Bank 7-170/6,20, Hoesch 1-90/2,15, 1-100/9, Mannesmann 1-130/8, 4-130/8,10, 7-130/8, Bayer. Hypo 4-280/8,60, BHF 4-280/14,60, Daimler 1-690/13, 1-700/20, Babcock St. 1-170/3,70, 4-170/4,80, Karstadt 7-290/14,50, RWE St. 1-170/3,40, IBM 4-330/19. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.)

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 11.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝–9⅞	6¼–6½	4⅛–4⅜
3 Monate	9¾–10	6⅜–6⅝	4⅛–4⅜
6 Monate	10 –10¼	6½–6¾	4¼–4½
12 Monate	10⅝–10⅞	6⅝–6⅞	4⅜–4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1460,00	1801,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1160,00	1369,60
5 US-Dollar (Liberty)	445,00	568,10
1 £ Sovereign alt	249,00	306,66
1 £ Sovereign Elizabeth II	242,00	298,68
20 belgische Franken	191,00	245,10
10 Rubel Tscherwonez	258,00	321,48
2 südafrikanische Rand	242,00	297,54
Krüger Rand, neu	1085,00	1276,80
Maple Leaf	1085,00	1276,80
Platin Noble Man	1180,00	1314,42
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	264,00	332,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	201,00	257,64
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	247,38
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1002,00	1206,12
20 österr. Kronen (Neuprägung)	200,00	250,80
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	460,00	564,30
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Der US-Dollar erreichte mit 2,7205 am 29. 11. den vorläufig höchsten amtlichen Kurs der laufenden Phase, nachdem die Schwäche des amerikanischen Bondmarktes und die feste Verfassung am New Yorker Tagesgeldmarkt den Dollarkurs in Bewegung brachte. Die Bundesbank gab zur Notiz 13,5 Mill. Dollar ab und dürfte auch im Freiverkehr aktiv gewesen sein. Der höchste Tagespunkt lag bei 2,7235. Die Absicht der Staatsanwaltschaft, gegen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff Anklage zu erheben, wurde beachtet, ohne daß sich besondere Konsequenzen im Kurs ergaben. Dennoch muß erneut generell von einer Mark-Schwäche gesprochen werden, denn die meisten Währungen lagen höher als am Vortag. Technische Nachfrage ließ den Yen auf das neue Rekordhoch von 1,1590 anziehen. US-Dollar in: Amsterdam 3,0490; Brüssel 54,24; Paris 8,2720; Mailand 1647,50; Wien 19,1580; Zürich 2,1844; Ir. Pfund/DM 3,108; Pfund/Dollar 1,4575.

Ostmarkkurs am 29. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Umsätze am Devisenmarkt blieben am 29. November bei wenig veränderten Kursen klein.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,55/2,45	5,17/4,97
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,24/0,26	0,46/0,50
Pfund/DM	1,70/0,30	3,70/2,30	6,80/5,40
FF/DM	26/10	65/49	133/117

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 11.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,35–6,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 29. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – [illegible] – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,42) – 8,50 (7,69) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,08) – 10,00 (8,36) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,94, 2 Jahre 7,23. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,50, Rendite 8,05.



Lassen Sie Ihre Mitarbeiter doch miteinander arbeiten.



Herrn Direktor Stein mit Fräulein Groß. Fräulein Groß mit Verkaufsleiter Altmann. Verkaufsleiter Altmann mit Einkäufer Strauß. Einkäufer Strauß mit Buchhalter Wies. Buchhalter Wies mit Fräulein Groß.

Lassen Sie Ihre Mitarbeiter so einfach miteinander arbeiten, wie Wang es möglich macht. Mit seinem umfassenden Gesamtkonzept für die integrierte Bürokommunikation.

Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Ganz gleich, was für eine Firma Sie führen und wie groß sie ist. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit nahezu allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Jedes System ist maßgeschneidert für die Aufgaben seiner Abteilung. Eins paßt zum anderen. Alles ist *nahtlos miteinander zu verbinden*. Auch *in* Zukunft werden Sie jedes neue Wang-System an Ihr System anschließen können. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.





In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben als mit integrierter Bürokommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.

WANG

The Office Automation Computer People.

WANG DEUTSCHLAND GMBH, LYONER STR. 26, D-6000 FRANKFURT/MAIN 71, TEL: 0611-6675400. WANG AG, TALACKER STR. 7, CH-8152 GLATTBRUGG, SCHWEIZ. WANG GESELLSCHAFT M.B.H., LINKE WIENZEILE 234, A-1150 WIEN, ÖSTERREICH.

Warenpreise – Termine

Um das Limit von 50 Cents höher schlossen am Montag die Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Deutlich fester notierten auch Gold und Kupfer. Schwächer, mit Ausnahme des festeren verfügbaren Monats, notierte Kaffee. Abgeschwächt in allen Sichten ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	28. 11.	25. 11.
Weizen Chicago (c/bush)		
Dez.	338,25	341,50
März	353,00	356,25
Mai	353,75	356,75
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cd.	28. 11.	25. 11.
St. Lawrence 1 CW	126,60	333,15
Amber Durum	107,14	255,80
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	149,00	149,50
März	155,00	154,60
Mai	158,50	158,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Dez.	123,70	124,00
März	125,40	124,90
Mai	124,70	124,50
Hafer Chicago (c/bush)	28. 11.	25. 11.
Dez.	176,50	177,25
März	184,50	185,00
Mai	189,00	189,50
Mais Chicago (c/bush)		
Dez.	343,25	340,00
März	344,50	341,25
Mai	346,00	341,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	28. 11.	25. 11.
Dez.	130,00	130,40
März	134,80	134,80
Mai	135,10	135,10

Genußmittel

	28. 11.	25. 11.
Kaffee New York (c/lb)		
Dez.	150,00	149,75
März	143,30	144,25
Mai	138,70	139,50
Kakao New York ($/t)	28. 11.	25. 11.
Dez.	2214	2229
März	2215	2235
Terminkontr. Mai	2230	2247
Umsatz	3410	2207
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,00	9,22
März	9,52	9,74
Mai	9,81	10,07
Juli	10,14	10,40
Sept.	10,34	10,57
Umsatz	9 945	6 370
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	28. 11. unerhältl.	25. 11. geschl.
Kaffee London (£/t) Robusta-	28. 11.	25. 11.
Kontrakt Nov.	1904–1910	1908–1909
Jan.	1913–1914	1916–1917
März	1882–1885	1887–1888
Umsatz	2762	2179
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Dez.	1624–1625	1614–1617
März	1639–1640	1632–1633
Mai	1639–1640	1633–1634
Umsatz	5623	6707
Zucker London (£/t)		
Rohzucker Dez.	151,50–154,00	150,00–151,00
März	–	165,20
Mai	173,50–173,75	171,00
Umsatz	2579	2487
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	25. 11.	24. 11.
schw. Sarawak spez.	477,50	425,00
weißer Sarawak	637,50	637,50
weißer Muntok	645,00	645,00

	29. 11.	28. 11.
Orangensaft New York (c/lb)		
Jan.	124,00	123,00
März	122,05	120,60
Mai	121,60	120,20
Juli	121,50	119,95
Sept.	121,30	119,75
Umsatz	200	150

Öle, Fette, Tierprodukte

	28. 11.	25. 11.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	geschl.	geschl.
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	geschl.	geschl.
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Dez.	26,80	27,19
Jan.	27,15	27,43
März	27,55	27,90
Mai	28,00	28,20
Juli	28,10	28,55
Aug.	27,70	27,95
Sept.	26,30	26,70
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	geschl.	geschl.
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	geschl.	geschl.
Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	geschl.
fancy	geschl.	geschl.
bleichfähig	geschl.	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	geschl.	geschl.
Schweine Chicago (c/lb)		
Dez.	42,05	geschl.
Febr.	47,45	geschl.
April	47,55	geschl.
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	60,30	geschl.
März	60,75	geschl.
Mai	62,45	geschl.
Häute Chicago (c/lb)	28. 11.	25. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	geschl.
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Jan.	793,00	794,00
März	812,50	811,00
Mai	825,00	823,50
Juli	823,00	825,00
Aug.	802,00	807,00
Sept.	745,50	747,00
Nov.	690,50	692,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Dez.	121,80	220,90
Jan.	224,00	223,30
März	227,50	225,80
Mai	227,50	225,50
Juli	227,50	225,00
Aug.	222,00	220,00
Sept.	211,00	209,40
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	28. 11.	25. 11.
Dez.	373,70	370,50
März	386,00	382,50
Mai	393,00	391,00
Kokosöl New York (c/lb)	28. 11.	25. 11.
Westküste fob Werk	geschl.	geschl.
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	29. 11.	28. 11.
jegl. Herk. cif	900,00	900,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	555,00	555,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	695,00	695,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	195,00	198,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	917,50	915,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	308,00	306,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	29. 11.	28. 11.
Dez.	76,67	76,35
März	79,64	79,40
Mai	80,75	80,70
Juli	81,52	81,60
Okt.	76,36	76,43
Dez.	74,30	75,00
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	geschl.	geschl.
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	28. 11.	25. 11.
Dez.	405-407	404-409
Jan.	402-405	403-406
März	410-412	410-412
Umsatz	84	102
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	28. 11.	25. 11.
Dez.	46,50	45,50
März	45,70	46,70
Mai	47,50	47,50
Juli	–	47,70
Umsatz	1	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	28. 11.	25. 11.
Dez.	533,00–540,00	533,30–537,00
März	557,00–558,00	558,30–558,50
Mai	573,00–574,00	573,00–577,00
Umsatz	31	58
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	28. 11.	25. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	28. 11.	25. 11.
Nov.	13 887	13 836
Dez.	899.	13 836
Kautschuk London (p/kg)	28. 11.	25. 11.
Nr. 1 RSS loco	83,00–85,00	83,50–85,50
Jan.	84,00–85,00	84,40–86,00
Febr.	84,00–84,70	84,30–86,00
Jan./März	84,00–84,50	84,30–84,80
Tendenz: ruhig		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	28. 11.	25. 11.
Nr. 1 RSS loco	263,00–264,00	264,00–265,00
Dez.	266,00–267,00	266,50–267,50
Jan.	269,50–270,50	270,00–271,00
Nr. 2 RSS Dez.	260,50–261,50	260,50–261,50
Nr. 3 RSS Dez.	257,00–258,00	257,00–258,00
Nr. 4 RSS Dez.	250,50–251,50	250,50–251,50
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	28. 11.	25. 11.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	29. 11.	28. 11.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	111,41–111,61	111,15–111,25
drittfolg. Monat	114,99–115,19	114,81–115,01
Zink: Basis London		
laufend. Monat	231,37–231,57	230,02–230,22
drittfolg. Monat	237,33–237,53	235,76–236,96
Produz.-Preis	258,83	257,74
Reinzinn 99,9%	3807–3844	3815–3852

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	29. 11.	28. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	398,00–400,38	395,31–397,69
Blei in Kabeln	119,25–120,25	118,75–119,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	29. 11.	28. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	367–377	365–376
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	412–414	411–412
MS 63	408–412	406–411

Zinn-Preis Penang

	28. 11.	25. 11.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.Ag)	30,19	30,19

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	29. 11.	28. 11.
Leg. 225	413–415	413–415
Leg. 226	415–417	415–417
Leg. 231	445–447	445–447
Leg. 239	455–457	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	29. 11.	28. 11.
Platin (DM je g)	37,80	37,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	34 700	33 600
Rücknahmepr.	33 950	32 850
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	34 620	33 570
Rücknahmepr.	33 580	32 500
verarbeitet	36 330	35 250
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	34 215	33 315
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	802,00	770,00
Rücknahmepr.	773,90	743,60
verarbeitet	837,50	804,00

Internationale Edelmetalle

	29. 11.	28. 11.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	391,25	391,25
15.00	391,50	394,25
Zürich mittags	391,00–391,50	391,10–391,60
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 600	100 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	619,30	596,35
3 Monate	633,10	609,95
6 Monate	647,05	623,75
12 Monate	679,85	651,65
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	273,50	265,90
Palladium (£-Feinunze) London	–	98,85
f. Händlerpr.	102,65	99,85

New Yorker Preise	28. 11.	25. 11.
Gold H & H Ankauf	39?,25	geschl.
Silber H & H Ankauf	902,00	geschl.
Platin fr. Händlerpr.	392,00–395,00	392,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	148,00–150,00	145,50–147,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Dez.	907,00	[illegible]
Jan.	917,30	[illegible]
März	928,00	[illegible]
Mai	947,20	[illegible]
Juli	962,50	[illegible]
Sept.	977,85	[illegible]
Dez.	1001,50	[illegible]
Umsatz	–	48 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	28. 11.	25. 11.
Dez.	65,05	[illegible]
Jan.	65,65	[illegible]
März	67,10	[illegible]
Mai	68,50	[illegible]
Juli	69,90	67,25
Sept.	71,50	[illegible]
Dez.	73,50	70,05
Umsatz	–	16 000

Londoner Metallbörse

	29. 11.	28. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	1075,0–1075,5	1095,5–1096,5
3 Monate	1103,0–1103,5	1123,0–1124,0
Blei (£/t) Kasse	280,50–281,00	282,50–283,00
3 Monate	289,50–290,00	291,50–292,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	989,50–990,00	985,00–986,50
3 Monate	1012,5–1013,0	1007,5–1008,0
abends Kasse	–	991,50–992,50
3 Monate	–	1014,5–1015,0
(Kupfer-Standard) Kasse	973,50–974,50	976,00–977,00
3 Monate	997,00–998,00	996,50–999,00
Zink (£/t) Kasse	582,50–583,00	582,50–583,50
3 Monate	597,50–598,00	597,50–598,00
Zinn (£/t) Kasse	8730–8732	8715–8725
3 Monate	[illegible]	[illegible]
Quecksilber ($/Fl.)	–	305,00–325,00
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70,00–73,00

Am 25. November 1983 verstarb im Alter von 84 Jahren Herr

Dr. Hugo Buschmann

Mitglied des Vorstandes unserer Gesellschaft ab 1939 und dessen Vorsitzender von 1941 bis 1962

Mit ihm haben wir eine Persönlichkeit verloren, deren Sachkenntnis, Dynamik und Durchsetzungskraft entscheidend dazu beigetragen haben, das Unternehmen durch die schwierigen Kriegs- und Nachkriegsjahre zu führen.

Vor allem der Wiederaufbau unseres Werkes in Berlin sowie die Gründung neuer Werke im Bundesgebiet sind eng mit seinem persönlichen Engagement verbunden.

Nach seiner Pensionierung wirkte er noch 6 Jahre als Mitglied des Aufsichtsrates unserer Gesellschaft.

Wir sind Herrn Dr. Buschmann zu großem Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

ETERNIT AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat und Vorstand

Trauerfeier und Beerdigung werden auf Wunsch des Verstorbenen in engstem Familienkreis stattfinden.

Am 27. November 1983 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit mein geliebter Mann, unser treusorgender Vater, Großvater, Bruder und Schwiegervater

Hilmar Potente

Major a. D.

Träger hoher Auszeichnungen und des Verwundetenabzeichens in Silber

im 70. Lebensjahr

Ingrid Potente geb. Hoepner
Marita Schmidt geb. Potente
Peter Schmidt
Dr. Harald Potente
Gisela Potente geb. Adameit
Erika Haag geb. Potente
Andrea und Nicola

Berlin-Schlachtensee (38)
Reifträgerweg 28

Die Trauerfeier findet statt am Donnerstag, den 1. Dezember 1983, um 13.30 Uhr in der Kapelle des Waldfriedhofes Potsdamer Chaussee, 1000 Berlin 38; Eingang Waagensteig

---

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, vom Ableben unseres Mitarbeiters, Herrn

Carl-Heinrich Elvers

Diplom-Ingenieur

* 3. Juni 1936 † 26. November 1983

Kenntnis zu geben.

Herr Elvers war über 13 Jahre in unserem Außendienst an verschiedensten Orten der Welt als Besichtiger tätig und zu Beginn dieses Jahres mit der Leitung unserer Inspektion in Rotterdam/Niederlande betraut worden.

Mit Herrn Elvers verlieren wir nach schwerer Krankheit einen verdienstvollen Mitarbeiter, der sich gerade anschickte, in verantwortungsvoller Position die Belange unserer Gesellschaft mitgestalten zu helfen.

Wir werden sein Andenken in Ehren bewahren.

Germanischer Lloyd

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 2. Dezember 1983, um 11.30 Uhr in der Kapelle des Stadtfriedhofes Celle, Lüneburger Heerstraße, statt.

Die Familie bittet um Spenden an die Deutsche Krebshilfe e.V., Konto-Nr. 33 084, Stadtsparkasse Celle, anstelle von Kranz- und Blumenspenden.

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

mit vorläufigem Sitz in Luxemburg

7½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1971 – WKN 459 291/300 –

6½% Deutsche Mark-Teilschuldverschreibungen von 1972 – WKN 461 101/10 –

Auslosung

Entsprechend den Anleihebedingungen wurden am 22. November 1983 unter notarieller Aufsicht folgende Serien im Nennbetrag von je DM 10.000.000,– für die nächstfälligen Tilgungen ausgelost:

a) 7½% DM-Anleihe von 1971 – WKN 459 300 –
Serie 10 mit den Stücknummern
9 001 – 10 000 zu je DM 500,–
50 501 – 55 000 zu je DM 1.000,–
64 001 – 65 000 zu je DM 5.000,–

b) 6½% DM-Anleihe von 1972 – WKN 461 104 –
Serie 4 mit den Stücknummern
3 001 – 4 000 zu je DM 500,–
23 501 – 28 000 zu je DM 1.000,–
58 001 – 59 000 zu je DM 5.000,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 1. März 1984 an zum Nennbetrag eingelöst. Die Stücke zu a) sind mit den Zinsscheinen per 1. September 1984 uff., zu b) mit den Zinsscheinen per 1. März 1985 uff. zwecks Einlösung bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken einzureichen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bankers Trust GmbH
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Girozentrale - Deutsche Kommunalbank -
Effectenbank-Warburg Aktiengesellschaft
Bankhaus Hermann Lampe KG
Merck, Finck & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
J. H. Stein
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
Trinkaus & Burkhardt
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet am 29. Februar 1984. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag einbehalten. Die zum 1. März 1984 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den in den Vorjahren ausgelosten Teilschuldverschreibungen sind eine Anzahl noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden.

Restanten: Anleihe von 1971 – aus den Serien 1, 2 und 6
Anleihe von 1972 – aus den Serien 1, 2, 5, 6 und 10.

Frankfurt am Main, im November 1983

EUROPÄISCHE INVESTITIONSBANK

ROLINCO

ROLINCO N.V.
Rotterdam

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 29. November 1983 hat u.a. beschlossen, für das Geschäftsjahr 1982/83 eine Dividende in Höhe von hfl 7,40 auf jede Stammaktie zu nom. hfl 50,– auszuschütten.

Die Bardividende kann vom 8. Dezember 1983 an gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 25 entgegengenommen werden. Der Gegenwert der Bardividende wird in Deutscher Mark zum Tageskurs oder auf Wunsch in Holländischen Gulden gutgeschrieben oder ausgezahlt. Zahlstellen sind im Bundesgebiet und in Berlin (West) sämtliche Niederlassungen der nachstehend genannten Banken:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Dresdner Bank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Commerz-Credit-Bank AG Europartner
Deutsche Bank Saar AG

Die Aktien unserer Gesellschaft werden ab 30. November 1983 an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Frankfurt (Main), Hamburg und München "ex Dividende" gehandelt und amtlich notiert.

Besteuerung der Erträge in Deutschland
In der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) sind die Erträge gemäß § 17 des Auslands-Investmentgesetzes zu versteuern:

Von der Bardividende in Höhe von hfl 7,40 je Stammaktie über hfl 50,– unterliegen hfl 7,31, d.h. hfl 7,40 abzüglich hfl 0,09, die bereits früher als ausschüttungsgleicher Ertrag versteuert wurden, der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer.

Besteuerung in den Niederlanden
Die Bardividende wird grundsätzlich unter Abzug einer niederländischen Dividendensteuer (Quellensteuer) von zur Zeit 25 % ausgezahlt.

Nach dem deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommen vom 16. Juni 1959 (BGBl 1960 II S. 1781) haben in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) ansässige Aktionäre auf Antrag einen Anspruch auf Ermäßigung der niederländischen Dividendensteuer auf 15 %. Der diesbezügliche Ermäßigungsantrag ist grundsätzlich zusammen mit den Dividendenscheinen einzureichen bzw. nach den niederländischen Ausführungsbestimmungen innerhalb einer vertretbaren Zeit nach dem Fälligkeitstermin der Dividende nachzureichen. Bei der gegenwärtigen Praxis der niederländischen Stellen empfiehlt es sich in diesem Falle jedoch, eine Frist von etwa 3 - 4 Wochen einzuhalten. Der Ermäßigungsantrag ist auf dem vorgeschriebenen Vordruck zu stellen und mit einer Wohnsitzbestätigung des für den Aktionär zuständigen Finanzamtes versehen zu lassen.

Demnach wird von der Bardividende von	hfl 7,40
25 % in den Niederlanden einbehalten	hfl 1,85
worauf auf Antrag 2/5 erstattet werden	hfl 0,74

Bilanz zum 31. August 1983

Aktiva	hfl	Passiva	hfl
Wertpapiere:		Vermögen:	
Amerika	1.699.712.784	Stammaktienkapital	648.451.900
Europa	1.081.662.813	Rücklagen	3.094.595.912
Japan	698.820.700	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.098.075
übrige Gebiete	320.159.043		
	3.800.355.340	Den Stammaktionären zustehendes Vermögen	3.744.145.887
		5 1/2 % kumulatives Vorzugsaktienkapital	5.000.000
Festgelder und andere flüssige Mittel	149.967.472	6 1/2 % kumulatives Vorzugsaktienkapital	6.367.500
Forderungen an Dividenden und Zinsen	8.840.086		3.755.513.387
Sonstige Forderungen	49.192.675	6 1/2 % Wandelanleihe	22.302.500
	4.008.355.573		3.777.815.887
		Sonstige Verbindlichkeiten	133.688.575
		Ausschüttung für das Geschäftsjahr	96.851.111
			4.008.355.573

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. September 1982 bis 31. August 1983

Aufwendungen	hfl	Erträge	hfl
Personalkosten	3.385.940	Erhaltene Dividenden und Zinsen	103.629.119
Sonstige Kosten	3.141.518		
Zinslasten	1.449.695		
Reingewinn	95.651.966		
	103.629.119		103.629.119

Der Aufsichtsrat
H. H. Nauta, H. J. E. van Beuningen, The Earl of Cromer, J. M. Goudswaard, J.-M. Lévêque, B. Pruijt, W. Scheel, J. M. van Susante, A. A. Th. M. van Trier, S. Veil, J.-Ch. Veiga, H. J. Witteveen

Der Vorstand
Th. M. Scholten, A. J. van Oostveen, W. M. Engelberts, N. J. H. van der Meer

Prüfungsvermerk
Wir haben den Jahresabschluß 1982/1983 der Rolinco N.V. geprüft.
Aufgrund dieser Prüfung bestätigen wir, daß dieser Jahresabschluß einen getreuen Einblick in den Umfang und die Gliederung des Vermögens der Gesellschaft zum 31. August 1983 und des Ergebnisses des Geschäftsjahres 1982/1983 vermittelt.

Rotterdam, den 6. Oktober 1983

Dijker en Doornbos/accountants

Die Hauptversammlung vom 29. November 1983 hat folgende Gewinnverwendung beschlossen (Art. 39, 40 und 41 der Satzung):

Reingewinn Geschäftsjahr		hfl 95.651.966
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		hfl 182.741
		hfl 95.834.707
Nicht-ausgeschüttete Dividende für das vorige Geschäftsjahr		hfl 2.114.479
Zur Ausschüttung verfügbar		hfl 97.949.186
Wie folgt zu verteilen:		
Dividende auf Stammaktien	hfl 95.970.881	
Dividende auf 5 1/2 % kumulative Vorzugsaktien	hfl 275.000	
Dividende auf 6 1/2 % kumulative Vorzugsaktien	hfl 413.855	
Feste Gehälter für 14 Aufsichtsratsmitglieder +)	hfl 191.375	hfl 96.851.111
Vortrag auf neue Rechnung		hfl 1.098.075
		hfl 97.949.186

Rotterdam, im November 1983

DER VORSTAND

+) Für 6 Aufsichtsratsmitglieder nur während eines Teils des Jahres

Renten deutlich nachgebend

Am Rentenmarkt mußten die jüngeren öffentlichen Anleihen bis zu einem halben Punkt zurückgenommen werden. Das ist die Konsequenz aus den Konditionen der neuen Anleihe von NRW mit einer Rendite von 8,4 Prozent. Inzwischen gehen die Renditen der Pfandbriefe im Handel unter Banken im zehnjährigen Laufzeitbereich auf 10,60 Prozent zu; im fünfjährigen auf 8,40 bis 8,42 Prozent. Für die Verstimmung am Rentenmarkt wird auch der Zinstender der Bundesbank verantwortlich gemacht. In Bankkreisen war mit einem Mengentender gerechnet worden. Hoffnungen auf eine Zinsentlastung bis zum Jahresende werden kaum noch gehegt.

	29. 11.	28. 11.
M 5½ Bayer.Habs Pf 14	90bG	90,5G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	94bG	94,5G
7 dgl. Pf 3	93,75bG	94,2bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,75G	95,75G
7½ dgl. KS 27	99,25bG	99,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
6 dgl. KO Pf 50	99,5G	99,5G
6½ dgl. Pf 10	80G	81,5G
6 dgl. KS 1	99,25G	98,8G

	29. 11.	28. 11.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	99,75G	99,75G
6 dgl. 47	77	77
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,5G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100G	100,2
4 dgl. KO 5	99G	99G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	79,25G	80,5G
6½ dgl. Pf 80	88,25G	88,5G
8 dgl. Pf. 248	100,6	100,76
9 dgl. KO 125	102,35G	102,5G

	29. 11.	28. 11.
M 5 Vertbank Nbg. Pf 55	118G	116G
6 dgl. Pf 95	77bG	77bG
7 dgl. Pf 100	99bG	99,1G
D 8 WestLB Pf 350	100,25G	100,35G
6¼ dgl. Pf 403	96,1G	96,1G
9½ dgl. Pf 1007	104,75G	104,75G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,95G
7 dgl. KO 556	99,35G	99,35G
8¼ dgl. KS 420	94,45G	94,45G
9¼ dgl. KO 1301	103,95G	103,95G
8½ dgl. KS 1278	101,2G	101,2G
8 dgl. IS 1512	99,55T	99,55T
9¼ dgl. IS 1520	102G	102G

8¼ % Anleihe

des

LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN von 1983 (1993)

– Wertpapier-Kenn Nr. 159 533 –

VERKAUFSANGEBOT

Das Land Nordrhein-Westfalen begibt aufgrund haushaltsgesetzlicher Kreditermächtigung eine 8¼% Anleihe im Gesamtnennbetrag von

DM 800.000.000,–

Von der Anleihe werden DM 600.000.000,– vom 30.11. bis 02.12.83 zum Kurs von 99 % börsenumsatzsteuer- und spesenfrei von einem Bankenkonsortium unter Führung der Westdeutschen Landesbank Girozentrale zum Verkauf angeboten. Die weiteren DM 200.000.000,– stehen dem Land Nordrhein-Westfalen zu Interventionszwecken zur Verfügung.

Ausstattung der Anleihe

Verzinsung Die Anleihe wird mit 8¼ % p. a. verzinst. Die Zinsen sind jährlich nachträglich am 01. 12., erstmals am 01. 12. 1984 fällig.

Nennbeträge DM 100,– oder ein Mehrfaches davon.

Laufzeit Die Laufzeit der Anleihe beträgt 10 Jahre.

Rückzahlung Die Anleihe wird am 01. 12. 1993 zum Nennwert zurückgezahlt.

Kündigung Die Anleihe ist weder durch den Anleiheschuldner noch durch die Anleihegläubiger kündbar.

Mündelsicherheit und Deckungsstockfähigkeit Die Anleihe ist nach § 1807 Abs. 1 Ziff. 2 BGB mündelsicher und nach § 54a Abs. 2 Ziff. 4 VAG deckungsstockfähig.

Lombardfähigkeit Die Anleihe ist nach § 19 Abs. 1 Ziff. 3d des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank lombardfähig.

Börseneinführung Die Anleihe wird unverzüglich zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Wertpapierbörsen eingeführt.

Zahlung von Zinsen und Kapital Die fälligen Zinsen und Rückzahlungsbeträge werden durch das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben. Die Verzinsung endet mit dem Ablauf des dem Fälligkeitstag vorhergehenden Tages; das gilt auch dann, wenn die Leistung nach § 193 BGB bewirkt wird.

Lieferung Vor Verkaufsbeginn wird eine Sammelschuldbuchforderung im Gesamtbetrag der Anleihe für die Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG in das Schuldbuch des Landes Nordrhein-Westfalen eingetragen. Die Ausgabe von Teilschuldverschreibungen ist für die gesamte Laufzeit ausgeschlossen (Wertrechtsanleihe). Die Erwerber erhalten einen Anteil an einem Sammeldepot in Höhe der gekauften Beträge bei der Wertpapiersammelbank über ein Kreditinstitut.

Düsseldorf, Berlin, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Essen, Frankfurt/Main, Hannover, Köln, Mainz, München, Münster, im November 1983

WESTDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
zugleich für die Sparkassen im Land Nordrhein-Westfalen

BANK FÜR GEMEINWIRTSCHAFT Aktiengesellschaft
BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK
COMMERZBANK Aktiengesellschaft zugleich für **BERLINER COMMERZBANK** Aktiengesellschaft
DELBRÜCK & CO.
DEUTSCHE BANK Aktiengesellschaft zugleich für **DEUTSCHE BANK BERLIN** Aktiengesellschaft
DEUTSCHE GIROZENTRALE – DEUTSCHE KOMMUNALBANK –
DG Bank DEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSBANK
DRESDNER BANK Aktiengesellschaft zugleich für **BANK FÜR HANDEL UND INDUSTRIE** Aktiengesellschaft
HANDELS- UND PRIVATBANK Aktiengesellschaft
BANKHAUS HERMANN LAMPE Kommanditgesellschaft
MERCK, FINCK & CO.
NATIONAL-BANK Aktiengesellschaft
NORDDEUTSCHE LANDESBANK GIROZENTRALE
LANDESBANK RHEINLAND PFALZ – GIROZENTRALE –
SAL. OPPENHEIM JR. & CIE.
SIMONBANK Aktiengesellschaft
J. H. STEIN
THE ROYAL BANK OF CANADA
TRINKAUS & BURKHARDT
WESTDEUTSCHE GENOSSENSCHAFTSZENTRALBANK eG zugleich für die Volksbanken Raiffeisenbanken im Land Nordrhein-Westfalen
WESTFALENBANK Aktiengesellschaft

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Thetjen; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,00 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Fresdorf

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich [illegible]

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch [illegible], 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-[illegible]

Psychosen des Herrn F.

Nea. – Wilhelm Furtwängler litt sein ganzes Leben darunter, daß die Welt ihn nur als Dirigenten, nicht aber als Komponisten feierte. Fast 30 Jahre nach seinem Tode hat jetzt der Komponist F. einen kleinen Triumph feiern können, freilich nur über einen Rivalen, der nie existiert hat.

Anlaß bot ein Scherz. Die Musikredakteure des Hessischen Rundfunks hatten ihn sich aus Anlaß des 50. Todestages des Komponisten Otto Jägermeiter am 22. November ausgedacht. An diesem Tag sollte Jägermeiers Sinfonische Dichtung „Psychosen" gesendet werden, so stand es – wenngleich mit dem falschen Namen „Jägermeister" – wenigstens in den Programmzeitschriften.

Nur: Dieser Jägermeier hat nie gelebt. Er ist eine Jux-Figur – wie in der *Diplomatie der legendäre Legationsrat* Edmund Dräcker oder im Sport der sagenumwobene Professor Arne Leibusch, deren von Journalisten erfundene Erlebnisse und Leistungen zum meist diebischen Vergnügen aller Eingeweihten in regelmäßigen Abständen durch die Zeitungen geistern.

Jägermeier hat seinen beiden nichtmusikalischen Konkurrenten noch etwas voraus. Er steht sogar in Hugo Riemanns Großem Musiklexikon. Der Ergänzungsband verzeichnet unter dem Namen Otto Jägermeier einen abenteuerlichen Lebenslauf (lange Jahre in Madagaskar) und Tondichtungen mit Namen wie „Die Titanenschlacht" oder „Im Urwald".

Natürlich konnte der Hessische Rundfunk, da es den Komponisten J. nie gegeben hat, auch seine „Psychosen" nicht senden. Zunächst entschuldigte sich die Ansagerin: Das Band sei plötzlich verschwunden. Später „fand" man es wieder, aber die Sendezeit erlaubte nur noch das Abspielen weniger Takte: Es war ein Ausschnitt aus einer Sinfonie von Furtwängler.

Aber dann geschah etwas, womit die Scherzbolde im Funkhaus nicht gerechnet hatten. Ein Hörer rief an. Nicht etwa, um sich über den Ulk mit Otto Jägermeier zu beschweren. Nein, er hatte lediglich an den wenigen Takten den Komponisten Wilhelm Furtwängler erkannt. Es lohnt sich eben doch, wirklich gelebt und komponiert zu haben.

Platte: Weihnachtsjazz

Einfühlsame Singers Unlimited

„Es gibt Melodien und Lieder / die bestimmte Rhythmen betreun / sie schlagen dein Inneres nieder / und du liegst am Boden bis neun." Gottfried Benns Worte, auf den Jazz gemünzt, nehmen im Falle der amerikanischen Gesangsgruppe „Singers Unlimited" geradezu faszinierende Gestalt an. Dieses New Yorker Vokalensemble mit seiner unfehlbaren Intonation, unglaublichen Perfektion und stimmlichen Intensität läßt die Zuhörer vom ersten Takt an die berühmte Gänsehaut, das wohlige „Kribbeln" verspüren, das sich bei schönen Harmoniewendungen und jazzmusikalischer Spannung einzustellen pflegt. Selbst in unserer Zeit der leichtfertig und vorschnell vergebenen Superlative steht wohl fest: „The Singers Unlimited" sind das beste Gesangsquartett der Welt.

Rechtzeitig zum Weihnachtsfest liegt die wohl beeindruckendste, anrührendste und zugleich fröhlichste LP der vier Vokal-Solisten in den Schaufenstern: „Christmas" (MPS 0068 105). Wie die betörende Bonnie Herman und ihre Kollegen Gene Puerling, Len Bressler und Don Shelton hier aus bekannten und weniger bekannten Weihnachtsliedern neue, bisher unerhörte musikalische Kunstwerke gestalten, wie sie – unnachahmlich swingend und herzlich, ohne sentimental zu sein – „Silent night", „Jesu parvule" und „Have yourself a merry little Christmas" singen: das findet in der Musikszene nicht seinesgleichen.

Die vier Top-Vokalisten besitzen allesamt das absolute Gehör: Nur so ist diese Gesangskunst mit ihren allerfeinsten Schwingungen zu erklären: Gene Puerling, der Sound-Tüftler, steuerte zwei besonders einfühlsame Arrangements bei: „It came upon a midnight" und „Silent night". Sechs Lieder sind Originalkompositionen des jungverstorbenen Jazztrompeters Alfred S. Burt; die Texte hierzu stammen von Burts Vater Bates. Insgesamt eine stimmungsvolle weihnachtliche Schlittenfahrt durch die Gefilde des modernen Jazzgesangs! In all diese Songs kann man hineinversinken wie in ein warmes Bad. Doch bietet die Platte – neben dem reinen Hörvergnügen – noch manch lehrreiches Kapitel zur Vokal-Musik von heute: Chor-Sänger, Dirigenten und überhaupt alle Freunde moderner Chorklänge können hier interessante Studien treiben. Eine solch jazzmusikalische Bewußtseinserweiterung dürfte sich in jedem Falle lohnen.

KLAUS BERGER

Paris: Uraufführung von Messiaens „Franziskus"

Ein Oberammergau der Neuen Musik

Rolf Liebermann und der liebe Gott haben Olivier Messiaen, der am 10. Dezember 75 wird, vor acht Jahren zu seiner ersten Oper inspiriert: den „Franziskanischen Szenen" in drei Akten und acht Bildern um Leben und Tod des heiligen Franz von Assisi. Beide sind also nicht ganz schuldlos am grandiosen, fast sechsstündigen frommen Debakel der Uraufführung jetzt in der Pariser Oper: einem Oberammergau sozusagen der Neuen Musik, das aus vollen Backen schier unermüdlich die Wundertaten des Heiligen rühmt.

Messiaens „Heiliger Franz von Assisi" (so, kurz und schlicht, der Titel des Werkes) übersetzt gewissermaßen Poulencs „Dialog der Karmeliterinnen" ins Franziskanische und gleichzeitig ins ganz unfranziskanisch Kolossale. Eine Kettenreaktion künstlerischer Irrtümer kommt damit in Gang, von Messiaen ebenso andacht- wie liebevoll ausgelöst.

Dabei war es natürlich kein Irrtum, den anfangs eher widerstrebenden Komponisten davon zu überzeugen, für die Bühne zu schreiben. Allein schon das siebte Bild, das der Stigmatisation, beweist zur Genüge Messiaens musikalische Macht über die Szenen. Dünnlippig frömmelnd jedenfalls wird seine Musik nie. Sie rühmt schallend den Herrn und seinen Heiligen, mit schmetternder Inbrunst, mit den Entladungen eines riesigen instrumentalen wie vokalen Apparates, die Seiji Ozawa mit seinen zierlichen Händen unerbittlich entfacht und gleichzeitig kontrolliert. Er wird der Triumphator des langen Abends, an dem sich freilich Chor und Orchester der Opéra auf imponierender Höhe zeigen. Ihr Einsatz für Messiaen kennt keine Grenzen, und er erspielte dem ehrwürdigen Komponisten und seinem Werk am Ende den verdienten Hochachtungsjubel.

In Messiaens Oper um den heiligen Franz steckt ein Oratorium, das will heraus. Es versteckt sich nur, ganz unfranziskanisch kokett, hinter den von Giotto inspirierten Kulissen, die Giuseppe Crisolini-Malatesta unaufdringlich entwarf, und läßt sich von Sandro Sequis inszenatorischem Friedenswillen vorsichtig auf der Bühne spazierenführen. Das geschieht auf recht herkömmliche Weise. Aber Sequi hat auch (anders als die meisten seiner inszenatorisch draufgängerischen Kollegen) einen einspruchsfähigen Komponisten zur Seite, der natürlich selbst noch als Patriarch auf Debütantenart alles besser weiß, sich jeder Kürzung seines Werkes strikt widersetzte und selbst noch vorschrieb, wie die franziskanischen Kutten zu gürten seien.

Messiaen hat klar erkannt, was seiner gläubigen Kunst von jeher im Wege stand: der Unglaube seiner Hörerschaft. Darüber hinaus aber hatte der begeisterte Ornithologe Messiaen, ein musikalischer Enzyklopädist der Vogelrufe aus aller Welt, immerfort über die Ignoranz eines Publikums zu klagen, das von Jahr zu Jahr Amsel, Drossel, Fink und Star in Messiaens instrumentalen Transkriptionen immer weniger auseinanderzuhalten verstand – von den Exoten in der gefiederten Schar ganz zu schweigen.

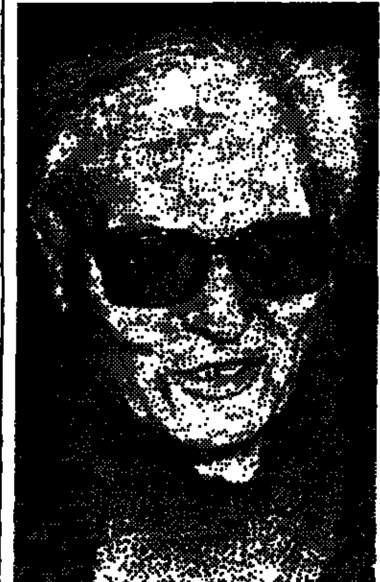
Bei Messiaen predigen gewissermaßen die Vögel durchgehend dem Heiligen Franz. Das Umgekehrte ist nur in einer einzigen Szene der Fall. Die aber spielt für sich allein weltverloren gleich eine volle Stunde. Außer dem herkömmlichen musikalisch-thematischen Material sind allen neun Rollen des Werkes (sechs von ihnen sind die franziskanischen Klosterbrüder) Vogelrufe zugesellt, die sich auf dem Höhepunkt der musikalischen Durchführung, dem Bild der Vogelpredigt, zum Konzert einer riesigen Zwitschermaschine verdichten. In ihm entlädt sich Messiaens Kunstfertigkeit in der Kompression des rhythmisch Divergierenden bei gleichzeitig höchstentwickelter Vielfarbigkeit des Klanges noch einmal auf staunenerregende Weise. Messiaens kompositorische Handschrift hat hörbar auch im Alter nichts an Originalität und unverwechselbarem Eigenwillen verloren.

Das Gedicht zu seinen frommen Szenen, die nichts als „das Fortschreiten der Gnade in der Seele des heiligen Franz" aufzeigen wollen, hat Messiaen sich aus den Schriften des Heiligen und aus der Heiligen Schrift gewonnen. Seine Sprache trägt sich in einem Arioso vor, dem die Verständlichkeit jedes Wortes erstes und höchstes Gebot ist. Das führt dazu, daß das Orchester in seiner unerhörten Farbigkeit meist nur in die Atempausen des Singens hineinexplodiert: Einwürfe von schroffer Prägnanz, die gar nicht erst versuchen, das gesungene Wort instrumental in sich aufzusaugen, sondern vor der Heiligkeit jedes einzelnen Buchstabens von vornherein kapitulieren. Wort und Ton gehen sich eher aus dem Wege, statt in musikalisch gloriosem, notfalls auch unverständlichem Rühmen zueinanderzufinden. Der Singpredigt auf der Bühne antwortet aus dem Saal responsorienhaft die Orchestergemeinde.

Die ist riesig. Sie hat im Orchestergraben zur Hälfte nur Platz. Links und rechts vor dem Bühnenportal stapeln sich Holz- und Blechbläser, drei „Ondes Martenot", Xylophon, Xylorimba, Marimba, Glockenspiel und Vibraphon bis in die Ranglogen hinein. Die Streicher im Graben kommen dagegen nicht auf. Man bekommt akustisch den fatal falschen Eindruck eines Oratoriums für Bläser und Perkussion.

Dennoch – die Seele des Werkes bläst ihm ein Sänger ein: José van Dam ist der heilige Franz und singt ihn mit wahrhaft benedeiender Stimme. Als Engel schreitet Christiane Eda-Pierre singend durch die Verkündigungsszenen. Kenneth Riegel ist ausdrucksstark der wundersam geheilte Leprose. Das franziskanische Scherenwunder freilich, aus dem frommen musikalischen Wucherwerk weiterwirkenden Teile herauszuschneiden, blieb in Paris einstweilen noch aus.

KLAUS GEITEL



Versteckt sich hinter Giotto-Kulissen: Olivier Messiaen, dessen „Franziskus"-Oper Premiere hatte FOTO: LOCHON/STUDIO X

Queue als Schwert: K. Kinos „Karambolage"

Mit tanzender Kamera

Für Frauen war in den rauchgeschwängerten Spielhallen kein Platz, als Paul Newman 1961 in „Haie der Großstadt" gegen die besten Pool-Billardspieler antrat. Auch heute, so erzählt uns die junge österreichische Regisseurin Kitty Kino in ihrem Film „Karambolage", verteidigen die Männer den grünen Tisch so entschlossen, als sei er der Heilige Gral. Doch sie müssen mit stärkerer Gegenwehr rechnen.

Zufällig gerät Judit (Marie Colbin), eine Kunstgeschichtlerin, die recht lustlos an ihrer Doktorarbeit werkelt, in eine vergammelte Jugendkneipe, wo ihr ein sanfter Rocker das kleine Einmaleins des Billards beibringt. Und da sich Judits Lebensgefährten entweder als traurige Clowns oder als gewalttätige Feiglinge entpuppen, kehrt sie den eitlen Gesellschaftsspielen der Kunstschickeria den Rücken. Wie eine Besessene beginnt sie im Billard zu trainieren, um besser zu sein als alle anderen.

Über weite Strecken des Films macht Kitty Kino ihrem Namen eindrucksvoll Ehre. Da tanzt die Kamera in tristen Hinterzimmern den Blues, da wird eine Auktion dank suggestiver Schnitte zum Krimi. Dann, wenn die Regisseurin kleinen Gesten mehr vertraut als großen Worten, gelingen ihr Szenen, die in ihrer lakonischen Präzision an Meisterwerke aus Hollywoods „Schwarzer Serie" erinnern. Doch leider kann sie sich nie recht entscheiden, ob sie ihre Heldin nun zur Königin der Nacht stilisieren oder als Galionsfigur der Frauenbewegung durch Wiener Bars schicken soll.

Wenn tattrige Männer dann gar mit Hilfe der Staatsgewalt „ihr" Spiel vor der mutigen Amazone retten wollen, kippt der Film in eine grobgewirkte Farce um. Plötzlich scheint Judit statt des Queues ein flammendes Schwert in der Hand zu halten und zum blinden Rundumschlag gegen das „starke" Geschlecht auszuholen.

Daß Kitty Kinos Film trotzdem nicht vollends zum Emanzipations-Pamphlet verflacht, liegt nicht nur am zerschlissenen Charme plüschiger Schauplätze oder an einer intelligent eingesetzten Rückblendentechnik. Vielmehr unterläuft Hauptdarstellerin Marie Colbin die Schwächen der allzu plakativen Geschichte. Sie ist kühle Spielerin und fiebrige Geliebte, ist stark und verletzlich, trotzig und traurig. Eine Frau, die manchmal zusammenbricht und dennoch nie aufgibt. Und die auf all die Phrasen im Drehbuch von Kitty Kino und Reinhard Meirer leicht hätte verzichten können.

HARTMUND WILMES



Und immer wieder Gruppengymnastik: Szene aus Meredith Monks „The Games" in der Berliner Schaubühne FOTO: RUTH WALZ

Multimedia-Spektakel: Berliner Schaubühne zeigt Monks „The Games"

Der Zuschauer ist ein Kriechtier

Anspruchsvoller und verschmockter ward wohl selten ein theatralischer Schlag direkt ins flache Wasser gelandet. Das Publikum in der Berliner Schaubühne muß wieder auf der Erde hocken. Die bequemen Sitze sind aus der teuren, neuen Schaubühne strafweise und quälerisch entfernt. Der Zuschauer als Kriechtier. Gelobt wird an dieser Stelle, was im Theater hart macht.

Wer das Programmheft für diese kuriose Veranstaltung kauft, bleibt uninformiert. Menschengesichter aller Art und Rassen sind abgebildet. Das hilft nicht weiter. Man liest in sechs Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch und auch Japanisch) Namen Unbekannter. Eine Art polyglotter Totenliste. Man wird immerhin unterrichtet, daß Frau Meredith Monk, die Veranstalterin dieses undurchschaubaren Abends, eine in Amerika hochgeachtete Multimedia-Spezialistin und Musikerin ist. Die Auflistung ihrer Preise nimmt eine halbe Programmseite ein. Ping Chong, der ihr assistiert, ist ebenfalls ein hochgeachteter Preisträger, Filmemacher, Regisseur und Medienmischer.

Es kann losgehen. „The Games" (Erinnerung an heute). Die Spieler ziehen auf wie Matadore, geleitet von einem „gamemaster", Gerd Wameling. Sie kommen mit pathetischen Schritten einher. Sie tragen schwarze Fahnen mit sich, wirbeln die in der Luft, kreisen umeinander, treiben rhythmische Spiele. Währenddessen sind an der fernen Hinterwand der Bühne unerklärliche Projektionen erschienen. Zwei Herren sitzen an einer Art elektronischer Orgel. Sie spielen Miss Monks zirpende, klirrende, stampfende, den Musiklaien schon nach einer halben Stunde tükkisch enervierende Musik. Die Schaustellung währt aber leider pausenlos, fast an die zwei lange Sitzstunden.

Auf der Bühne gesellt sich inzwischen eine Art Chor zu den „gameplayers", diese Damen und Herren sind in einer Art weißer Gesellschaftsanzug gewandet. Auch sie turnen Ausdruck ohn' Unterlaß. Sie kreisen die eigentlichen Spielmacher ein. Sie umlagern das große, hell erleuchtete Planquadrat, auf dem vorsätzlich immer nur Unerklärbares geschieht, und machen hin und wieder mit ihren Mündern teils erschreckende, teils ermüdende Musik.

Vom Tonband kommt die Stimme eines Sprechers. Er spricht Mystisches. Zu hören, daß „die Form" gut ist, für immer anstrebenswert sei: Form sei alles. Man hört, daß Vollkommenheit erstrebenswert sei. „The Games" halten die Welt zusammen. Harmonie sei unerläßlich – ach, sehr dunkel bleibt der Rede Sinn.

Und nun immer wieder Gruppengymnastik, Gesten werden geübt, oft sind die schön. Dann wird das große Planquadrat des leeren Sinnspiels in choreographische Teilstücke gestükkelt. Andeutungen von Gefühlen, von Erregungen, von reinem Spieltrieb werden dargestellt. Die fünf Vorturner, alles wichtige Darsteller des Schaubühnen-Ensembles, mühen sich in ihren Gymnastikübungen des Tiefsinns. Aber ein Licht wird dem Zuschauer nicht aufgesteckt. Der erhebt sich – mutigere Teile des Publikums haben schon nach 30 Minuten den Zuschauerraum verlassen – verdutzt und bandscheibengeschädigt aus seinem Hocksitz. Er hat einem theatralischen Dunkelschießen von Hornberg beigewohnt. In den klammen Beifall mischen sich dezidierte Buhrufe.

Vielleicht sind wir für Miss Meredith Monks Exerzitien des tiefsinnigen Leerlaufs zu dumm. Vielleicht hat unser Theater für die vielfach verknotete Mystik dieser neuen Propheten noch gar nicht den rechten Zugang. Vor fünf Jahren hat sie uns schon einmal verdutzt mit einer Wanderoper, in der das Publikum von einem alten Flohkino in Kreuzberg über ein Ruinenfeld am Anhalter Bahnhof bis in die alte Schaubühne wandern mußte. Auch da blieb uns schon, wandermüde, der tiefere Sinn verborgen. Die „Schaubühne" ist aber doch als „zeitgenössisches Theater" angetreten, strikt mit dem Anspruch einer aktuellen Durchschaubarkeit und auch Verwendbarkeit. Wo sind die Zeiten hin?

FRIEDRICH LUFT

München erinnert an die Maler Gött und Teutsch

Geschmeidige Lichter

Während in Berlin und Dresden in den zwanziger Jahren der Expressionismus wie ein neuer Sturm und Drang zur Entfaltung kam, hat der Süden, mit München als Vorort, die Verbindungen der Malerei mit den mannigfaltigen Überlieferungen und dem klassischen Erbe nie abreißen lassen. Eine kräftige Welle des expressionistischen Stroms erreichte freilich auch München. Dafür standen Namen wie Marc, Weißgerber, Achmann, Unold und Hans Gött. Zugleich aber brach sie sich hier. Auf das gedanklich-abstrakte Element hat man sich fast gar nicht eingelassen, wenn man von Kandinsky absieht. Dafür besann man sich auf die deutsch-römische Tradition des Landschafts- und Figurenbildes und auf Namen wie Marées und Cézanne. Im Gegensatz zu den Strömungen des Nordens konnte man von einer romantischen Bewegung der Münchner Malerei sprechen.

Zu den großen Namen gehören Hans Gött (1883–1974) und Walther Teutsch (1883–1964). Ihr hundertster Geburtstag war der Anlaß zu einer Retrospektive mit etwa 150 Gemälden in den Räumen der Bayerischen Akademie der Schönen Künste in der Münchner Residenz. Gött war Münchner, kam durch Purrmann nach Paris und wurde Schüler von Matisse. Ersten großen Erfolgen machte das Dritte Reich ein Ende. Seit 1946 lehrte er an der Akademie der Künste. Seine Vorbilder waren Giotto, Goya, Karl Haider, Cézanne und Karl Hofer.

Teutsch kam aus Kronstadt in Siebenbürgen, studierte in München bei Obrist, Stuck und Habermann und gehörte zu den Gründern der Neuen Sezession (1914). Sein Ideal war Marées. Nach dem Krieg erwarb er die deutsche Staatsangehörigkeit und lehrte an der Münchner Kunstgewerbeschule (Riemerschmid). Auch seine Bilder wurden während des Dritten Reiches aus den Galerien entfernt. Seit 1946 lehrte er an der Kunstakademie.

Die Verdienste dieser Maler kreuzen sich mit denen von Unold, Lichtenberger, Coester, Schrimpf, Troendle. Sie liegen im streng durchgebildeten, kompositorisch bestimmten Figurenbild. Bukolische Szenen, sommerliche Gewässer mit Badenden, Pferde und Ochsen, Gebirgslandschaften in allen Jahreszeiten und Porträts, vor allem von Frauen, sieht man auf ihren Bildern. Es sind ideale und manchmal Traumlandschaften, sowie auch das Leben auf dem Lande den idealen Bildaufbau im klassischen Sinne wieder aufnimmt. Was bei den Nazarenern formal und „akademisch" wirkte, ist bei ihnen bewegt und wird in einer reichen Skala von Farben, Tönen und atmosphärischen Schwingungen ausgedrückt.



In der klassischen Traditionslinie: „Knabe mit Blume" von Walther Teutsch (1909), aus der Münchner Ausstellung FOTO: RABANUS

Teutsch nimmt das klassische Motiv der Tiere und der nackten Frau vor weiten Räumen wieder auf. Auf den Mädchenakten des Hans Gött ist das Licht in seinen vielfältigen Brechungen durch Bäume, Wasser, den hohen Himmel Bayerns so visionär, daß man sich an Cézannes Wort erinnert fühlt, diese Effekte seien „die Sache selbst". Das Wasser ist schieferblau, das Fleisch braun-grün-ockerig, der Himmel weit und bewegt. In der Zeichnung liegt eine wunderbare Geschmeidigkeit, welche durch flächige Farbgebung noch erhöht wird: Die Lichter spielen auf den Gliedern.

In den Jahren seit etwa 1955 geriet diese Malerei in Vergessenheit, da sie von den Abstrakten verdrängt wurde. Die Ausstellungen der jüngsten Zeit und die hohen Preise dieser Maler auf den Auktionen der letzten zwei Jahre zeugen nicht nur von einer Renaissance der Richtung, sie machen auch die außerordentliche Qualität dieser Maler wieder deutlich. (Bis 24. Feb. 84, kein Katalog)

CURT HOHOFF

MUSIKKALENDER

- **3. Stuttgart,** Staatstheater; Neumeier: Endstation Sehnsucht (U) **Mannheim,** Nationaltheater; Streul: Das Geheimnis der Wolfsschlucht (U)
- **4. Hamburg,** Staatsoper; Schönberg: Ein Überlebender aus Warschau / Die glückliche Hand / Die Jakobsleiter (ML: Dohnanyi, R: Mussbach)
- **8. Hamburg,** Opera stabile; Offenbach: Bagatelle / Ba-Ta-Clan (DE) (ML: Schandert, R: Gehlen) **Wien,** Staatsoper; Massenet: Manon (ML: Fischer)
- **9. Gelsenkirchen,** Musiktheater im Revier; Donizetti: Der Liebestrank (ML: Mayrhofer, R: Kupke)
- **10. Düsseldorf,** Deutsche Oper am Rhein; Donizetti: Der Liebestrank (ML: Erede, R: Schenk)
- **11. Augsburg,** Stadttheater; Strauss: Der Rosenkavalier (ML: Weil, R: Thoma)
- **16. Wuppertal,** Opernhaus; Weill: Die sieben Todsünden (Ch: Bausch)
- **17. Oberhausen,** Stadttheater; Lothar: Tyll Eulenspiegel (ML: Bernet, R: Gerhards, A: Lenica)
- **18. Berlin,** Deutsche Oper; Offenbach: Orpheus in der Unterwelt (R: Friedrich) **Frankfurt,** Opernhaus; Berlioz: Die Trojaner (ML: Gielen, R: Berghaus)
- **20. Darmstadt,** Staatstheater; Klebe: Die Fastnachtsbeichte (U) (ML: Drewanz, R: Horres, A: Reinhardt) **Wien,** Staatsoper; Ballettabend: Sinfonie in D / Wiener Skizzen / Die Puppenfee **Zürich,** Kongreßhaus; Honegger: Johanna auf dem Scheiterhaufen (ML: Leitner, R: Drese)
- **21. Köln,** Opernhaus; Verdi: Falstaff (ML: Pritchard, R: Hampe)
- **25. Bonn,** Bühnen der Stadt; Mozart: Don Giovanni (ML: Kuhn, R: Riber)

JOURNAL

Vorerst kein Pariser Kulturhaus in der „DDR"

AP, Ost-Berlin

Die ursprünglich für Freitag vorgesehene Eröffnung eines französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin ist überraschend auf unbestimmte Zeit verschoben worden, nachdem der französische Außenminister Claude Cheysson, der ursprünglich an der Eröffnung teilnehmen sollte, seinen Besuch unter Hinweis auf Vorbereitungen für den Athener Gipfel der Europäischen Gemeinschaft abgesagt hat. Das französische Kulturzentrum soll das erste seiner Art eines westlichen Landes in der „DDR" werden. Für Frankreich überraschend wurde nach Abschluß des Vertrages über die Errichtung gegenseitiger Kulturzentren in Ost-Berlin und Paris erst kürzlich eine „Verordnung über die Tätigkeit von Kulturzentren anderer Staaten in der DDR" erlassen. Dort heißt es unter anderem: „Die Mitwirkung von Bürgern der DDR an Veranstaltungen bedarf der vorherigen Zustimmung des Büros für Kulturzentren."

Jahresversammlung des Goethe-Instituts

RMB, München

„Das Goethe-Institut sieht sich nicht als Instrument der jeweiligen Regierung. Es fühlt sich vielmehr ebenso dem Gesamtparlament als auch der Opposition und der Gesellschaft mit ihren wichtigsten Gruppen verpflichtet", erklärte der Präsident Klaus von Bismarck anläßlich der Jahresversammlung des Goethe-Institutes in München. Für 1984 erwartet das Goethe-Institut eine Zuwendung in Höhe von rund 173 Millionen Mark. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Steigerung um rund 5,7 Millionen. Für die kommende Zeit plant das Institut verstärkte Aktivitäten in den USA. 1983 wurden hier die Institute in Seattle, Vancouver, Ann Arbor und in Los Angeles gegründet. Derzeit gibt es 135 Kulturinstitute in 66 Ländern und 13 in der Bundesrepublik. Sorge bereitet den Verantwortlichen die Personalsituation. In den Jahren 1982 und 1983 wurden 23 Planstellen abgebaut. Für 1984 ist allerdings ein weiterer Stellenabbau nicht vorgesehen.

„Sunrise" kommt jetzt doch in die Kinos

dpa, München

Der Filmklassiker „Sunrise" von Friedrich Wilhelm Murnau kann jetzt doch von dem Münchner Verleih Concorde-Film in die Kinos der Bundesrepublik gebracht werden. Die Twentieth Century International erwarb von den Felix-Bloch-Erben, den Nachlaßverwaltern der Werke Sudermanns, die Aufführungsrechte für den Film zurück (siehe WELT vom 23. u. 25. 11.). Im Dezembber startet der Film in Köln und Frankfurt.

Werkausgabe zum Todestag von George

DW. München

Zum 50. Todestag von Stefan George am 4. Dezember hat der Deutsche Taschenbuch Verlag, München, eine vierbändige Kassette herausgebracht: „Werke" (1224 S., 48 Mark). Es ist dies die erste Taschenbuchausgabe der Dichtung Georges überhaupt, wenn man einmal von einem schmalen Reclam-Heftchen absieht. Es handelt sich um einen vollständigen Nachdruck der von Robert Boehringer herausgegebenen Auflage in zwei Bänden (3. Aufl., 1976). Während die dtv-Edition im Schriftbild einer gemäßigten Version der eigenwilligen StG-Schrift folgt, hat man bei den „Sämtlichen Werken in 18 Bänden", deren Band 13/14 ebenfalls jetzt erschienen ist („Baudelaire: Die Blumen des Bösen. Umdichtungen", Verlag Klett-Cotta, Stuttgart, 189 S., 45 Mark), darauf zugunsten einer leichter lesbaren Type verzichtet.

Kulturforum in Bogotá im Zeichen der Trauer

AFP, Bogotá

Im Zeichen der Trauer stand die Eröffnung des ersten lateinamerikanischen Kulturforums in Bogotá. Vier Dichter und Schriftsteller, die an dem Treffen teilnehmen wollten, waren bei dem Flugzeugabsturz bei Madrid ums Leben gekommen. Der kolumbianische Präsident Belisario Betancur würdigte in seiner Eröffnungsrede die Toten, den peruanischen Schriftsteller Manuel Scorza, den Mexikaner Jorge Iberguen, den Uruguayer Angel Rama sowie dessen Ehefrau, die Kunstkritikerin Marta Traba.

„Jean-Paul-Preis" für H. E. Holthusen

AP, München

Der Schriftsteller Hans Egon Holthusen erhält den bayerischen Literaturpreis, der in diesem Jahr zum ersten Mal vergeben wird. Die mit 25 000 Mark dotierte Auszeichnung trägt die Bezeichnung „Jean-Paul-Preis" und wird von jetzt an alle zwei Jahre in Würdigung des literarischen Gesamtwerkes eines deutschsprachigen Schriftstellers verliehen. Im nächsten Jahr wird zum ersten Mal dieselbe Auszeichnung als „Karl-Vossler-Preis" vergeben (ebenfalls 25 000 Mark).

Bikini-Insulaner hoffen wieder auf Rückkehr

DW. Washington

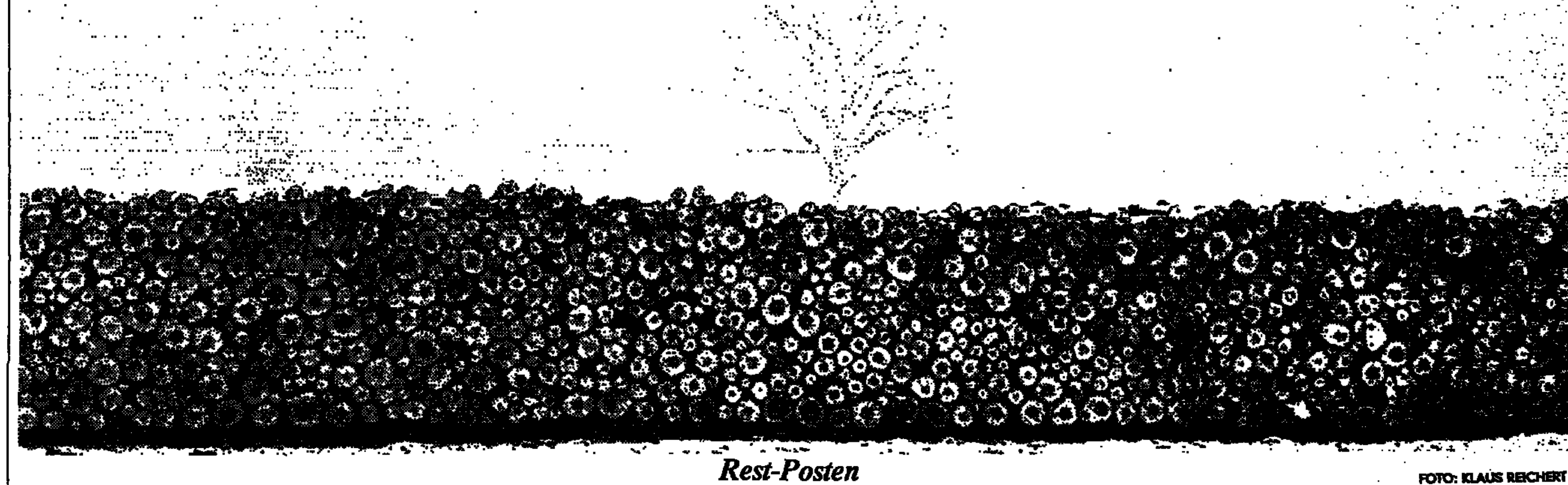
Für die ehemaligen Bewohner der Bikini-Inseln gibt es neue Hoffnung: Vielleicht können sie doch noch einmal zurück in ihre Heimat. Eine Gruppe von US-Wissenschaftlern legte eine Studie vor, aus der hervorgeht, daß das Pazifik-Atoll, das vor fast 30 Jahren bei amerikanischen Atomtests radioaktiv verseucht wurde, wieder bewohnbar gemacht werden kann. Dazu sei es nötig, die radioaktive Verseuchung des Bodens zu neutralisieren, damit auf den Inseln wieder Obst und Gemüse angebaut und ohne Gefahr für die *Gesundheit verzehrt werden könne.*

Die Wissenschaftler schlagen deshalb vor, auf den 26 zum Bikini-Atoll gehörenden Inseln entweder den Boden in einer Höhe von 41 Zentimetern abzutragen und mit neuer Erde aufzufüllen, oder gleich die verseuchte Oberfläche mit einer 38 Zentimeter dicken Schicht frischer Erde abzudecken. Diese Maßnahmen sollen, wie die „International Herald Tribune" berichtet, insgesamt 100 Millionen Dollar kosten. Die 1100 Bikini-Insulaner, die 1946 evakuiert wurden und jetzt 700 Kilometer weiter südlich auf der Insel Kili leben, hoffen, daß der US-Kongreß aufgrund der neuen Studie die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt.

Obwohl es eine ähnliche Reinigungs-Aktion, die 120 Millionen Dollar verschlang, bereits unter der Carter-Regierung auf dem ebenfalls atomar verseuchten Eniwetok-Atoll gegeben hat, zeigte die Reagan-Administration bisher wenig Neigung, einem solchen Unternehmen zuzustimmen. Ohne die von den Wissenschaftlern vorgeschlagene Therapie wären die Bikini-Inseln jedoch erst in 100 Jahren wieder strahlenfrei.

Gingen die Bewohner vorher zurück, so könnten sie sich zwar bedenkenlos von Fischen und Regenwasser ernähren; sobald sie aber auf der Insel gewachsene Produkte zu sich nähmen, so warnt die Studie, bestünde ein erhöhtes Krebsrisiko. Wie die Wissenschaftler herausfanden, absorbieren die Pflanzen die auch heute noch im Boden gespeicherten radioaktiven Stoffe, die sich dann in den Früchten konzentrieren.

Daran war eine Wiederbesiedlung schon einmal gescheitert. Bereits im Jahre 1968 hatte man die Inseln für bewohnbar erklärt, mit der Auflage, die Insulaner ausschließlich mit importierten Lebensmitteln zu versorgen. Die Versorgung funktionierte jedoch nicht reibungslos und die hungrigen Bewohner begannen, sich von einheimischen Kokosnüssen zu ernähren. Bei einer Reihenuntersuchung zehn Jahre später wurden bei den Menschen dramatisch gestiegene radioaktive Werte gemessen, woraufhin man sie ein zweites Mal evakuieren mußte.



Rest-Posten FOTO: KLAUS REICHERT

Industrie wehrt sich gegen „Aspirin-Verbot"

Pharma-Verband: Ärzte werden bevormundet und behindert

JOCHEN AUMILLER, **München**

Mit seiner letzten Entscheidung, 43 acetylsalizylsäurehaltige Kombinationspräparate vom Juli '84 an zu verbieten und bei 342 anderen Warnhinweise in den Packungsbeilagen zu verlangen, hat das Bundesgesundheitsamt (BGA) einen Großteil der pharmazeutischen Industrie gegen sich aufgebracht. Es wird Widersprüche hageln, man will das Diktat des BGA nicht einfach hinnehmen, verlautet von seiten der Pharmaindustrie. Das Verbot von 43 Kombinationspräparaten, darunter auch das bekannte Dolviran (Hersteller: Bayer) ist nach Ansicht des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie „in der Mehrzahl der Fälle nicht gerechtfertigt". Außerdem stünden die meisten der inkriminierten Präparate unter Rezeptpflicht. Das bedeute, daß die Verantwortung für die Verschreibung beim Arzt liege.

In der Stellungnahme des Pharma-Bundesverbandes heißt es dazu: „Mit dem Widerruf der Zulassung wird der Arzt in ungerechtfertigter Weise bevormundet und in seiner Therapie behindert." In seiner Begründung weist das BGA auf die Nutzen/Risiko-Abschätzung hin. Nicht die altbekannte Acetylsalizylsäure wurde dabei *in erster Linie beanstandet*, sondern die Kombinationspartner.

Bei den übrigen Hundertschaften von Acetylsalizylsäure-Medikamenten möchte das BGA die Anwendung eingeschränkt wissen. Sie sollen nicht mehr für Beschwerden in allen Lebenslagen geschluckt, sondern lediglich zur Behandlung von Schmerzen, Rheuma und zur Blutgerinnungshemmung angeboten werden. Diese 342 betroffenen Kombinationspräparate sollen künftig spezielle Warnhinweise tragen.

Allen voran das sogenannte Reye-Syndrom, eine sehr „seltene Erkrankung, die bei an Virusgrippe oder Windpocken erkrankten Kindern und Jugendlichen auftreten kann und deren Auftreten zum Teil mit der Gabe von acetylsalizylsäurehaltigen Arzneimitteln in Verbindung gebracht wird". So das Bundesgesundheitsamt. Es gibt aber durchaus ernst zu nehmende Zweifel an diesem vermuteten Zusammenhang Reye-Syndrom und Aspirin. Beim Reye-Syndrom kommt es unter anderem zu einer akuten Hirnschädigung, die tödlich enden kann. Der wirtschaftliche Aspekt des Verbots ist nicht so gravierend wie ursprünglich vermutet. Man rechnet, daß die 43 Präparate ein Umsatzvolumen von jährlich 1,2 Millionen Mark erreichen – für die Pharmaindustrie eher ein kleiner Fisch. Unter den acetylsalizylhaltigen Pharmaka, die aus dem Markt genommen werden sollen, sind u. a. Dolviran, Dolomo, Fortalidon und Veralgin. Weitaus bekannter sind die *Präparate, die künftig Warnhinweise* in den Beipackzetteln tragen und deren Anwendung auf bestimmte Krankheitssymptome bzw. -bilder eingeschränkt werden sollen: Spalt A, Quadronal A, Vivimed S+K, Thomapyrin, Togal, Gelonida (alles Handelsnamen).

Eine neue Kommission zieht von Bonn aus in den Papierkrieg

„Geschäftsstelle Entbürokratisierung" im Bundesinnenministerium meldet erste Erfolge

ERHARD NITSCHKE, **Bonn**

„Früher genügte es, wenn vor dem Schützenfest der Vereinschef zum Bürgermeister ging und die Formalien regelte – warum muß heute der gesamte Vorstand tagelang unterwegs sein, um den Papierkrieg zu erledigen?" Solche Fragen beschäftigten die *„Unabhängige Kommission* für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung des Bundes" in Bonn auf ihrer ersten Sitzung. Die Kommission unter Vorsitz des Parlamentarischen Staatssekretärs Horst Waffenschmidt hat das Bundesinnenministerium berufen, um genau das zu verhindern, was jahrzehntelang in Bonn praktiziert wurde: die Produktion immer neuer Gesetze und Verordnungen, die – siehe Schützenfest – das Aufstellen von Fahnen oder die Regelung des Toilettenwesens sogar zur Ländersache machten.

„Mit großer Mühe", so der Bundestagsabgeordnete Herbert Helmrich (CDU) als Mitglied der Kommission, sei es in der Vergangenheit gelungen, bei Viehzählungen in Erfüllung von Gesetzen der Europäischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland das Ziegenzählen abzuschaffen und sich statt dessen mit der ziemlich genauen Schätzzahl von 30 000 dieses einst auch hier weitverbreiteten Haustiers abzufinden. Helmrich, Vorsitzender einer von ihm gegründeten „Gesellschaft zur Förderung der Entbürokratisierung e. V.", kämpft jetzt gegen eine EG-Spielzeug-Richtlinie, nach der künftig jedes Auto, jede Puppe oder jeder Brummkreisel eine Art TÜV-Prüfzeichen erhalten soll.

Das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, der Oberkreisdirektor a. D. Hans Tiedeken, der als sachverständiger Kommunalpolitiker jetzt Kommissionsmitglied in Bonn wurde, schilderte die *Hindernisse*, die sich vor einer Gemeinde auftürmen, die ein Altenheim bauen will und vor den überholten Ausstattungsvorschriften kapituliert, „die den gewollten Normierungseffekt ad absurdum führen". Ähnlich sei es mit einer Bau-Norm für eine 80-Quadratmeter-Wohnung, nach der im ganzen Bundesgebiet nur deswegen gebaut werde, „weil sie nun mal da ist", obwohl dadurch verhindert wird, daß zu Lasten der Küche der Platz für Kinder vergrößert wird.

Im Bauwesen hat sich die Kommission das Ziel gesetzt, die völlige Streichung des „Städtebauförderungsgesetzes" zu erreichen, ohne daß die finanzielle Förderung darunter leidet. 500 DIN-Vorschriften im Bauwesen sollen mit dem Ziel überprüft werden, „die meisten" davon auf Nimmerwiedersehen verschwinden zu lassen. Nach den Feststellungen von Kommissionsmitgliedern werden Sparsamkeits-Initiativen in Städten und Gemeinden verschüttet, wenn beispielsweise Qualität und vielleicht sogar Farbe von Kacheln für „Naßzellen" in Altenheimen reglementarisch vorgeschrieben sind.

Solche Feinheiten sollen künftig zur Entscheidung dem überlassen werden, der auch die Folgelasten zu tragen hat. Als „übergroßes Ausstattungsbedürfnis" gelten in diesem Zusammenhang auch gepolsterte Wände in Turnhallen, „nur weil irgendwann mal jemand gemeint hat, daß sich da jemand daran stoßen könnte".

Beim *Durchforsten* geltenden Rechts soll die Kommission aber auch darauf achten, daß die Flut immer neuer Vorschriften eingedämmt wird. „Papierkorb-Beauftragte" in jedem Ministerium sollen Verordnungen und Reglements aus den einzelnen Abteilungen noch einmal überprüfen, bevor sie auf den Weg zur „Gesetzwerdung" gebracht werden. Über die Organisation dieser Gesetzes-Verhinderer soll in der nächsten Sitzung der Kommission am 13. Februar gesprochen werden. Bis dahin sammelt das neue Gremium noch Aufträge. Man hofft auf Vorschläge aus der Bevölkerung und bat auch den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages, entsprechende Fälle zur Bearbeitung an das jetzt schon mit Briefkopf „Geschäftsstelle Entbürokratisierung" zeichnende Büro im Bundesinnenministerium abzugeben.

Als Modell eines Erfolges wird übrigens die bereits durchgebrachte Änderung des Grunderwerbssteuer-Rechts angeführt. Dabei waren bisher rund 2000 Beamte bundesweit damit beschäftigt, nur noch 15 bis 20 Prozent aller Vorgänge zu erfassen, weil der Rest unter „Ausnahmeregelungen" fiel.

Seite 2: Unbürokraten

Bisher 14 AIDS-Tote in Deutschland

rtr, Bonn

In der Bundesrepublik Deutschland sind nach Angaben des Bundesgesundheitsministeriums bislang 14 Menschen an einer erworbenen Immunschwäche (AIDS) gestorben. Insgesamt seien 44 Krankheitsfälle bekannt. Die Erkrankten seien fast ausschließlich Männer. Bis Ende nächsten Jahres rechnet das Ministerium mit 250 bis 300 AIDS-Kranken. Die Erkrankten aus der Bundesrepublik Deutschland hätten sich im Ausland angesteckt. Eine Forschungsgruppe, die im Auftrag des Bonner Ministeriums Maßnahmen gegen die Krankheit beriet, forderte die weitere Beobachtung der Erkrankten, um eine Verbreitung von AIDS zu verhindern. Besondere Vorsicht ist nach Ansicht von Fachleuten in Krankenhäusern geboten, um das Personal vor Ansteckung zu schützen.

100 000 Dollar für Angehörige

AFP, Seoul

Die Familien der 110 koreanischen Opfer des von sowjetischen Abfangjägern über der Insel Sachalin abgeschossenen koreanischen Jumbo-Jets erhalten ein Schmerzensgeld von 100 000 Dollar – 75 000 Dollar von der Versicherung, den Rest übernimmt „Korean Airlines".

Heiße Spur?

rtr, London

Scotland Yard verfolgt auf der Jagd nach den Rekord-Goldräubern offenbar eine neue Spur. Aus diesem Grund wurde auch eine für Montag angesetzte Polizeipressekonferenz abgesagt. Ein Sprecher erklärte, wegen einer neuen Spur seien intensive Ermittlungen angelaufen.

Frankreich: 0,8 Promille

dpa, Paris

Die französische Nationalversammlung hat gestern die Senkung der Promille-Grenze im Straßenverkehr von 1,2 auf 0,8 beschlossen.

Heineken bald frei?

AFP, Amsterdam

In Amsterdam hielt sich gestern hartnäckig das Gerücht um eine unmittelbar bevorstehende Freilassung des entführten holländischen Großindustriellen Alfred Heineken und seines Chauffeurs Ab Doderer. Angeblich soll ein Lösegeld in Höhe von 30 Millionen Mark gezahlt worden sein.

Smith and Wesson zahlen

SAD, Austin

Weil sein Revolver im entscheidenden Moment versagte, starb der Sheriff Charles Billy Lacey in Texas bei einer Schießerei mit Gangstern. Die Waffenfirma Smith and Wesson, Hersteller des Revolvers, erklärte sich jetzt bereit, der Witwe des Sheriffs umgerechnet zwanzig Millionen Mark zu zahlen.

Neue Bilanz: 181 Tote

AP, Madrid

Bei der Flugzeugkatastrophe in Madrid am Sonntag sind nach letzten offiziellen Angaben 181 und nicht, wie ursprünglich gemeldet, 183 Menschen ums Leben gekommen. Der Zustand Peter Steinmanns, des einzigen überlebenden Deutschen, wird weiter als kritisch bezeichnet.

WETTER: Bewölkt und kalt

Wetterlage: Auf der Rückseite eines Tiefs, das von Südnorwegen unter Abschwächung südostwärts zieht, fließt kalte Meeresluft nach Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 29. November 1983, nachm.

Vorhersage für Mittwoch:

Gesamtes Bundesgebiet: Wechselnd, in der Osthälfte meist stark bewölkt mit einzelnen Schneeregen- und Schneeschauern. Tagestemperaturen im Osten um null Grad Celsius, in der Westhälfte bei 4 Grad. Nachts Frost zwischen minus 2 und minus 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Trocken, tagsüber vielfach sonnig, weiter zurückgehende Temperaturen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	3°	Kairo	25°
Bonn	8°	Kopenh.	0°
Dresden	2°	Las Palmas	21°
Essen	6°	London	8°
Frankfurt	8°	Madrid	10°
Hamburg	2°	Mailand	16°
List/Sylt	5°	Mallorca	18°
München	4°	Moskau	6°
Stuttgart	5°	Nizza	11°
Algier	19°	Oslo	–5°
Amsterdam	8°	Paris	10°
Athen	18°	Prag	3°
Barcelona	15°	Rom	12°
Brüssel	9°	Stockholm	–6°
Budapest	6°	Tel Aviv	26°
Bukarest	9°	Tunis	18°
Helsinki	–10°	Wien	6°
Istanbul	16°	Zürich	4°

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 8.04 Uhr, Untergang: 16.18 Uhr, Mondaufgang: 4 Uhr, Untergang 15.02 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Wanderstreik sorgt für Stunk in den Niederlanden

Seit sechs Wochen treten Beamte im ganzen Land in den Ausstand / Mit Millionenverlusten der Wirtschaft wächst Angst um Arbeitsplätze

ELFRUN JACOB, **Den Haag**

Es stinkt zum Himmel. Seit Wochen streikt die Müllabfuhr in Amsterdam und Rotterdam. Die Amsterdamer Zeitung „Het Parool" schrieb dazu in bitterer Ironie einen Fotopreis für den Leser aus, der ein Foto mit den Müllbergen und zwei Ratten bringt – Müllberge mit einer Ratte seien schon alltäglich, meint die Zeitung.

Zur Zeit legt eine Blockade der Stadtwerke den gesamten öffentlichen Verkehr in Amsterdam lahm; in Rotterdam fahren schon seit Tagen keine Metro, kein Bus, keine Tram mehr. Aber es trifft auch schon kleinere Gemeinden. Stadtwerke, Müllabfuhr, Eisenbahn, Bus, Kommunalämter, Post und Zoll – nichts entgeht den Streiks und Bummelaktionen der Beamten. Und das alles, weil die Regierung im Rahmen ihres Sparprogramms von Neujahr '84 an drei Prozent weniger Gehalt zahlen will.

Die Schalmeien von Ministerpräsident Lubbers, es handele sich um eine Kürzung der Bruttogehälter – netto werde der Beamte das gleiche in der Lohntüte finden wie im Dezember, klingen falsch in den Beamtenohren. Die Beamtengewerkschaften kontern, in den letzten Jahren hätten die Gehälter der Beamten insgesamt zwölf Prozent an Kaufkraft eingebüßt. Die christlich-liberale Regierung aber bleibt hart.

Vor sechs Wochen begannen die Aktionen der unzufriedenen Staatsdiener mit einer dramatischen Nachtsitzung des Amsterdamer Bahnpersonals. In der rush hour am nächsten Morgen blieben die Gleise leer. Und so ist es heute noch – zur Zeit in der Region Alkmaar. Dort frönen die Eisenbahner einem Drei-Tage-Streik. Der Streik wandert durch das Land. Noch immer treffen seine Speerspitzen empfindlich ins Fleisch.

Vor allem beim kleinen Mann, der auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen ist. „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will." Der Vorsitzende der stärksten (sozialistischen) Beamtengewerkschaft, Jaap van de Schreur, übersetzt diesen Kampfruf der 20er Jahre in die heutige Zeit: „Die eine Million Beamten sind die einzige Macht, die der Regierung die Stirn bieten können. Wir werden das tun bis zum bitteren Ende." Das Ende ist noch nicht abzusehen.

Jaap, ein Riese mit Manchesterhose und eisgrauem Schnäuzer – ist inzwischen untergetaucht. Als seine Frau eine schwere Granate in ihrem Gärtchen in Hoek van Holland entdeckte, verließ Jaap das freundliche *Reihenhaus.*

Wie die Beamten, so kommt allmählich auch das gepiesackte Publikum in Wallung. Wütende Bauern blockierten mit gefüllten Jauchewagen das Portal des Hauptquartiers der Gewerkschaft in Zoetermeer. Kaum hatte die Polizei die Protestler vom Gelände entfernt, nahmen die Zuschauer die Chance wahr und entriegelten die Jauchetonnen. „Uns stinkt's", riefen sie.

Als die Stadt Delft diese Woche ohne Strom war und die Delfter auf ihr Fernsehen verzichten mußten, dachten sie sogleich an den Streik und warfen Blumenkästen durch die Fenster der Stadtwerke. So viele beschwerten sich per Telefon, daß zum (unbeabsichtigten) Stromausfall auch noch der Zusammenbruch des Telefonnetzes kam.

Auch der Zoll arbeitet nach Dienstvorschrift. Transportunternehmer und Wirtschaft erleiden Millionenverluste – vor allem die Produzenten und Exporteure von Salat, Frischgemüse, Blumen oder Agrarprodukten.

Drei Wochen lang war die Post bestreikt – durch eine „Handvoll" Streiker, die die Verteilerzentralen lahmlegten. Auch das – Millionenverluste für die Post selbst, für die Wirtschaft, hier vor allem für die Versandunternehmen, darunter die deutschen Riesen Otto und Neckermann. Gerichtspräsident Wijnholt im Haag beendete den Poststreik jetzt mit einer Einstweiligen Verfügung.

Die Folgen aber sind verheerend genug. Durch den Müll in den Straßen und den Stopp des öffentlichen Verkehrs kommt auch das Weihnachtsgeschäft nicht in Gang. Schuld haben auch die Politiker. Seit Jahren ist die Frage „Streikrecht für Beamte" nicht beantwortet worden. Ein Gesetzentwurf liegt ebenfalls jahrelang unbearbeitet in den Schubladen.

ZU GUTER LETZT

„In Barcelona sind 20 Prozent aller Arbeitnehmer ohne Job, in Sevilla gut 30 Prozent." Aus dem „Spiegel"





Die Stadt ist sauber geworden

Streifzug durch die Geschichte der Ruhrmetropole / Die rauchenden Schlote sind verschwunden

Von HANS BAUMANN

Aus der Geschichte von Essen ragt eine Gestalt heraus, die die Historiker an den Anfang dieser menschlichen Siedlung an der Ruhr setzen: Bischof Altfrid von Hildesheim. Mitte des neunten Jahrhunderts war Altfrid in Rom. Dort erwarb er von Papst Sergius II. Reliquien der Brüder Damian und Kosmas, die Wunder getan hatten und den Märtyrertod starben. Sie sind die Schutzheiligen des Essener Münsters, der Stiftskirche einer Frauenkongregation, von der man annimmt, daß sie von Altfrid gegründet worden ist.

Der ethische Boden für eine aufstrebende Siedlung war bereitet. Was die Energie anging, so wärmte man die Stuben zu jener Zeit wie überall im Lande: mit Holz, das man aus den Urwäldern entlang dem Tal der Ruhr schlug. Die ersten Büchsenmacher in Essen beizten ihre Essen mit Holzkohle. Essen haben in Essen immer geglüht. So tief man auch in den Archiven der Stadt schürfen mag, auf Kohle stößt man erst im Jahr 1317. In einer Hausordnung einer Herberge für Bettelmönche steht zu lesen, an welchem Platz sie ihr Holz und ihre Kohlen lagern können.

Die Bettelmönche geben schon einen Fingerzeig: Kohle war der Brennstoff der armen Leute, sie rußte, stank nach Schwefel und war nur schwer entzündbar. Erst Jahrhunderte später, als man dank den Dampfmaschinen das Grundwasser beherrschte und in größere Tiefen vorstoßen konnte, förderte man den „sauberen" unter den schwarzen Brennstoffen: Anthrazit.

Welchen Dreck die oberflächennahen Kohlen in jenen Zeiten verbreitet haben müssen, geht aus der Tatsache hervor, daß in England Mitte des 13. Jahrhunderts das Heizen mit Kohle verboten wurde, um die Luft rein zu halten.

Das Wort Bergbau verrät einiges über den Beginn dieser „Industrie". Man stieß in die Berge und Hügel des Ruhrtales vor, grub waagerechte Stollen in sie hinein, weil man so dem Grundwasser entging. Man trieb also Baue in den Berg vor: Bergbau.

Was auf diese Weise zu Tage gebracht wurde, reichte für den spärlichen Bedarf. Eigentümer der Kohle war der Staat. Kaiser und Könige hatten seit dem 11. Jahrhundert Zugriff auf alle Bodenschätze durch das erlassene Bergregal. Vom 13. Jahrhundert an ging dieses Regal auf die Landesherren, in Essen also auf die Äbtissin, über, die dem Finder von Kohle ein Abbaurecht einräumen konnte – gegen einen „Bergzehnt", ein Zehntel der geförderten Menge also. 1593 legte die Äbtissin von Essen in der Burg einen Kohlevorrat an – für alle Fälle. Die heutige nationale Kohlereserve von zehn Millionen Tonnen hat also eine geistige Mutter.

Abt Heinrich Duden versuchte gegen Ende des 15. Jahrhunderts Ordnung in den „wilden" Kohleabbau zu bringen. Er schlug die Gründung von Gewerkschaften vor, die gemeinsam Geld für das Schürfen aufbrachten und damals schon Gewinne „reinvestierten". Aus Bredeney ist eine solche Gewerkschaft überliefert, an der als Gewerke der Abt von Werden beteiligt war, ein Kohlenhändler aus Mülheim, ein Bauer aus Bredeney und zwei Knappen aus Eschweiler. Die „Gewerkschaft" hat also einen starken Bedeutungswandel durchgemacht, von der Vereinigung von Unternehmern zum politischen Instrument der Arbeitnehmer.

In Schwung kam der Bergbau an der Ruhr und damit in Essen erst, als der Zimmermann Franz Dinnendahl seine erste Dampfmaschine baute, wozu er 1801 den Auftrag erhielt. Jetzt konnte das Wasser beherrscht und der Schacht senkrecht in die Erde getrieben werden. Auch die Eisenbahn, die inzwischen durch das Land rollte, rief nach immer mehr Kohle für ihre Kessel. Die Stahlindustrie stellte von Holzkohle auf Koks um. Immer lauter wurde der Ruf nach den „schwarzen Diamanten". Die Industrialisierung hatte begonnen.

Logisch kam es zur Ehe zwischen dem Stahl und der Kohle. Und da die Macht der aufstrebenden Industrie jene der Politik zeitweilig übertraf, gelang auch die Gründung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats in Essen. Welches politische Gewicht die Steinkohle mit ihrem Verband in Essen hatte, bekam Ludwig Erhard Ende 1957 zu spüren, als ihm die Mächtigen im Glückauf-Haus an der Bismarckstraße ein striktes Nein entgegenhielten, als er sie aufforderte, von der beabsichtigten Preiserhöhung je Tonne von 4,20 Mark abzusehen. „Sie werden noch von mir hören", schrie der damalige Wirtschaftswunderminister und donnerte die Tür hinter sich zu.

Gleichzeitig stieß der beleidigte Ludwig Erhard eine andere Tür auf – die zum Ölzeitalter, das 1958 über die Bundesrepublik hereinbrach und den Bergbau verkümmern ließ. Die Zahl der Bergleute – einst rund 600 000 – schrumpfte auf 120 000. In Essen arbeitet keine einzige Zeche mehr. Doch hier ist die Ruhrkohle AG zu Hause, in die die ehemaligen Eigentümer ihre Pütts einbrachten, weil sie sie allein nicht am Leben erhalten konnten. Bis 1988 läuft dieser Vertrag der „Einheitsgesellschaft", und es gibt keinen Zweifel, daß er verlängert wird.

Ob auch die alten Stahl-Eigentümer weiterhin ihre Bergbauanteile behalten werden, ist dagegen fraglich. Die Stahlindustrie steckt in einer Strukturkrise. Die großen Kohlenutzer sind die Elektrizitätswerke. Aber auch wenn sie die Kohleanteile übernehmen, werden sie auf Subventionen der öffentlichen Hände nicht verzichten können, da die Erlöse der Kohle die Kosten nicht decken.

Das kann anders werden, wenn weltweit die Konjunktur wieder anspringt, wenn das Öl den Energiebedarf nicht mehr zu decken vermag, wenn die riesigen Kohlevorräte dieser Erde benötigt und mit Hilfe von Hochtemperaturreaktoren vergast werden (umweltfreundlich) und die Energieausbeute auf diese Weise um 40 Prozent erhöht wird.

Doch der Weg dorthin ist steinig. So muß der Steinkohlebergbau in den kommenden Jahren zehn Millionen Tonnen Kapazität stillegen. Das soll – nach bisherigen Vorstellungen – punktuell geschehen, also ohne Schließung von Zechen, die man für den Tag X bereithalten will. Macht das Bundeswirtschaftsministerium jedoch sein Vorhaben wahr, Export-Kokskohle nicht mehr zu subventionieren, dann müssen weitere sieben Millionen Tonnen Kapazität abgebaut werden, was ohne Zechenstillegungen nicht möglich sein wird.

Die Kohle in Essen leidet also Not. 63,2 Millionen Tonnen Kohle wurden 1982 gefördert, aber nur 56,2 Millionen Tonnen abgesetzt. Kokereien werden stillgelegt, weil der Stahl in der Flaute steckt. Und die 123 000 Mitarbeiter der Ruhrkohle AG sind besorgt, daß es vielleicht doch nicht bei Feierschichten und Anpassungsschichten und bei 7500 „Freizusetzenden" bleiben wird.

Was die Ruhrkohle für Nordrhein-Westfalen bedeutet, sagten nicht nur die hohe Zahl der Beschäftigten und die Tatsache, daß die Ruhrkohle mit rund 12 000 Lehrlingen der größte Ausbilder im Lande ist. Im letzten Jahr hat die Ruhrkohle insgesamt über zwei Milliarden Mark investiert, Geld, das die ganze Wirtschaft in Gang hielt. Der Umsatz des Ruhrkohle-Konzerns betrug immerhin über 18 Milliarden Mark.

Ein weiterer Gigant ist in Essen zu Hause, einer, der die erste Turbine des Landes an der Viehoferstraße in Gang setzte und elektrischen Strom erzeugte: das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk, ein gemischtwirtschaftliches Unternehmen, also mit Eigentümern aus öffentlicher Hand und Privatleuten. Dieser Stromriese mit seiner Verwaltungsburg an der Kruppstraße setzte im letzten Jahr fast 23 Milliarden Mark um, investierte rund 4,6 Milliarden Mark und beschäftigte mehr als 70 000 Mitarbei-

● Fortsetzung auf Seite III



ESSEN



Die Pracht und die Herrlichkeit sind geblieben, die Macht ist vergangen, die die Villa Hügel einst symbolisierte. Hoch über dem Baldeneysee, inmitten eines ausgedehnten Parkgeländes mit altem Baumbestand, steht der kolossale einstige Familiensitz der Familie Krupp. 1868 hatte sich Alfred Krupp (1812–1888) in Ermangelung „repräsentativer Unterkünfte für fürstliche Besucher" zu diesem Prunkbau entschlossen. Bis 1944 residierte die Familie dort und empfing Politiker und gekrönte Häupter aus aller Welt. Nach dem Zweiten Weltkrieg (1954) wurde der Gemeinnützige Verein Villa Hügel gegründet. Park und Gebäude wurden zu einem beliebten Ausflugsziel für Besucher aus aller Welt (siehe auch Seite 5).

FOTO: MANFRED VOLLMER

Wichtigste Aufgabe ist die Lebensqualität

Der Kommunalverband Ruhrgebiet fördert und leitet

Sechzig Jahre um Lebensqualität bemüht" – das war das Motto, als der Kommunalverband Ruhrgebiet vor drei Jahren sein Jubiläum feierte. Damals würdigte Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Festrede die Gründung des Verbandes als einen „Geniestreich". Den Stellenwert charakterisierte der Alt-Bundeskanzler so: „Der Verband gehört zum Revier genauso wie die Fördertürme, wie der Fußball und wie die Brieftauben. Der Verband hat klare Ziele, er hat eine klare Tradition, und er darf auf seine Erfolge stolz sein."

Und der damalige Vorsitzende des Präsidiums der CDU-Nordrhein-Westfalens, Professor Kurt Biedenkopf, erwartete in seinem Festbeitrag für den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk – der neue Name für den in Essen angesiedelten Verband wurde erst 1979 eingeführt – auch für die Zukunft wesentliche Aufgaben, als er ausführte: „Der Kommunalverband Ruhrgebiet wird in Zukunft die Entwicklung des Reviers in einer fortschreitenden Technologisierung, in einer durch ständigen Strukturwandel und ständige Veränderung gekennzeichneten industriellen Umwelt begleiten, fördern und leiten müssen."

Über Kirchtürme hinaus

Am 3. September 1920 trafen sich 172 Abgeordnete, jeweils die Hälfte war von der Vertretungen der Verbandsmitglieder und von den Arbeitsgemeinschaften der Wirtschaft gewählt worden, zur ersten Verbandsversammlung in Essen. Die Verbandsidee beinhaltete, daß die zahlreichen Probleme der Region mit fast dreieinhalb Millionen Einwohnern – heute sind es über fünf Millionen – nur in überörtlicher Verantwortung gelöst werden könnten.

Der Essener Oberbürgermeister Horst Katzor umschreibt den Gründungsauftrag so: „Als der Boom der Industrialisierung und einseitig wirtschaftlich ausgerichtetes Vorgehen die Städtelandschaft an Rhein und Ruhr am Anfang unseres Jahrhunderts im wahrsten Sinne des Wortes in ihrem Lebenswert und strukturellen Ausgewogenheit zu verhunzen drohten, da setzten verantwortungsbewußte Politiker und Verwaltungsleute die Gründung eines Verbandes durch, der über die Kirchtürme vielfältigen kleinkarierten Denkens hinaus sich weitsichtig und unbeirrbar dem Ziel verschreiben sollte und verschrieb, für den Gesamtraum die Lebensbedingungen der hier wohnenden Menschen zu verbessern und dabei räumliche wie funktionale Strukturen anzustreben, die in ausgewogener und vorausschauender Zuordnung eine bestmögliche Entfaltung und Entwicklung für Wirtschaft und Gemeinschaft sichern."

Helfer des Reviers

Der Verband habe sich bewährt, so Katzors Fazit heute. Und er werde weiter dringend benötigt, weil er als Sekretariat eines mehr als fünf Millionen Menschen zählenden Raumes Anlauf-, Erforschungs-, Beratungs- und Koordinierungsstelle zugleich sei. Für die Städte und Kreise sei er nicht Konkurrenz, sondern erweitere und ergänze ihre Handlungsplattform.

Was zum Jubiläum von den Politikern so wohlwollend formuliert wurde, sah aber in der Tagesarbeit des Verbandes mitunter anders aus: da gab es in der 60jährigen Geschichte so manche Existenzgefährdung und oftmals politischen Tadel. Verbandsdirektor Jürgen Gramke deutete das 1980 so an: „Helfer des Reviers zu sein, ist seit der Gründung ununterbrochen die Aufgabe, Fachkunde und objektives Bemühen, möglichst langfristige Darstellungen und Planungen konsequent und unabhängig in das Handeln des Augenblicks einzuflechten oder von hier fortzuentwickeln ist das Leitmotiv seit der Gründung. Der Verband war sich immer bewußt, daß er sich mit seinen Grundsätzen selbst in Frage stellen muß; diese Herausforderung ständig anzunehmen, ist Leitsatz seiner Tätigkeit."

ERWIN WALTHER



Als eine der ersten Städte der Bundesrepublik hatte Essen die Idee der autofreien Passagen.
FOTO: MANFRED VOLLMER

AUF EINEN BLICK

Stadtgebiet	210,2 qkm
Zahl der Stadtteile	50
Einwohner	645 867
davon Ausländer	38 115

Kommunalwahl 1979 (in Prozent):

SPD	54,1	49 Sitze
CDU	38,3	34 Sitze
FDP	4,8	–
Sonstige	2,8	–

Oberbürgermeister: Horst Katzor (SPD), Bürgermeister: Friedrich Kinnigkeit (SPD), Bürgermeister: Helmut Kamath (SPD), Oberstadtdirektor: Kurt Busch, Stadtdirektor: Dr. Eberhard Neumann. Verwaltungshaushalt: 1529 Mio DM, Vermögenshaushalt: 462,7 Mio DM. Ausgaben für Baumaßnahmen: 201,8 Mio DM.
Partnerstädte: Sunderland (GB), Grenoble (F) und Tampere (Finnland).

WIRTSCHAFT

Arbeitsplätze	276 000
davon in Prozent	
Produktion	38,1
Verteilung Dienste	61,9

RWE: größter europäischer Stromerzeuger.

Ruhrkohle AG: größtes deutsches Steinkohleunternehmen mit 25 Zechen und 14 Kokereien.

Ruhrgas AG: größte Erdgasimportgesellschaft der Welt.

STEAG AG: zweitgrößtes deutsches Fernwärmeunternehmen.

Karstadt AG: Europas größtes Einzelhandelsunternehmen.

Die zehn größten Unternehmen nach Umsatz:	in Mrd. DM
RWE	20,5
Ruhrkohle AG	18,5
Krupp	14,7
Karstadt	12,8
Raab Karcher	12,8
Ruhrgas	12,7
Aldi	6,9
Hochtief	5,6
Thyssen Ind.	5,4
Ferrostaal	3,5

FREMDENVERKEHR

Zahl der Hotels und Pensionen	76
Bettenzahl	[illegible]
Übernachtungen 1981	[illegible]
davon Ausländer	[illegible]
Zahl der Jugendherbergen	1
Bettenzahl	152
Übernachtungen 1981	20 222
davon Ausländer	3 178

KONGRESSANGEBOT

Tagungsstätte	Personen
Grugahalle	bis 8000
Messe Essen Säle	450 bis 750
Saalbau	70 bis 1700
Haus der Technik	80 bis 700
Universität	bis 700
Auditorium Maximum im Klinikum	bis 350
Hotel Bredeney	bis 500
Museum Folkwang	bis 400
Haus der ev. Kirche	bis 378

MESSE ESSEN und GRUGAHALLE

Messegelände: 66 000 qm Ausstellungsfläche.

Freifläche	10 000 qm
Hallengrößen:	750 bis 9 300 qm
Parkplätze:	5 000
Besucher 1981:	1,5 Millionen

Größte regelmäßige Messen:
Schweißen und Schneiden
Deubau (Deutsche Bauausstellung)
Equitana (Messe des Pferdesports)
Camping/Touristik
Internationaler Caravansalon
Mode und Heim
Internationale Motor-Show
Fameta und Blech
Security (Weltmesse der Sicherheit)

Grugahalle:
136 Veranstaltungen
500 000 Besucher
Maximales Platzangebot: 8000

SOZIALES

Krankenhäuser	17
Zahl der Betten	6 431
Ärzte	1 721
Zahnärzte	255
Apotheken	190
Altenheime	52

DW.

Messeplatz: Spitzenreiter für die Weltmärkte

In zwei Jahren insgesamt 43 Messen und Ausstellungen – damit schreibt die Messe Essen GmbH für 1984 und 1985 jetzt das bisher dichteste Veranstaltungs-Programm. Mit dieser Gelände-Auslastung hat Essen auch im Vergleich zu den anderen deutschen Messeplätzen eine gute Position. Das gilt ebenso für die Programm-Mischung: technische Fachmessen und Publikums-Ausstellungen für Hobby und Freizeit. Insgesamt 30 verschiedene Branchen präsentieren sich 1984/85 im auf 66 000 Quadratmeter vergrößerten Messegelände.

Die neue Programm-Vorschau enthält fünf neue Messe-Veranstaltungen: Die „Komm" im Mai 1984 und die „Mikrocomputer-Woche" im November 1984 sind Fachmessen, die sich mit den neuen Informations- und Kommunikations-Systemen vor allem an die breite mittelständische Wirtschaft wenden. Auch der private Computer-Einsatz wird forciert. Die „Coaltech" im September 1984 ist eine europäische Fachmesse für Kohle-Technologie. Der „Orthopädie Technik International" im Juni 1985 als Fachmarkt für Experten aus mehr als 50 Nationen folgt im Oktober 1985 die Leistungsschau „Kraftwerk" zum Jubiläum 100 Jahre Kraftwerkstechnik und 200 Jahre Dampftechnik.

Umfangreichere Rahmenprogramme zu fast allen Messeveranstaltungen sowie fünf neue Branchen-Präsentationen erhöhen die Internationalität des Messeplatzes Essen und unterstreichen den Standort-Wert mitten im bevölkerungsreichsten und industriestarken Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Die Messe Essen GmbH setzt für die nächsten Jahre nicht auf Wunder, sondern wichtigste Zielrichtung ist, so Direktor Günther Claaßen, „eine wachstumsorientierte Konsolidierung – auf der Basis bewährter Konzeptionen, und dazu genügen Flexibilität, auch bei wechselnden wirtschaftlichen Entwicklungen den Wünschen der Aussteller und Besucher entgegenzukommen". Verstärkte Zielgruppen-Ansprache, speziell zugeschnitten auf die unterschiedlichen Branchen, und generell noch mehr Service bei der Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltungen, diese beiden Schwerpunkte haben Vorrang vor Expansion.

Ein für die Zukunft des Messeplatzes Essen herausragender Akzent – nach dem bisher erfolgreichsten Jahrzehnt der Essener Messegeschichte – wird mit dem Bau des neuen Messehauses mit angegliederter neuer Messehalle 2 gesetzt. Insgesamt 25 Millionen Mark investiert die Messe Essen in ihr bisher größtes Einzelbauwerk.

Die Messe Essen mit jährlich rund 1,5 Millionen Besuchern und 6000 Ausstellern aus 70 Ländern ist heute:
– Spitzenreiter für Weltmärkte. Das gilt zum Beispiel für „Schweißen & Schneiden", für „Equitana" und „Security",
– führend auf Europas Märkten, das gilt zum Beispiel für „Caravan-Salon", für „Camping + Touristik", für „Reifen" und für „Blech",
– herausragend für Regional-Märkte. Das gilt zum Beispiel für „Sanitär – Heizung – Klima", für „Garten", für „Mode – Heim – Handwerk".

Deutlicher Beweis für Stabilität und Kontinuität des Essener Messe-Programms: Mehr als zwei Dutzend Branchen-Messen haben sich auf dem standortbegünstigten Boden der leistungsstarken Messe Essen zu bedeutenden Wirtschafts-Ereignissen entwickelt.

Den verstärkten Forderungen nach mehr Transparenz ist Essen ebenfalls entgegengekommen. Als eine der ersten Gesellschaften hat die Messe Essen alle Veranstaltungen bei der Gesellschaft zur freiwilligen Kontrolle von Messe- und Ausstellungszahlen (FKM) angemeldet.

A. L.

Von der Arbeiter- zur Handelsstadt

Einkaufszentrum des Ruhrgebiets / Das fehlende Hinterland erfordert zündende Ideen

Schon um die Jahrhundertwende war die Stadt Essen, deren Einwohnerzahl damals bereits 400 000 erreicht hatte, eine wichtige Einkaufsstadt. Doch in erste Linie war sie eine Montanstadt. Mehr als drei Viertel der Beschäftigten arbeiteten in Kohle- und Stahlunternehmen und in den von diesen unmittelbar abhängigen Bereichen. In den dreißiger Jahren aber hatte Essen schon einen gewissen Ruf als Einkaufsstadt; es bildete sich die City heraus, und Optimisten sprachen bereits vom Potsdamer Platz des Ruhrgebiets.

Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch vollzog sich eine konsequente Veränderung, der Anteil der Montanindustrie schrumpfte zusehends, während der Anteil des tertiären Sektors auf fast 60 Prozent, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, stieg. Diese Veränderung wird in einer Veröffentlichung der Stadtverwaltung so kommentiert: „Zwischen dem Beginn der fünfziger Jahre und der Mitte der siebziger liegt ein für Essen lebenswichtiger Strukturwandel, der so gründlich war wie nur einmal zuvor in seiner elfhundertjährigen Geschichte, als nämlich vor 150 Jahren das kleinstädtische Essen sich zur Industriestadt entwickelte."

Die ersten Einkaufsstraßen

Es war der Weg von der Arbeiterstadt zur Handelsstadt, vor allem aber zur Einkaufsstadt für ein Einzugsgebiet von mehreren Millionen Menschen, reichend vom linken Niederrhein bis ins Münsterland. Der Essener Einzelhandel beschäftigt mit knapp 30 000 Mitarbeitern rund 13 Prozent der Arbeitnehmer in dieser Stadt. Und in diesem Jahr wird der Umsatz des gesamten Einzelhandels im Stadtgebiet etwa fünf Milliarden Mark erreichen, 1,5 Milliarden Mark davon entfallen auf die Essener City.

Für dieses Image als Einkaufsstadt wurde allerdings auch viel getan, so gab es hier beispielweise die ersten autofreien Einkaufsstraßen, sieht man einmal von den überdachten Passagen der alten Hansestädte ab. Ebenso rechtzeitig wurden am Cityrand Parkhäuser errichtet, um das Flanieren beim Einkaufen noch bequemer zu machen. Und bereits 1950 wurde von weitblickenden Kaufleuten und Bürgern die Essener Werbegemeinschaft gegründet als Selbsthilfeorganisation zur Förderung von Wirtschaft, Verkehr und Kultur. Sie brachte als erste den Slogan „Essen, die Einkaufsstadt", der noch heute in großen Lettern vom Hotel Handelshof dem Besucher entgegenleuchtet. Auch wurde sie dabei zur Hüterin des innerstädtischen Wettbewerbs, der nicht nur Verbraucherfreundlichkeit garantiert, sondern auch eine Vielfalt von Vergleichsmöglichkeiten sowie günstige Preise.

Dazu kommt eine weitere Besonderheit, die es der Stadt Essen nicht leicht machte, das Einkaufsparadies im Ruhrgebiet zu werden: sie hat kein Hinterland, sondern ist vielmehr umgeben von zahlreichen Groß- und Mittelstädten, die naturgemäß selbst das größte Interesse daran hatten und haben, ihre Einwohner dazu zu bewegen, Einkäufe doch im eigenen Stadtgebiet zu tätigen. Also war die Stadtverwaltung aufgefordert, eigene Initiativen zu entwickeln, um vor allem den Einzelhandel nachdrücklich zu unterstützen. Sie tat es mit ihrer Beteiligung an den Essener Lichtwochen, die die Werbegemeinschaft Essen 1950 ins Leben riefen und deren Kosten durch Umlage bei allen Firmen gedeckt werden – rund ein Drittel davon trägt die Stadt. Denn diese Lichtwochen sind ein Stück Stadtwerbung in Form der Zulaufwerbung („Licht lockt Leute"); sie sind zudem technisch und gestalterisch gleichsam ein Stück temporärer Ersatzarchitektur.

Diese vielen Lichter strahlen in jedem Jahr ein neues gutes Thema aus, möglichst mit viel Romantik und Nostalgie, es ist aber nie weihnachtsbezogen. Und weiter beteiligt sich die Stadt am Weihnachtsmarkt, an den City-Treffs und an zahlreichen Sonderveranstaltungen, alles dazu geeignet, die urbane Ausstrahlung dieses Zentrums zu verstärken.

Ein günstiges Preisniveau

Daß nun Essen eine Einkaufsstadt ist, die nicht nur pralle Geldbörsen anspricht, beweist eine Untersuchung des Statistischen Bundesamtes über den zwischenörtlichen Vergleich des Verbraucherpreisniveaus, die in 31 Städten der Bundesrepublik durchgeführt wurde. Zwar stammt diese Untersuchung aus dem Jahre 1979, sie hat aber nach übereinstimmender Meinung von Experten auch heute noch ihren Aussagewert. Danach ist das Preisniveau von acht untersuchten Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern in Essen mit Abstand am niedrigsten; selbst in neun mittelgroßen Städten mit 200 000 bis 300 000 Einwohnern kauft der Verbraucher seine Nahrungs- und Genußmittel teurer ein als in Essen.

Noch ist Essen die größte Einkaufsstadt des Ruhrreviers, noch zieht sie Kundschaft aus den umliegenden Gemeinden an, doch diese holen auf, und Essen muß sich anstrengen, wenn es seine zentrale Bedeutung behalten will. Dabei ist sich der Einzelhandel darüber im klaren, daß es nicht darauf ankommt, die Verkaufsflächen zu erweitern, sondern es geht um die Pflege und Verbesserung der Qualität allgemein, beim Angebot und bei der Präsentation. Und es wird weiter darum gehen, wie die Wirtschaft und ihre Interessenverbände ihre Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung gestalten werden – der gute Wille ist vorhanden, auf beiden Seiten.

HERMANN MISCHOK

Kleine, feine Brauer und Hektoliter-Millionäre

Am stagnierenden deutschen Biermarkt – mehr Marktanteile, höherer Ausstoß sind nur auf Kosten von Mitbewerbern zu erzielen – gibt es eine Brauerei, deren erklärtes Ziel es ist, sich in ihrer rentablen Marktnische zu halten. „Lieber klein, aber fein", das ist die Devise der Privatbrauerei Jacob Stauder in Essen-Altenessen. Wenn andere von Hektoliter-Millionen schwärmen, dann sagt Claus Stauder, daß seine Brauerei nicht einmal die 500 000-Hektoliter-Marke anstrebt.

Für die „kleine Persönlichkeit", so heißt bei Stauder das Pils, streben die Brüder Claus und Rolf, der als Diplom-Braumeister für die Qualitäts-Kontrolle zuständig ist, das Ziel der „kleinen Marke mit ganz exklusiver Stellung am Markt" an. Auf diesem Weg sind die Brauer im Essener Norden schon sehr weit gekommen. In vielen Häusern der deutschen Top-Gastronomie wird die „kleine Pils-Persönlichkeit" ausgeschenkt, ebenso im benachbarten Österreich.

Mit dieser Philosophie, sich in der kleinen Nische der Exklusivität zu etablieren, ist Stauder die Konsolidierung des Unternehmens gelungen, denn vor anderthalb Jahrzehnten stand die Brauerei am Rande des Abgrunds. Gegen erheblichen Widerstand im eigenen Haus setzten die Brüder damals ihre „Generationenaufgabe" durch, als sie den Abschied von der Hektoliter-Strategie am Markt propagierten. Dazu gehörte die Konzentration auf die hochpreisige Marke „Stauder Pils", die erste übrigens in Deutschland, die das Qualitätszeichen Premium einführte. „Der hohe Preisanspruch wird auch konsequent vor der Haustür durchgesetzt", erklärt Claus Stauder.

Zum Konzept, in der Top-Gastronomie ausgeschenkt zu werden, zählt bei Stauder auch die Kontaktpflege zu den besten deutschen Köchen. So wurden die großen Zehn der Zunft einmal zu einem „Gipfeltreffen" auf die Zugspitze eingeladen, oft werden aber auch Gästen in der Brauerei zum exquisiten Bier exquisite Speisen gereicht.

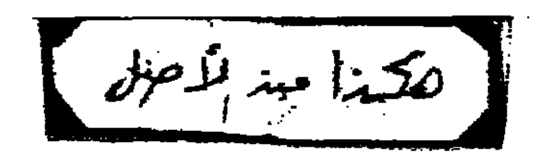
Eine ganz andere Zielgruppe hat die zweite Essener Brauerei, die Stern-Brauerei Carl Funke AG, im Visier, wie sie in einer Werbekampagne kundtat. Da hieß es: „Schmeckt Steigern und Bergsteigern" oder „Schmeckt Golfspielern und Golffahrern." Die Brauerei gehört immerhin auch zu den doppelten Umsatz-Millionären – beim Absatz von Bier und von alkoholfreien Getränken.

Wie die Stauder-Brauerei, die 1867 gegründet wurde, war die Stern-Brauerei, die fünf Jahre später ihren Brau-Betrieb aufnahm, eine Privatbrauerei des Inhabers Friedrich Funke. 1963 wurde Stern dann in eine Aktiengesellschaft umgewandelt; und ein Jahrzehnt später geriet das Unternehmen in die Schlagzeilen, als die englische Gruppe Watney Mann 75 Prozent des Aktienkapitals übernahm. Erstmals gab es eine ausländische Mehrheit bei einem deutschen Brauunternehmen.

Aber der Großaktionär mußte für die letzten drei Jahre auf eine Dividende verzichten; denn angesichts des schwieriger gewordenen Marktes heißt das Unternehmensziel Stärkung des Substanz, wie der Vorstandsvorsitzende Jürgen Siewert erklärte. Dabei soll eine Basis außerhalb des reinen Biergeschäfts ausgebaut werden. Im Vordergrund stehen dabei der alkoholfreie Bereich und eine bessere wirtschaftliche Nutzung des Grundbesitzes.

In der Öffentlichkeit wurde auch ein anderes Projekt viel beachtet, als auf dem Gelände der ehemaligen Hitdorfer Brauerei bei Köln eine Forellenzucht eingerichtet wurde. In 40 offenen Gärbottichen mit einem Fassungsvermögen von 450 000 Litern werden die Fische in kristallklarem Brunnenwasser aufgezogen.

ERWIN SCHNEIDER





Die Stadt ist sauber geworden

● Fortsetzung von Seite I

ter. Rund 170 Firmen gehören zum Konzernbereich, darunter etwa Rheinbraun, Union Kraftstoff, Wesseling, Heidelberger Druckmaschinen, aber auch die Wendelsteinbahn, die Uranerz Canada Ltd., die Propangas GmbH, der Baukonzern Hochtief, die Ruhrchemie, die Wasserwerke Bodenheim und so weiter und so weiter. In den nächsten fünf Jahren wird das grundsolide Haus in Essen 25 Milliarden Mark investieren, das ist doppelt soviel wie in den vorangegangenen fünf Jahren. Nicht nur die Aktionäre sind bisher mit ihrem RWE-Papier gut gefahren – auch die Stadt Essen mit ihrer Steuerquelle RWE.

An Essens Huttropstraße reckt sich ein weiterer Verwaltungsobelisk ganz in Weiß in den Himmel. An der Stirnwand trägt er seinen Namen: Ruhrgas. Innerhalb von nur *zwei Jahrzehnten ist dieses Unternehmen* von einem Appendix der Koksproduktion (wobei als Nebenprodukt Stadtgas mit 4300 Wärmeeinheiten abfiel) zum größten europäischen Gasversorgungsunternehmen aufgestiegen.

Auch hier mögen Zahlen vom Gewicht des Unternehmens zeugen: Fast 14 Milliarden Mark betrug der Umsatz im vergangenen Jahr, investiert wurden 334 Millionen Mark. Die abgesetzten rund 370 Milliarden Kubikmeter Erdgas (zwischen 8900 und fast 10 000 Wärmeeinheiten je Kubikmeter) entsprechen – bezogen auf den Energieinhalt – der gesamten Förderung der Ruhrkohle AG.

Als Dienstleister kommt die Ruhrgas mit rund 3000 Mitarbeitern aus. Jedoch viele kleine mittelständische Unternehmen sind am Werk, das Erdgas-Spinnennetz immer enger zu flechten. Das Leitungsnetz beträgt bereits fast 8000 Kilometer (viermal Moskau und zurück). Und da ein so großes Netz an vielen Stellen befestigt werden muß, ist die Ruhrgas praktisch an allen Gasversorgungsgesellschaften in der Bundesrepublik beteiligt, die sie zum großen Teil auch mit Erdgas versorgt.

Ihr Gas bezieht die Ruhrgas zu 31 Prozent aus heimischem Boden, zu 34 Prozent aus den Niederlanden, zu 20 Prozent aus der Sowjetunion und zu 15 Prozent aus Norwegen. Der junge, aufgeschlossene Konzern kennt aber bereits seine Grenzen. Sie werden bei einer Beteiligung an der Energiebilanz der Bundesrepublik *von rund 20 Prozent* liegen, zur Zeit sind es rund 16 Prozent.

Es wird aber nicht beim Import von Gas über Pipelines bleiben. In der Schublade liegen die Pläne für den Bau eines Flüssigerdgas-Terminals in Wilhelmshaven. Hier sollen Tanker *aus aller Welt ihr verflüssigtes Erdgas* abliefern, dort wird es „entspannt" und als Gas in das Ruhrgas-Netz gepumpt.

Die Steag als Energiekonzern und Tochter der Ruhrkohle AG sowie die Stadtwerke runden das Bild von Essen als Stadt der Energie ab. Hier ist also Prometheus zu Hause, hier in Essen, vor dessen Toren sich vor gut 100 Jahren noch Wildpferde tummelten, wo einst ein Wald von Schloten qualmte, doch sie sind verschwunden, die Pferde, die Schlote und die nach ihnen benannten Barone.

Die Stadt der Energie ist sauber geworden.



Das unbekannte (und häufig verschwiegene) Gesicht des Ruhrgebiets: Altstadt-Idylle in Kettwig
FOTO: VISUM

Trockenen Fußes über den See

Man wähnt sich an Nord- oder Ostsee versetzt: im weißen Sand eines künstlichen Strandes picken Säbelschnäbler und Austernfischer, auf den Sand schlägt eine Brandung. Dies alles findet mitten in Essen statt, in der erst kürzlich eröffneten Freiflughalle, wo sich neben Küstenvögeln auch Exoten aus Afrika und Südamerika tummeln. Die große Halle ist ein Teil der Gruga. Diese 70 Hektar große Parkland*schaft ist neben dem Baldeneysee* der bekannteste Platz für Freizeitaktivitäten in der Ruhrmetropole.

Schon kurz nach dem Ende des Ersten Weltkrieges diskutierten die Stadtväter über Pläne, den Bürgern einen Park einzurichten. Es herrschten schlechte Zeiten. Die Kassen waren leer, und die Zahl der Arbeitslosen stieg ständig. Da verfiel der Rat auf einen Ausweg: 1925 begannen Kolonnen von Arbeitslosen mit dem Bau des Botanischen Gartens, in dem vier Jahre später die Große Ruhrländische Gartenbau-Ausstellung, kurz Gruga genannt, stattfinden sollte.

Diese Parklandschaft inmitten der Ruhrmetropole ist heute von Blumenbeeten und Grünflächen durchzogen und das Naherholungsgebiet Nummer eins für Essener. Die Gruga ist seit Bestehen *von rund 80* Millionen Menschen besucht worden. Das sind mehr, als die Bundesrepublik Deutschland Einwohner hat.

Natürlich gibt es in der Gruga zahlreiche Freizeitangebote für Kinder und Hobbysportler. Besonders für Kleingärtner ist der Westfälische Bauerngarten eingerichtet worden. Die Beete sind von verschiedensten Gewürz- und Gemüsepflanzen bedeckt, jedes Gewächs mit einem Namensschild versehen. Außerdem werden Tips für das richtige Pflanzen und das Anlegen von Beeten vermittelt.

Durch das ausgedehnte Gelände führt ein drei Kilometer langes Schienennetz für eine Kleinbahn. Besucher können von hier aus in 20 Minuten einen Eindruck über den Park gewinnen.

Essens zweites Paradestück, der Baldeneysee, liegt inmitten von waldbedeckten Hügeln im Süden der Stadt. Im Sommer tummeln sich auf dem zehn Kilometer langen und 600 Meter breiten See so viele Boote aller Art, daß man nach einem Essener *Bonmot das Gewässer trockenen Fußes* überqueren könnte. Der Andrang der Freizeitkapitäne auf den See ist so groß, daß man schon vor Jahren eine strenge Zulassungsordnung erlassen mußte. Die Uferstraßen gehören zum größten Teil allein Spaziergängern, Wanderern und Radfahrern. Autos dürfen nur an wenigen Stellen verkehren.

Auch der Baldeneysee verdankt seine Existenz einer Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung in den zwanziger Jahren. Damals war das Gelände noch ein idyllisches Tal, durch das sich die Ruhr schlängelte. Der Rat beschloß seinerzeit, die Erdarbeiten für den anzustauenden See mit nur wenig Maschinen zu bewältigen, um möglichst viele Arbeitslose beschäftigen zu können. Zeitweilig waren mehrere tausend Menschen auf der *riesigen Baustelle. 1933* erfolgte die feierliche Einweihung. Seinen Namen erhielt der neue See von dem Schlößchen Baldeney am Nordufer des Sees.

Während des Krieges hat der Baldeneysee wahrscheinlich vielen das Leben gerettet. Damit britische Bomberpiloten den See nicht mehr als Orientierungshilfe benutzen konnten, wurde das Wasser abgelassen. In der Nacht zum 17. Mai 1943 lief der See innerhalb von wenigen Stunden wieder voll. Die Möhnetalsperre war von britischen Bombern getroffen worden. Eine riesige Flutwelle raste, Tod und Verderben bringend, durch das Ruhrtal. Erst im leeren Bett des Baldeneysees wurden die tödlichen Wassermassen gestoppt.

In den Sommermonaten gleiten heute die Schiffe der Essener „Weißen Flotte" über den See. Regelmäßig finden aber auch internationale Ruder- und Segelwettbewerbe statt. Nahe dem Zielturm entlang der markierten Strecke können die Zuschauer das Geschehen von Tribünen aus verfolgen.

Außer der Gruga gibt es noch zwölf weitere Parkanlagen in Essen, darunter den Revierpark Nienhausen an der Stadtgrenze nach Gelsenkirchen. Zu dieser 32 Hektar großen Anlage gehören ein Schwimmbad und ein Freizeithaus, in dem regelmäßig Jazzkonzerte, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen stattfinden. Natürlich gibt es Einrichtungen für Freizeitspiel und -sport, darunter Bahnen für Go-carts und sechs Tennisplätze.

Attraktion des Heissiwaldes im Süden von Essen ist ein Wildgatter, in dem sich Rotwild, Damhirsche und Wildschweine tummeln.

Eine einzigartige Einrichtung, die es in Deutschland nur in Essen gibt, ist das Kutel, der modernste Milchbetrieb in Europa. Die rund 700 Kühe werden von Veterinären betreut. Von der Besucherbrücke aus kann man sich das Melken der Tiere mit modernen Maschinen ansehen. Von der gleichen Perspektive aus blickt man auch in die Ställe. Dem Kutel ist ein Restaurant angegliedert, in dem Milchprodukte aller Art angeboten werden.

In den letzten Jahren hat Essen sein Angebot für Freizeitspaß und sportliche Aktivitäten aller Art ständig erweitert. Das Stadtgebiet ist mit rund 1500 Hektar Wald bedeckt. Ein gut ausgezeichnetes Wegenetz lädt zu ausgedehnten Wanderungen oder Spaziergängen ein.

KLAUS BODEN

Wo die Kunst ihr Zuhause hat

Erweiterungsbau für das Folkwang-Museum / Schätze aus den Katakomben

Im Jahre 1960 jubelten die Museumfans: „Das Essener Folkwang-Museum ist das schönste Museum in der Bundesrepublik mit seinen lichtdurchfluteten Räumen, mit seiner Großzügigkeit. „Jetzt, 23 Jahre später, macht das Haus wieder von sich reden. Für 43,3 Millionen Mark rück*te es mit seinem Erweiterungsbau in* die Weltrangliste auf. Bis zum Ende dieser Dekade wird Essens Museumszentrum mit Folkwang- und Ruhrlandmuseum, der Galerie und der Fotografischen Sammlung mit einer Ausstellungsfläche von insgesamt 7000 Quadratmetern die Meister der klassischen Moderne und der Gegenwartskunst ins rechte Licht setzen.

1929 wurde das „erste" Museum Folkwang mit einer Ausstellung von Emil Nolde in Essen eröffnet. Der Ursprung des Folkwang-Museums *lag nicht in Essen. Der Hagener Karl* Ernst Osthaus legte um die Jahrhundertwende mit seiner Sammlung den Grundstein. Doch lief dabei nicht alles friedlich ab. Dortmund, Düsseldorf und Hagen stritten sich heftig um das Erbe des Kunstsammlers. Das Oberlandesgericht Hamm entschied schließlich für Essen. Hier hatte sich inzwischen aus privater Initiative der Museumsverein ge*gründet – heute der Kunstring Folk*wang – eine der großen Stützen des Museums.

Im zweiten Weltkrieg wurde das Haus an der Bismarckstraße von Bomben zerstört. Museumsdirektor Professor Paul Vogt über den Beginn der fünfziger Jahre: „Das Museum stand damals vor dem Nichts, der größte Teil der Sammlung war im Krieg verbrannt. Der Rest wurde verkauft. Wir hatten kein Bild mehr aus der Zeit nach 1900. Nur Gauguin und van Gogh konnten wir als weltberühmte Maler noch vorzeigen . . ."

Heute hat der Museumschef gut lachen. Im Neubau können endlich die ganzen Schätze gezeigt werden, die jahrelang in den Katakomben gelagert hatten. Das heißt, es können etwa 40 Prozent mehr Kunstwerke ausgestellt werden, darunter die meisten Neuerwerbungen nach 1972. Vor allem die amerikanische Gegenwart hat im Neubau viel Raum: Andy War*hols Marilyn-Monroe-Vervielfälti*gung gehört ebenso dazu wie das riesige Streifenbild von Morris Louis oder Frank Stellas Farbfernbild Basra Gate III. Die graphische Sammlung mit den Schwerpunkten Druckgraphik des Deutschen Expressionismus und internationale Graphik nach 1945 können jetzt zum erstenmal der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Fotografie als Kunst darzustellen, war die Idee von Otto Steinert. Jetzt kann die berühmte fotografische Sammlung präsentiert werden. Mit *20 000 Fotografien ist sie eine der* bedeutendsten Sammlungen Europas.

ANNE CLARK

Ein Gartenzwerg für die Kopisten

Einmaligkeiten: Haus Industrieform und Plakatmuseum / Konservierte Zeit

Mitten in der City hat sich im ehemaligen Amerikahaus das Zentrum für die vollendete Form etabliert. Hier wird nicht nur in einer ständigen Produktschau gezeigt, was sich die Ideenköche des In- und Auslands an high designten Alltäglichkeiten einfallen lassen – angefangen von Möbeln, Tapeten, Vorhangstoffen, Hausgeräten über Glas, Porzellan, Phono- bis zu Büromöbeln. Hier wird vor allem auf die Zukunft gebaut mit Ausstellungen, Seminaren und Diskussionen.

Da ist zum Beispiel die jährliche Designbörse, in der Kontakte zwischen Nachwuchsgestaltern und der Industrie geknüpft werden. Dabei kommen die Schüler und Absolventen der Fachhochschulen für Gestaltung oft mit zunächst ausgefallenen Einfällen – wie zum Beispiel ein Tischtennisschläger mit einem Loch für den Daumen, einer Nähmaschine, die aussieht wie eine Skulptur, oder elektronischen Büroeinrichtungen à la Science-fiction. Die Designbörse ist ein Sprungbrett für den Nachwuchs. Fast die Hälfte der Teilnehmer bekommt Industrieaufträge.

Hart geht Haus Industrieform mit jenen Herstellern um, die auf Ideenklau aus sind. Seit drei Jahren wird der schwarze Gartenzwerg „Plagiarus" mit der goldenen Nase an jene Kopisten verliehen, die den besten Doppelgänger fabrizieren: Markenartikel und ihre billigen illegalen Zwillinge, die bis zu 35 Prozent günstiger auf den Markt kommen. Doch wer kopiert, wird blamiert. Ulrich Kerr, Chef vom Haus Industrieform: „Plagiarius" ist ein Preis, den sich bisher kein Preisträger abgeholt hat . . ."

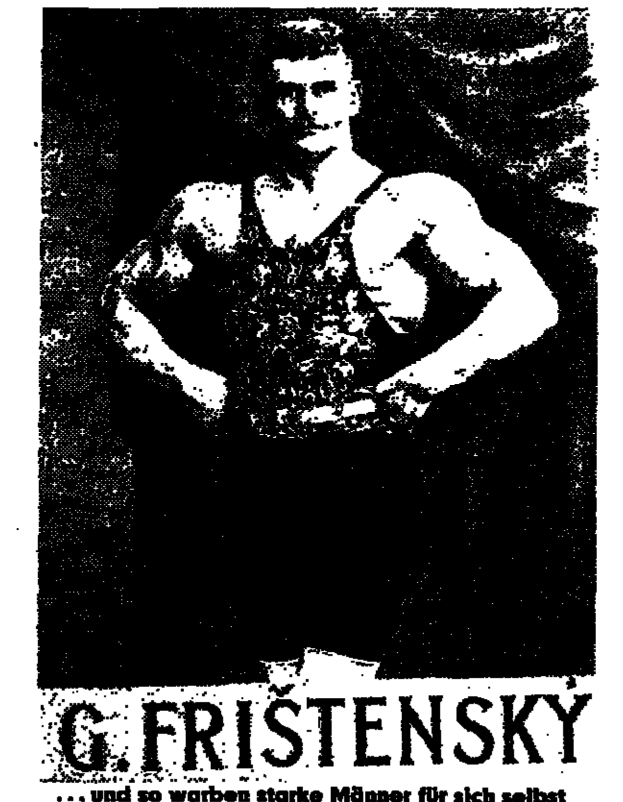
Die erste Ernst-Litfaß-Medaille vom Essener Plakatmuseum wurde jedoch begeistert aufgenommen, und zwar vom Pariser und Warschauer Plakatmuseum. Diese Medaille soll alle zwei Jahre verliehen werden. Das Plakatmuseum wurde vor fast zwanzig Jahren gegründet. Damals hatte es noch seine Bleibe im alten Kuppelbau der ehemaligen Synagoge. Im Mai dieses Jahres wurde das Plakatmuseum am Theaterplatz neu eröffnet – mitten in der City. Jetzt können endlich die 60 000 Stücke der Sammlung nach und nach in Ausstellungen gezeigt werden.

In diesen Schauen werden japanische Plakate ebenso gezeigt wie das Design der fünfziger Jahre oder die Reiselust als Reklame während der Jahrhundertwende.

Toulouse-Lautrec war einer der ersten, der Plakate zur Kunst machte. Sein berühmtes Plakat des Pariser Ambassadeur mit dem Nimes Aristide Bruant gehört ebenso zum Bestand des Museums wie Ludwig Hohlweins Jugendstilaufführung für die Richard-Strauss-Woche anno 1910 in München. „Plakate", sagt Hausherr Frieda Mellinghoff, „sind konservierte Zeit . . ."

INGRID STEINBERG





So warb man einst für stark machende Nudeln . . . . . . und so warben starke Männer für sich selbst
Entnommen dem Band Lebensbilder – Zeitbilder des Deutschen Plakat-Museums in Essen

Freier Wettbewerb auf dem Markt der Energie

Die Vorteile von Fernwärme bei Immissionsbelastungen

Die Bedeutung der leitungsgebundenen Energieträger Strom, Fernwärme und Gas für eine sichere und preisgünstige Wärmeversorgung ist seit den beiden Ölpreiskrisen der 70er Jahre gewachsen. Als Markt für diese Energieträger bieten sich insbesondere die Ballungsräume und deren Randgebiet an, da hier jene Wärmedichten erreicht werden, die für den wirtschaftlichen Ausbau der Versorgungsnetze eine entscheidende Voraussetzung sind. Strom, Fernwärme und Gas als Heizenergie bringen darüber hinaus in den meist stark immissionsbelasteten Ballungsräumen eine merkliche Verbesserung der Umwelt.

In der Stadt Essen sind die leitungsgebundenen Heizenergiesysteme derzeit unterschiedlich stark vertreten. Dies liegt einerseits an den verschiedenen Bebauungsverhältnissen von der Emscherzone im Norden bis zu den Vororten im Süden der Stadt. Andererseits wird die Energieversorgung in Essen auch dadurch geprägt, daß voneinander unabhängige Unternehmen die Versorgung mit Strom, Gas und Fernwärme vornehmen. In anderen Kommunen werden häufig zwei oder sogar alle drei dieser Versorgungsalternativen im sogenannten Querverbund von einer gemeinsamen Gesellschaft angeboten. Der freie Wettbewerb auf dem Energiemarkt in Essen erlaubt dem Wärmeverbraucher außer dem Bezug der Energieträger Öl oder Kohle häufig zusätzlich noch die Wahl zwischen Gas, Strom oder Fernwärme.

Wegen der hohen Investitionsausgaben für die Versorgungsnetze dürfte es langfristig wirtschaftlicher sein, in einem Gebiet, in dem ein Energieträger Vorteile gegenüber seinen Konkurrenz-Energien hat, diesem einen gewissen Vorrang vor den Versorgungsalternativen einzuräumen. Vorrang für einen Energieträger bedeutet jedoch nicht Anschluß- und Benutzungszwang. In diesem Zusammenhang entsteht die Frage, ob eine Wärmeversorgung in Essen durch ein abgestimmtes regionales Versorgungskonzept vorgezeichnet werden oder ob auch in Zukunft sich die Beheizungsstruktur allein im freien Wettbewerb einspielen sollte.

Vor allem kostengünstig

Ballungszentren sind bevorzugtes Gebiet für alle leitungsgebundenen Energieträger. Fernwärme hat gegenüber den anderen leitungsgebundenen Energien die spezifisch höchsten Verteilungs- und geringsten Energiekosten. Bei hoher Anschlußdichte ist Fernwärme die kostengünstigste Energie. Wichtig ist jedoch, daß die Fernwärme Unterstützung erfährt, um diese notwendig hohe Anschlußdichte zu erreichen. Fernwärme hat weitere wirtschaftliche Vorteile gegenüber den Alternativen: sie kann praktisch aus allen Primärenergien gewonnen werden, insbesondere aus der heimischen Kohle und aus Müll; Fernwärme wird bei Auskoppelung aus einem für die Stromerzeugung ohnehin benötigten Steinkohlekraftwerk mit dem im Vergleich zu allen anderen technisch verfügbaren Heizsystemen geringstmöglichen Energieeinsatz gewonnen.

Für die Fernwärmeversorgung in Essen treffen diese Vorteile durch Anbindung an die Fernwärmeschiene Ruhr in besonderem Maße zu. Die Wärme wird zur Zeit vor allem aus einem kohlegefeuerten Heizkraftwerk und aus dem Müllheizkraftwerk Karnap des RWE eingespeist. Eine geplante Verlängerung dieser Fernwärmeschiene und der Bezug von Wärme aus einem der modernsten Kohlekraftwerke in Herne geben diesem Energieträger eine zukunftweisende Perspektive.

Ölanteil ging zurück

Gegenüber der Fernwärmeversorgung haben Gas- und Stromversorgung höhere Energiekosten bei geringeren Verteilungskosten. Dadurch ist auch der Wärmepreis, den der Kunde letztlich zu zahlen hat, im geringeren Maße von den spezifischen Verteilungskosten abhängig. Strom und Gas sind daher auch wirtschaftlich in den weniger dicht bebauten Gebieten einsetzbar. Große Teile der südlichen Stadtgebiete Essens mit ihrer vorwiegenden Einzelhausbebauung werden bereits seit Jahren erfolgreich mit Gas und Strom zu Heizzwecken versorgt.

Das Angebot und die Konkurrenz der leitungsgebundenen Energieträger in Essen haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, daß der Anteil des besonders krisenanfälligen Mineralöls an der Wärmeversorgung erheblich kleiner ist als im Durchschnitt der Bundesrepublik, und daß die Verbraucher über preisgünstige Energien zur Raumheizung verfügen können. Andererseits ist der Versorgungsbeitrag der Fernwärme in Essen mit weniger als 20 Prozent des Niedertemperaturwärmebedarfs noch erheblich niedriger als in anderen Ballungsgebieten, wo die Fernwärme bereits 40–50 Prozent aller Wohnungen mit Heizenergie versorgt.

Für die kommenden Jahre kann mit einem weiteren Anstieg der Strom-, Fernwärme- und Gasversorgung gerechnet werden. Aufgrund eines Gestattungsvertrags zwischen der Stadt Essen und der Steag Fernwärme GmbH werden zur Zeit die Stadtteile Rüttenscheid, Holsterhausen und Frohnhausen an das Fernwärmenetz und damit an die Versorgung aus der Fernwärmeschiene Ruhr angeschlossen. Diese Maßnahmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur langfristig sicheren und kostengünstigen Wärmeversorgung in Essen. A. L.

Ein Stück Kohle im Bischofsring

Bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts zeigte sich an der Ruhr, daß die kirchliche Organisation in diesem hochindustrialisierten und ständig wachsenden Ballungsraum überhaupt nicht mehr stimmte. Doch obwohl schon in den zwanziger Jahren ein Ruhrbistum geplant wurde, führten erst 1956 Verhandlungen zwischen dem Vatikan und dem Land Nordrhein-Westfalen zu einem Vertrag, der die Gründung eines Bistums in Essen zum 1. Januar 1958 besiegelte. Zu ihm gehören derzeit 326 Gemeinden, die die Erzbistümer Köln und Paderborn sowie das Bistum Münster abgaben.

Erster Bischof wurde Franz Hengsbach, der in seinem Ring ein Stück Kohle trägt und der seinen Stuhl im 1100jährigen Münster am Hellweg, in der alten Stiftskirche, aufstellte. Sein Hirtenamt erstreckt sich über mehr als 1,2 Millionen Katholiken, wobei er von rund 1000 Priestern unterstützt wird, von denen 185 verschiedenen Orden angehören. Essen ist das



Geistliches Zentrum der Stadt: das 1100 Jahre alte Münster FOTO: DPA

räumlich weitaus kleinste deutsche Bistum, dadurch aber gleichzeitig ein Bistum bester Kommunikation: die entfernteste Pfarrei ist in längstens 30 Autominuten erreichbar.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten jedoch haben das Bistum von Anfang an begleitet – so die Kohlen- und später die Stahlkrise, verbunden mit den hohen Arbeitslosenquoten in den Ruhrgebietsstädten. Verständlich, daß dabei die Kirchensteuereinnahmen jede Konjunkturschwankung genau registrieren, und auch verständlich, daß es für viele Hilfsaktionen an Mitteln fehlt.

Wenn auch die Kirche keine Arbeitsplätze schaffen kann, steht sie doch den Arbeitslosen hilfreich zur Seite, und Bischof Hengsbach redet den Verantwortlichen immer wieder ins Gewissen, „daß die Wirtschaft doch für den Menschen da sei und nicht der Mensch für die Wirtschaft“.

HERMANN MISCHOK

Nach 25 Jahren Ruhezeit der erste Spatenstich

Preisgekrönter Theater-Entwurf des Finnen Alvar Aalto

Was lange währt, wird endlich gut. Fast ein Vierteljahrhundert liegt zwischen dem preisgekrönten Entwurf des finnischen Architekten Alvar Aalto und dem ersten Spatenstich für das neue Opernhaus im Essener Stadtgarten. Alvar Aalto ist tot, und auch der engagierte Vorsitzende der Theaterfördergesellschaft, Willi G. Saeger, hat diesen großen Tag in der NRW-Theaterlandschaft nicht mehr erlebt.

Ist nun der Aalto-Bau nach 25 Jahren „Ruhezeit“ ein Bau von gestern? Im Gegenteil, ein Haus für die Zukunft – technisch und architektonisch auf dem neuesten Stand: Fünf Bühnen, 1100 Plätze und drei Ränge, wobei der oberste Rang nicht für die Zuschauer, sondern für die Technik reserviert ist.

Der Musentempel aus hellem Naturstein mit Kupferdach ist mit 134,5 Millionen Mark Kosten veranschlagt. Diese Summe soll nicht überschritten werden. Der erste Vorhang wird sich zur Spielzeit 1988/89 heben. Vorher haben die Theaterleute ein halbes Jahr Zeit, sich an das neue große Haus zu gewöhnen.

Ein neues Essener Theater ist im Grunde schon seit rund 60 Jahren fällig; denn bereits zu Beginn der zwanziger Jahre klagte der damalige Oberbürgermeister Luther darüber, daß die Essener Theaterfreunde lieber nach Düsseldorf oder nach Köln fahren würden. Der 1892 eröffnete Bau – gestiftet von dem Industriellen Grillo – hatte einen Hauch von Provinz.

Andererseits konnte die Stadt bereits als eine der ersten nach dem Krieg 1950 das Theater wieder in Betrieb nehmen. Nur rannte die Entwicklung in den Nachbarstädten an dem wiederaufgebauten Grillo-Bau rasant vorbei. Essen hatte wieder sein Provinztheater – architektonisch. Theater wurde hier jedoch zum Teil hervorragend gespielt. Auch das Musikleben der Ruhrmetropole hatte immer einen guten Klang; auch das Tanztheater. Es kamen prominente Regisseure zu Gast, wie zum Beispiel Jean Louis Barrault oder der Choreograph Gene Reed. Müßig, alle Namen aufzuzählen, die dem Essener Theater Glanz gaben. Immer blieb der Ehrgeiz nach einem großen Theater.

Der Neubau von Alvar Aalto – der so manche Diskussion unter Essenern, Kommunalpolitikern und Theaterleuten heraufbeschworen hat – ist jetzt eine Aufforderung, in diesem Welthaus auch Weltklasse-Theater zu machen. Die schöne Hülle verlangt nach gutem Inhalt ... A. C.

Das Image Einkaufsstadt trifft noch voll und ganz zu

In einer Studie wird nur der Mangel an Parkplätzen beklagt

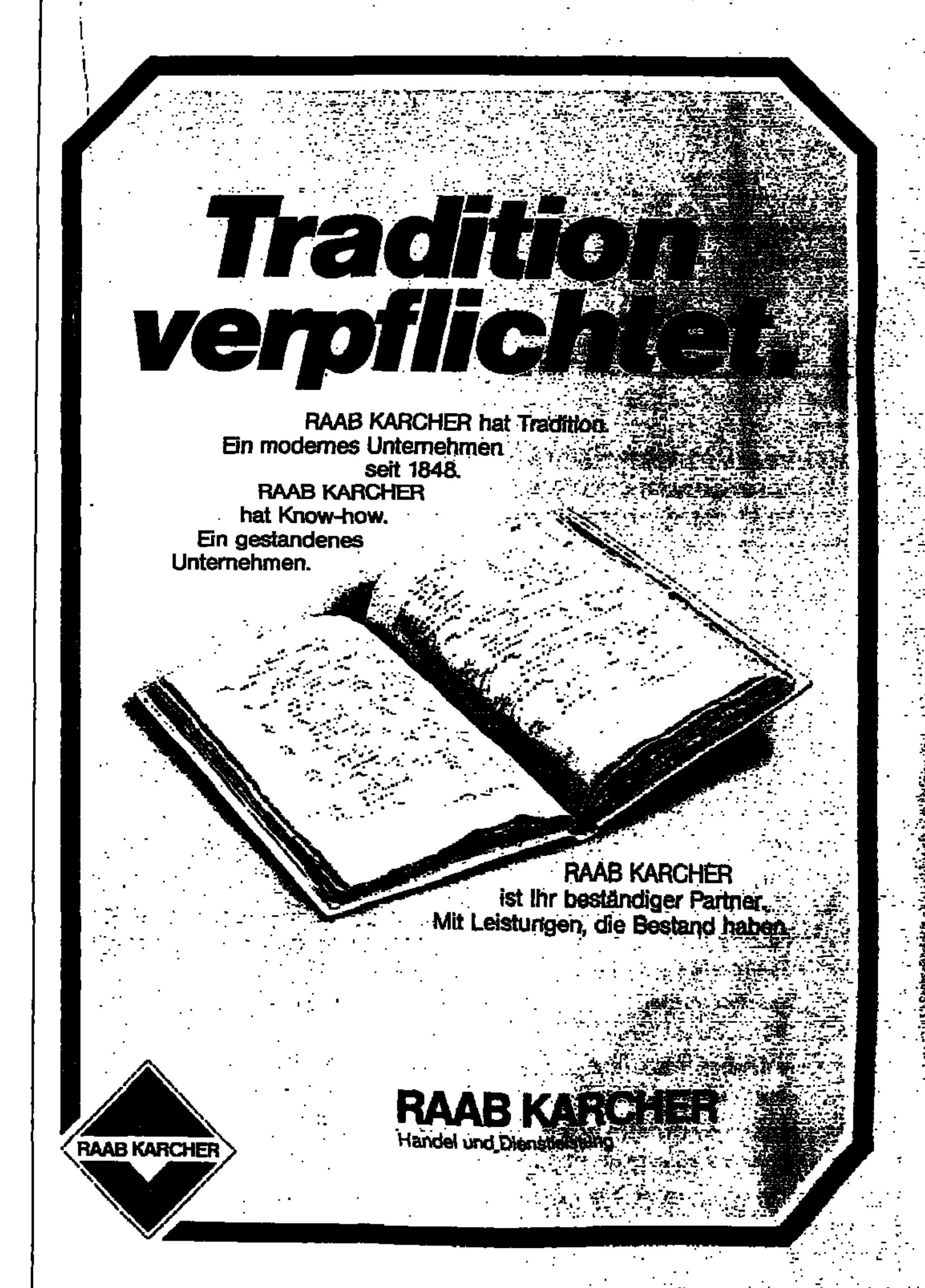
Wer mit dem Zug nach Essen kommt, erkennt schon von weitem die charakteristische Silhouette der Ruhrmetropole, die von vier Hochhäusern geprägt wird: drei stammen noch aus den sechziger Jahren und gehören dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk AG (RWE), dem Postscheckamt und der Thyssen Industrie AG (früher Rheinstahl). Der vierte „Wolkenkratzer“ ist erst ein paar Jahre alt und beherbergt das Rathaus der Stadt. Es ist das höchste der Bundesrepublik und wurde eine teure Zeitlang von einem Laserstrahl illuminiert – eine Fehlausgabe, die bis weit in das Bergische Land zu bewundern war.

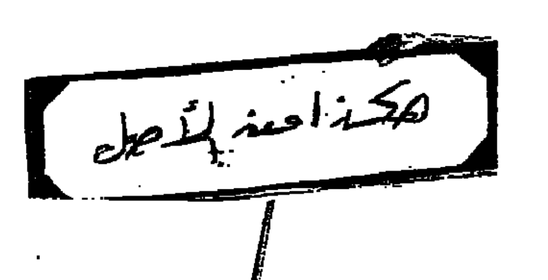
Verläßt der Besucher den Bahnhof durch den Haupteingang, erblickt er den Handelshof und auf dem altehrwürdigen Hotel, das mittlerweile von der Mövenpick-Gruppe betrieben wird, die Leuchtschrift mit einem Motto der Kommune: „Essen, die Einkaufsstadt“.

Zu den alljährlichen, von vielen auswärtigen Gästen bestaunten Essener Lichtwochen – die Innenstadt wird in diesem Herbst von dem Thema „Ein Herz für Kinder“ erstrahlt – hat die WAZ-Gruppe in diesen Tagen eine Studie „Das Image von Essen als Einkaufsstadt“ vorgelegt, die auf einer Umfrage des Frankfurter Census-Instituts unter den Zeitunglesern basiert. „Beachtenswerte Beachtungswerte“ nannten die Verlagsrepräsentanten das Untersuchungsergebnis. Der Begriff Einkaufsstadt treffe voll und ganz zu, hieß es weiter.

Eine große Auswahl in den Einzelhandelsunternehmen bestätigten 85 der Befragten. 81 Prozent meinten, daß die Geschäfte in Essen mit der Mode gehen, und mehr als drei Viertel glauben, daß man dort alles, was man kaufen möchte, auch bekommt. Und 71 Prozent sind überzeugt, daß viele Geschäfte hochwertige Qualität führen. Weitere Pluspunkte: 68 Prozent finden, daß die Fußgängerzone in der Innenstadt ein angenehmes Einkaufen garantiere, und 60 Prozent hoben die Preisgünstigkeit hervor.

Der größte Kritikposten mit 72 Prozent war die Klage, daß nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen, günstige Parkmöglichkeiten räumten dementsprechend nur 15 Prozent ein. Kritisch beleuchtet wurde auch die Verteilung des Fachhandels. 15 Prozent stellten fest, daß es zu viele Schuhgeschäfte gebe; 13 Prozent meinten, es seien zu viele Autohändler und Restaurants vorhanden, und 39 Prozent der befragten Zeitungleser beklagten, es gebe zu wenig Fischgeschäfte in Essen. (ews.)





Gotteshäuser, Schlösser, Herrensitze

Die Stadt Essen hat Besuchern zahlreiche Sehenswürdigkeiten zu bieten, darunter mehr als ein Dutzend Schlösser und ehemalige Herrensitze, gut erhaltene Kirchen aus dem frühen Mittelalter und die größte jüdische Synagoge, die je nördlich der Alpen errichtet wurde.

Da ist einmal das Essener Münster mitten in der Altstadt an der Kettwiger Straße. Der Bau wurde 870 vollendet. Fundamente von dem ursprünglichen Gotteshaus sind bis heute erhalten. Kostbarster Schatz ist die Goldene Madonna (von 1000), die wahrscheinlich älteste abendländische Madonnenfigur.

Weitere kirchliche Sehenswürdigkeiten sind die Abteikirche in Werden, ebenfalls aus dem frühen Mittelalter stammend, und die Abteiliche Residenz Werden, in der seit 1946 die Folkwangschulen untergebracht sind.

Die Alte Synagoge im Stadtzentrum ist dem David-Tempel in Jerusalem frei nachempfunden. Sie gleicht in ihrer Wuchtigkeit jedoch eher einer Trutzburg – mit ihren großquadrigen grauen Blöcken.

Das Bauwerk entstand in den Jahren 1911 bis 1913 und ist 70 Meter lang, 30 Meter breit und hat eine Kuppelhöhe von 34 Metern. Sie überstand in ihrer Substanz Reichskristallnacht und den Bombenhagel des Zweiten Weltkrieges relativ unbeschädigt – während die Häuser in ihrer Umgebung in Schutt und Asche sanken. Die jüdische Gemeinde in Essen hatte vor 1933 mehr als 5000 Mitglieder. Heute gibt es nur noch 500 Juden in der Stadt, die nach dem Krieg ein wesentlich kleineres Gemeindehaus bezogen. Die Alte Synagoge dient seit 1980 mit einer ständigen Ausstellung über Widerstand und Verfolgung in Essen in den Jahren 1933 bis 1945 als Gedenkstätte für alle Opfer der Gewalt.

Denkmäler der Industrialisierung sind der Halbachhammer im Stadtteil Margarethenhöhe und der Deilbachhammer im Stadtteil Kupferdreh. Ersterer ist schon 1417 urkundlich erwähnt worden. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach erwarb den Halbachhammer und schenkte ihn dem Museum. -en

Zweitligisten-Sieg ist schon ein Ereignis

Der Sport ist eine bittere Pille für die Stadtväter

Ausgerechnet am Totensonntag, an dem der Sportbetrieb weitgehend zu ruhen pflegt, feierte die Sportbegeisterung in der fünfgrößten Stadt der Bundesrepublik eine Art Auferstehung. In der Essener Grugahalle und in der Eissporthalle, kaum sechs Kilometer voneinander entfernt, jubelten insgesamt 10 000 Zuschauer über die Siege des Handball-Bundesligisten Tusem und des Eishockey-Zweitligisten Essen-West.

Die lokale Presse würdigte die Tatsache, daß beide Hallen ausverkauft waren, beinahe wie ein sporthistorisches Ereignis. Nichts zeigt deutlicher, wie bescheiden man in Essen geworden ist. Volle Hallen, große Siege – darüber konnte in den letzten Jahren nicht mehr oft berichtet werden. Die Talfahrt des Spitzensports schien schier unaufhaltsam, bis jetzt die Handballer, Eishockey- und auch Tennisspieler (Etuf wurde Vierter der deutschen Mannschaftsmeisterschaft) den Essener Sport wieder über die Stadtgrenzen hinaus in die Schlagzeilen brachten. Daran war bis Ende der sechziger Jahre noch kein Mangel. Es gab Jahre, da war Essener Sport gleichzeitig mit Fußballern (Rot-Weiß), Handballern (Phönix), Boxern (BC Steele), Schwimmern (Essen 06), Basketballern (SGN, Ruwa Dellwig), Tischtennisspielern (SV Moltkeplatz), Hokkey- und Tennisspielern (Etuf) auf höchster Ebene vertreten.

Die Popularität eines „Boß" Rahn, Schütze des 3:2-Siegtores im legendären Fußball-WM-Finale von 1954, eines Willi „Ente" Lippens, Fußballartist und -komödiant, eines Wolfgang Kremer, fünfmaliger Deutscher Meister über 100 m Freistil, oder der Tennisrekordmeisterin Helga Masthoff hat in den letzten Jahren kein anderer Essener Sportler auch nur annähernd mehr erreicht.

Im Sog des sportlichen Abstiegs der Fußball-Traditionsklubs Rot-Weiß (Deutscher Meister 1955) und Schwarz-Weiß (Pokalsieger 1959) verschwanden auch in anderen Sportarten etliche Klubs in der Versenkung. Eine bitere Pille auch für die Essener Stadtväter, die so gerne von der „Sportstadt Essen" sprechen. Sportdirektor Paul Hoffmann bekennt: „Für eine Stadt wie Essen wäre es natürlich schöner, wenn wir mehr erfolgreiche Vereine und Einzelsportler hätten. Schade vor allem, daß wi[r] im Fußball nur in der Zweiten Li[ga] herumkrebsen."

Ein Grund für die Misere des Es[se]ner Spitzensports sieht Hoffmann [i]m „Management der Vereine". [Z]u[r]t wiederum vermißt man die U[nte]rstützung durch Sponsoren, ohn[e] [d]ie Spitzensport heute kaum noch [m]öglich ist. In einer Zeit, da die [W]irtschaftskrise gerade das Ruhr[ge]biet beutelt, geben sich die Untern[eh]men der Ruhrmetropole gegenüb[er] den Sportklubs ihrer Stadt zurück[ha]ltender als anderswo. Um so nach[dr]ücklicher weist Paul Hoffmann da[ra]uf hin, daß die Stadt Essen ihre Sp[ort]förderung für 1984 um keinen [P]fennig kürzen wird.

Was die Zahl und Qu[ali]tät der Sportstätten in der Ruh[rm]etropole nach Auffassung von Pau[l H]offmann in der „absoluten Spitz[en]gruppe". Rund 100 Sportplätze, 1[..]Turnhallen, 18 Sporthallen, 12 H[all]en- und 8 Freibäder sowie 277 Te[nni]s-Freiplätze belegen diese Einsc[hät]zung eindrucksvoll. Auf der M[arg]arethenhöhe entsteht demnächs[t ei]ne weitere schmucke Sporthalle.

Bei einem solchen [An]gebot wundert es nicht, daß der [Br]eitensport in Essen blüht: In keine[r a]nderen deutschen Stadt gibt es [m]ehr Fußballmannschaften. 121 0[00] Essener sind in 461 Sportvereinen [or]ganisiert. Das ist fast jeder fünfte [Ei]nwohner. Als Stiefkinder fühlen s[ich] nur die Leichtathleten, die imme[r n]och keine zeitgemäßen Übungs[stät]ten vorfinden.

Essens populär[ste] Sportstätte ist die 1983 25 Jahre [alt] gewordene Grugahalle, die schon [Sc]hauplatz etlicher Welt- und Eu[rop]ameisterschaften war. Für Fußb[all]großveranstaltungen ist Essen län[gst] nicht mehr konkurrenzfähig. M[it] dem Georg-Melches-Stadion (R[ot-]Weiß), dem Uhlenkrug-Stadion [(Sc]hwarz-Weiß) und dem Gruga-Sta[dio]n verfügt die Stadt zwar gleich ü[ber] drei Arenen, die zwischen 30 00[0 b]is 40 000 Zuschauer fassen – aber [ke]in über kein modernes Großstad[ion]. Daß sich die Politiker Anfang d[er] sechziger Jahre nicht dazu durchr[ing]en konnten, auf dem idealen Gelä[nd]e des fast nur für Freizeitsport b[enu]tzten Gruga-Stadions eine Großs[tad]ion zu bauen, gilt bis heute in Es[sen] als größter sportpolitischer Fehl[er].

[RA]INHARD SCHÜSSLER

Die Macht verlosch, die Pracht ist geblieben

Hoch über dem Baldeneysee, inmitten eines ausgedehnten Parkgeländes mit alten Bäumen, beherrschen die zyklopischen Mauern der Villa Hügel die Hügellandschaft im Essener Süden. Dieser einstige Familiensitz der Familie Krupp ist heute eine gemeinnützige Stiftung, in dem ständig Ausstellungen und Konzerte, aber auch festliche Preisverleihungen stattfinden. Das Gebäude und der Park sind aber auch zu einem Naherholungsgebiet für die Essener geworden. Jährlich strömen Tausende von Besuchern aus allen Teilen des Bundesgebietes in das Haus auf dem Hügel.

Bereits 1868 entschloß sich der Industrielle Alfred Krupp (1812–1888) in Ermangelung „repräsentativer Unterkünfte für fürstliche Besucher" zu einem Bau, der „dem Comfort der kleinen Häuslichkeit dienen sollte, aber auch zu großer Gesellschaft mit ersten Ansprüchen". Seinen Baumeister Schwarz entsandte er nach Italien, wo er an Ort und Stelle Gebäude studieren sollte, wie sie Krupp vorschwebten. Den Entwurf für sein künftiges Domizil schuf der Hausherr freilich selbst. Zwei Häuser waren zu errichten: ein großes für die Familie und festliche Empfänge, und ein kleines, in dem Gäste logieren sollten.

Beide Gebäude wurden aus französischem Kalkstein erbaut. Bis zu zweihundert Zentner wogen die Blöcke, die ununterbrochen mit der Bahn anrollten. Die Kosten übertrafen schon bald alle Voranschläge. Doch Geld spielte damals für Krupp, der als einer der reichsten Männer der Welt galt, eine untergeordnete Rolle.

Die Villa Hügel wurde mit allem möglichen Komfort ausgestattet. Krupp verstand darunter: In diesem Gebäude durfte kein Fenster geöffnet werden, trotzdem sollten alle Räume „wahre Horte des frischesten Ozons" sein. Dafür wurden gewaltige Ventilatoren konstruiert, die frische Luft in die Räume saugten. Krupp selbst entwarf ein kompliziertes Heizungssystem, das dafür sorgte, daß in jedem Raum zu jeder Jahreszeit eine immer gleichmäßige Temperatur herrschte. Es war die wahrscheinlich erste Klimaanlage der Welt, die Krupp installieren ließ. Schon im Januar 1873 zog die Familie ein.

Danach kümmerte sich Krupp um die Bepflanzung des damals kahlen Hügels um sein Haus. Er entwarf selbst die Pläne zur Bepflanzung und ließ auf eigens dafür konstruierten Wagen Bäume aller Größen herbeischaffen.

Prominente Besucher aus aller Welt waren in den nächsten Jahren zu Gast bei den Krupps in der Villa Hügel, darunter der Chirurg Sauerbruch, Reichspräsident v. Hindenburg, König Fuad von Ägypten, Kaiser Wilhelm II., und Hitler, der 1937 zusammen mit Mussolini erschien.

Bertha Krupp, Alfreds Enkelin, und ihr Mann entschlossen sich 1913 zu umfangreichen Umbauten der unteren und oberen Halle

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden beide Häuser auf dem Hügel von der Besatzungsmacht beschlagnahmt und als Sitz der North German Coal Control benutzt. Im Juli 1952 zogen die Briten ab. Zwei Jahre später wurde auf Anregung von Bertha Krupp der Gemeinnützige Verein Villa Hügel gegründet. Sein Satzungsziel: „Die Villa Hügel zu einem in seiner Bedeutung über die Grenzen von Essen hinausreichenden Kulturzentrum im Ruhrgebiet auszugestalten, das der Allgemeinheit zu dienen bestimmt ist."

Diesem großen Anspruch ist man in jeder Hinsicht gerecht geworden.

K. B.

Redaktion: Jens-M. Lüddeke, Bonn
Anzeigen: Hans-H. Lange, Hamburg
ISSN 0722–1452

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Chance 1984 – Vertriebs-Profi

aus dem technischen Bereich für verschiedene Gebiete in Deutschland gesucht.

Wir bieten: Zukunftssichere Existenz m. außergewöhnlichen Verdienstmöglichkeiten durch Produkte mit hoher Wirtschaftlichkeit f. Energieeinsparung u. Umweltschutz. Natürlich haben Sie Gebietsschutz, werden von uns geschult und werblich unterstützt.

Sie sind: Verhandlungssicher mit Entscheidungsträgern auf höchster Ebene. Gewohnt hart zu arbeiten und Ihre AD-Mitarbeiter zu motivieren und von Erfolg zu Erfolg zu führen.

Voraussetzungen: Arbeitsbeginn Januar 1984. Eigenkapital DM 30 000,–, sowie Unternehmungsgeist und die Fähigkeit, sich mit hohen Unternehmenszielen zu identifizieren u. solange zu arbeiten, bis diese erreicht sind.

Wenn Sie sicher sind, unsere Anforderungen voll zu erfüllen, erbitten wir Ihren Anruf.

G. R. Rotter GmbH, Energiesparprodukte, Germanenstr. 4, 7410 Reutlingen (Rommelsbach), Tel. 0 71 21 / 6 31 41-3

Unternehmer-Persönlichkeit als Generalvertrieb

für Rheinland-Pfalz und Saarland gesucht.

Wir bieten: Zukunftssichere Existenz m. außergewöhnl. Verdienstmöglichkeiten durch Produkte mit hoher Wirtschaftlichkeit f. Energieeinsparung u. Umweltschutz. Natürlich haben Sie Gebietsschutz, werden von uns geschult und werblich unterstützt.

Sie sind: Verhandlungssicher mit Entscheidungsträgern auf höchster Ebene. Gewohnt hart zu arbeiten und Ihre AD-Mitarbeiter zu motivieren und von Erfolg zu Erfolg zu führen.

Voraussetzungen: Arbeitsbeginn Januar 1984. Eigenkapital DM 100 000,–, sowie Unternehmungsgeist und die Fähigkeit, sich mit hohen Unternehmenszielen zu identifizieren und solange zu arbeiten, bis diese erreicht sind.

..nn Sie sicher sind, unsere Anforderungen voll zu erfüllen, erbitten wir Ihren Anruf.

. R. Rotter GmbH, Energiesparprodukte, Germanenstr. 4, .410 Reutlingen (Rommelsbach), Tel. 0 71 21 / 6 31 41-3

Gesellschaft einer bedeutenden Textilgruppe

fabriziert und verkauft

Qualitätsdecken

in Minimalposten von 1000 Stück.

MULTIFINIMPEX S. A.
Postf. 522, CH-1211 Genf 3, Schweiz
Telex: 421 483 mfx ch

Für Auslandsauftrag

suchen wir Kontakte mit Firmen, die Flughafen-Equipment herstellen oder vertreiben.

Zuschr. u. D 2591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

In den PLZ-Gebieten 1, 4, 5, 6, 7 und 8 bieten wir einkommensstarke

Gebietsvertretungen

für interessantes technisches Produkt.

Gesucht werden leistungsfähige dynamische Techniker oder Ingenieure, die in der Wohnungswirtschaft und in der Heizungstechnik eingeführt sind. (Kapitaleinsatz von DM 20 000,– für Kommissionslager wünschenswert, aber keine Bedingung.)

Angeb. erb. u. C 2590 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENGESUCHE

Kienbaum Ve...änderungsberatung informiert:

...d Einzelfertigung
Serien- ur... ...che ich die berufliche Endstellung
Mit 49 Jahren s...ur TH und erfolgreicher Maschi-
als Diplom-Ingeni...ungstechniker.
nenbauer und Ferti...gabe sehe ich als
Meine zukünftige A...

Technisc...her Leiter
Werks- u...nd
Produkt...ionsleiter

...nfaßt:
Mein Leistungsprofil ... und Fabrikplanung
- Engineering, Werks... Automatisierung von
- Rationalisierung un...tage
  Fertigung und Mo...cklung durch Wertanalyse
- Produktweiterentw...nd Wirtschaftlichkeitsanalysen
- Fabrikcontrolling ...ug- und Werkzeugmaschinen-
- Fahrzeug-, Werk...uchsgüterfertigung.

bau sowie Geb...änderungs-Beratung, H. Dr. Mort-
Die Kienbaum Ve...t unter 0 22 61 / 70 31 05), habe ich
siefer (Tel.-Konta... Wahrnehmung meiner Interessen
um vertraulich...
gebeten. ...esse gilt Kienbaum International Chef-
Als Kontaktad...H, Postfach 10 05 47, 5270 Gummers-
beratung Gr...
bach. ...hefberatung

Kienbaum ...

Qualifizi...erter selbständiger Einrichter

...omaten) sucht neuen Wirkungskreis (bevorzugt Aus-
(für Drehaut...ährige Erfahrung auf Diedesheim-Index, Mehrspindel-
land). Langi...delautomaten u. a., gelernter Maschinenschlosser. Fol-
und Einsp...ualifikationsnachweise: Hydraulik-Pneumatik, Schweiß-
gende Q... technik, Meß- und Regelungstechnik.

Ang...o. erb. u. X 2585 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Hochbauing. (Dipl.-Ing. (FH), Arch.-Ak

– INDUSTRIE-, VERWALTUNGSBAU u. INSTANDHALTUNG –

Erfahrung in Bau- u. Projektleitung / Werksinstandhaltung, Transport-, Lager-, Maschinenablauf- u. Einrichtungsplanung, Planung u. schlüsself. Errichtung v. Fabrikations- u. Verwaltungsanl., Gesamtkoord. aller Fachdiszipl., Ausschreibg. u. Vergabe, Kosten- u. Terminplanung u. -verfolgung, z. Z. Techn. Leiter i. Baunebengewerbe,

sucht langfristig leitende Tätigkeit in Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen.

Zuschr. unt. L 2509 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

BETRIEBSWIRT (staatl. geprüft)
HANDWERKSMEISTER (Maschinenbau, Landmaschinenmechaniker)

40 J., verh., Erfahrungen als Innendienstleiter, Werkstattleiter, im Kernkraftwerk, im Außendienst, sucht neuen Wirkungskreis.

Angeb. erb. u. W 2584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsleiter, ppa.

33 J., Praktiker im Industrieverkauf, gewohnt, sich auch in enger werdenden Märkten erfolgreich zu behaupten. Das Rezept: Positive Lebenseinstellung, akquisitorische Fähigkeiten, Organisationstalent, Befähigung zur Menschenführung. Gesucht wird eine Position, die eine unternehmerisch denkende Persönlichkeit erfordert und „die Herausforderung einer echten Lebensaufgabe" darstellt. Bevorzugter Wohnsitz: Nordwestdeutschland.

Zuschriften unter W 2606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Vertriebs-Profi

35 J., Dipl.-Betriebswirt, ungekündigt, 10jährige Vertriebserfahrung bei namhft. Herst., seit 3 Jahren in Führungspos., nachweisb. Verkaufserfolge – insb. bei Akquisition von Neukunden –, kreativ, belastbar, verhandlungssicher auf GL-Ebene, Durchsetzungs- und Motivationsvermögen, interessiert an verantwortungsv. Position.

Zuschr. u. PG 47294 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Dipl.-Volkswirt, Anfang 40, in ungekündigter Stellung, Führungserfahrung, sucht die „letzte Adresse" als

DV/ORG-Profi

Meine Schwerpunkte: DV, ORG, Materialwirtschaft, Personal, Rechnungswesen. Meine Branchenerfahrungen: Industrie, Handel, Dienstleistung. Norddeutscher Raum bevorzugt.

Zuschriften erbeten unter F 2593 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Economist

29 J., Muttersprache Englisch, nordamerikanischer Master degree, 5 J. Berufserfahrung in betriebswirtschaftlicher Planung von Großprojekten im Ausland – Schwerpunkt: Feasibility-Studien, sucht neue verantwortungsvolle Tätigkeit in Industrie oder Consulting im Raum Hamburg.

Zuschriften erbeten unter R 2579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verwaltungswirt (grad.)

30 J., FH für öffentl. Verwaltung NW, Fachbereich Kommunalverwaltung, Laufbahnprüfung für den geh. nichttechn. Dienst im Lande NW, sucht ab sofort Tätigkeit in öffentl. Verwaltung, Wirtschaft, Organisation oder Verband.

Ang. u. U 2428 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiter Material-/Warenfluß, Lagerwirtschaft und Betriebsorganisation

49 J., ungek., Praktiker mit langj. Erfahrung in Industrie u. Handel, sucht zum 1. Juli 1984 weiter ausbaufähige Führungsaufgabe.

Angeb. erb. u. N 2511 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schichtführer sucht neuen Wirkungskreis. Tel. 0 95 53 / 491 od. unter U 2582 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 43 Essen.

Baustoffkaufmann

50 J., vertraut mit allen Probl. d. Vertriebs, spez. Betonerzeugnisse, seit 9 J. als Leiter eines Baustoffgroßh. tätig, sucht neuen Wirkungskreis als Vertriebsl. oder vergleichb. Tätigkeit.

Angeb. erb. u. A 2588 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Vertriebsassistent

Mitte 30, vers. in allen Sparten, Schwerpunkt KV, sucht Herausforderung als BD/FD, Raum HH/Schlesw.-Holst. *Angebote bitte nur Versicherungsunternehmen*, andere Branchen zwecklos.

Angebote unter T 2581 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Assistente commerciale

Französin, deutschsprachig, 25 Jahre, unabhängig, sucht Betätigungsfeld in franz. Filiale eines deutschen Unternehmens. Umgebung Paris bevorzugt.

Zuschriften unter R 2513 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitän A G

44, viels. Erf. Kühl-/Stückgut/Chem./Bulk/Tanker, kurzfr. frei, ausländ. Flagge bevorzugt.

Zuschr. erb. u. PO 47310 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 30

Dipl.-Ing. Maschinenbau

Maschinenschlosserlehre, 17 Mte. Praxis in Instandhaltung, z. Z. Studium zum Dipl.-Wirtschaftsing., Abschluß Mitte 85, sucht von Montag- bis Donnerstagmittag Anstellung, um Studium durch Praxis zu unterstützen.

Angeb. erb. u. M 2510 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Physiker

32 Jahre, seit 3 Jahren in der Industrie, ungekündigt, sucht neue interessante und ausbaufähige Aufgabe.

Zuschr. erb. u. P 2512 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Welche kleinere o. mittlere **Unternehmensberatung** sucht einen **Partner** mit langj. umfangreicher Erfahrung in den Bereichen: Unternehmensstrategie, Controlling und EDV-unterstützter Organisation u. Marketing. Ich bin 40 Jahre, Dipl.-Kaufmann u. z. Zeit in ungek. leitender Funktion bei einem marktführenden Unternehmen beschäftigt.

Zuschriften erbeten unter S 2580 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Techn. Betriebswirt

47, sucht neuen Wirkungskreis im Bereich Fertigung/Qualitätssicherung oder Entwicklung.
Ausbildung: Werkzeugmacher, staatl. Maschinenbaustudium, Betriebsstudium (HWL), REFA-Grundschein.
Tätigkeit: Konstruktion Apparatebau, Entwicklung K.-Hydraulik, Prüffeld Hydraulik, Güteprüfung Kfz.-Teilefertigung und -montage.
Bevorzugt: Raum Hannover, Bremen, Hamburg.

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Assessorin

34, ortsgebunden, beide Examina „befr.", gel. Renogeh., mehrj. Tätigk. als Bürovorsteherin; sucht Tätigkeit als Anwältin in RA-Kanzlei od. bei Industrie- und Handelsunternehmen, Verbänden und ähnlichen Einrichtungen.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Diplom-Ökotrophologin

25, sucht Erstanstellung als Bearbeiterin im Bereich Krankenkassen oder Verbraucher-Zentralen im Raum Norddeutschland. Auch redaktionelle Arbeit erwünscht. Frühestmögliches Einstellungsdatum 1. 1. 84.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Diplom-Physiker

35, Erfahrung in Lehre, Publizistik, Planung und Leitung von *Bauvorhaben; sucht interessante, anspruchsvolle Aufgabe.*

Auskünfte erteilt: Herr Vogel, **Fachvermittlungsdienst Kiel**
Muhliusstraße 38, 2300 Kiel 1, ☎ 0431/907-342, FS 292673

Volljurist

44, Uni Mainz, 1. und 2. Examen, Verwaltungshochschule Speyer, 10 J. Leiter Rechtsabteilung m. Handlungsvollmacht in gr. dt. Produktionsbetr. e. intern. Konzerns. Tätigkeit in allen einschl. Rechtsgeb., insbes. Genehmigungsverf. f. umweltrelevante Projekte, Arbeitsrechtsstreitigk., Vertrags- u. Versicherungsangelegenh., Grundstückswesen, Behördenverkehr. Mitarbeit in Verbandsausschüssen (Umwelt u. Energie). Grundkenntnisse: Russisch (Latein, Altgriechisch); sucht Stelle als Wirtschaftsjurist oder vergleichbare Position.

Auskünfte erteilt: Herr Reimann
Fachvermittlungsdienst Würzburg, Ludwigkai 2-3
8700 Würzburg, ☎ 0931/807-326, FS 680029

Geschäftsführer – Filialkette

Erfahrungsschwerpunkt: Hartwaren, 37 J., 185 cm, Abitur, langj. Erf. im Warenhaus-Verbrauchermarkt-Fachhandel. Vertriebslinienoriente Filialführung, Fachmann im Einkauf/Import **sucht Geschäftsführung einer Filialkette oder Ltg. des Zentraleinkaufs (EH/GH)**, auch an Aufbau eines neuen Unternehmens int. Angeb. u. PD 47231 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Kaufmännische Führungskraft

Betriebswirt, 34 J., langjährige Erfahrungen in allen Bereichen d. kaufm. Verwaltung. Spezialkenntnisse in Controlling (Rechnungswesen, Kostenrechnung, Berichtswesen, Budgetierung), Materialwirtschaft u. Org.-DV, sucht anspruchsvolle u. entwicklungsfähige Aufgabe.

Zuschr. erb. u. PB 47328 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Pädagogin, 39 J., engagiert, aufgeschl., vertrauenswürdig u. unabhängig, möchte als Gesellschafterin (auch auf Reisen) o. ä. tätig werden. Zuschr. u. R 2601 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Bauing.

30 Jahre, mit gutem Abschluß u. Sprachkenntnissen in Deutsch, Englisch, Arabisch in Wort und Schrift, sucht Anfangsstellung, In- oder Ausland. 1½ Jahre praktische Erfahrung im Büro und auf der Baustelle (während des Studiums).

Angebote: Postfach 1 47
3503 Lohfelden 1

Cheffahrer

wohnhaft in Jesteburg, engl. Sprachkenntn., in langj. ungek. Arbeitsverhältnis, sucht zum nächstmögl. Termin neuen Wirkungskreis, Raum Hamburg, Lüneburg, Stade. Auf Wunsch Referenzen.

Angeb. erb. unter V 2583 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bauzeichner

(konstr. Ing.-Bau), 26 J., led., sucht

Tätigkeit im Ausland

Seit 1976 selbständige Tätigkeit im fam. Architektur-Ingenieurbüro und Baugeschäft. Ausgeübte Tätigkeit: Ausschreibung u. Bauleitung, Planung u. Werkplanung, Schal- u. Bewehrungspläne. Grundkenntnisse in Englisch vorhanden.

Angeb. erbeten unter H 2507 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandstätigkeit

gleich welcher Art gesucht. Gelernter Maschinenschlosser u. Industriekfm., 41 J., ungebund., langj. Auslandserf., gute Engl.-Kenntn., gewissenhaft, belastbar u. verantwortungsbewußt. Angebote u. PK 47316 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36, Postfach

Schiffahrtskaufmann

Containerfachmann, Mitte 30, Übersee- u. Filialleiterpraxis, Verkaufserfahrung in Deutschland u. europ. Ausland, sucht im Raum Hamburg neue Führungsaufgabe in Schiffahrt/Spedition oder Industrie.

Zuschr. erb. unt. PJ 47296 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

PÄDAGOGE/ PSYCHOTHERAPEUT

offen für Probleme u. Aufg. psych. *Hilfe* u. *Führung, suche ich adäquaten Wirkungskreis* im öff. od. wirtsch. Bereich. Daten: 43 J., z. Zt. Studienrat, viels. Studien u. Abschlüsse (3 Staatsexamen) u. langjähr. Lehrerfahrung an Grund- u. Hauptschule/ Realsch. u. Gymnasium inkl. Oberstufe. Zusatzausbild. zum Psych. Berater und Psychotherapeuten.

Ang. erb. unter Z 2587 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann, Spanisch und Englisch perfekt, langjährige Erfahrung in Lateinamerikageschäft, sucht neuen Wirkungskr., vorzugsw. in Mexiko. Zuschr. u. PK 47297 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Verwaltungsmanager

36 J., Dipl.-Verwaltungswirt, im öffentlichen Dienstleistungsbereich, mit Erfahrungen in den Bereichen Finanzen, Organisation, Personal, Verwaltung, Revision, sucht herausfordernde Aufgabe (auch freiberuflich, z. B. Unternehmensberatung).

Zuschr. erb. u. Y 2586 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist/Dipl.-Volkswirt
RA, 33 J., sucht Halbtags- od. Ganztagstätigk. i. Hamburger Raum. Zuschr. u. PL 47317 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Chefsekretärin/Assist.

langj. Berufserf., belastbar, flexibel, gel. Ind.-Kfm., Span.-, Engl.-Ktn., Steno, sucht nach Auslandstätigkeit verantwortungsvolle Position in Hamburg. Angeb. erb. u. PZ 47326 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Maschinenbau-/REFA-Ing. Systemanalytiker, Programmierer

(Cob., Bas., Fortr., ASS-Kenntn.), Techn./Betr.-/Arbeitswirtsch.-Leiter, Erfahrung in Organ., Entlohn., Controll. u. DV, Firmenplan, in Masch.-Bau, Metallverarb., Chemie, Holz-/Kunstst.-Industrie, sucht Aufg., evtl. Consult., Stützpunkt Hannover.

Angeb. u. E 2592 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Bankkaufmann

(41), 12 J. Geschäftsleiter einer Geno'Bk. Praktische Erfahrungen im Aktiv- und Passivgeschäft, Akquisition, kontakt- und entscheidungsfreudig. Ab 1. 1. 1984 frei für leit. Stellg. im Innen- oder Außendienst bei Bank, Versicherung, Immob. o. a. als Dauerbeschäftigung. Bevorzugt ist nördl. Nds. oder Bremen.

Angeb. u. PH 47 295 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Koch mit Auslandserfahrung

sucht Stelle wieder im Ausland (auch Camp, Kantine).

Manfred Hemberger
Saarstr. 79, 6744 Kandel

Assekuranz

Welche Versicherungsges. bietet Entwicklungsmöglichkeiten?
Orga.-Verkaufsleiter, 37 J., verh., Jura-Studium, in ungek. Stellung, sucht nach mehrjähr. erfolgreicher Tätigkeit in Süddeutschl. aufgrund priv. Veränderung Führungsposition im Großraum Ruhrgebiet.
Zurschriften unt. N 2599 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Bauwesen

42 J., Ingenieur-Bau u. Tiefbau, sowie schlüsselfertiges Bauen, langjährige Erfahrungen bei baubetrieblichen Bauausführungen in Planung, Kalkulation und Bauleitung in Bauunternehmungen der Bauindustrie, sucht Tätigkeit in Leitungsfunktion, mögl. im Großraum Hamburg.

Zuschriften unter U 2604 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

ARZTHELFERIN / ARZTSEKRETÄRIN

30 Jahre, sucht zum 1. 1. oder 1. 2. 84 verantwortungsvolle Tätigkeit im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. unt. K 2508 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtsch.-Ing. (FH)

sucht Anfangsstellung auf dem Gebiet der Organisation, Durchführung, Kontrolle u./od. Planung von Transport, Umschlag u. Lagervorgängen bzw. -Systemen. Ausbildung: 6semestriges, praxisbezogenes Studium, im Studiengang Transportwesen mit integriertem Schwerpunkt im Bereich Verpackung; technische Vorbildung.

Zuschriften unt. Y 2608 an WELT- Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Kroy (UK) Limited is a wholly owned subsidiary of Kroy Inc. of the USA, and designated Headquarters for our European Marketing Operation.

Kroy is an innovative concept in fast professional lettering that has revolutionised the existing lettering market. It affords every business the opportunity of producing in-house visual communications to the highes... professional standards, utilizing existing personnel.

In both the US and the UK Kroy has experienced a growth that is trul... phenomenal and our name has become synonymous with success. T... capitalise on this success and maximise on the enormous potential in Eu...ope, we are now seeking a high calibre sales orientated executive to join ou... tightly knit international management team as National Sales Manager for Germany. The task is demanding, the standards required are the very highest, but for the right person the rewards are limitless. If you have the desire to join ... ground floor of one of the most exciting and progressive compani... ...ou feel you can match Kroy's exacting standards which include fluenc... ...th ...ritten and oral English, apply now to:-

P.A. Townsley Esq.
Director of Sales & Marketing (Europe)
Kroy (UK) Limited,
...orton Grange, Reading, Berks. RG2 0LZ ENGLAND
...el: Reading (0734) 861411 Telex: 849143

...remember, only candidates of the very highest quality need apply, as ... ...enior ...agement opportunity. Salary is negotionable, and will be commensu... ...in ability a... responsibility.

KROY ® **the key word to succes**

Wir ...nd ein bekanntes Kommunikationszentrum am Rande des ...uhrgebiets mit einem Einzugsbereich von ca. 1 Mio. Einwo...nern.

Wir su...hen für den Teilbereich Verwaltung einen weiteren

Geschäftsführer

Seine Hau...aufgaben sollten im Finanz- und Rechnungswesen, einschl. Ko...rdinierung und Kontrolle der Bereiche Personal, Verwaltung un... Gastronomie liegen.

EDV-Kenntn...sse und Gastronomieerfahrung sind erwünscht.

Sie finden bei uns einen abwechslungsreichen, interessanten Aufgabenbere...ch, der entsprechend dotiert wird.

Falls Sie sich ...ieser Aufgabe stellen wollen, richten Sie bitte Ihre Bewerbung mi... Paßbild, entsprechenden Unterlagen sowie frühestem Einstellu...ngstermin und Gehaltsvorstellungen bis Mitte Dezember an den ...orsitzenden der Stadthallenbetriebs-GmbH, Wasserloses Tal 2, ...ostfach 3560, 5800 Hagen 1.

Vertriebs-Ingenieur Heizungstechnik

Kommen Sie zu Vaillant. Vaillant ist ein erfolgreiches deutsches Großunternehmen mit mehreren tausend Mitarbeitern und einer führenden Marktposition in Europa. Wir entwickeln, produzieren und vertreiben hochwertige Geräte und Anlagen für Heizungen und heißes Wasser. Im Vordergrund unserer Arbeit steht die rationelle Nutzung aller Energiearten mit unserem Energie Control System ECS. Wobei ECS heißt, nur so viel Energie zu verbrauchen, wie wirklich gebraucht wird.

Zur Beratung und Betreuung unserer Kunden, schwerpunktmäßig in Heizungsfachfirmen, im Großhandel sowie in privaten und behördlichen Planungsbüros im

Großraum Hannover

suchen wir einen Außendienstmitarbeiter.

Ihre Beratungstätigkeit wird sich im wesentlichen auf unsere Produktsparte Gas- und Ölkessel einschließlich Großkesselanlagen und Regelungstechnik beziehen.

Sie werden durch eine marktgerechte Verkaufsförderung in Ihren Aufgaben unterstützt.

Beratungsfachleute auf dem Gebiet Heizungs-/Klimatechnik finden in unserem Unternehmen eine anspruchsvolle Aufgabe zu guten Arbeits- und Vertragsbedingungen einschl. neutralem Firmenwagen.

Dienstsitz ist das Vertriebsbüro Hannover. Verbinden Sie Ihre persönliche Entwicklung mit der weiter expandierenden Entwicklung unseres Hauses. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Bitte richten Sie diese mit tabellarischem Lebenslauf, Schul- und Berufszeugnissen, einem Lichtbild sowie Ihren Einkommensvorstellungen an die Personalabteilung der Joh. Vaillant GmbH u. Co., Berghauser Straße Nr. 40, 5630 Remscheid.

